BISMARCKS

DR. KURT PROMNITZ

Ger 2205.92.2

№ 8533

Digitized by Google

Digitized by Google

HISTORISCHE STUDIEN

VERÖFFENTLICHT

VON

E. EBERING
DR. PHIL.

HEFT LX.

BISMARCKS EINTRITT IN DAS MINISTERIUM
VON DR. KURT PROMNITZ.

Berlin 1908

Digitized by Google

Bismarcks

Eintritt in das Ministerium

von

Dr. Kurt Promnitz

BERLIN
Verlag von Emil Ebering
1908

Digitized by Google

Ger 2205.92.2

Harvard College Library
NOV 10 1903
Hohenzollern Collection
Gift of A. C. Coolidge

Meiner lieben Mutter

in tiefer Dankbarkeit.

E. 871

Digitized by Google

Vorwort.

Der erste Abschnitt des zweiten Teils der nachstehenden Arbeit ist als Berliner Dissertation bereits Mitte Januar dieses Jahr im Druck erschienen. Nach Umarbeitung des Schlusskapitels und nochmaliger Revision der übrigen Partien lasse ich hier nunmehr das Ganze in den „Historischen Studien" folgen und gedenke dabei, auch an dieser Stelle, dankbar der fördernden Beihülfe des Herrn Geheimrats Prof. Dr. Max Lenz, aus dessen Seminar die Arbeit hervorgegangen ist. Besonders der Untersuchung der Babelsberger Gespräche kam seine Kritik auf Schritt und Tritt zu gute.

Charlottenburg-Berlin, im Februar 1908.

Dr. Kurt Promnitz.

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Einleitung: Das Problem.

Charakter der Vorgeschichte. — Verknüpfung mit der Zeitgeschichte. — Innerer Zusammenhang zwischen den Krisen und Bismarcks Kandidaturen. — Die Beförderung durch Vermittler: die Partei, Roon. — Ursachen der Verzögerung: die beiden Könige und Bismarck, Bismarcks Standpunkt. — Die Gegensätze in der Politik. — Nebenumstände. — Das Thema.

Erster Teil: Die Vorbereitung.

Abschnitt 1: Bismarcks Kandidaturen bis zum Schluss des Sommers 1862.

Kap. 1: Bis zum Mai 1862. Die letzte Aufschiebung der Ernennung. 25

Unter Friedrich Wilhelm IV.: Das Problem ist schon gestellt. = Der Regierungswechsel: Bedingungen der Weiterentwicklung, die Militärkrisis. — 1860. — Sommer 1861 bis März 1862: Die Frage wird permanent. — Hohenlohes Fürsprache im April. = Die Lage im Mai: die letzte Aufschiebung der Ernennung und ihre Ursachen. — Die Möglichkeit der Lösuug des Problems.

Kap. 2: Die Verzögerung im Sommer. 38

Die Militärkrisis stagniert. — Roons vergebliche Bemühungen. — Bismarcks Lage in Frankreich und sein Kammerplan. = Ein verzögerndes Moment: Bismarcks Bericht über die Audienz in Fontainebleau. = Die Treibereien gegen Bismarck. — Wirkung auf den König.

Digitized by Google

Abschnitt 2: Das Herannahen der Entscheidung.

Kap. 1: Die neue Situation durch den Schluss der Kommissionsverhandlungen. 50
Zuspitzung der Lage. = Brüskierungen von Seiten der Regierung und der Opposition. = Der Kommissionsantrag und seine Ursachen: das Ministerium. — Beurteilung der Opposition. — Die Minorität. = Aussichten.

Kap. 2: Die weitere Entwicklung der Krisis und die Kandidatur Bismarcks vor der Aussicht des Konflikts. . . 61
Die treibenden Faktoren: Die Gemässigten. — Die Reaktionäre. = Die Majorität. = Die Regierung: a) Das Ministerium: Die Konzessionsfrage. — Einwirkungen der Gemässigten. — Einwirkungen der Reaktionäre. Stellungnahme der einzelnen Minister: Heydt, Bernstorff, Roon. Das Gesamtministerium: Bericht vom 9. September. b) der König: Entscheidung vom 10. September.
Die Kandidatur Bismarcks: Stellung der Reaktionäre. — Roon. — Die Audienz vom 7. September.

Zweiter Teil: Die Entscheidung.

Abschnitt 1: Roons Vorgehen zur Herbeiführung der Ernennung Bismarcks.

Kap. 1: Bismarcks endgültiger Plan zur Erlangung der Gewissheit. 105
Bismarck von Biarritz bis Toulouse. — Roons Brief vom 31. August. — Bismarcks Vorgehen: Briefe an die Gemahlin, Roon und Bernstorff vom 12. Sept. — Reise nach Paris.

Kap. 2: Die Krisis auf ihrem Höhepunkt. 117
Die Plenarverhandlungen vom 11. bis 16. September. = Der Versöhnungsversuch. — Roons Stellung zu ihm. — Vereinbarungen mit den Gemässigten. — Stellung des Königs. — Das Conseil vom 16. — Die Aufnahme des Entgegenkommens im Abgeordnetenhause. — Das Conseil vom 17.

Digitized by Google

Kap. 3: Die Herbeirufung Bismarcks 155
Das Problem. = Kritik der Ueberlieferung. — Nachricht von zwei Telegrammen durch Keudell. = Das erste Telegramm. — Die Zeitfrage. — Die Personenfrage. — Roon der Absender. — Das zweite Telegramm.

Abschnitt 2: Die Ernennung Bismarcks.

Kap. 1: Der Vermittlungsversuch des Kronprinzen . . . 198
Die Lage bis zum 20. für Roon. = Ankunft des Kronprinzen. — Der Kronprinz am 19. in Babelsberg. — Der Kronprinz und die Minorität des Ministeriums. — Der Ministerrat vom 19. = Der Fehlschlag.

Kap. 2: Die Babelsberger Gespräche 210
Ankunft Bismarcks. — Bismarcks Stellungnahme zur Lage. = Roon in Babelsberg. — Die Haltung des Königs. = Die Audienzen Bismarcks. — Kritik der Ueberlieferung. — Aufbau des Gesprächs am 22.: erster Teil. — Die Probleme des zweiten Teils. — Die neuen Quellen. — Verteilung auf den 22. und 23. September: Besprechung der auswärtigen Politik am 23. — Die Bedingungen des Königs. — Ausgang. = Eindruck der Ernennung.

Digitized by Google

Benutzte Hülfsmittel.

(Die im Text gebrauchten Abkürzungen der Bücher und Zeitungen etc. sind in dieser Uebersicht hinter den einzelnen Titeln vermerkt.)

I. Bücher, Broschüren und Sonderartikel.

Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst v. Bismarck. Bd. 1: Kaiser Wilhelm I. und Bismarck. Stuttgart 1901.

Bailleu, Paul, Rezension von Marcks' Kaiser Wilhelm I. Deutsche Rundschau, April 1898.

Berner, Ernst, Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Reden und Schriften. Ausgew. und erläut. Bd. 2: 1861—88, Berlin 1906. — Berner.

Berner, Ernst, Rezension von Marcks' Kaiser Wilhelm I. Literarisches Centralblatt, 3. Dez. 1898.

Bernhardi's, Aus dem Leben Theodor v. — Bd. 4—6, 1895 fg. — Bernhardi.

Bernstorff, Im Kampfe für Preussens Ehre. Aus dem Nachlass des Grafen A. v. — Herausgegeben von Dr. Ringhoffer, Berlin 1906. — Bernstorff.

Bismarck, Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin. Herausgegeb. vom Fürsten Herbert B., Stuttgart 1900. — An die Gattin.

Bismarck, Fürst Otto v., Gedanken und Erinnerungen. Volks-Ausgabe, 2 Bde., 1905. — Ged. u. Er.

Blum, Hans, Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck. 1. Aufl. 1892. 2. Aufl., München 1900.

Bülow, Wilhelm v., Neue Bismarck-Erinnerungen. Berlin 1895.

Bunsen, Georg v., Ein Charakterbild aus dem Lager der Besiegten, gezeichn. von seiner Tochter Marie v. B., Berlin 1900.

Busch,[1] Moritz, Tagebuchblätter. Bd. 3, Leipzig 1899.

Busch, Wilhelm, Der Gegensatz zwischen König Wilhelm und Bismarck vor dessen Eintritt ins Ministerium. Bismarck-Jahrbuch, Bd. 2, 1895.

1. Die engl. Ausgabe enthält an den benutzten Stellen keine Abweichungen.

Digitized by Google

Ernst II., Herzog v. Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Bd. 2 und 3, Berlin 1888/89. — Ernst v. Coburg.

Gebhardt, Bruno, Nord und Süd 1902: Negri, Bismarck, Saggio storico 84.

Gerlach, E. Ludwig v., Aufzeichnungen aus seinem Leben und Wirken, 1795—1877. Herausg. von Jakob v. G., Bd. 2: 1848—77. Schwerin 1903. — Gerlach.

Gneist, Rudolf v., Die Militärvorlage von 1892 und der preuss. Verfassungskonflikt von 1862—66. Berlin 1893.

Hahn, Ludwig, Fürst Bismarck. Sein politisches Leben und Wirken urkundlich etc. Berlin 1878.

Haym, Rudolf, Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891.

Hegel, Immanuel, Erinnerungen aus meinem Leben. Berlin 1891.

Helldorf-Bedra, v., Aus bewegter Zeit. Deutsche Revue, Bd. 29. 1904.

Hesekiel, George, Das Buch vom Grafen Bismarck. Bielefeld und Leipzig 1869.

Heyck, Eduard, Die Allgemeine Zeitung, 1798—1898. Beiträge zur Geschichte der deutschen Presse. München 1898.

Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz Kraft zu, Aus meinem Leben. Bd. 2. Berlin 1905. — Hohenlohe.

Innere Politik, die — — der Preussischen Regierung von 1862 bis 1866. Sammlung der amtlichen Kundgebungen und halbamtlichen Aeusserungen. Berlin 1866. — Sammlung „Innere Politik."

Kaiser Wilhelm I. und Fürst Bismarck. Leitartikel der Münchener Allgemeinen Zeitung, 92. Jahrgang, Nr. 278, Morgenblatt. 7. Oktober 1890.

Keck, Karl Heinrich, Das Leben des General-Feldmarschalls Edwin v. Manteuffel. Bielefeld und Leipzig 1890.

Keudell, Robert v., Fürst und Fürstin Bismarck. Erinnerungen aus den Jahren 1846—72. Berlin und Stuttgart 1901.

Kohl,[2] Horst, Bismarckbriefe 1836—1873. 8. Aufl. Bielefeld und Leipzig 1900. — Bi.-Br.

Kohl, Horst, Bismarck-Jahrbuch. Bd. 2—6. 1895—99. — B.-J.

Kohl, Horst, Fürst Bismarck. Regesten etc. Bd. 1. Leipzig 1891.

Krieg, Thilo, Constantin v. Alvensleben General der Infanterie. Berlin 1903.

---

2 Nach Kohl werden Bismarcks Briefe an Roon zitiert. Sie sind in der neuesten Auflage sämtlich bis auf einen nach den Originalen herausgegeben (vergl. Kohls Anm. zu Brief 244).

Digitized by Google

Lenz, Max, Geschichte Bismarcks. 1. und 2. Aufl. Leipzig 1902. — Lenz.

Loftus, The diplomatic reminiscences of Lord Augustus —. 1837 bis 1862. First Series. Vol. II. 1892.

Manteuffel, Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Freiherrn v. — Herausg. v. Poschinger. Bd. 3: 1854—82. Berlin 1901.

Marcks, Erich, Albrecht v. Roon. Seine Persönlichkeit und seine geschichtliche Bedeutung. Deutsche Rundschau, Bd. 115, April—Juni 1903.

Marcks, Erich, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen. Versuch einer kritischen Würdigung. Berlin 1899.

Marcks,[3] Erich, Kaiser Wilhelm I. 4. Aufl. Leipzig 1900.

Militärische Schriften weiland Kaiser Wilhelms des Grossen Majestät. Herausg. v. Kriegsministerium. Bd. 2: 1848—1865. Berlin 1897.

Nippold, Friedrich, Aus dem Leben der beiden ersten deutschen Kaiser und ihrer Frauen. Forschungen und Erinnerungen. Berlin 1906.

Oncken, Wilhelm, Unser Heldenkaiser. Berlin 1897.

Parisius, Ludolf, Leopold Freiherr v. Hoverbeck. (1822—1875.) 2. Teil, Berlin 1898.

Pastor, Ludwig, August Reichensperger 1808—1895. Sein Leben und sein Wirken etc. Freiburg 1899.

Petersdorff, Hermann v., Der erste Hohenzollernkaiser im Dienste preussischer und deutscher Grösse. Leipzig 1897.

Petersdorff, Hermann v., Kleist-Retzow. Ein Lebensbild. Stuttgart und Berlin 1907. — Petersdorff.

Philippson, Martin, Max v. Forckenbeck. Dresden und Leipzig 1898.

Philippson, Martin, Das Leben Kaiser Friedrichs III. Wiesbaden 1900. — Philippson.

Poschinger, Heinrich v., Bismarck-Portefeuille. Bd. 4. Stuttgart und Leipzig 1899.

Poschinger, Heinrich v., Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Bd. 2: 1847—79. Breslau 1895.

Roon,[4] Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Kriegsministers Grafen v. R. Herausg. von Graf Waldemar R. 5. Aufl. 1905. — Roon.[5]

Roon, Graf Waldemar v., Kriegsminister v. Roon als Redner. Bd. 1. Breslau 1895.

3. Die fünfte Auflage ist nur ein Abdruck der vierten.

4. Sämtliche Schriftstücke Roons werden nach dieser neuesten fünften Auflage der Denkwürdigkeiten zitiert.

Digitized by Google

Roon, Zwei Briefe Roons aus dem Jahre 1864 in Bd. 73 der Historischen Zeitschrift mit anschliessenden Mitteilungen der Redaktion.

Rössler, Walter, Constantin Rössler. Ausgewählte Aufsätze. Berlin 1902.

Schleinitz, Aus den Papieren der Familie v. — Berlin 1905.

Schneider, L., Aus dem Leben Kaiser Wilhelm's. Bd. 1. Berlin 1888.

St . . r, Baron, Der Berliner Hof und seine Politik. 3. Aufl. Berlin 1888.

Stosch, Albrecht v., Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals und Admirals. Briefe und Tagebuchblätter. Herausg. von Ulrich v. St. Stuttgart und Leipzig 1904.

Thimme, Friedrich, Rezensionen der 1. und 4. Auflage von Marcks' Kaiser Wilhelm I. Hist. Zeitschr. Bd. 82, 321 f. und 88, 494 f.

Thouvenel, L., Le secret de l'empereur. Correspondance confidentielle et inédite . . . 1860—1863. . . . Vol. II. Paris 1889.

Ulmann, H., Kritische Streifzüge in Bismarcks Memoiren. II.: Bismarck und die Abdankungspläne König Wilhelms im September 1862. Historische Vierteljahrschrift, 5. Jahrg., 1902. — Ulmann.

Unruh, Erinnerungen aus dem Leben von Hans Viktor v. — Zuerst Deutsche Revue 1881, dann von Poschinger herausg. Stuttgart und Leipzig 1895. — Unruh.

Vilbort, J., Das Werk des Herrn v. Bismarck 1863—1866. 1. Abteilung. Berlin 1870, (frz. 1869).

Vitzthum v. Eckstädt, Graf Friedrich, St. Petersburg und London in den Jahren 1852—1864. Bd. 2. Stuttgart 1886.

Volz, Berthold, Wilhelm der Grosse. Leipzig 1897.

Wie Herr v. Bismarck Minister wurde. Erinnerungen eines Zeitgenossen. Berlin 1888.

Wild, Christoph, der Oelzweig von Avignon. Aus Bismarcks Leben erzählt von —. Berliner Neueste Nachrichten, 10. Jahrgang, Nr. 142, Feuilleton. 19. März 1890.

Wilmowski, Gustav v., Meine Erinnerungen an Bismarck. Aus dem Nachlasse herausg. von Marcell v. W. Breslau 1900.

II. Zeitungen, Zeitschriften, Protokolle und Eisenbahnfahrpläne aus dem Jahre 1862.

1. Zeitungen.

a) Aus der Königlichen Bibliothek zu Berlin.

Berliner Zeitungen.[5]

Königlich Preussischer Staats-Anzeiger. Einmal am Tage. — St. A.

5. Die Berliner Allgemeine Zeitung wird nach Auszügen andrer Blätter zitiert, da von ihr kein Exemplar mehr vorhanden ist.

Digitized by Google

Allgemeine Preussische Zeitung (Sternzeitung). Morgen- und Abend-Ausgabe. — A P Z.
Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen (Vossische Erben). Einmal am Tage. — V Z.
National-Zeitung. Morgen- und Abendausgabe. — N Z.
Neue Preussische Zeitung (Kreuzzeitung). Einmal am Tage. — NPZ.
Volks-Zeitung. Einmal am Tage. — Volks-Z.

Sonstige deutsche Zeitungen.

Allgemeine Zeitung. Augsburg. Einmal am Tage. — AAZ.
Siglen der Korrespondenten (vom Mai bis September): ⊥ θ ‡)(# | † (aus Berlin).
Kölnische Zeitung. Einmal am Tage. — Köln. Z.
Schlesische Zeitung. Morgen- und Mittagausgabe — Schles. Z.

b) Aus der Nationalbibliothek zu Paris.

La France politique, scientifique et littéraire. Première année. Paris.
La Patrie. Vingt-deuxième année. Paris.

2. Zeitschriften.

Grenzboten. Herausg. von Moritz Busch. Politische Korrespondenz.
Preussische Jahrbücher. Herausg. von Rudolf Haym. Politische Korrespondenz.

3. Fahrpläne und Protokolle.

Die Eisenbahnen und die bedeutenderen Post- und Dampfschiff-Verbindungen in Deutschland und den angrenzenden Ländern etc. bearbeitet nach den Materialien des Kgl. Post-Cours-Bureau's in Berlin. 1862. Berlin, Verlag der Kgl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. Decker) — (Bibliothek des Reichspostamts; Nr. 2, 3, 4, 7 sind erhalten).

Sammlung sämtlicher Drucksachen des Hauses der Abgeordneten aus der VII. Legislatur-Periode I. Session 1862. Bd. IV. Berlin, 1862. Gedruckt bei W. Moeser. Nr. 138: Bericht der Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats über den Etat der Militär-Verwaltung pro 1862.

Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die A. Verordnung vom 6. Mai 1862 einberufenen beiden Häuser des Landtages. Haus der Abgeordneten. Bd. III. (15. Aug. bis 20. Sept.) und Bd. IV. (22. Sept. bis 13. Okt.). Berlin 1862, W. Moeser.

III. Manuskripte aus dem Jahre 1862.

(Im Besitz des Herrn Direktors Samwer in Gotha und von ihm in den Originalen freundlichst zur Benutzung überlassen.)
Frühjahr: Gustav Freytag an Samwer.

Digitized by Google

28. Juni, Marienbad: Ernst v. Stockmar an Samwer.
24. Juli, Potsdam, Neues Palais: Ernst v. Stockmar an Samwer.
30. August: Stavenhagen an Samwer.
1. September, Berlin: Stavenhagen an Samwer.
6. September, Berlin: Sänger an Samwer.
14. September, Berlin: Stavenhagen an Samwer.
18. September, Berlin: Morier an Samwer.
19. September, Berlin: Duncker an die Kronprinzessin (vergl. Philippson,[2] Beilage 1).
23. September: Aufzeichnung Samwers (Philippson, Beilage 2).
23. September: Samwer an Duncker.
26. September: Duncker an Samwer (Philippson, Beilage 3).
28. September, Berlin: Stavenhagen an Samwer.

Digitized by Google

Einleitung.

Das Problem.

Ungewöhnlich wie die einzigartige ministerielle Wirksamkeit Bismarcks und nicht unwürdig der folgenden Zeit ist schon die Vorgeschichte seiner Ministerschaft bis zum Eintritt hin gewesen. Es war kein rasches und glattes Aufsteigen, das den Helden der späteren Epoche an den Anfangspunkt seiner kämpfereichen Laufbahn führte. Als Bismarck die Ernennung erhalten hatte, blickten alle Beteiligten auf ein langes und zähes Ringen zurück, das jedem aus besonderen Ursachen aufgezwungen worden war. Er selbst hatte, als er an dem Ziele stand, das ihm damals gar nicht erstrebenswert erschienen war, Zeiten schwerer Aufregung und persönlichen Verdrusses hinter sich. Zwar wird er schon beinahe unmittelbar nach seiner ersten politischen Tätigkeit als Ministerkandidat genannt; und das spricht für das schnelle Hervortreten seiner Bedeutung; aber die überragende Grösse löste nicht minder starke Widerstände aus. Die Frage seines Eintritts, die wohl in dauernder Erörterung blieb, bewegte sich deshalb immer auf und nieder; und so deutete seine Ernennung, unter den schwersten Anstrengungen erzwungen, gleichsam im voraus den Charakter der folgenden Zeiten an, die ihm den Kampf zur Lebensaufgabe machten.

Noch einen eigenartigeren Charakter erhält aber die Vorgeschichte durch ihre Verknüpfung mit der damaligen inneren Politik. Bismarcks Kandidaturen erstrecken sich über die vierzehn Jahre von 1848 bis 1862; und diese Zeit schliesst

Digitized by Google

in Preussen eine der bedeutendsten Epochen in der neueren Entwicklung jener Seite des Staatslebens ein. 1848 und 1862 sind die wichtigsten Etappen in der konstitutionellen Umwandlung der Monarchie; und der Herbst dieser Jahre begrenzt Anfang und Ende der Ministerkandidaturen Bismarcks. Aber auch in der Zwischenzeit fehlt nicht die Korrespondenz; denn auf beiden Seiten bewegen sich die Vorgänge in demselben Verhältnis auf und nieder. Gleichzeitig mit dem Abschnitt des Uebergangs der absoluten Monarchie in den Verfassungsstaat, der die Prävalenz des Königtums erneuerte, kam es zu Bismarcks erster Kandidatur. In der darauf folgenden Stagnation des politischen Lebens tritt auch die Frage seiner Ministerschaft zurück. Als aber mit der Heeresreorganisationsfrage wieder liberale Verfassungswünsche laut wurden, und dadurch neue häufigere und nicht minder schwere Krisen entstanden, da wurde auch sein Eintritt ins Kabinett von neuem und lebhafter als früher in Erwägung gezogen. Die gleichzeitig wieder aufgetauchte deutsche Frage lief auch in ihren Wirkungen auf Bismarcks Kandidaturen nur nebenher. Und die Berufung erfolgte in dem Augenblick, als der Streit, der sich über die Tragweite der Verfassung ausgedehnt hatte, seine schärfsten Formen angenommen hatte, um dann durch Bismarcks Eintritt im Sinne der königlichen Auffassung entschieden zu werden.

Aber dieser Parallelismus der Vorgänge besteht nicht bloss äusserlich. Zwischen den Verfassungskämpfen und den gleichzeitig auftauchenden Kandidaturen Bismarcks ist ein innerer organischer Zusammenhang festzustellen. Bismarck hatte sich in der Revolution als mutiger, gewandter und überzeugungstreuer Anhänger des Königtums ausgezeichnet. So konnte seine Partei hoffen, die Augen Friedrich Wilhelms IV. auf ihn zu lenken, als sie Bismarck in der Herbstkrisis des Jahres 1848 und auch später noch als Minister empfahl. Die Bekämpfung der Revolution wäre ihm

Digitized by Google

als Aufgabe zugefallen. Der König aber konnte sich wohl nicht der Tatsache verschliessen, es hier mit einem fähigen und treu ergebenen Diener seiner Krone zu tun zu haben; ihm musste vielmehr in den schweren Zeiten ein solcher Helfer doppelt willkommen sein. So nahm er Herrn v. Bismarck für das Ministerium in Aussicht; und die Ernennung nach Frankfurt, auf einen Posten, wo das preussische Ansehen, für das der Abgeordnete so kräftig eingetreten war, erst wiederhergestellt werden sollte, bedeutete einen starken Beweis seines Vertrauens. Er hatte wohl vor, ihn erst durch die diplomatische Laufbahn in die grosse Politik einzuführen, ehe er ihn ernannte; und Frankfurt, Wien und Paris lernte Bismarck schon unter seiner Regierung kennen. Die Frage des künftigen Ressorts aber hatte der König damit nicht im voraus entscheiden wollen. Wir hören von verschiedenen Ministerien, wenn die Rede darauf kam; und naturgemäss stand das innere in der Erwägung obenan. Neben der geschäftlichen Tüchtigkeit und Umsicht, die der Gesandte bewährte, war es ebenfalls vor allem seine unveränderliche Treue und Anhänglichkeit an das königliche Haus, durch die sich nun auch der Prinz von Preussen zu Bismarck hingezogen fühlte. Als der Staat wieder durch innerpolitische Kämpfe, zu denen sich die deutschen Wirren gesellten, in schwere Nöte geriet, da war es sehr erklärlich, dass der Regent und später der König Wilhelm an den Mann dachte, der schon einmal in ähnlicher Gefahr für die Monarchie eingesprungen war, der sich ihm unter solchen Umständen nicht weigern würde und seine Fähigkeit erprobt hatte. Stand doch auch dem Könige in der Krisis, die er durchzumachen hatte, dauernd die Revolution vor Augen!

Von wesentlicher Bedeutung für die Aufrechterhaltung dieses Gedankens, Bismarck ins Ministerium zu ziehen, aber war es, dass Wilhelm sowohl wie sein Vorgänger von zwei ständig wirkenden Faktoren, die, selbst auch durch die Krisen dazu geführt, an Bismarcks Kandidatur ein noch viel

Digitized by Google

stärkeres Interesse nahmen, immer wieder auf diese hingewiesen wurden. Das Jahr 1859 macht hier einen Einschnitt. Vorher betrieben die Parteifreunde, die zuerst Bismarck als Minister vorgeschlagen hatten, die Ernennung, um durch ihren fähigsten Kopf verstärkten Einfluss auf die Regierung zu gewinnen. Ihnen entwuchs aber Bismarck selbst bald, da seine Ansichten über auswärtige Politik allmählich nicht mehr in die Doktrin passten; und er stand schon nicht mehr auf dem Boden der Partei, als Leopold von Gerlach noch beim Regenten den letzten Versuch in jener Richtung machte. Mit der Ernennung seines Freundes Roon zum Kriegsminister durch den neuen Herrscher erhielt nun aber Bismarck sofort einen neuen Mittelsmann, der, ohne dass Bismarck selbst etwas dazu tat, noch entschiedener seine Sache verfocht. Roon trat nicht für das Interesse einer Partei ein; sondern er wollte sich Bismarck, dessen Fähigkeiten er schon früh[1] erkannt hatte, als Helfer im Kampfe für das Staatsinteresse, wie sie beide es auffassten, gewinnen. Wie in der Regierungspolitik Wilhelms Novemberprogramm auf die Tendenzen des Parteiregiments seines Vorgängers, so folgte in der Tätigkeit für Bismarck Roon, der sich für das Königtum allein einsetzte, der feudalen Partei. Und er konnte anstatt ihrer, mit der Bismarck nicht mehr ganz harmonierte, diese Stelle einnehmen, da er mit dem Freunde, der sich aus dem Parteigänger in den unabhängigen Staatsmann gewandelt hatte, verwandtere Anschauungen hatte. Die treibenden Faktoren wandelten sich also zugleich mit dem Regierungswechsel und der eigenen inneren Entwicklung Bismarcks; aber die Anlässe ihrer Wirksamkeit, wie der Pläne der beiden Herrscher, für Bismarck blieben die inneren Krisen; und beide dachten, wenn auch aus anderen Motiven, Bismarck als Kampfgenossen gegen die Demokratie, also für die inneren Verhältnisse, zu gewinnen.

1. Vergl. Marcks, Albrecht v. Roon.

Digitized by Google

Durch seinen Eintritt sollte das Ministerium nach innen Halt und Kraft nach aussen bekommen. Natürlich waren ihre Wünsche über die Berufung schärfer und bestimmter ausgeprägt als die Friedrich Wilhelms und seines Bruders, die nur Erwägungen hierüber anstellten und über die Ressortfrage nicht schlüssig waren, wenn sie auch in erster Linie an das Ministerium des Innern dachten. Die Erwägungen jedoch bis zu Entschlüssen zu treiben, war das eifrige Bemühen erst der Partei und dann Roons. Mit der Intensität dieser Versuche ging es, wie mit der Entwicklung der Vorgeschichte überhaupt: sie nahmen gegen Ende an Umfang und Stärke zu. Aber freilich kam es unter Friedrich Wilhelm IV. gar nicht und unter Wilhelm I. erst im September 1862 zu der Ernennung. Und das Merkwürdige ist, dass Bismarck über einer inneren Frage schliesslich, mit der Leitung des Kabinetts, das Ministerium des Auswärtigen erhielt.

Der tiefste Grund dieses doppelten Problems liegt in der Persönlichkeit Bismarcks selbst, die ihn zu einem ganz bestimmten Verhalten veranlasste und bei den Beteiligten verschiedenartige Gegenwirkungen auslöste. Der Kern seines Wesens waren sein scharf ausgeprägter, unabhängiger Charakter und die überragende Geistesgrösse; Eigenschaften, die ihn nicht nur schnell innerlich von den herrschenden Meinungen entfernten, sondern im entscheidenden Fall auch zur Betätigung seiner abweichenden Ansichten brachten.

Auf den geistig selbst hervorragenden Friedrich Wilhelm IV., der sich wohl auch seinem Gesandten überlegen fühlte, wirkte nun gerade die Selbständigkeit der Entschliessung, die sich Bismarck den königlichen Willensäusserungen gegenüber wahrte, so erkältend, dass der Plan der Ernennung von ihm allmählich ganz zurückgestellt wurde. Er hielt es für ungehorsam, wenn ein Staatsmann, dem er ein Amt geben wollte, besondere Wünsche und Ansichten geltend machte. Und ausserdem war ihm Bismarcks politische Haltung zu exponiert, indem er befürchtete, das Kabinett könnte

Digitized by Google

durch den Eintritt dieses „roten Reaktionärs" eine zu extreme Farbe erhalten. Anders wirkte Bismarcks Art auf den in traditionellen Anschauungen aufgewachsenen und in regelmässigeren Bahnen verharrenden Bruder. Dieser wurde gerade durch das Aussergewöhnliche in Bismarcks Wesen zurückgestossen. Er empfand eine starke Scheu vor der überragenden Grösse des Mannes, die sich bis zur Abneigung steigerte; und die Gemeinsamkeit des preussischen Gefühls genügte nicht, um die praktisch auf dem Felde der äusseren und inneren Politik sich ergebenden Konsequenzen ohne weiteres zu beseitigen. Immer differierten sie in dem Grad ihrer Ansichten; weniger in der sachlichen Begründung. Der Regent und König wollte in der Verwaltung und Politik, innen wie aussen, ohne Extreme nach links und rechts ein gemässigtes Regiment ohne Gewaltsamkeiten und Ueberstürzungen führen. Aber er befürchtete gerade von Bismarck im Innern, in reaktionäre Bahnen zurückgerissen zu werden, und nach aussen eine revolutionäre, mit aller Tradition brechende Politik. Auf diesem letzteren Gebiete waren die Gegensätze noch stärker als dort; deshalb dachte er auch, wenn er die Ernennung erwog, höchstens an das Innere. Das Präsidium ohne Portefeuille war bezeichnenderweise die Kombination, die ihm am ratsamsten schien.[2]

Das Verschärfende in der Situation lag nun aber darin, dass diese Differenzen, die die beiden Regenten von Bismarck trennten, in diesem selbst bestimmte, feste Entschlüsse her-

---

2. Vgl. Bismarcks Korrespondenz mit Roon und Bernstorff. Wilhelm Busch hat in seinem durch die neueren Quellenpublikationen überholten Aufsatz vom Jahre 1895: „Der Gegensatz zwischen König Wilhelm und Bismarck vor dessen Eintritt ins Ministerium" stark unterstrichen, dass seit dem Juli 1861 ausser von dem Eintritt ohne Portefeuille nur noch von dem Ministerium des Auswärtigen die Rede sei. Aber gerade dieses kam am allerwenigsten in Betracht; vgl. Roons Briefe vom 4. Juni und 31. August, sowie Bismarcks eigene; besonders aber den Bernstorffs vom 12. Juli 1862 und die Niederschrift Samwers vom 23. September.

Digitized by Google

vorriefen, die ihn gegen die Ernennung ebenfalls zurückhaltend und unter Umständen sogar ablehnend machten. Sein eigenes Wesen konnte diese Entwicklung nur befördern. Er besass schon kein persönliches Verlangen nach dem Ministerium, das in seinen Korrespondenzen zum Ausdruck gekommen wäre. Im Gegenteil können wir aus dem Briefwechsel mit Roon, seinem besten Freunde, der sein Anwalt in dieser Sache hätte sein müssen, eher das Umgekehrte herauslesen. Roon ist derjenige, der ihn wiederholt anspornen muss, nicht abzufallen. Diesem gegenüber hätte er, etwa aus Klugheitsgründen, seinen Ehrgeiz nicht zu verhalten brauchen; und nun treten uns andererseits sogar Wendungen der Abneigung in den Briefen entgegen; wir hören öfters ernste Versicherungen, dass er sich jeden anderen Posten lieber wünsche als das Ministerium. So dürfte die Annahme gesichert sein, dass er kein stürmisches Begehren nach einem Ressort in sich trug; und auch aus seiner innersten Natur ist diese Schlussfolgerung zu ziehen. Bismarck musste wohl sein Können fühlen; denn darin zeigt sich ja der grosse Mann, dass er sich seines Wertes bewusst ist; und damit mochte auch der Wille in ihm emporkeimen, sich zu betätigen. Aber er dachte gar nicht daran, sich an einen Ministersessel heranzuschlängeln. Bei seiner Einsicht in die schwebenden Fragen und der Erkenntnis, dass die Massnahmen der amtierenden Minister zu ihrer Lösung verkehrt oder unzureichend waren, konnte er wohl annehmen, dass der Augenblick schon noch kommen würde, wo er als Retter in der Not herbeigerufen würde. Wenn nicht in den inneren, so musste man sich früher oder später in den äusseren Fragen um seinen Eintritt bemühen; und dann hätte er, der die richtigen Mittel kannte und sich die Ausführung zutraute, allerdings seine ganze Kraft eingesetzt. Bis dahin brauchte er sich aber nicht zu beeilen; er durfte zum Leidwesen Roons die Frage seiner Ernennung ruhig an sich herankommen lassen, und die Berufung im

Digitized by Google

September 1862 ist nicht[3] sein Wunsch gewesen. Nur kurz vor der Entscheidung war er aus ganz besonderen Gründen selbst dazu tätig: aber ohne Roon wäre es wohl nie so weit gekommen.

Sein im Grunde kühles Verhalten gegen die Frage seiner Ministerschaft überhaupt konnte nun aber nicht dahin führen, dass ihm, im Falle man seine Ernennung erwog, die Bedingungen seines Eintritts gleichgültig gewesen wären; er wollte sich nur auf die Politik verpflichten, die mit seinen Ueberzeugungen übereinstimmte. Seit der Revolution hatte Bismarck sein Interesse mehr den auswärtigen Dingen zugewandt; vielleicht gerade deshalb, weil hier die schwächste Seite der Regierungspolitik lag, die sein preussischer Stolz nicht verwinden konnte. Der Erfolg war der, dass er von den überlieferten Anschauungen weit abkam; je überzeugter er jedoch selbst von der Richtigkeit seiner Ansichten war, desto weniger konnte er sie ändern. War es dann aber noch möglich, dass er ohne Verständigung darüber in das Ministerium eintrat? Und dazu kam nun, dass er zwischen den Misserfolgen in der äusseren und in der inneren Politik einen ursächlichen Zusammenhang sah. Die schwächliche Haltung der Regierung nach aussen schien ihm die Quelle der inneren Wirren zu sein, und daher glaubte er das beste Mittel gegen diese in einem Aufschwung der äusseren Politik zu finden. So konnte er schliesslich nur dann ein erspriessliches Wirken von seinem Eintritt erwarten, wenn sein Programm auch das der Regierung war; und es war im Grunde nur durchzuführen, wenn Bismarck selbst das auswärtige Ressort inne hatte.

Nun war er aber infolge seiner Ansichten schon zu Friedrich Wilhelm IV. und noch stärker zu Wilhelm I. in

---

3. Die abweichende Ansicht von Marcks (Kaiser Wilhelm I., Anm. S. 420), der Bismarcks Drang zur Ministerschaft durch die Briefe an Bernstorff bestätigt findet, wird weiter unten noch wiederholt kritisiert.

Digitized by Google

offenen Gegensatz geraten. Ihre Abneigung konnte ihm nicht verborgen bleiben; und so ist es erklärlich, dass er gegen die Frage seiner Ernennung geradezu zurückhaltend wurde. Einem direkten Ruf hätte er sich nie geweigert; zumal im Augenblick der Gefahr würde er nur sein preussisch-dynastisches Gefühl haben sprechen lassen. Aber es musste ihm unter beiden Herrschern bedenklich sein, einen Posten anzunehmen, dessen er nicht ganz sicher war. Ohne grundsätzliche Verständigung hätte er gewärtigen müssen, binnen kurzem verbraucht zu sein. Solange die Differenzen bestanden, konnte ihm nichts daran liegen, in das Ministerium einzutreten. Wenn in der letzten Zeit seine persönliche Lage ganz unerquicklich wurde, und er alles tat, um sie zu klären, so hat dieses Drängen um Gewissheit mit seiner Grundstimmung gar nichts zu tun. Diese blieb vielmehr immer dieselbe.

Nebenumstände kamen noch hinzu, um seine Zurückhaltung zu verstärken. Der aufreibende und unfruchtbare Kampf mit den Abgeordneten konnte Bismarck nicht reizen; er teilte die starke Abneigung seiner Gemahlin gegen das Wilhelmstrassengefängnis, die Galeere, wie er das Ministerium nannte. Später verstärkte noch körperliche Indisposition seinen Widerwillen gegen die Geschäfte in Berlin. Und so treten denn in seinen Briefen jene Stimmungen auf, die sich so angelegentlich mit den Vorzügen des Landlebens beschäftigen, oder jene, in denen der Gesandte nichts anderes wünscht, als dauernd auf einem der ruhigen, aber einflussreichen Posten in den grossen Nachbarreichen beschäftigt zu sein. Sie lassen sich gerade dann verfolgen, wenn er mit der heimischen Politik sehr unzufrieden ist. Solche Momente mussten ihm aber sagen, dass er nur in sicherer Position, ungehindert von Nebenfragen, im Vertrauen des Königs seine Aufgabe erfüllen konnte.

Auf diese Weise kam es, dass die Frage nach Bismarcks Eintritt ins Ministerium so lange unentschieden blieb, und

Digitized by Google

die Gegensätze mit der Zeit sich sogar verschärften. Man könnte sich unter diesen Umständen wundern, dass die Ernennung überhaupt noch diskutabel blieb; aber die Häufung der Krisen und der mit den wachsenden Schwierigkeiten hervortretende Mangel an Persönlichkeiten, sowie die dann sofort einsetzende Vermittlertätigkeit führten immer wieder zur Erörterung der Kandidatur Bismarcks. Die Krisen schufen bis zum Ende jedesmal die Situationen, in denen die Ministerfrage aufkam; und dann konnte an Bismarck erinnert werden. Es war eine ganze Reihe von Versuchen, die hinter einander von Misserfolg begleitet waren. Wenn daher schliesslich doch noch die Ernennung vollzogen wurde, so erhebt sich die Frage, wie es denn gekommen ist, dass gerade im September 1862 die sachlich und persönlich so starken Gegensätze, die bis dahin hinderlich waren, überbrückt werden konnten. Die einzelnen Momente, die diesen Abschluss der Ministerkandidaturen ermöglichten, sind aufzudecken, und der Anteil, der jedem der Handelnden zukommt, ist nachzuweisen. Da Bismarck selbst im ersten Bande seiner Gedanken und Erinnerungen,[4] vornehmlich im Kapitel „Zwischenzustand", eine Uebersicht über die Geschichte seines Eintritts gegeben hat, so muss die Darstellung an den Punkten, wo sie mit seinen Ausführungen zusammentrifft, zur Kritik der Memoiren werden.

4. Nippold bespricht in seinen jüngst erschienenen „Forschungen und Erinnerungen aus dem Leben der beiden ersten deutschen Kaiser und ihrer Frauen" die hier in Betracht kommenden Partien; bringt aber nichts Neues zur Sache.

Digitized by Google

Erster Teil.

Die Vorbereitung.

Abschnitt 1.

Bismarcks Kandidaturen bis zum Schluss des Sommers 1862.

Kapitel 1.

Bis zum Mai 1862.

Die letzte Aufschiebung der Ernennung.

Schon unter Friedrich Wilhelm IV. zeigen Bismarcks Kandidaturen deutlich, welches Moment allein das Lösungsmittel sein konnte, um das anscheinend so starre Problem entwicklungsfähig zu machen. Das erste Mal[1] scheiterte die Frage der Ernennung in der Herbstkrisis des Jahres 1848, weil der schroff reaktionär-preussische Standpunkt des Abgeordneten nicht in die deutsche Politik des Königs passte; 1854 dagegen trat schon die andere Seite hemmend hervor: Differenzen über die auswärtigen Fragen trennten den König und den Gesandten, da Bismarck bei seiner rein preussischen Politik von einem konservativem System mit Rücksichtnahme auf fremde Dynastien nichts wissen konnte. Seitdem kam es nicht mehr ernstlich zu einer Kandidatur; und Bismarck hatte den Eindruck,[2] als ob der König seine Ernennung nur noch erwähne, um damit auf Manteuffel einen Druck aus-

1. Vgl. zu diesem und dem Folgenden die einschlägigen Partien in der Geschichte Bismarcks von Lenz.

2. Ged. u. Er. I, 216.

Digitized by Google

zuüben. Die Verfassungskrisis und die Krimkrisis hatten den Parteifreunden die Gelegenheit gegeben, dem Könige den Gedanken der Berufung nahe zu bringen. In der Zwischenzeit und dann bis zum Ende seiner Regierung fehlten aber die grossen Fragen; und so fehlte auch das Bedürfnis nach neuen Persönlichkeiten. Die Verhältnisse zwangen mithin den König, der ohnehin kühler wurde, nicht; und Bismarcks Eintritt wurde nicht mehr ernstlich erwogen. Es war schon jetzt klar, dass nur eine grosse Krisis hierin Wandlung schaffen konnte.

———

Unter dem neuen Herrscher lassen die Kandidaturen diesen Gesichtspunkt sogleich noch deutlicher hervortreten. Gerade bei der ruhig abwägenden, sich gleichbleibenden Art des Prinzen von Preussen mussten die Differenzen, welche sachlich dieselben waren und persönlich den gleichen Ursprung hatten, gegenüber der nicht minder zielbewussten Haltung Bismarcks nur noch schärfer und intensiver hervortreten. Der Regent hätte wohl unter diesen Umständen noch weniger als sein Bruder die Frage der Ernennung erwogen; aber schon am Anfang seiner Regierung ballten sich neue schwere Krisen zusammen, die nun sogar vom politischen Horizont nicht weichen wollten, sondern immer drohender wurden. Mit dem italienischen Kriege erhob sich die deutsche Frage allmählich zu neuem Leben; aber in Preussen entstand ein für den Augenblick noch viel schwereres inneres Problem, als dem Landtage die Vorlage zur Reorganisation des Heeres zuging. Das Ministerium, das der Regent zur Abstellung entschiedener Missstände der vorigen Regierung, aber nicht um ein zweites Parteiregiment zu beginnen, aus meist gemässigt-liberalen Männern neu zusammengesetzt hatte, versuchte der nun entstehenden Schwierigkeiten vergebens Herr zu werden, als es die neu auftauchenden liberalen Wünsche, die Abänderungen der Vorlage und dann auch Aequivalente für die Bewilligung forderten, und die Pläne des Regenten zugleich befriedigen wollte. Keine Seite wusste ihm dafür

Digitized by Google

Dank; und der Regent, der seine Absichten nicht genügend vertreten sah, musste bald erkennen, dass er in der Bildung des Kabinetts keine glückliche Hand gehabt hatte. Für Bonin fand sich bald in Roon, der, Offizier und Diener des Regenten und Königs, als seine Aufgabe ansah, die Armeepläne rücksichtslos durchzusetzen, der gewünschte Ersatz. Aber rasch war noch mindestens für Schleinitz eine neue Persönlichkeit zu suchen; denn vor einer zweiten vollständigen Zusammensetzung des Ministeriums, schon nach so kurzer Zeit, scheute der Regent zurück. Es war der erste von den sich nun wiederholenden Fällen, dass die schweren, sich mit der Zeit nur verschärfenden Krisen, welche aussergewöhnliche Anstrengungen nötig machten, im Kabinett stets Mängel offenkundig machten, die der Regent und König nicht beseitigen konnte.[3] So wurde die Ministerfrage permanent. Auch Neuernennungen änderten daran nichts; denn die Verhältnisse erwiesen sich stärker als die Kräfte der neuen Persönlichkeiten; und die Berufung Bismarcks, an dem der Regent nicht vorbeigehen konnte, kam nicht zustande.

Die innere Krisis drohte schon im Frühjahr 1860 mit der Ablehnung der Reorganisationsvorlage in der Form, wie sie die Regierung eingebracht hatte, zum Bruch zu führen, als Roon zum ersten Mal für den Freund eintrat. Der Regent hatte aber noch kurz vorher während des italienischen Krieges sein Misstrauen gegen den Mann, der alles auf den Kopf stellen werde,[4] zu stark geäussert, um ihm an Schleinitz' Stelle das Auswärtige zu übertragen, wenn er in ihm auch wohl gern den Kämpfer für die inneren Verhältnisse gesucht hätte. Die oberste Leitung in den auswärtigen Dingen, wie in den militärischen, behielt er ja selbst. Welcher Einfluss

3. Im März 1860 äusserte der Regent zu dem Herzog von Koburg (III, 22), er sehe nirgends die Persönlichkeit, welche an Schleinitz' Stelle treten könnte.

4. Ernst v. Koburg II, 497.

Digitized by Google

der Prinzessin und Schleinitz[5] auf dieses Resultat zuzuschreiben ist, lässt sich nicht kontrollieren. Eine direkte Aufforderung zum Eintritt hatte Bismarck gar nicht erhalten;[6] wie sehr ihn aber das Resultat der Audienzen erkennen liess, dass er beim Regenten noch in keinem Vertrauen stehe, sodass ihm selbst auch der Eintritt zur Zeit unmöglich erscheinen musste, können wir aus den Worten herauslesen, die er im Mai an den Bruder schrieb:[7] er müsste ein ehrgeiziger Narr sein, wollte er bereitwillig in diese Galeere hineingehen, ohne Bedingungen zu stellen. Nur wenn man ihm die Pistole auf die Brust setze, werde er nicht „nein" sagen, um keine Feigheit zu begehn. Der Staatsmann und der Edelmann kennzeichnen sich in diesen Worten, die den Standpunkt, den Bismarck in dieser Frage überhaupt einnahm, ganz klar erkennen lassen. Er wie der Regent waren aber unterdessen schon der Notwendigkeit enthoben worden, an den Eintritt zu denken. Denn in der Krisis war ein Waffenstillstand geschlossen worden; und auch die auswärtigen Schwierigkeiten, die durch Napoleon zu drohen schienen, hatten sich verzogen.

Aber gerade das „Provisorium" sollte der Keim zu neuen, noch schwereren Verwicklungen werden, die schliesslich zum Bruche führten. Es fehlten die führenden Kräfte auf beiden Seiten, welche im patriotischen Interesse die Angelegenheit noch rechtzeitig zum Ausgleich geführt hätten. Man konnte sich im Augenblick nicht einigen, und erhoffte auf beiden Seiten von der Zukunft die Durchsetzung seiner Wünsche. Die Regierung[8] benutzte die Mittel zur einstweiligen Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft dazu, zu Unrecht definitive Einrichtungen zu treffen: sie dachte wohl,

---

5. Vgl. Ged. u. Er. I, 265. II, 311.

6. 12. Mai an den Bruder (Bi-Br, S. 286): „Von kompetenter Seite kein Wort".

7. 12. Mai, s. Anm. 6.

8. Vgl. Pastor, Reichensperger, S. 453/54.

Digitized by Google

dass eine Ablehnung später eine faktische Unmöglichkeit werden würde. Und die Abgeordneten drückten ein Auge zu: denn sie konnten dann die Bewilligung der fertigen Reorganisation von der Erfüllung liberaler Wünsche abhängig machen. Auf beiden Seiten aber bedachte man nicht, dass die tiefsten Gründe der eignen Haltung auf diese Weise im Augenblick der Entscheidung nur um so starrer und einseitiger in aller Schärfe hervortreten mussten.

So spitzten sich die Verhältnisse immer mehr zu, und in kritischen Augenblicken gelang es wieder Roon, der in der Gunst des Regenten steigend auch in der Frage der Ministerschaft eine immer grössere Bedeutung erwirbt, Bismarck heranzuziehen. Wir können nun feststellen, dass das bisherige Verhältnis zwischen dem Regenten und Bismarck in leise Schwankungen gerät; aber von praktischen Ergebnissen ist noch keine Rede. Der Regent kann sich der Richtigkeit der Theorie in Bismarcks auswärtiger Politik nicht mehr verschliessen; aber seine Scheu vor einem Zusammenarbeiten mit diesem bleibt doch. Und Bismarck, von dem wir in dieser Zeit lebhafte Klagen über körperliches Missbehagen, die Nachwirkungen seiner schweren Krankheit, zu hören bekommen, gerät über Wilhelms dauernde Unentschlossenheit in eine Verstimmung, die ihn gegen einen voreiligen Eintritt ohne Garantien nur noch behutsamer machen muss.

Die Zeit vom Sommer 1861 bis zum März 1862 ist die letzte Etappe vor der Entschliessung des Königs, dass Bismarck au qui vive bleiben solle. In dieser Zeit brach das liberale Ministerium vollständig zusammen. Durch die Krisis desorganisiert, offenbarte es am Anfang den offenen Zwiespalt unter seinen Mitgliedern; und nachdem der Militärstreit eine radikale Wendung genommen hatte, wirtschaftete es gänzlich ab, um im März entlassen zu werden. In den Krisen, die so entstanden, kam wieder die Kandidatur Bismarcks auf. Die erste brach über der Huldigungsfrage aus;

Digitized by Google

und Roon benutzte sie in der Absicht, das Kabinett zu sprengen und Bismarck hineinzubringen. Er hatte vom Könige die Erlaubnis erhalten, sich nach neuen Ministern umzusehen, und forderte Bismarck schriftlich[9] auf, nach Berlin zu kommen. Aber die Ereignisse überholten auch diesmal die immer noch ohne Nachdruck geführten Erwägungen über den Eintritt; statt der Huldigung nahm man die Krönung in Aussicht. Nun erfolgte zwar die Aussprache in Baden-Baden; aber als Schleinitz jetzt wirklich ging, wurde Bernstorff ins Ministerium des Auswärtigen berufen. Bismarck dagegen hatte im Juli nur von seiner möglichen Versetzung nach Paris gehört. Als er nun im Winter nach Petersburg zurückkehrte, musste er jeden Augenblick auch darauf gefasst sein, den Gesandtenposten wechseln zu müssen. Die Aussicht, nach Paris zu kommen, konnte ihm an sich nicht unlieb sein, da seine Angehörigen jetzt erkrankten und ihnen das Klima von Petersburg nicht mehr zuträglich war. Aber es blieb bei Gerüchten und Vermutungen in dieser Frage wie in der ministeriellen. Diese Verhältnisse waren alle so unbefriedigend, und Bismarck fühlte sich ausserdem noch von seiner Krankheit her angegriffen, dass er mitunter in eine beinahe hypochondrische Verstimmung geriet. Es überkam ihn dann wohl manchmal,[10] ihr einen übertrieben scharfen Ausdruck zu verleihen; aber auch in diesen Fällen stieg zum Schluss doch wieder die uns bekannte, stets sich gleichbleibende Grundstimmung auf. Bei der geradezu chronischen Unentschlossenheit des Königs wollte er nur noch auf strikten Befehl nach Berlin kommen und in das Ministerium auch nur eintreten, wenn der König einigermassen auf seine Meinung einging.

Mochten aber die Einzelnen sich bedenken und zaudern:

---

9. Ulmann hat schon darauf hingewiesen, dass eine telegraphische Berufung nicht anzunehmen ist.

10. Vgl. die Briefe vom 2./3. Juli 1861 an Roon und vom 11. Januar 1862 an die Schwester.

Digitized by Google

die nun immer rascher und ernster sich vollziehende Entwicklung der Militärkrisis zwang alle zu Taten. Die Wahlen im Dezember 1861 brachten die altliberale Mehrheit zu Fall und verhalfen den weiter links stehenden Elementen zum Uebergewicht. Hatte nun aber das Ministerium mit der alten Majorität sich nicht mehr zu verständigen gewusst, so gelang es noch viel weniger bei der neuen. Als kein Zweifel mehr darüber bestehen konnte, welches Schicksal die Reorganisation haben werde, benutzte das Ministerium die Frage der Etatsspezialisierung, in der es die Annahme des Hagenschen Antrages als Misstrauensvotum gegen die Regierung erklärte, um das Abgeordnetenhaus aufzulösen. Der liberale Teil des Ministeriums setzte sich aber zu seiner eben befolgten Politik in Widerspruch, indem er in seinem Programm[11] die Spezialisierung des Etats als vermittelnde Massregel empfahl, und machte ausserdem Ersparnisvorschläge, die dem Könige nicht gefielen. Dieser fasste nun endlich den lange verzögerten Entschluss, durch einen Wechsel des hin- und herschwankenden Ministeriums einen Versuch zur Besserung der verworrenen Lage zu machen; und so erfolgte am 11. März die Bildung des neuen konservativen Kabinetts, in das Roon, Bernstorff und Heydt mit übertraten. In diesen Tagen hat der König wahrscheinlich auch an Bismarck gedacht. Denn Bernstorff hatte ernstlich geschwankt, ob er sich den zu erwartenden stärkeren Stürmen und Misshelligkeiten noch aussetzen solle; und nur aus persönlichem Entgegenkommen für den König hatte Prinz Adolf zu Hohenlohe-Ingelfingen provisorisch den Vorsitz übernommen. Die telegraphische Aufforderung aber, die Bismarck zur Zeit des Wechsels von Bernstorff erhielt, binnen wenigen Tagen Petersburg definitiv zu verlassen, wurde bald darauf wieder abgeschwächt. Bismarck hatte den

11. Die Programme sind im Bernstorffschen Nachlass wiedergegeben.

Digitized by Google

im Anfang des Jahres sich mehrenden Nachrichten[12] von einer kommenden Veränderung nicht recht Glauben schenken wollen; und seine Ansicht bestätigte sich. Die Bitte um Aufschub, die er nach dem ersten Telegramm eingereicht hatte, wurde bewilligt; und bis zu seiner Abreise im Mai erhielt er keine weitere Aufforderung. Paris oder London waren ihm in Aussicht gestellt; aber erst in Berlin sollte alles entschieden werden. Offenbar hatte der König die Absicht der Berufung, wenn er sie gehegt, wieder zurückgestellt. Ob nun die Königin diese Wendung beeinflusste, die nach Goltz[13] schon vor dem Umschwung gegen Bismarck stark arbeitete und sich über den Wechsel in einem „violenten Zustand“[14] befand, oder vielleicht auch Bethmann-Hollweg, der im März dem Könige zwar riet,[15] „einen Steuermann von konservativen Antezedentien zu wählen“, aber sich in starkem Gegensatz zu Bismarck befand, kann nicht weiter verfolgt werden. Befestigt waren jedoch die ministeriellen Verhältnisse auf keine Weise. Bernstorff, der Bismarck seine geringe Neigung, im Amte zu bleiben, eröffnete, verhehlte ihm nicht, dass ihn besondere Inzidenzfälle, die bei der Vervollständigung des Ministeriums eintreten könnten, zu befreien vermöchten.[16] Und Hohenlohe füllte den Vorsitz nur provisorisch aus. Bismarck war auch schon nach Berlin berufen; und von nun an blieb die Frage seines Eintritts in ständigem Fluss.

In der Stille der nächsten Wochen nach dem Umschwung scheinen wieder Intriguen gegen Bismarck im Werk gewesen zu sein.[17] Goltz glaubte die eingetretene Zögerung

---

12. Briefe von Goltz (B-J V) und „prinzliche Briefe an Kaisers“.
13. 20. Febr. an Bismarck: B-J V, 205.
14. Bernstorff an Bismarck, 21. März: B-J VI, 134.
15. Schneider I, 334: Brief vom 15. Juni 1866.
16. 3. April: B-J VI, 140.
17. Vgl. Goltz an Bismarck, 9. April: B-J V, 212|13; Wentzel an B., 1. Mai, aus Frankfurt a. M.

Digitized by Google

dadurch erklären zu können, dass die Königin Schleinitz nach Paris oder London bringen wolle. Auch Wentzel schrieb, am 1. Mai, dass gegen Paris stark intriguiert werde; aber vielleicht werde Bismarck überhaupt in Berlin festgehalten.

In der Tat war die zweite Chance bereits wieder in den Vordergrund gerückt. Denn Hohenlohe fühlte sich bei seinem Alter den Lasten des Amtes nicht mehr gewachsen und trat schon im April selbst für den Gesandten ein. Er hatte den Vorsitz nur übernommen, weil sich kein anderer gefunden habe;[18] aber er klagte, dass der König ebenso mit ihm verfahre, wie Friedrich Wilhelm III. mit seinem Vater, den jener um Ehre und Reputation gebracht, weil er ihn 1806 in eine Stellung versetzte, die nicht für ihn gemacht war, und gegen die er sich sträubte.[19] Nun wies er den König auf Bismarck hin, wie uns sein Sohn, der damals Flügeladjutant war, in seinen Erinnerungen berichtet.[20] Wir dürfen ohne weiteres annehmen, dass dies geschehen ist: noch im Mai beschwor Hohenlohe Bismarck selbst, ihn von seinem Martyrium zu erlösen, unter dem er zusammenbreche.[21] — Nur könnte man vielleicht gegen den April ein leises Bedenken hegen, da uns in diesem Monat kaum ein Anlass für die Gespräche ersichtlich ist; eher würde die Zeit nach den Wahlen im Mai passen. — Aber unmöglich sind aus diesem Geschehnis die Schlussfolgerungen zu ziehn, die wir in den Erinnerungen des Sohnes finden. Nach den Memoiren würden zwei Unterredungen stattgefunden haben. Als der Minister den Vorschlag machte, Bismarck zu seinem Nachfolger zu ernennen, habe ihn der König gross angesehn und geantwortet: „Sie scherzen wohl" und auf weitere Vorstellungen erwidert: „Ach bewahre,

18. 15. März an Otto v. Manteuffel (Denkwürdigkeiten III, 368).
19. Mskr. Gustav Freytag an Samwer, Frühjahr 1862.
20. Prinz Kraft Hoh., Aus meinem Leben II, 306 fgde.
21. Ged. u. Er., I, 276/77.

Digitized by Google

der ist ja viel zu flatterhaft. Schlagen Sie mir einen andern vor.“ Drei Tage später soll dann der König auf den Gegenstand mit den Worten zurückgekommen sein, er (der König) habe neulich die Idee ausgesprochen, Bismarck-Schönhausen an Hohenlohes Stelle zu setzen; er wolle aber den Gesandten, ehe er ihn zum Ministerpräsidenten mache, noch nach Paris oder London schicken, damit er auch hier die einflussreichen Leute kennen lerne. So lange solle Hohenlohe noch bei ihm ausharren. Der erste erstaunt-ablehnende Ausruf des Königs, der uns an seine Worte dem Herzog von Koburg gegenüber erinnert, passt genau in das Bild, das wir uns nach den Quellen von dem Verhältnis des Königs zu Bismarck machen. Wir sehen die innere Scheu hier wieder einmal durchbrechen. Aber das zweite Gespräch will dazu sehr wenig stimmen. Die Abneigung des Königs kommt hier gar nicht zum Ausdruck; vielmehr scheint die Ernennung eine beschlossene Sache, und nur der Zeitpunkt des Eintritts wäre noch nicht festgesetzt. Aber wie ist das mit den entgegenstehenden Tatsachen zu vereinigen? Ist ferner auch bei den bekannten, schwerwiegenden Differenzen ein so äusserlicher Grund, wie er angegeben wird, als Grund des Aufschubs denkbar, wo überdies Bismarck längst in Paris orientiert war? So geringfügig war das Motiv nicht, das die Ernennung schliesslich bis in den September hinein verzögerte. Und wir wissen doch auch, dass der Abschluss der sehr ernsthaften Verhandlungen im Mai, der die Versetzung nach Paris brachte, nicht in dem Sinne erfolgte, dass der Gesandte hier noch eine Vorbereitungszeit durchmachen sollte! Der Grund war ein ganz anderer; er lag bei Bismarck. Der König hatte aber schon an die sofortige Ernennung zum Minister gedacht! So möchte es uns beinahe bedünken, als ob das zweite Gespräch eine nachträgliche Auslegung der Ereignisse, die den wirklichen Sachverhalt nicht kennt, brächte. Prinz Kraft Hohenlohe aber will tatsächlich die spätere Versetzung nach

Digitized by Google

Paris und die darauf folgende Fahrt nach London in Zusammenhang mit dieser Unterredung bringen! Ja, er zieht aus seinen Mitteilungen Folgerungen, die alles Mass übersteigen. Aus ihnen soll hervorgehen, dass seinem Vater das Verdienst gebührt, „den rechten Mann für die rechte Stelle" vorgeschlagen zu haben. Das ist ein Urteil, welches die längst bekannten Tatsachen, Roons Hauptanteil an der Berufung, vollständig ignoriert. Es ist genau so isoliert und unbegründet wie das andere, das bei der Erwähnung der Versetzung Bismarcks im Mai gefällt wird, dass ausser wenigen Eingeweihten kein Mensch sonst eine Ahnung davon hatte, dass der König die Absicht habe, Bismarck zum Ministerpräsidenten zu ernennen. In Wahrheit können wir zu keinem andern Resultat kommen, als dass auch Hohenlohe einmal, wie zum Beispiel früher der Fürst von Hohenzollern, beim König für Bismarck eingetreten ist. Roons Hauptverdienst aber bleibt unbestritten.[22]

So musste der König wieder an die Neubesetzung des Präsidiums denken, und die Ereignisse schienen ihn ebenfalls zu mahnen, Hohenlohes Rat zu befolgen. Die Massnahmen der neuen Regierung, die Wahlbeeinflussungen, der Nachlass des 25-prozentigen Zuschlags zu den Steuern, der vor der Auflösung als unmöglich bezeichnet worden war, der Brief Heydts hatten nur dahin führen können, dass die Opposition gestärkt wurde. Und so fielen denn die Wahlen vom 6. Mai noch entschiedener zu gunsten der linksstehenden Majorität aus als die vom Dezember. Nun schien der lange vermiedene gefährliche Zusammenstoss unvermeidlich. Denn in dieser Sommersession musste der

22. Dass die noch wenig geprüften Memoiren des Prinzen Hohenlohe auch an anderen Stellen Ungereimtheiten enthalten, beweisen ihre Angaben über die Gasteiner Geschehnisse vom August 1853 gegenüber den Tatsachen, die Lenz in seiner diesbezüglichen Untersuchung in der Deutschen Rundschau (1906) sicher festgestellt hat.

Digitized by Google

Etat des Jahres endlich zustande kommen., und war nicht von der Haltung der Majorität das Schlimmste zu erwarten? Man musste an die letzten Konsequenzen denken, wenn sie auch nicht eintreten sollten.

So war die Grundlage geschaffen, wenn nun nach der Ankunft Bismarcks am 10. Mai die Unterredungen des Königs mit ihm eine ernstere Gestalt als je annahmen. Es waren die letzten Verhandlungen vor der Ernennung im September; der König schien jetzt wirklich geneigt, einen Versuch zu machen. Aber wenn das Resultat negativ blieb, so war es diesmal Bismarck, der diesen Ausgang herbeiführte. Nichts spricht mehr dafür, dass Bismarck keinen stürmischen Ehrgeiz besass, als diese Tatsache. Denn sonst hätte er wohl jetzt die Gelegenheit ergriffen, Minister zu werden. Die speziellen Wünsche würden dann schon mit der Zeit ihre Erfüllung gefunden haben, da ihm die kritische Lage zu Hülfe kam.

Bismarck hat sich später Wilmowski[23] gegenüber und in den Gedanken und Erinnerungen[24] über die Gründe seiner damaligen Zurückhaltung geäussert und im wesentlichen dasselbe geltend gemacht, was wir auch aus seinen gleichzeitigen Briefen herauslesen können: er traute noch nicht den Verhältnissen. In den Memoiren betont er nur mehr seinen Zweifel an der damaligen Festigkeit des Königs inneren und häuslichen Einflüssen gegenüber; und in der Situation des Herbstes 1868 Wilmowski gegenüber hebt er seine Bedenken über die unbedingte Gefolgschaft des Königs in der auswärtigen Politik hervor. Denn stets sind seine Erzählungen durch das Milieu beeinflusst. Daneben[25] nennt

---

23. G. v. Wilmowski, Erinnerungen, S. 38.

24. Ged. u. Er. I, 277.

25. Einzelne Ungenauigkeiten beeinträchtigen nicht den allgemeinen Wert. Bernstorff war damals nicht „unser Gesandter in

Digitized by Google

er hier noch Gründe wie Heydts Ehrgeiz, von dem auch in den Briefen gesprochen wird.

In der Tat musste wohl Bismarck zu dem Ergebnis kommen, dass die Verhältnisse für seinen Eintritt noch nicht reif waren. Gegen seinen Rat war im März die Auflösung des Abgeordnetenhauses erfolgt, und er konnte nur finden, dass die Chancen schlechter geworden waren. Die extremen Elemente waren in nur noch grösserer Stärke wiedergekehrt, die Regierung aber durch den Zeitverlust in ungünstigere Lage geraten. Die Minister unterschieden sich durch ihre Uneinigkeit nicht sehr von ihren liberalen Vorgängern; und Bismarck bemerkte auch, dass Heydt mit ihm rivalisierte, da dessen Ehrgeiz selbst nach dem Vorsitz verlangte. Vor allem aber sah er, dass der König im Grunde doch noch unschlüssig war. Wilhelm sprach mit ihm über alles sehr gnädig; aber eine Entscheidung fällte er nicht. Und am deutlichsten musste Bismarck die Sachlage daraus erkennen, dass nur vom Präsidium ohne Ressort die Rede war.

Das alles konnte ihn nur bedenklich stimmen, wiewohl vom Eintritt ernst genug die Rede war. Die inneren Dinge reizten ihn ohnehin wenig; und nun sah er die Entscheidung um Monate hinausgerückt. Aber wenn er sich auch einem dringenden Wunsch gefügt hätte, konnte er sich dann auf die Kollegen und den König verlassen? Das musste er stark in Zweifel ziehn; und er durfte, solange er noch freie Hand hatte, nicht eintreten, ohne seine Stellung gesichert zu sehen. Sie war aber nicht befestigt, wenn der König mit ihm noch über Einzelfragen differierte und ihm kein Ressort anbot. So blieb für Bismarck die Verständigung

---

London", sondern Minister des Auswärtigen; und hielt sich als solcher nicht Paris, sondern London offen. Bismarck bat also nicht „Schleinitz", sondern Bernstorff um Entlassung oder Anstellung. Die Ernennung nach Paris erhielt er darauf binnen 3 Stunden, wie er am 23. Mai seiner Gattin schrieb.

Digitized by Google

die Vorbedingung seines Eintritts; und wenn sie erfolgte, dann war auch kein Grund mehr, ihm das Ministerium des Auswärtigen[26] vorzuenthalten, dessen Verwaltung neben dem Präsidium ihm die gewünschte Sicherheit für den Bestand seiner Ministerschaft bot. Das Zögern des Königs sagte ihm aber, dass er dessen Vertrauen noch nicht besass. Und nun wollte auch Bernstorff sein Ressort noch nicht aufgeben.

So schien es ihm nicht opportun, jetzt schon einzutreten, und er stellte den Antrag auf Anstellung oder Abschied. Darauf wurde er umgehend nach Paris ernannt, und er konnte hieraus ersehen, wie richtig er die Dinge beurteilt hatte. Er durfte diesen Schritt tun; denn die Kammer begann erst wieder ihre Tagung; und seine eigene Sache wurde von Roon vertreten. Der König aber, der die Versetzung genehmigt hatte, sagte ihm in der letzten Audienz, er solle „au qui vive" bleiben. Damit war die Frage seiner Ernennung nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben; und Bismarck reiste mit der Aussicht ab, im Juni wieder nach Berlin berufen zu werden.

Kapitel 2.

Die Verzögerung im Sommer.

In einem bedeutungsvollen Augenblick erfolgte die Entscheidung des Königs. Denn eben begann die Session des Landtags, in der aller Voraussicht nach in dem Militärstreit ein Resultat erzielt werden musste. Und infolgedessen war auch zu erwarten, dass der König in Bismarcks An-

---

26. 21. Mai an die Gattin (S. 470): „Ausserdem weigere ich mich dieser Stelle (des Präsidiums) wenn ich nicht das Ausw. dazu habe . ."

Digitized by Google

gelegenheit, von dem ihn immer noch die alten Gegensätze fernhielten, endlich zu einem Entschlusse kam.

Zunächst freilich zeitigte die Krisis keine neuen Momente. Die Stimmung des Hauses gegen das neue Ministerium, das kaum gebildet, das Vertrauen bereits verscherzt hatte, wurde zwar schon in den Adressdebatten deutlich, und man konnte sich in der Armeefrage ernster Befürchtungen nicht enthalten; aber in den ersten Monaten trat noch keine Verschärfung der Situation ein. Der liberalen Majorität konnte gar nichts daran liegen, sich mit der Militärvorlage zu beeilen. Je mehr Zeit sie gewann, desto besser wurde ihre Position. Tatsächlich wurde denn auch die Vorlage erst Ende August in der Kommission erledigt; und die Lage im Sommer war nur die einer allgemeinen Spannung, ohne dass die Krisis sich weiter entwickelte.

Unter diesen Umständen machte die Kandidatur Bismarcks keine Fortschritte. Roon hatte zwar am 3. Juni „die alte Hinneigung neben der alten Unentschlossenheit" beim Könige gefunden, aber eine positive Nachricht konnte er dem Freunde nicht geben.[1] Nun hoffte er mit Bismarck, dass nach dem Ablauf von Hohenlohes Urlaub, der auf vierzehn Tage bewilligt war, Bismarcks Aufenthalt in Paris beendet sein, und der Telegraph ihn als Ministerpräsidenten berufen werde. Aber diese Erwartung erfüllte sich nicht. Darauf glaubte Roon in der hessischen Angelegenheit einen Anknüpfungspunkt zu finden; doch auch damit war es nichts, da diese schliesslich friedlich verlief. Trotz alledem gab er seine Bemühungen nicht auf. Die Gefahren, die er von der Demokratie befürchtete, spornten ihn zu immer neuen Versuchen an. Wir hören vom Ende des Juni,[2] dass er am 30. einen „Hauptsturm" auf den König unternehmen wollte.

1. Brief vom 4. Juni. Am Tage vorher fragte Roon den König.
2. Brief vom 21./26. Juni an Bismarck. „Montag" ist der 30.
3. AAZ. Sd. 7. Juni, Berl., 5. θ

Digitized by Google

Seine Pläne schienen jetzt bessere Aussicht zu haben, da Bernstorff nun bald gehn zu wollen schien. Der Ersatz für Hohenlohe war auch noch immer nicht geschaffen: Gerüchte, die von Schleinitz sprachen, hatten sich als falsch erwiesen. Freilich ist der Erfolg diesmal nicht besser gewesen. Die Haltung des Königs war dauernd und sogar verstärkt ablehnend, wie wir aus Bernstorffs Brief an Bismarck vom 12. Juli erfahren. Und das blieb so bis zum Ende des Sommers. Die Zeitungsgerüchte, die schon Anfang Juni[3] Bismarck in kurzer Zeit zurückerwarteten und sich am 11., als Hohenlohes Urlaub vorüber war, sogar zu der Alarmnachricht aus Paris verdichteten[4], Bismarck sei abgereist und solle die Kammern auflösen sowie ein Wahlgesetz octroyieren, hatten sich wieder einmal als falsch erwiesen. Eine ähnliche Meldung, die Geffcken im Juli Bernhardi[5] mitteilte, war nicht besser begründet.[6]

Bismarck hatte allerdings mit Bestimmtheit darauf gerechnet, bis zum 11. Juni seine Lage geklärt zu sehen. Wenn er daran dachte, dass er nun vielleicht doch in Berlin ein Ende nehmen werde[7] — denn nach wie vor wollte er sich nicht weigern — so schien ihm das nach seinem Ausdruck schlimmer, als sterben müssen.[7] Freilich hätte bei seinem Verhältnis zu dem Könige die Ministerschaft dann wohl nicht lange gedauert,[8] und er würde vielleicht im nächsten Sommer schon in Schönhausen sein;[9] aber durfte er überhaupt diese Entscheidung erwarten? Vielleicht finde sich noch ein bisher verkannter Staatsmann, schreibt er

---

4. AAZ 164, Fr. 13. Juni, Beilage. Paris, 11. Juni.

5. IV, 319.

6. Von Stockmar (Manuskr. an Samwer, aus dem Juni) haben wir nur die sehr allgemeine Notiz, dass der Gedanke an Bismarck von Zeit zu Zeit immer wieder in Berlin auftauche.

8 und 9. 30. Mai an den Bruder (B-Br, 335); 1. Juni a. d. Gat-

7. 25. Mai an den Bruder: Bi-Br, 333.

tin (474).

Digitized by Google

am 2. Juni[10] doch etwas bitter und ironisch seinem Freunde Roon, der ihm den Rang ablaufe, damit er hier in Paris noch etwas reifer werde.

Wenn es auf ihn persönlich angekommen wäre, dann hätte er jetzt alles getan,[11] um die Uebersiedlung nach Paris ins Werk zu setzen. Ein Ministerium ohne Portefeuille konnte er nun einmal nicht für geeignet finden, weil es dann drei auswärtige Minister in Berlin gab.[12] Wenn es daher nicht sein musste, wollte er nicht nach Berlin, gegen das auch die alte Abneigung geblieben war.

Aber die Gedanken über das Erwünschte oder Unerwünschte der möglichen Aussichten liessen ihn nur um so deutlicher empfinden, dass seine Lage ganz im Ungewissen war. Sogar seine häuslichen Verhältnisse waren dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Seine Sachen waren in Petersburg, seine Familie in Pommern. Es fehlte ihm jede Bequemlichkeit; tägliche Gewohnheiten, wie das Reiten, konnte er nicht ausüben. Und das „Hunde-Bummel-Leben als garcon" bekam ihm äusserst schlecht, sodass auch seine Gesundheit darunter litt. Seine Stimmung war durch dies alles so deprimiert, dass er in dieser ungewissen Zeit des Harrens zum Hypochonder zu werden fürchtete. In seinen Briefen,[13] mochte er nun an seine Frau und den Bruder

10. Bi-Br, S. 337.

11. Vgl. 25. Mai an die Gattin (S. 472).

12. 2. Juni an Roon, Bi-Br, S. 337.

13. In diesen lassen sich kleine Widersprüche feststellen. So schreibt Bismarck am 16. Juni an seine Schwester, seit seiner Abreise habe er über die ministerielle Frage kein Wort aus Berlin von irgend jemandem. Roon hatte ihm aber schon am 4. darüber Mitteilungen gemacht, die Bismarck selbst am 8. beantwortete.

Dann bestehen Differenzen über die Ankunftszeit mancher Briefe. So nimmt Kohl (B-J III, S. 233, Anm. 1) von Roons Brief vom 4. Juni an, er wäre nicht die Antwort auf Bismarcks vom 2. Aber gerade aus dem Inhalt lässt sich erweisen, dass dies doch der Fall ist. Bismarck schreibt: „Gestern hatte ich feierliche Audienz,

Digitized by Google

an Roon oder an Bernstorff schreiben, finden wir überall den Ausdruck dieser nervösen Ueberreizung.

Aber wenn er auch die Letzteren wiederholt drängt, ihm Gewissheit zu verschaffen, einen Erfolg hatte er nicht. Er dachte deshalb noch nicht an Gegenzüge, wie Roon befürchtete.[14] Als jedoch der 11. Juni resultatlos verstrich, schrieb er[15] an den König, in der Voraussetzung, in Paris

---

mit Auffahrt in Kaiserlichen Wagen . . .“ Roon antwortet: „Von kaiserlichen Auffahrten und Audienzen kann ich Ihnen freilich nichts melden, desto mehr von der hiesigen misère“. Bismarck: „Ich schmeichle mir noch mit der Hoffnung . . . dass sich noch ein bisher verkannter Staatsmann findet, der mir den Rang abläuft, damit ich hier noch etwas reifer werde“. Roon: „Wir brauchen einen tatkräftigen Premier-Minister. . . Sie wollen dort noch etwas reifer werden? aber ich habe Sie stark im Verdacht, Sie wollen faul werden.“ Ferner: Bismarck ist befremdet über Bernstorffs Verhalten, beide Posten, in Berlin und London, in Beschlag zu nehmen. Roon: „Dass Graf Bernstorff immer zwei grosse Posten in Beschlag habe, scheint mir nun nicht eben durch Preussens Interesse geboten.“ Bismarck zaudert und ist einem Ministerium ohne Portefeuille abgeneigt. Roon: „Ich schiebe es Ihnen ins Gewissen, keinen Gegenzug zu tun. . . Wie könnten Sie da zaudern und manövrieren?“ Mit diesen vier Stellen, die sich noch in beiden Briefen in derselben Reihenfolge finden, ist bewiesen, dass der Brief vom 4. den vom 2. beantwortet.

In Roons Denkwürdigkeiten findet sich ferner zu Bismarcks Brief vom 22. Juni der Vermerk (S. 100): Eingegangen am 2. Juli. Dieses Datum kann nicht richtig sein. Denn in Bismarcks Brief heisst es: „Ich denke in dieser Woche auf einige Tage nach London zu gehn, dann vielleicht in Vichy Brunnen zu trinken, in Trouville See zu baden.“ Und am 26. Juni schreibt Roon an ihn: „Sie gehen nach London, Vichy, Trouville; ich weiss nicht, wo und wann Sie dieser Brief treffen wird . . .“ Roon kann diese drei Namen, die er auch in derselben Reihenfolge gebraucht, nur aus Bismarcks Brief haben, und so muss dieser schon bis zum 26. Juni in Roons Händen gewesen sein.

14. Brief vom 4. Juni.

15. Bismarck kündigt den Brief vom 8. Juni Roon an. Dass

Digitized by Google

bleiben zu sollen. Und das Resultat? Bernstorff antwortete ihm am 20., er habe dem Könige wieder zugeredet; doch könne dieser noch keinen Entschluss fassen.

Das war für Bismarck ein Bescheid, wie er im Mai nicht anders gelautet hatte. Nun schrieb er[16] Roon, dass er nach Preussen nur noch gerufen kommen werde; und als auch nach seiner Rückkehr von London alles unverändert war, bat er um sechs Wochen Urlaub. Bernstorff antwortete ihm darauf am 12., dass der König über die Bewilligung noch nicht schlüssig sei. Aber die Unentschiedenheit, die auch aus Bernstorffs weiteren Mitteilungen hervorleuchtete, konnte Bismarck nur bestimmen, auf seinem Gesuch zu beharren. Der König kam im Sommer doch zu keinem Entschluss mehr; und Bismarck konnte die Zeit benutzen, um seine Gesundheit zu kräftigen. Und nun empfahl er Roon und Bernstorff einen Plan, der dem König bis zum September Zeit zur Entscheidung liess.[17] Er bestand im wesentlichen darin, die Verhandlungen hinzuziehen, dann den vom Abgeordnetenhause jedenfalls verstümmelten Etat dem Herrenhause zu übergeben, der zweiten Kammer aber durch eine königliche Botschaft mitzuteilen, dass das Budget in dieser Form für die Regierung unannehmbar sei. Im Abgeordnetenhause und im Lande würden unterdessen wohl Ermüdung und Besorgnis auftreten; und dann konnte durch Bismarcks Ernennung ein neues Bataillon in die ministerielle Schlachtordnung eingeführt werden. In diesem Augenblick, der etwa in den September fallen mochte, wollte Bismarck nach Berlin kommen; und der König konnte ihn zum Minister ernennen oder in Paris lassen. Alles in allem war das ein Plan, zwar in puncto des Herrenhauses nicht verfassungsgemäss,

---

er abgegangen ist, wird uns durch Bernstorff bestätigt: 20. Juni (B-J VI, 149) an Bismarck.

16. am 22. Juni.

17. Beide Briefe sind vom 15. Juli; an Roon: Bi-Br. 347/49. An Bernstorff B-J VI, 156/59.

Digitized by Google

aber zum Hinhalten geeignet. Bismarck hatte nun, da die Ministerfrage allmählich in seine persönlichsten Angelegenheiten einschnitt, zum ersten Mal selbst die Initiative zu positivem Zweck ergriffen; aber nur, um seine Verhältnisse zu ordnen, nicht aus anderen Gründen. Freilich kam es nun darauf an, ob sich die Lage in Berlin auch so entwickelte, wie er annahm, und sein Plan dann auch ausgeführt wurde; es sollte sich zeigen, dass die vorhandenen Schwierigkeiten, sowie die Gesinnung der Abgeordneten und des Landes von ihm stark unterschätzt worden waren. Fürs erste aber trat sofort hervor, dass Bismarck wieder einmal sehr glücklich operiert hatte. Denn der König bewilligte nun alsbald den Urlaub; und so war für Bismarck der Sommer nicht verloren. Er hatte richtig geurteilt, dass der König jetzt doch nicht mehr über ihn bestimmen werde, und er hatte selbst wieder dazu beigetragen, dass Wilhelm stärker als je vor einer Ernennung zurückscheute.

———

Ende Juni wurde der Gesandte in Fontainebleau vom Kaiser Napoleon in Audienz empfangen, und Bismarck berichtete über das Gespräch eingehend an den König. Sein Schreiben hatte die Wirkung, dass die Abneigung des Monarchen gegen ihn wieder neue Nahrung erhielt, und der Gedanke an Bismarck von neuem in den Hintergrund trat. Der König glaubte, aus dem Bericht zu erkennen, dass der Gesandte einer Allianz mit Frankreich nicht abgeneigt sei. Durfte er da Bismarck ins Ministerium ziehn, wo dieser doch wusste, dass der König sich nie dazu verstanden hätte? Nun, wir wissen aus dem bedeutsamen Brief Bernstorffs an Bismarck vom 12. Juli,[18] wie weit der König von dem Gedanken der Berufung entfernt war. An das auswärtige Amt dachte er gar nicht; hier wollte er die Fragen, die noch zu behandeln wären, durch Bernstorff erledigt sehn. Und

18. B-J VI, 155.

Digitized by Google

sogar über die Idee der Präsidentschaft war er unschlüssig. So bewilligte er denn nach kurzem Schwanken den Urlaub, der die Frage des Eintritts auf sechs Wochen suspendierte. Aber auch jetzt wurde der Plan der Ernennung nicht direkt aufgegeben, da der König nicht mehr freie Hand hatte. Schon Ende Juli konnte Ernst v. Stockmar aus Potsdam melden,[19] dass die Chance Bismarck bedeutend gestiegen sei.

Der Gesandte hatte gar nicht die Allianz empfohlen; aber der König wurde schon, wie Bernstorff schrieb, bei der blossen Andeutung eines Bündnisses mit Frankreich empfindlich; gehörte doch dieser Punkt gerade in die Pläne, die man der Willkür Bismarcks auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zutraute. Auch Russland sollte nach diesen Gerüchten, die von liberaler und österreichischgesinnter Seite verbreitet wurden, in das Bündnis hineingezogen werden. Das Ziel waren, wie man herumtrug, Arrondierungen Preussens im Innern Deutschlands und der Lohn der auswärtigen Hülfe Abtretungen im Osten und Westen. Gerade jetzt im Sommer, wo alle Welt die Berufung Bismarcks ins Ministerium erwartete, war man wieder mit Ausstreuungen nach dieser Seite geschäftig, um seine Stellung zu unterwühlen. Zwei Blüten der Art sind bezeichnend für alle. Die altliberale Berliner Allgemeine Zeitung, der eigentlich an einer Hetze gegen Bismarck gar nichts gelegen sein konnte, da gerade damals von altliberaler Seite sogar für ein Ministerium Bismarck-Vincke Propaganda gemacht wurde, beging den Fehler, am 2. August einen in jener Tendenz gehaltenen alarmierenden Artikel aufzunehmen, der sich „vom Main, 31. Juli" herdatierte und offenbar aus süddeutsch-österreichischem Lager stammte.[20] Hier hiess es, mit bündigen Worten, um desto grösseren Eindruck zu machen: Der

19. Mskr.; an Samwer.

20. Zitiert nach AAZ 216 Mo. 4. Aug. Beilage, Berl., 2. Aug.

Digitized by Google

König sei in der deutschen Frage zu einer energischen Tat entschlossen; gegen die Majoritätsbeschlüsse des Bundestages werde eingeschritten werden; Preussen habe sich mit Frankreich und Russland verständigt, trete östlich und westlich Gebiet ab und brauche dazu ein starkes Heer; der Landtag würde nicht aufgelöst, da er nach der Aktion doch seine Zustimmung geben werde; und die Verfassung bleibe erhalten. In der Presse erhob sich sofort eine lebhafte Diskussion. Die Kölnische Zeitung suchte den Zusammenhängen nachzugehen und brachte Bismarck mit den Plänen in Beziehung. Man möge Derartiges in diplomatischen Gesprächen über ein „Programm" Bismarcks flüstern, berichtete ihr ein Korrespondent aus Berlin. Alsbald sprach man auch wieder von einem nahe bevorstehenden Eintritt des Gesandten, der jetzt in den Pyrenäen weile.[21]

Das Tollste, was aber über Bismarcks und der reaktionären Partei Absichten gemunkelt wurde, ein direktes System von Anschlägen, brachten im August die Grenzboten,[22] die damals Moritz Busch, später der eifrigste aller Unterbeamten des grossen Ministers redigierte. Dass auch in diesem Organ ein derartiger Artikel aufgenommen wurde, zeigt, wie weit solche Ansichten verbreitet waren, und wie viel man glaubte. Die Redaktion bemerkte nur zu dem Bericht, er müsse die grösste Erbitterung hervorrufen: hätte Bismarck einen solchen Plan, dann wäre er das Urbild eines Doktrinärs, kein Staatsmann. Der Artikel erschien in der politischen Korrespondenz vom 15. August unter dem Titel: „Vertraulicher Bericht aus Berlin an süddeutsche Höfe über die Politik der reaktionären Partei in Preussen" und unter Anspielung auf die Veröffentlichung der Berliner Allgemeinen Zeitung mit den Worten „Nicht vom Main" signiert. Tat-

21. Tatsächlich war Bismarck Anfang August in Biarritz. Die Notiz aus AAZ. 219 Do. 7. Aug. // Berl., 6. Aug.

22. Grenzboten, 21. Jg., 3. Vierteljahr, S. 344: Politische Korrespondenz, August.

Digitized by Google

sächliches ist hier mit blossen Verdächtigungen gemischt, um einen angeblichen grossen Verschwörungsherd aufzudecken. Systematisch werden hinter allen Ereignissen der letzten Jahre aus der preussischen Geschichte reaktionäre Machinationen gesucht. Das Ziel gehe im Innern und nach aussen auf den Sieg der feudalen Partei hinaus. Man habe die Reorganisation benutzt, um den König mit den Liberalen zu verfeinden, und so sei der Ausfall der Wahlen sehr willkommen gewesen: denn nun habe man die Widersacher des Militärbudgets als Demokraten verschreien können, welche die Krone ihrer Rechte berauben und die Regierungsgewalt in das Parlament verlegen wollten. Mit dieser Darstellung der inneren Verhältnisse hatte der „vertrauliche Bericht" nicht so unrecht: die Kreuzzeitung hatte tatsächlich von Anfang an die Taktik befolgt, durch ihren Schlachtruf „Königlich oder parlamentarisch", der in den ersten Jahren gar keine Berechtigung hatte, das Land in zwei feindliche Lager zu spalten. Aber unmöglich ist die Beleuchtung der auswärtigen Bestrebungen richtig, dass die Reaktionäre sich zu einer Eroberungspolitik im Bunde mit Frankreich und Russland unter Abtretung von Gebiet im Westen und Osten verstehn und Bismarck zu diesem Zweck als Minister des Auswärtigen haben wollten. Das war alles andere eher als Kreuzzeitungspolitik. Die Feudalen verteidigten doch die konservativen Interessen aller Länder und sahen in Bismarck durchaus nicht mehr ihren Mann für das auswärtige Ressort. Aber die entgegengesetzte Annahme wird angeblich aus den Ereignissen der letzten Jahre bewiesen. Bismarck sei in Petersburg für das Bündnis tätig gewesen und solle es nun in Paris zum Abschluss bringen; als Minister aber würde er den bezeichneten Plan ausführen.

Man war eben nicht bloss im preussen-feindlichen, sondern auch im liberalen Lager geneigt, über Bismarck alles zu glauben, dessen Junkertum nicht minder wie die Eroberungsgelüste, die man ihm zuschrieb, gefürchtet wur-

Digitized by Google

den. Jedenfalls schätzte man seine Gaben nicht gering ein; aber die öffentliche Meinung wurde durch derartige Nachrichten irregeführt. Auch ein Bernhardi[23] hielt sich nur an das allgemeine Urteil, wenn er im Mai, nach der Versetzung Bismarcks nach Paris, in sein Tagebuch schrieb, seine Politik sei bekannt: russisch-preussisch-französisches Bündnis, Abtretung des linken Rheinufers, Vernichtung Oesterreichs, Vergrösserung Preussens im Innern von Deutschland.

Gegen diese weitverbreiteten Meinungen konnte eine abwägende Beurteilung, wie sie Constantin Rössler[24] versuchte, natürlich nicht aufkommen. Er machte in seiner anonymen Broschüre „Die bevorstehende Krisis der preussischen Verfassung", als deren Verfasser man in konservativen Kreisen Wehrenpfennig ansah,[25] den Vorschlag eines Ministeriums Bismarck-Vincke zur Versöhnung der augenblicklichen Gegensätze, und wies auf Beispiele aus der englischen Geschichte, wie aus Torys Whigs geworden wären, hin, um die gegen Bismarck bestehenden Bedenken zu zerstreuen. Zur selben Zeit brachte das Pariser Journal des Débats einen längeren, sehr günstigen Artikel über den Gesandten, der von der Kreuzzeitung, ohne nähere Erörterung, voll abgedruckt wurde. Freilich wurden dadurch die Gegner nicht überzeugt. Die Kritik darf sich aber an die Worte Bismarcks selbst halten, der schon im August 1860[26] über einen systematischen Verleumdungsfeldzug gegen seine Person klagte. Er beteuerte, dass dergleichen russisch-französische Anerbietungen über Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern niemals von irgend

---

23. IV, 294.

24. W. Rössler, C. R., S. IX (Nr. 13) und S. XVII (Delbrücks Aufsatz aus den Preuss. Jahrbüchern, Nov. 1894).

25. Pastor, Reichensperger VII, 2. S. 453: Wagener teilt diese Vermutung mit.

26. Viell. an Below: Bi-Br. S. 294/95.

Digitized by Google

jemand zu seiner Kenntnis gebracht worden seien; vielmehr habe er während seines Aufenthalts in Deutschland immer nur geraten, sich auf die eigene Kraft und im Fall des Krieges auf die aufzubietende Deutschlands zu verlassen. Bismarck vermutete die Quelle dieser Angriffe am Coburger Hof und bei Tempeltey, einem persönlich grollenden Literaten; ihre Nahrung erhielten sie jedenfalls aus seinen reaktionären Antezedentien und seinem Auftreten am Bundestage. Vielleicht hat man nun auf den König mit derartigen Gerüchten auch einzuwirken gesucht, um ihn gegen den Gesandten einzunehmen. Wir kennen gerade von dem liberalisierenden Kronprinzen die Worte: „Er ist ein Parteigänger Frankreichs", die er noch kurz vor der Berufung Bismarcks im September, aus Abneigung gegen diesen, dem Könige sagte.[27] Wilhelms Besorgnis war hier jedenfalls wieder so tief entfacht worden, dass er bis in den September hinein gerade diesen Punkt wiederholt vorbrachte, um seine Bedenken gegen Bismarck zu äussern.

Wenn gegenüber dieser Sachlage und den bisherigen vergeblichen Bemühungen Roons überhaupt noch eine Förderung der Ministerfrage möglich war, so konnte sie nur durch eine Verschärfung der Krisis erreicht werden, die im Sommer in der Schwebe geblieben war. Nur wenn die Verhältnisse auf den König einen Druck ausübten, konnte Roon hoffen, bei ihm Gehör zu finden. Wären jetzt wirklich die Abgeordneten erschüttert worden, womit Bismarck in seinem Kammerplan rechnete, so hätte sich der König sicher am wenigsten bewogen gefühlt, gerade Bismarck ins Ministerium zu nehmen. Nach der Stagnation der Krisis im Sommer konnte aber Roon kein anderes Fazit ziehn als dasjenige, welches wir in seinem Briefe vom 31. August an

27. Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III., Beilage 2.

Digitized by Google

Bismarck lesen: er habe bisher vergeblich auf eine Entscheidung oder doch auf eine „Situation, welche eine akute Lösung herbeiführen müsste", gehofft. Roon schrieb, als die Kommissionsverhandlungen schon vorbei waren. Diese hatten wohl bereits eine Wendung gebracht, aber eben noch keine entscheidende. Der Ausgang hing erst noch von der Stellung ab, die die führenden Politiker und die verschiedenen Gruppen vor der Entscheidung einnehmen würden. Vielleicht konnte Roon schon die blosse Aussicht eines Konflikts mit ihrer gefährlichen und aufreibenden Ungewissheit nützlich sein. Jedenfalls musste er zusehn, dass ihn die Entscheidung gerüstet traf. Zunächst aber ist zu fragen: wie war die Lage des Militärstreites am Ende des Sommers?

Abschnitt 2.

Das Herannahen der Entscheidung.

Kapitel 1.

Die neue Situation durch den Schluss der Kommissionsverhandlungen.

Die Verhältnisse gestalteten sich drohend genug. Die Haltung der entschiedenen Liberalen, welche, in zwei grosse Parteien geteilt, eine so überwältigende Majorität für sich hatten, dass die wenigen Konservativen und das zusammengeschmolzene Häuflein der Altliberalen neben ihnen kaum noch in Frage kamen, liess erwarten, dass sie die Konsequenzen ziehen würden. Nur wenige hatten im Sommer Bedenken gefasst, wie Twesten und Sybel, von denen Bernhardi[1]

1. IV, 319:20.

Digitized by Google

im Juli nach einer Mitteilung Geffckens angibt, dass sie über ihre Parteien in Verzweiflung geraten wären. Keineswegs befanden sich aber diese selbst „in einer Art Auflösung." Bei der Tatenlosigkeit der Regierung konnte von einer Zersplitterung, die man auf dieser Seite[2] nach der Haltung Vinckes und andrer vielleicht noch erhofft hatte, keine Rede sein; und jedenfalls ist zu konstatieren, dass die liberalen Parteien, von Gneist, Carlowitz, Waldeck, Virchow[3] unbeirrt geführt, zusammen blieben und bald sogar eine rührige Tätigkeit entfalteten. Das linke Zentrum und die Fortschrittspartei verständigten sich[4] schon vor Beginn der Kommissionssitzungen über ihr Vorgehen und gaben damit unzweideutig ihrer Gesinnung Ausdruck.

Gegenüber diesen Verhältnissen befand sich die Regierung in einer überaus schwierigen Lage, die sich in ihrer unsicheren und tatenlosen Haltung zu erkennen gab. Das Ministerium hatte in dieser Session das Dienstpflichtgesetz nicht wieder eingebracht, da es die prinzipielle Erörterung der Militärfrage noch einmal hinauszuschieben versuchen musste. Denn offenbar wurden nach den finanziellen Ermässigungen, die man im Frühjahr zugestanden hatte, nun weiter keine Konzessionen beabsichtigt; und so hätte die Durchberatung des Gesetzes ohne diese ganz gewiss schon jetzt zu einer völligen Niederlage der Regierung geführt. Das Ministerium musste aber, da der Etat für 1862 noch nicht bewilligt war und die Regierung sich dadurch in einer sehr schlechten Position befand, alles daran setzen, die Entscheidung hinaus zu schieben; und sie konnte keinen anderen Wunsch haben,[5] als in bisheriger Form noch einmal unter Vertagung aller weitergehenden Auseinandersetzungen die Geldmittel für die Reorganisation auf ein Jahr verlängert zu erhalten. Vielleicht

---

2. Vgl. Roon an Bernhardi am 16. Juli.
3. Vgl. Roons Brief an Bernhardi und Bernhardi IV 326.
4. Vgl. APZ. 326 Do. 17. Juli mg.
5. Vgl. die Reden Heydts und Roons in den Plenarverhandlungen.

Digitized by Google

rechnete die Regierung dann mit einer versöhnlicheren Stimmung im nächsten Jahr, die sie durch Vorlage des Gesetzes unterstützen konnte. Aber jedenfalls wäre sie im Frühjahr zweifellos in vorteilhafterer Lage gewesen als jetzt, wo das Jahr, für das der Etat noch zustande kommen sollte, schon in seine zweite Hälfte eintrat. Der Erfolg dieser Taktik war freilich ohne Konzessionen höchst zweifelhaft; und nur völlige Ratlosigkeit konnte in der gegenwärtigen Situation vom blossen Abwarten noch etwas erhoffen, ohne dass mit eigenen Taten eingegriffen wurde.

Die Wahrscheinlichkeit eines günstigen Ausganges wurde sogar vom Ministerium selbst noch verringert, da die Massnahmen, die es im Sommer doch traf oder unterliess, die Abgeordneten nur noch mehr verstimmen mussten. Das Nichteinbringen des Gesetzes erwies sich als ein Fehler: denn die Majorität verübelte diese Unterlassung der Regierung sehr und verhehlte nicht, dass sie jetzt nicht mehr um die prinzipielle Erörterung herumgehen werde. So hätte die Regierung mit dem Gesetze vielmehr eine Waffe in der Hand gehabt. Ihre Versuche aber, durch Abweisung irriger Ansichten und Begründung ihrer eigenen in längeren Artikelserien der Sternzeitung für ihren Standpunkt einzunehmen, misslangen ihr völlig. Jetzt, am Ende des Streites, konnten Darlegungen über die bisherige Entwickelung der Militärreorganisation,[6] die das gesetzmässige Verhalten der Regierung nachweisen sollten, und Vergleichungen des preussischen Militäretats mit dem anderer Länder[7], die zugunsten

---

6. „Die bisherige Entwickelung der Militair-Reorganisation gegenüber dem Landtage": APZ 328 Fr. 18. Juli mg.; II: 332 Sg. 20. Juli mg.; III: 334 Di. 22. Juli mg.; IV: 344 Sg. 27. Juli (später in die Sammlung „Innere Politik" aufgenommen).

7. „Zur finanziellen Vergleichung der preussischen Heeres-Organisation mit der der Gross- und Mittelstaaten Europas": APZ I: 392 Sg. 24. Aug. mg.; II: 394 Di. 26. Aug. mg.; III: 396 Mi. 27. Aug. mg. Dazu 404 Sg. 31. Aug. mg. („Innere Politik", Nr. 17: S. 48—74).

Digitized by Google

Preussens ausfielen, keinen Eindruck mehr machen. Man befand sich im Kampfe zwischen zwei verschiedenen politischen Systemen; und diese waren nicht durch statistische Tabellen zu überwinden. Fehler kamen auf beiden Seiten vor. Da aber die Regierung im übrigen kalt und abweisend blieb, so misslang diese Verteidigung um so mehr. Die Majorität empfand es nur als starke Herausforderung, dass die Minister nicht persönlich in den Kammersitzungen erschienen. Wenn die Regierung für ihr Verhalten die Gründe angab,[8] sie erachte die Verhandlungen einem fertigen Resultat gegenüber für unerspriesslich und auch für zwecklos, da sie durch Veröffentlichung der Protokolle in den Zeitungen ihres vertraulichen Charakters entkleidet würden, so konnten sich die Minister doch deshalb nicht von der Verpflichtung befreien, die Sitzungen zu besuchen. Durfte die Regierung überhaupt so handeln, wenn sie jenen Wunsch über die Bewilligung des Etats hegte? Auch diese Unterlassung war ein Fehler. Die Majorität konnte nun die Anklage erheben, das Ministerium provoziere den Konflikt.

Und sie schien sogar recht zu behalten: denn am 14. August[9], eine Woche vor dem Schluss der Kommissionsverhandlungen, warf die Sternzeitung plötzlich die Frage nach der Lücke in der Verfassung auf. Die Schwierigkeit, die sich ergab, wenn das Budget nicht rechtzeitig zustande kam, war schon von Ludwig von Gerlach im Juni[10]) in der Kreuzzeitung erörtert worden. Er hatte begreiflicherweise nicht von einer Lücke gesprochen, sondern sofort die praktisch zu ergreifenden Massnahmen erwogen und behauptet,

---

8. APZ 374 Do. 14. Aug. mg. Auch für das Folgende.

9. APZ 374 Do. 14. Aug. mg.; in der Sammlung „Innere Politik" Nr. 15 unter dem Titel: „Eine Lücke in der Verfassung". Philippson versetzt den Vorgang (Forckenbeck S. 85) irrtümlich in den Juli. — Die Lücke ist also keineswegs von Bismarck erfunden worden, wie jetzt wieder Petersdorff in seinem Kleist-Retzow annimmt.

10. Am 13. und 14.

Digitized by Google

es dürfe dann nach dem alten Budget fortregiert werden. Die Sternzeitung entschied nicht: sie fragte nur, was geschehen solle, wenn das Abgeordnetenhaus den Etat nicht annehme. Da nun nach ihrer Meinung die Verfassung hierauf keine Antwort gab, so glaubte sie, in ihr eine Lücke konstatieren zu müssen. Jeder Faktor der Gesetzgebung sei zwar verpflichtet, alles für die Einigung zu tun; aber die Regierung könne den Etat nicht weiter verkürzen. Komme nun keine Einigung zustande, so sei also, da die Lücke bestehe, nicht etwa der Staatsstreich oder ein Verfassungsbruch im Werk. Freilich seien auch die Wege der Regierung dann nicht a priori zu bestimmen.

Die Wirkung dieses Artikels war ein Sturm der Entrüstung auf der ganzen Linie der Liberalen. Aus den Andeutungen der Sternzeitung schien hervorzugehen, dass die Regierung den Konflikt wolle; und das ganze Manöver wurde wohl inszeniert, um dem späteren Vorwurf des Verfassungsbruches vorzubeugen. Freilich wäre das ein sehr plumper Versuch frühzeitiger Rechtfertigung gewesen. Denn eine Lücke gab es nicht und konnte es nicht geben. Selbst Gerlach hatte in seinen Artikeln, allerdings um einen höchst illiberalen Schluss daraus zu ziehen, diese Theorie abgelehnt; denn solche Lücken könnte man tausendfach konstruieren. Wie wäre es z. B., hatte er gemeint, wenn alle Offiziere oder alle Beamten plötzlich den Abschied nähmen? Die Liberalen[11] wiesen aber nun mit Recht ganz besonders darauf hin, dass mit der Lücke die Verfassung aufgehoben wäre: es gehöre zur Natur jeder Verfassung, dass eine Vereinbarung zustandekommen müsse. Wenn die Nationalzeitung noch weiter ging und nach englischem Vorbild auch das gleiche Recht der drei Faktoren nicht anerkennen wollte, da die Krone ihren Willen schon in der Kammer kund gebe, und das Herrenhaus[12] nur mehr ein Ehrenrecht habe, so sprach

11. APZ. 383 Di. 19. Aug. ab.
12. APZ. 401 Fr. 29. Aug. ab.

Digitized by Google

dagegen allerdings der Wortlaut der preussischen Verfassung. Und ein praktischer Vorschlag, den in der überaus lebhaften Diskussion die Berliner Allgemeine Zeitung[13] machte, dass (ähnlich wie in Bismarcks Kammerplan, nur natürlich in anderem Sinne) das Budget nach der Verwerfung durch das Herrenhaus noch einmal zur Vereinbarung einer Verständigung an das Abgeordnetenhaus zurückgegeben werden könne, war auch nicht verfassungsgemäss. Die Sternzeitung durfte ihn daher zweifelnd ablehnen. Aber sie hatte nicht das Recht, bei ihrer eigenen Ansicht stehen zu bleiben. Wie sich jedoch zeigen sollte, war ihre Kundgebung nur ein Einschüchterungsversuch, um extremen Beschlüssen, die die Regierung besorgte, vorzubeugen. Für die Frage selbst gab es rechtlich keine andere Lösung, als mit allen Mitteln die Vereinbarung des Etats durchzusetzen, die nach der Verfassung jedes Jahr zu erfolgen hatte.

———

Da es aber auf beiden Seiten im Sommer nur Brüskierungen gab — einzelne Verständigungsversuche schlugen fehl — so schien am Ende ein Zusammenstoss unvermeidlich. Und wirklich nahmen unter den gegebenen Umständen die Verhandlungen der Budgetkommission den Verlauf, den schon ihre Zusammensetzung nach den Stärkeverhältnissen der Parteien hatte erwarten lassen. Sie schlossen mit dem Antrage, die Reorganisationskosten im Betrage von $6^1/_2$ Millionen Talern zu streichen. Es waren ihrem Beruf und ihrer sozialen Stellung nach hochachtbare Männer, keine umstürzlerischen Elemente, die zu diesem rein negativen Ergebnis kamen[14]. Aber alle Opposition des Landes und der Kammer hatte nicht dahin zu führen vermocht, dass die Regierung, welche die Abgeordneten durch die vollendeten Tatsachen zwingen wollte, ihre Forderungen zu genehmigen,

———

13. Nach APZ. 390 Sd. 23. Aug. mg.

14. Parisius, Hoverbeck II, gibt eine Tabelle der Kommissionsmitglieder.

Digitized by Google

ein Entgegenkommen bewiesen hätte, das jenen genügen konnte. Sollte das Abgeordnetenhaus dieses fait accompli, das ihm so bedenklich schien und so grosse Opfer auferlegte, aus patriotischer Pflicht, wie die Regierung sagte, einfach bewilligen, ohne seine Wünsche bei dieser einschneidenden Massregel berücksichtigt zu sehen? Wo diese Wünsche in der Form, wie man sie schliesslich stellte, die Reorganisation nicht geschädigt hätten? Die Majorität hielt es für patriotische Pflicht, wenn sie die Rechte der Landesvertretung wahrte. Die Regierung sollte gezwungen werden, sich im Sinne des Verfassungsrechtes mit der zweiten Kammer vorher zu verständigen, ehe sie definitive Massregeln schuf. Sonst war das Budgetrecht nur ein leerer Schall, ein blosses Bestätigungsrecht der Regierungsmassregeln.

Das Ministerium[15] stützte sich auf eigene Erklärungen und die einzelner Abgeordneter, um zu zeigen, dass die Reorganisation keine vorübergehende Massregel sein sollte; es versicherte, bisher stets in gutem Glauben gehandelt zu haben, und wies auf die geschehenen finanziellen Reduktionen hin, um den Beweis seines Entgegenkommens zu führen. In Zukunft aber könnten die Mehrkosten der Reorganisation aus den Erträgen der zu erwartenden Grundsteuer bezahlt werden; auch wären neue Steuern möglich, ohne dass das Land finanziell zu stark angestrengt würde.

Dem gegenüber war die Majorität in entschiedenem Vorteil. Die Geldbewilligungen pro 1860 und 1861 für die Kriegsbereitschaft waren klipp und klar nur provisorisch und zu provisorischen Zwecken bewilligt worden, wie sich in den Berichten der Kommissionen und den Beschlüssen des Hauses aufs entschiedenste ausgesprochen fand. Aeusserungen des früheren Finanzministers oder einzelner Ab-

---

15. Vgl. zu den folgenden Absätzen den Bericht der Budgetkommission in der Sammlung sämtlicher Drucksachen etc. Bd. IV Nr. 138. Auch die Sternzeitung ist wieder heranzuziehen.

Digitized by Google

geordneter konnten an diesen Beschlüssen nichts ändern. Die Regierung aber hatte in der Ausführung der Neuerungen definitive Massregeln verfügt. Das war ungesetzlich; und im Falle eines Krieges hätten auch die bestehenden Dienstpflichtbestimmungen (namentlich der viel umstrittene § 15 des Gesetzes von 1814) verletzt werden müssen, da die Regierung nicht die Absicht hatte, die Kopfzahl der Bataillone zu vermindern. Auch die finanziellen Momente konnte die Majorität für sich anführen. Die faktische Verkürzung der Dienstzeit, die die Minorität vorschlug, hätte immer noch einen Etat von 37 bis 38 Millionen gelassen. Die finanziellen Reduktionen der Regierung aber waren nicht hoch zu bewerten. Der Fortfall des Zuschlags zu den Steuern, einer Einnahme von ca. 4 Millionen Mark, hätte am 1. Juli so wie so erfolgen müssen, da er gesetzlich nur so weit reichte. Und was sollten die Etatsspezialisierung oder die rechtzeitige Einbringung des Budgets für 63 oder die geringen Ermässigungen im Militäretat, die auch nur zeitweilig gedacht waren, bedeuten gegen die wachsenden Millionen und Lasten der Reorganisation? Niemals hatte das Abgeordnetenhaus durch Beschluss anerkannt, dass die Mehrerträge der Grund- und Gebäudesteuern für die Heeresorganisation zu verwenden seien. Und ausserdem kündigte die Regierung anscheinend noch neue Steuern an! Die Majorität konnte aus alledem nicht für sich die Verpflichtung herleiten, ihrerseits nachzugeben.

Aber alle rechtlichen und finanziellen Gründe, die es geben konnte, hätten nicht genügt, um die Hartnäckigkeit der Opposition in diesem Streit, der das Wohl des Staates aufs Spiel setzte, zu rechtfertigen, wenn ihr Verhalten sich im tiefsten Grunde nicht auf Momente stützte, über die sie sich nicht hinwegsetzen durfte. Erst die Beantwortung dieser Frage entscheidet die Bewertung ihres Standpunkts. Nun ist es bekannt, dass die Opposition wirklich von idealen Motiven erweckt und getragen wurde. Der Liberalismus war wieder aufgekommen mit dem Neuerwachen der

Digitized by Google

deutschen Frage. Der nationale Gedanke war das Panier, um das sich seine Anhänger scharten, das sittlich tief begründete Moment, das ihm im Streite die Kraft gab. Zu unerreichbaren Zielen verstiegen sich aber seine Wünsche nicht. Es ist gerade für unsere Frage von einschneidender Bedeutung, dass die Liberalen die vorhandenen Potenzen anerkennen wollten, dass sie eine Schwächung Preussens nicht beabsichtigten. Im Gegenteil, die Opposition war kleindeutsch gesinnt. Man wollte Preussen stark sehen, wünschte auch die militärische Organisation zu bessern. Aber der Staat sollte sich dem nationalen Gedanken zur Verfügung stellen. Dann hätte man alles bewilligt: die finanzielle Frage kam erst in zweiter Linie. Freilich konnte man übermässige militärische Rüstungen nicht für notwendig halten; Preussen sollte keine Eroberungskriege führen, sondern im Bunde mit den übrigen deutschen Staaten für die Einigung und Verteidigung sorgen. Nun wissen wir wohl, dass die Ausführung der liberalen Politik hier auf ihren schwachen Punkt gestossen wäre, dass die auswärtige Lage, der Dualismus mit Oesterreich nicht scharf genug beurteilt wurden; aber die damalige preussische Regierung, mit dem König an der Spitze, dachte durchaus nicht etwa an eine Aktion g e g e n Oesterreich. Diese Waffe konnte sie gegen die Liberalen nicht gebrauchen.

Aber welche Erwartungen durften nun die Liberalen von der Regierung hegen? Kurz gesagt, gar keine. Nach aussen enttäuschte sie völlig; auch Bernstorff liess den Worten keine Taten folgen. Zu welchem Zweck brauchte sie da ein grosses Heer? Im Innern aber war nichts von liberalem Geiste zu spüren; die Reorganisation wurde von einem Kriegsminister vertreten, der nur aristokratisch gesinnter Preusse war. Das partikular-ständische Element war obenan; von Bewilligung liberaler Wünsche, einem Ausbau der Verfassung keine Rede. Hier liegt der Grund für die Stellungnahme der Opposition. Sah man von den sach-

Digitized by Google

lichen Bedenken ab, so hätte eine Bewilligung der Reorganisation nach der Regierungsvorlage nur eine Verstärkung jenes Elements gebracht. Das Heer war der wichtigste Faktor im Staatsleben. Den Liberalen musste alles daran liegen, dass es volkstümlich und national gesinnt blieb, wenn ihre Hoffnungen sich erfüllen sollten. Und so waren ihnen die Erhaltung der Landwehr, die Regelung der Dienstpflicht, die zweijährige Dienstzeit Garantien, auf denen sie bestehen mussten. Wenn die Regierung auch sehr stark erschien, so durfte man doch den Kampf nicht aufgeben. Hielt man stand, so war es wenigstens nicht ausgeschlossen, dass die Regierung vor dem Konflikt, dem Verfassungsbruch, zurückscheuen und die Verständigung suchen würde. Gab man aber ohne Kampf das Schlachtfeld auf, so wäre von dieser Regierung erst recht nicht das Geringste zu erwarten gewesen. Auf diese Weise kam die Majorität in der Kommission zu ihrem radikalen Antrag. Nun musste sich zeigen, wer der Stärkere war.

Die Minorität dagegen wollte einen Bruch vermeiden, der nur gefährlich werden konnte, weil eben die Regierung die Macht in der Hand hatte. Sie zeigte sich praktisch und staatsklug. Brach der Konflikt aus, dann konnte alles verloren sein; so schien es besser, durch ein Kompromiss wenigstens etwas zu erreichen. Sie gab auch zu, dass die Regierung ungesetzlich gehandelt habe, glaubte aber, dass man über diese Tatsache durch einen Beschluss hinwegkommen könne. Noch war kein Gesetz übertreten, und dies war auch vermeidbar. Ein Rekrutierungsgesetz hielt sie jedoch für notwendig, und auch die zweijährige Dienstzeit wollte sie herbeiführen, indem sie Abstriche am Etat beabsichtigte, die aber erst 1863 eintreten könnten. Durch diese Vorschläge wollte sie die Hand zer Versöhnung bieten; aber ihre Ansicht drang nicht durch. Der Majorität genügte eine bloss faktische zweijährige Dienstzeit nicht:

Digitized by Google

es sollte sich erst in der Folge zeigen, dass hier die beiden Standpunkte gar nicht so weit aus einander klafften.

Der Antrag der Kommission musste nun die Basis für die kommende Entwicklung bilden. Uebersah man die reine Negation, zu der er kam, so konnte niemand annehmen, dass er hätte ausgeführt werden können. Aber freilich war es das Kampfmittel der Majorität, mit dem allein für sie etwas auszurichten möglich war. Einem ausreichenden Entgegenkommen von Seiten der Regierung durfte sie sich willfährig zeigen; denn aus prinzipieller Unversöhnlichkeit entsprang ja ihre Opposition nicht. Im andern Fall allerdings waren von ihr alle Konsequenzen zu erwarten. Wenn daher der General Stavenhagen am 30. August[16] für möglich hält, dass die Entscheidung im Plenum doch noch anders ausfallen könne, so hätte eine Verständigung vorhergehen müssen. Aber es fragte sich sehr, ob die Regierung dafür zu haben war. Nun gab es allerdings eine Partei, die ihre ganze Aufgabe in der Vermittlung sehen musste; es war die Minorität. Hatte sie noch Aussicht, bei Regierung und Majorität etwas zu erreichen? Zumal auch die unversöhnlichen Elemente nicht fehlten, die das Gegenteil erstrebten? So war die Zukunft in Dunkel gehüllt. Wenn man aber hier und da in der eigenen Ueberzeugung, dass die Annahme des Kommissionsantrages eine ganz ungewöhnliche Lage schaffen würde, glaubte[17], dass die Lösung der Militärfrage

---

16. Mskr.; an Samwer.

17. Korrespondenz der AAZ aus Berlin vom 1. Sept. (AAZ 248 Fr. 5.). Die Korrespondenten der AAZ in Berlin, die recht gut und vielseitig unterrichtet waren, werden jetzt öfter heranzuziehen sein. Nach Heycks Mitteilung (Geschichte der Allgemeinen Zeitung S. 331) berichteten „damals Dr. Leopold Kayssler, der bekannte spätere Leiter der Post, Professor Dr. Helfferich mit sehr beträchtlichen Zusendungen und Hofrat L. Schneider, der bekannte Vorleser Kaiser Wilhelms I. aus Berlin". Wie eine Einsicht in die Zeitung ergibt, sind aber die Siglen in dieser Zeit viel zahlreicher. Es wäre sehr erwünscht, wenn wir bei der Bedeutung mancher Artikel ihre Auflösung hätten. Eine Anfrage beim

Digitized by Google

jetzt nicht zu erwarten sei, sondern erst im Frühjahr, so war doch sehr die Frage, ob das noch ermöglicht werden konnte. Vielmehr musste man nun auf allen Seiten mit dem Konflikt rechnen und danach seine Stellung einnehmen.

Kapitel 2.

Die weitere Entwicklung der Krisis und die Kandidatur Bismarcks vor der Aussicht des Konflikts.

Bald nach dem Schluss der Kommissionsberatungen wurde der Beginn der Plenarverhandlungen, von denen die Entscheidung zu erwarten war, auf den 11. September festgesetzt. Von der Entwicklung der Dinge in der Zwischenzeit hing ab, ob man sie mit günstigen oder schlechten Aussichten beginnen konnte. Wir haben also zu untersuchen, nach welcher Seite die Chancen sich neigten; und die neue Situation, die jetzt eingetreten war, gibt uns die Veranlassung, zu fragen, ob durch sie vielleicht auch die Ministerfrage eine Wendung erhalten habe.

In den Parteien, welche den Militärstreit durchkämpften, gab es zwei Richtungen, in deren eigenstem Interesse es lag, die Krisis rasch zu einem bestimmten Ausgang zu führen, von denen daher jetzt vor der Entscheidung aller Wahrscheinlichkeit nach ein Eingreifen in ihren stagnierenden Verlauf zu erwarten war: es waren die Gemässigten und die Reaktionäre.

Unter jenen mussten die Altliberalen versuchen, durch Abrücken von der Fortschrittspartei ihre verlorene Position

---

Cottaschen Verlag ergab jedoch, dass er nicht in der Lage ist, über Heycks Mitteilungen hinauszugehn.

Digitized by Google

wieder zu gewinnen, wie schon im Mai Bernhardi[1] in Uebereinstimmung mit Duncker, Droysen und anderen gefordert hatte. Ihre Aufgabe war es daher, Verständigungspunkte zu finden, die der Majorität genügten, und auf die die Regierung eingehen konnte, und sie mussten bei beiden alle Hebel in Bewegung setzen, um die Aussöhnung zu erreichen. Dann konnten sie hoffen, wieder Regierungspartei zu werden. Neben ihnen traten einzelne Abgeordnete für den Ausgleich ein, die aus den weiter links stehenden Parteien herstammten, aber vor den Folgen ihrer oppositionellen Haltung bedenklich geworden waren. Zu ihnen gehörte vor allem Twesten, der schon im Juli mit Roon verhandelt hatte[2] und jetzt aus dem Vorstande der Fortschrittspartei ausgeschlossen wurde. Er mochte sich sagen, dass die liberalen Interessen gerade bei dem dauernden rein negativen Verhalten schliesslich in Gefahr geraten konnten, und vereinigte sich daher mit Sybel und Stavenhagen zu dem bekannten Vermittelungsantrag, der den Etat für 1862 um 223 435 Taler kürzen und dann unter dem Vorbehalt bewilligen wollte, dass 1863 Reduktionen durch Verkürzung der Dienstzeit erfolgten. Auch Forckenbeck war versöhnlich gestimmt und galt deshalb bei seinen alten Freunden schon als Reaktionär.[3]

Die Feudalen aber durften hoffen, dem Liberalismus eine vernichtende Niederlage zu bereiten, wenn es ihnen jetzt gelang, die Regierung zum Konflikt fortzureissen. Das waren diejenigen, welche von Anfang an die Verdächtigung ausgestreut hatten, dass das Heer desorganisiert, die Krone ihrer Macht beraubt werden solle. Nun steuerten sie mit aller Macht auf den Bruch los, um die Regierung wieder ganz in ihre Bahnen zu zwingen. Ihre Parole war der Kampf gegen die Demokratie, den ihr erster Führer, Ludwig v.

---

1. IV, 288.
2. Bestätigt von der APZ: 325 Mi. 16. Juli ab.
3. Philippson, Forkenbeck S. 82.

Digitized by Google

Gerlach, dem Ministerium wiederholt als seine Pflicht hinstellte[4], die er auch jetzt vor der Entscheidung ihm eindringlich zu machen suchte. Er erinnerte an den November 1848 und warnt vor der Vorstellung, die Krisis als eine bloss militärische oder finanzielle zu betrachten. Um die Regierung in den Harnisch zu jagen, entwickelt er die angeblichen Pläne des Liberalismus gegen die Krone. Und nun setzt er ihr auseinander, dass sie durchaus berechtigt sei, ohne Budget zu regieren. Als Jurist lehnt er freilich die Lücke ab: die Verfassung sei unzureichend und müsse dies auch sein; und die provisorische Verwaltung hält auch er für ein Uebel: aber sie sei doch ein Uebel wie ein notwendiger Krieg. Man müsse fragen, was solle praktisch werden, wenn das Budget nicht zustande komme; und Gerlach findet die Antwort, dass die Verwaltung nach dem alten Etat bis zur Bewilligung des neuen fortgeführt werden dürfe. Er erinnert sehr geschickt an den Staatsministerialbeschluss von 1850, um seine Ansicht zu stützen. Damals hatte wegen Vertagung der Kammern das Budget für 1851 vom Landtage nicht angenommen werden können; aber der Regierung war, wenn auch unter heftigem Sträuben der Kammern, verstattet worden, die dringenden Ausgaben für dieses Jahr zu leisten. Und darauf war dieser Beschluss 11 Jahre in praxi geübt worden. Nach diesem Grundsatz sei auch jetzt zu verfahren. Aber Gerlach empfiehlt damit nur eine durch die Umstände gebotene vorübergehende Massregel. Er betont ausdrücklich, dass er ein absolutes Regiment nicht will, und weist sogar darauf hin, dass bei Nichtzustandekommen des Budgets durch die drei Faktoren neue Gesetze und neue Steuern nicht möglich seien. Also sei ein Säbelregiment ausgeschlossen. Seine Absichten gehen nicht auf einen Staatsstreich hinaus, wie er ausdrücklich

---

4. Nach den Juniartikeln erschien wieder am 10. und 11. September eine Abhandlung von ihm in der Kreuzzeitung, betitelt: „Die Krisis Preussens im September 1862."

Digitized by Google

versichert; seine Devise ist vielmehr: „Feststehen auf dem Boden des Rechts“ und sein Ziel: „Der König mächtig in Preussen, Preussen mächtig in Deutschland, Deutschland einig und mächtig in Europa. Deutsches Recht und deutsche Freiheit.“[5] Wir bemerken hier den eigentümlichen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Gerlach ist ein Vertreter des historischen Rechts im Sinne seiner Gottgewolltheit; aber sein Budgetplan befindet sich in klarem Widerspruch zu dem § 99 der Verfassung und kann deshalb nicht durch andersartige Präcedenzfälle gestützt werden, wenn diese auch noch so oft vorgekommen waren. Das Merkwürdige ist jedoch, dass für Gerlach dieser Gegensatz nicht besteht. Denn er ist von der Richtigkeit seines Standpunktes fest überzeugt. Es war das Schicksal der reaktionären Partei, dass ihre Ansichten, die unter der alten Monarchie nur einen extremen Standpunkt vertraten, nun, nach dem Erlass der Verfassung, direkt revolutionär werden mussten. Aber um so mehr ist es zu verstehen, wenn wir nun hören, dass die Reaktionäre auch direkte Einwirkungen auf die Minister versuchten. Sie konnten natürlich nur auf dieser Seite für ihre Pläne vorgehen, während die Gemässigten auch die Opposition in den Kreis ihrer Bemühungen ziehen mussten. Nun kam es darauf an, wie sich Majorität und Regierung zu der Aussicht eines Konflikts verhalten würden.

Die Liberalen hatten im Lande und in der Kammer die entschiedene Mehrheit. War aber diese eine Macht? Niemand dachte und glaubte daran, dass sie im Notfall zu gebrauchen sein werde. Die leidenschaftliche Verteidigung ihrer Ansichten, des Rechtes, das ihnen die Verfassung gab, in Zeitungen, Versammlungen und Kammerdebatten war ihr einziges Kampfmittel. Im Stillen wird ihnen schwerlich sehr wohl gewesen sein: Nachrichten aus verschiedenen

---

5. Beide Zitate aus dem Artikel vom 11. September.

Digitized by Google

Quellen bestätigen das. Ein Korrespondent der Allgemeinen Zeitung[6] glaubt, namentlich in der Mittelfraktion Bockum-Dolffs Unruhe und Unbehaglichkeit über die Wirkung des negativen Antrages feststellen zu können. Es verlaute, bemerkt er, dass mehrere der einflussreichsten Mitglieder dieser Gruppe sich darum bemühten, noch in letzter Stunde einen Schritt des Entgegenkommens seitens der Regierung zu veranlassen, um sich der Verlegenheit ihrer Situation zu entziehen; aber die Regierung sei wenig geneigt, entgegenzukommen. Und über die Fortschrittspartei hören wir ein paar Tage später in einem Privatbrief[7]: „Es ist vielen der „entschiedenen" Fortschrittsmänner nicht ganz wohl in ihrer ledernen Juristen-Haut, und die sehnen sich nach einem Auskunftsmittel." Das Versöhnungsbedürfnis war also vorhanden, und dadurch mögen auch Bewegungen in den Parteien entstanden sein. Aber von Spaltungen war keine Rede; am wenigsten in der Fortschrittspartei, in der Twesten eine sehr isolierte Stellung einnahm. Die Nachrichten, die hierüber verbreitet wurden, waren wohl dadurch zu erklären[8], dass in allen übrigen Fraktionen noch eine gewisse Unklarheit und Unsicherheit über das einzuschlagende Verfahren obwaltete. Nur Konzessionen der Regierung hätten die Majorität zum Aufgeben ihres Standpunktes vermocht; und da diese nicht erfolgten, so mussten auch die Einwirkungen, die man tatsächlich auf sie versuchte, ergebnislos verlaufen. Wir dürfen einmal, gestützt auf den Bericht der Preussischen Jahrbücher[9] über die Tätigkeit der Minorität am 28. September, annehmen, dass einzelne Mitglieder der Minorität sich alle Mühe gaben, die schroffe Haltung der Mehrheitsparteien zu mildern. Wir wissen aber auch von Parisius,[10]

6. Vom 1. September.
7. Mskr., 6. Sept., Sänger aus Berlin an Samwer.
8. AAZ.)(Berlin, 6. Sept.
9. S. 307,08.
10. Parisius, Hoverbeck, S. 69, Anm. 31.

Digitized by Google

der selbst damals Abgeordneter war, dass bis zum 11. September „von einflussreicher Seite“ Versuche gemacht wurden, mit den Abgeordneten der Fortschrittspartei eine Grundlage zu suchen, auf der man etwas beim Könige durchsetzen könne. Die Bemühungen waren alle vergeblich. Man wollte diesem Ministerium nichts mehr bewilligen; die Erbitterung war so gross[11], dass man z. B. auch die Marineforderungen ablehnte, die mit der Streitfrage gar nichts zu tun hatten. Es fehlte eben das Vertrauen, durch das der Kampf immer noch, wie uns versichert wird[12], zu einem guten Ausgang hätte geführt werden können. In dem Lande hatte die Opposition ihren festen Rückhalt; und wir hören über die Stimmung der Führer[12], dass sie im Falle eines Konflikts zunächst mit dem Siege der Krone rechneten, aber nicht minder davon überzeugt waren, dass ihre Theorien doch über kurz oder lang die Herrschaft gewinnen würden. In dieser Zuversicht seien sie fest entschlossen, die Dinge auf die Spitze zu treiben.

Schon die Vorstandswahlen der Fortschrittspartei vom 31. August[13] waren von charakteristischer Bedeutung für die Stellungnahme der Majorität, indem zu den bisherigen acht Mitgliedern, die wiedergewählt wurden, als neuntes statt Twestens Virchow hinzutrat. Unter den geschilderten Umständen befestigte sich bei den Liberalen nur immer mehr die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, den Beschlüssen der Budgetkommission beizutreten[14]; und die Fraktionssitzungen, die infolge des nun immer näherrückenden Kampfes vom 6. bis zum 11. September abgehalten wurden, hatten keinen anderen Ausgang. Wie im Sommer, hatte auch jetzt wieder die Fortschrittspartei die Aktion ergriffen, um wo möglich alle liberalen Fraktionen zu einem

---

11. Mskr.: Stavenhagen an Samwer, 30. Aug.
12. AAZ 248 Fr. 5., Beilage: Versch. Nachr. | Berlin, 3. Sept.
13. AAZ 248 Fr. 5. Sept.
14. AAZ 250 Sg. 7. Sept. Preuss. # Berl., 4. Sept.

Digitized by Google

gemeinsamen Beschlusse zu vereinigen. Zu diesem Zwecke fand (nach dem Berliner Bericht der A. Z. vom 6. September) am 6. September abends im „Englischen Hause" eine grosse gesellige Zusammenkunft statt, zu welcher ausser den Mitgliedern der Fortschrittspartei und der Fraktion Bockum-Dolffs auch die Rönne'sche und Vincke'sche Partei, sowie die Polen eingeladen waren. Als es dann zur Abstimmung kam,[15] war in den beiden grossen Parteien der entschiedenen Liberalen die überwiegende Mehrheit für den Kommissionsantrag. Man konnte also sicher rechnen, dass mit den Stimmen der Klerikalen und Polen die Reorganisation abgelehnt werden würde. Unter diesen Umständen waren die Fortschrittsorgane schon recht siegesgewiss. Sie träumten bereits von einer Entlassung des Kriegsministers, von einem Aufgeben der „Roon"schen Reorganisation oder gar von einem Systemwechsel. „Sie vergessen aber nur," setzt der Korrespondent der Allgemeinen Zeitung, der dies berichtet[16], mit sehr bemerkenswertem Urteil hinzu, „dass es sich . . . um die Ideen des Königs handelt, und dass wir noch zu sehr in den ersten Stadien des Konstitutionalismus sind, als dass die Krone in einer für sie so wichtigen Frage vor einem Beschlusse von dreihundert „Kreisrichtern, Literaten und ehrgeizigen Beamten" zurückwiche." Jedoch schien die Mehrheit für die Streichungen wirklich entschieden, wenn nicht aussergewöhnliche Ereignisse eintraten. Die Liberalen blieben starr auf ihrem Standpunkt, entschlossen, ihn bis zum Aeussersten zu verteidigen, wenn man ihnen nicht nachgab; in diesem Fall aber schon in ihrem eigenen Interesse bereit, zu unterhandeln.

Die Kräfte des Widerstandes waren allerdings in der Regierung ausserordentlich stark. Das Ministerium hatte sich in seinem Märzprogramm verpflichtet, mit der Auf-

15. Vgl. AAZ 253 Mi. 10. Sept. Nste. Posten: Berl., 9. Sept.; 256 Sd. 13. Sept. Berl., 11. Sept ; NZ. 422 Do. 11. Sept. Berl., 10. Sept.

16. AAZ. 256 Sd. 13. Sept. Berl., 10. Sept.

Digitized by Google

rechterhaltung der Reorganisation zu stehen und zu fallen; vor allem aber war, wie der oben zitierte Korrespondent ganz richtig sah, die Quelle des Beharrens in dem Könige zu suchen. Von den militärisch-technischen und politisch-konservativen Gründen, die die Haltung der Regierung in der Militärfrage bestimmten, waren die letzteren allmählich immer stärker hervorgetreten, je politischer der Strreit selbst geworden war. Zur Konzessionsfrage an sich äusserten sich die Sachverständigen durchaus nicht in derselben Weise; sie hätte also wohl noch diskutiert werden können. Aber abgesehen davon, dass dies dem Könige nach den letzten Ermässigungen nicht mehr möglich schien, und das Ministerium anscheinend auch keine mehr empfohlen hatte, so wollten der König und sein konservatives Kabinett nicht durch Nachgiebigkeit den Sieg der scharf liberalen Mehrheit heraufführen. Konnte nun aber jetzt vor der Aussicht eines Konflikts dieser Standpunkt noch aufrecht erhalten werden? Die Regierung war hier in ganz anderer Lage als die Majorität; da sie die Verwaltung führte, so wurde sie durch den Ausgang des Streites ganz persönlich berührt. Wenn das Budget nicht zustande kam, so war jeder einzelne in ihr vor die Frage gestellt, ob er die Verfassung brechen solle. Hat etwa diese Aussicht jetzt in den Ministern und im König Schwankungen hervorgerufen?

Nach aussen verhielt sich das Ministerium ablehnend und schweigsam wie bisher. Von Konzessionen war gar keine Rede; offenbar dachte die Regierung daran am wenigsten. Das war ein Punkt, der in den Zeitungskorrespondenzen[17] bis in den September hinein immer nur negativ beantwortet werden konnte. Nur einmal kam es überhaupt, aber natürlich ebenfalls ohne Ergebnis, zur näheren Erörterung eines bestimmten Vorschlags, nämlich der Frage einer königlichen Botschaft an das Abgeordnetenhaus. Wir

17. Vgl. AAZ # Berl., 6. Sept.

Digitized by Google

finden sie zu gleicher Zeit, mit Variationen, in verschiedenen Privatbriefen besprochen; und da der König in seinem Schreiben an Saucken vom 30. August[18] sich (ablehnend) zu ihr äussert, so scheint sie ihm vor dieser Zeit nahegebracht worden zu sein. Georg v. Bunsen will das Verdienst, der Urheber dieses Planes zu sein, für sich in Anspruch nehmen. Er schreibt[19] am 6. September aus England an seine Mutter, er habe im Juli zu jemand, den der König manchmal sehe, auf die Frage nach einem Mittel zur Verhütung des Konflikts davon gesprochen. Der Vorschlag sei dann zu einer Denkschrift verarbeitet worden; erst wäre der König einverstanden, dann ihm die Sache nicht genehm gewesen; und jetzt legten die Minister ein grosses Gewicht darauf. Er schliesst damit: wahrscheinlich werde dieser Schritt bald erfolgen; wusste also noch nicht, dass es damit schon vorbei war. Ebenfalls am 6. September schreibt Sänger aus Berlin an Samwer,[20] ohne dass wir aus seinen Worten erkennen, ob er von einem bestimmten Plan etwas weiss: „In wenigen Tagen wird nun die Debatte über die Militärfrage beginnen. Noch sehe ich keine Hoffnung, den Konflikt zu vermeiden; für wahrscheinlich würde ich die Vermeidung des bevorstehenden, für gewiss die n i c h t zu Gunsten der Demokratie ausfallende Wiederbeseitigung des ausgebrochenen Konflikts halten, wenn der König sich entschlösse, vor Beginn der Debatte eine Botschaft an das Haus zu richten, die — ohne wirkliche Konzessionen zu machen — ein versöhnliches Entgegenkommen von Seiten der Krone zeigte, als linderndes Gegenmittel gegen das schroffe, noch viel mehr ungeschickte Auftreten der Regierung während der Kommissionsberatungen.“ Vom 6. September ist schliesslich auch eine Berliner Korrespondenz in der Allgemeinen Zeitung datiert,[21] die

18. U. a. abgedruckt in Graf W. Roons „Kriegminister von Roon als Redner.“ Zuerst Okt. 1894 in der Frankfurter Zeitung.

19. Georg v. Bunsen. Ein Charakterbild etc. von M. v. B., S. 193.

20. Mskr.

21. AAZ 252 Di. 9. Sept.)(Berl., 6. Sept.

Digitized by Google

nun schon sehr bestimmt anzugeben weiss, dass die Regierung Bedenken gegen eine königliche Botschaft hege, da es sehr zweifelhaft sei, ob sie durch ihr Entgegenkommen noch eine Majorität finde. Es spricht nun nichts dagegen, dass die ganze Sache auf Bunsen zurückgeht; wir können das ebensowenig kontrollieren, wie seine Angaben über die Denkschrift und den Anteil des Ministeriums an der Angelegenheit. Bedenklich ist nur der Inhalt des Bunsenschen Planes. Er spricht von Herabminderung der Forderungen für 1863 und Einbringung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfs, während wir aus dem Brief des Königs an Saucken wissen, dass die Botschaft „natürlich ohne Konzessionen" erlassen worden wäre. Wie wir hören, war Wilhelm bis zu den Kommissionsberatungen nicht abgeneigt; aber nach den radikalen Anträgen war ihm eine Botschaft nicht mehr genehm, und tatsächlich kam nur eine Ministerialerklärung zustande, die Heydt am 11. verlas.

Es nimmt uns nun nicht Wunder, dass weitergehende Wünsche, die altliberale Abgeordnete in der Konzessionsfrage an das Ministerium richteten, erst recht keinen Erfolg hatten. Wir wissen bestimmt von Versuchen, die Georg v. Vincke[22] Ende August bei dem Finanzminister v. d. Heydt unternahm, und können auch den Inhalt der Unterhandlungen feststellen. Er selbst gibt in seiner Kammerrede vom 19. September an, dass er zu den Ministern zum Zweck der Vermittlung in Beziehungen getreten sei. Er habe sich an Heydt gewandt und in zwei Punkten eine Annäherung zu erzielen gesucht: einmal solle die Regierung Indemnität für 1862 nachsuchen und weiterhin zur schliesslichen Erledigung des Militärstreites ein Gesetz vorlegen, wodurch

22. Vincke tritt dann noch in den Plenarverhandlungen und in der Episode bedeutsam hervor. Leider scheinen Aufzeichnungen seiner Tätigkeit nicht vorhanden zu sein. Herr Landrat Frhr. W. v. Vincke in Ostenwalde bei Melle in Hannover teilte auf Anfrage gütigst mit, dass er kein Material besitze.

Digitized by Google

ausdrücklich die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgestellt werde. Wie Vincke noch hinzufügte, hatte er seine Schritte in der Hoffnung unternommen, dass der Regierung ein Entgegenkommen der Minorität erwünscht sein werde, und in ihrem Interesse hatte er ihr die Initiative überlassen wollen.[23] Es lässt sich nun nachweisen, dass die Verhandlungen Ende August geführt wurden und zu keinem Ziele führten. Am 21. und 22. August, sowie am 1. September[24] brachte die Sternzeitung drei Leitartikel, die nach ihrer Form schon zu einander gehörig und abgesondert von den Debatten über die Lückentheorie, die sonst in diesen Tagen das Blatt füllen, nach einander gerade die Punkte aus der Konzessionsfrage erörtern, die Vincke Heydt vorgeschlagen hat. Am 21. August lässt sich die Sternzeitung noch einmal speziell über die Gesetzesfrage aus; am 22. sucht sie die zweijährige Dienstzeit, auf die sie bis dahin noch nicht eingegangen war, als unmöglich abzuweisen, und am 1. September wendet sie sich sehr entschieden gegen eine Indemnitätsvorlage. Am Eingang dieses letzten Artikels werden nun aber auch die Verhandlungen selbst ausdrücklich mit den Worten bestätigt, dass der Regierung öffentlich und vertraulich nahe gelegt werde, sie möge, um den gemässigteren Elementen des Abgeordnetenhauses entgegenzukommen, um die Indemnitätsvorlage nachsuchen. Vincke nahm auch später noch hervorragenden Anteil an den Ereignissen, der in der schon zitierten Darstellung der Preussischen Jahrbücher vom 28. September rühmend erwähnt wird.

Die Altliberalen erreichten nichts mit ihrer Vermittlung; aber auch die Reaktionäre taten ihre Schritte bei den Ministern vergebens. Erst in allerneuester Zeit haben wir durch Gerlachs Aufzeichnungen und Petersdorffs Kleist-Retzow[25]

---

23. Stenogr. Berichte, 19. Sept., S. 1755.

24. APZ 386 Do. 21. Aug. mg.; 388 Fr. 22. Aug. mg.; 405 Mo. 1. Sept. ab.

25. 1907 erschienen.

Digitized by Google

hierüber überhaupt einige Nachrichten erhalten. Gerlach und Kleist unternahmen wiederholt den Versuch, die Minister auf ihren Standpunkt, ohne Budget zu regieren, herüberzuziehn, fanden aber fast nur Mutlosigkeit und Unentschlossenheit. Am 13. und 24. August spricht Gerlach in seinem Tagebuch und in einem Brief an Kleist von seinen erfolglosen Bemühungen und wird also mindestens zweimal, an den Tagen selbst oder kurz vor diesen Daten, die Minister aufgesucht haben. Er wohnte damals in Magdeburg und fuhr beidemal anscheinend nach Berlin hinüber, um seinen Zweck, den er mit allem Eifer verfolgte, durchzusetzen. Er selbst gibt in seinem Tagebuch[26] an, dass er bei Roon und Heydt gewesen sei; nach Petersdorff,[27] der seine Angaben wahrscheinlich auf Grund der Gerlachschen Korrespondenz mit Kleist macht, befanden sich die Minister Heydt, Mühler, Bernstorff unter denen, die Gerlach vergeblich zu gewinnen suchte, sich im Sinne seiner Partei zu erklären. Hier besteht also eine Differenz; sie wird vielleicht dadurch zu lösen sein, dass Petersdorff die Besuche vom Ende August meint, von denen Gerlach am 24. seinem Freunde schrieb. Dann hätte also Gerlach am 13. Roon und Heydt, vor dem 24. Heydt, Mühler und Bernstorff gesehn. Wenn wir auch in Roons Denkwürdigkeiten und Bernstorffs Nachlass darüber keine Angaben finden, so kann dies doch so gewesen sein, da dort überhaupt persönliches Detail sich nur spärlich findet. Gerlach predigte das erste Mal[28] ganz im Sinne seiner späteren Kreuzzeitungsartikel überall „Mut, Taten, Verwerfung des Budgets (des verstümmelten) durch das Herrenhaus, Regierung ohne Budget, Widerstand gegen den frechen Missbrauch der Budgetberatungen zu allen möglichen Eingriffen in die Verwaltung.“ Er wies darauf hin, dass

---

26. S. 247.
27. S. 339.
28. Gerlach S. 247.

Digitized by Google

ohne solche Energie sich auch die Stimmung der Wähler nicht ändern werde. (Deshalb widerriet Gerlach jetzt die Auflösung). Das Resultat jedoch war: „Kein Minister widersprach mir, keiner äusserte Misstrauen gegen mich, aber keiner ging eigentlich auf meinen Rat ein.“ Man wartete damals noch ab und schien vielleicht noch auf ein Abkommen zu hoffen. Aber nach dem Schluss der Kommissionsberatungen hatte Gerlach keinen bessern Erfolg. Er hatte, wie er am 24. an Kleist schrieb,[29] den Eindruck einer gewissen naiven Kindleichkeit. „Die Frage, was soll geschehen, wenn das Budget unleidlich verstümmelt wird, die ich beständig urgierte, und die ich dahin beantwortete, dann regiert man mit Recht, mit gutem Gewissen ohne Budget, dieser Frage war man nicht geneigt, ins Angesicht zu sehn.“

Nicht besser erging es Kleist-Retzow, der, mit Gerlach ganz einig über die Auffassung des Konflikts, damals in Berlin als Mitglied des Herrenhauses sehr eifrig tätig war und sich nun auch persönlich bei den Ministern bemühte. Petersdorff bemerkt,[29] dass er in seinem Schreiben vom 11. September die Lage ebenso auffasste wie Gerlach in dem Brief vom 24. August. Petersdorff weist mit seinen Worten auf ein schon früher gebrauchtes Zitat aus jenem Schreiben zurück und muss daher den längeren Auszug aus einem Briefe Kleists meinen, der undatiert von ihm auf Seite 335 gebracht wird und im allgemeinen den bemerkten Inhalt hat. Ein vorhergehendes kürzeres Zitat aus einem bestimmt auf den 11. September datierten Briefe Kleists muss daher aus demselben Schreiben stammen wie der folgende längere Auszug, der die Lage skizziert. Diese Feststellungen sind nötig, weil sich bei näherem Zusehn ergibt, dass der Brief nicht richtig datiert sein kann. In dem ersten kurzen Zitat heisst es: „Als ich die Minister gestern vor dem tobenden Hause sah, da durchzuckte mich die Lust heissen Kampfes.“ Da nun

29. Petersdorff S. 339 (Auszug).

Digitized by Google

unter „dem tobenden Hause“ nur die zweite Kammer gemeint sein kann, die Plenarverhandlungen aber erst am 11. begannen und bis dahin seit dem 5. September keine Sitzungen stattgefunden hatten, so könnte das Schreiben Kleists frühestens erst vom 12. September sein. Auf dieses Datum passt es dann ganz gut. In diesem Brief sagt Kleist übereinstimmend mit Gerlach, die Minister könnten sich unsrer entschiedenen Auffassung nicht anschliessen. Nur Roon ist fest, aber auch er will Kleist nicht weit genug gehn, da dieser gegen das Zurückziehen des Budgets pro 1863 ist. Holzbrinck und Heydt jedoch traf Kleist ganz unentschlossen. Sie sprachen von Auflösung, obwohl doch dadurch nichts zu erreichen war. Und der Hausminister Schleinitz, der das Ohr des Königs habe, schwankte sogar zwischen Auflösung und Wechsel des Ministeriums. Das waren für Kleists Pläne keine erfreulichen Aussichten; und in dieser Not kommt ihm sogar der Gedanke an eine Nachtaudienz bei dem Könige, wie er sie unter Friedrich Wilhelm IV. erhalten hatte, obwohl Wilhelm gegen die reaktionäre Partei nach wie vor unversöhnlich war. Seine Idee ist aber bezeichnend für die Energie seiner Tätigkeit.

Es blieb dabei, dass das Ministerium weder nach rechts noch nach links mit einem Entschluss hervortrat. Der General Stavenhagen kann am 1. September[30] nur melden: „Sonst ist hier alles beim Alten; in der Hauptfrage beharrt das Ministerium in seiner Schweigsamkeit.“ Bei seinem Standpunkte, der zum Wohle des Landes die Vermittlung erstrebte, ist ihm das Verhalten des Kabinetts ganz unverständlich, und er misst ihm die Schuld an dem bisherigen Ergebnis bei.[31]

---

30. Mskr.; an Samwer.

31. Mskr. 30. August; an Samwer. Persönlich sehnte er sich nach dem Ende: denn in solcher verzwickten Situation werde man zuletzt doch etwas mürbe.

Digitized by Google

Man fragte sich nun natürlich, welche Pläne denn das Ministerium verfolgen könne, kam aber hier über blosse Vermutungen nicht hinaus. Man suchte die Antwort in der Richtung des Regierungsstandpunkts, dem an der Verschiebung der Entscheidung gelegen sein musste, und meinte, nur das Budget für 1862 solle beraten,[32] das für 1863 aber zurückgezogen werden.[33] In diesen Zusammenhang ist wohl auch die schon zitierte Meldung zu rücken, dass infolge des rein negativen Votums die Entscheidung erst im Frühjahr fallen werde. Wie aber das möglich sein sollte, wurde nicht gesagt. Man hätte eher an eine Andeutung der Sternzeitung anknüpfen können, um die Absichten der Regierung zu erraten. In ihrer Politik schwankend erklärte das offiziöse Organ Anfang September eine nochmalige Kommunikation mit dem Abgeordnetenhause aus „tieferen prinzipiellen Motiven" nicht für ausgeschlossen. Früher hatte sie diesen Ausweg selbst für bedenklich gehalten.

Wir wissen aber bereits von Gerlach und Kleist, dass einige Minister über das einzuschlagende Verfahren unschlüssig waren, und daher das Gesamtministerium sich kaum einer Konfliktsmassregel zuneigen würde. Und tatsächlich ist vor den Plenarverhandlungen ein Beschluss erfolgt, der nicht in dieser Richtung lag. Das war doch ein neues Moment in dieser Zwischenzeit, das die weitere Entwicklung sehr wesentlich beeinflussen konnte, und wahrscheinlich von Heydt und Bernstorff, denen sich Roon in diesem Punkte nicht zu entziehen brauchte, heraufgeführt worden ist. Der Oeffentlichkeit wurde davon freilich nichts bekannt.

Es darf als ausgemacht gelten, dass Heydt in seiner Haltung zur Konfliktsfrage nicht durch prinzipielle Motive bestimmt wurde. Er, der die verschiedensten Regierungs-

32. AAZ. 256 Sd. 13. Sept. Berl., 10. Sept.
33. 254. Do. 11. Sept. | Berl., 8.

Digitized by Google

systeme mitgemacht hatte, noch im März vom liberalen ins konservative Ministerium übergetreten war und später auch in das Konfliktsministerium eintrat, konnte nur durch Gründe der Klugheit und Opportunität in dem Militärstreit zu irgend welchen Massregeln veranlasst werden. Heydt führte faktisch den Vorsitz, und allgemein wurde ihm nachgesagt, dass er auch formell das Präsidium erstrebe. Prinz Kraft Hohenlohe, der sehr ungünstig über ihn urteilt, bemerkt an einer Stelle,[34] Heydt habe vor dem Konflikt einen modus vivendi schaffen wollen, der auf seiner Person beruhte, sodass er dadurch unentbehrlich geworden wäre; und etwas später[35] gibt er ein drastisches Beispiel, wie der Minister sich bei dem Könige habe einschmeicheln wollen. Allgemein wurde er nur als routinierter Geschäftsmann angesehen. Das Urteil der Liberalen und eigenen Kollegen differiert hierin nicht. Bernhardi hielt ihn sehr weitgehender Schritte für fähig,[36] und Unruh[37] spricht ihm zwar Sachkenntnis und Arbeitskraft zu, wirft ihm aber den Mangel fester Grundsätze vor. Auerswald[38] urteilte, er sei kein Staatsmann, nur tüchtiger Geschäftsmann; und bekannt ist auch Bismarcks Ansicht über Heydts Sagacität.

Nach dem Umschwung im März bedeutete sein eigentümlicher, in die Oeffentlichkeit geratener Brief an Roon wahrscheinlich den Versuch, das Heft in die Hand zu bekommen. Aber die Wirkung ging fehl: die Wahlen wurden nicht beeinflusst, und nun war Heydt vor eine neue Lage gestellt. Denn in dieser Session musste die Entscheidung fallen. Im Sommer konnte Heydt noch abwarten; in der Kammer und in der Presse bemühte er sich, das Möglichste für die Verbreitung der Regierungsauffassung zu tun. Aber

34. Hohenlohe II, 316.
35. II, 316.
36. IV, 325.
37. Erinnerungen, S. 197.
38. Bernhardi V, 17.

Digitized by Google

Ende August schienen alle Hoffnungen vernichtet. Auf das Plenum war kaum noch zu bauen, und so sah sich Heydt vor die Konfliktsfrage gestellt. Gegen Kleist äusserte er sich[39] sehr deutlich, dass er die budgetlose Regierung nicht mitmachen werde, und stellte deshalb die Auflösung als den letzten Versuch hin, an den er denke, um eine andere Kammer zu erhalten. Aber er musste sich schliesslich sagen, dass sie nichts genützt hätte und auch schon nicht mehr angewandt werden konnte. Da er nun vor der budgetlosen Regierung Bedenken hatte, so blieb ihm am Ende doch nichts übrig, als wieder an Konzessionen zu denken, wenn er sich halten wollte. Das Letztere war keine Frage; aber ebenso sicher war, dass die Majorität ohne Nachgiebigkeit nicht umgestimmt werden konnte; und so mussten ihn die Ereignisse schliesslich zum Entschluss treiben. Freilich erhoben sich hier vor ihm ganz gewaltige Schwierigkeiten. Noch weniger als die Majorität war wohl der König umzustimmen; und Heydt hatte wohl bisher nur wegen der Aussichtslosigkeit solcher Versuche sich gegen die Vermittelungsbestrebungen der Gemässigten ablehnend verhalten. Aber die Verhältnisse konnten nun Heydt zwingen, und er musste sich beeilen. Gelang es ihm, eine verfassungsmässige Einigung herzustellen, dann durfte er vielleicht auch hoffen, über Bismarck zu triumphieren, dessen Eintritt immer noch diskutiert wurde.

Für Heydt, wie für alle anderen Minister bestand der gleiche Zwang der Lage, zur Konfliktsfrage Stellung zu nehmen, die sie nach ihrer Beurteilung der staatsrechtlichen Seite einzurichten hatten. Neben Heydt wurde besonders noch Bernstorff bedenklich, ohne Budget zu regieren. Wir sind jetzt durch die Veröffentlichung seines Nachlasses genauer über ihn unterrichtet, und wir wissen, dass er aus Grundsatz, aus rechtlichen Erwägungen, nie hätte bewogen werden können, im Falle des Konflikts im Ministerium zu

39. Petersdorff S. 336.

Digitized by Google

bleiben. Aus seinen uns jetzt bekannten Schriftstücken vom 19. und 24. September geht das ganz deutlich hervor. Wie Heydt, konnte aber auch er nicht passiv bleiben. Als verantwortlicher Staatsmann durfte er es schon nicht ohne weiteres dahin kommen lassen, dass ein Verfahren eingeschlagen wurde, von dessen Unrechtmässigkeit er überzeugt war, und dessen Wirkungen auf das Land höchst unheilvoll sein mussten. Aber auch bei ihm lässt sich doch ein persönliches Motiv feststellen. Bernstorff war wohl hauptsächlich nur auf den dringenden Wunsch des Königs in das neue Ministerium übergetreten, und er hatte sich London für den Fall seines Rücktritts offen gehalten; aber mit den Erfolgen wuchs auch sein Interesse an dem Amt. Wie stark dies anzuschlagen ist, sehen wir aus seinen eigenen Worten am besten. Am 24. September schrieb er[40] an den König: „Aus der unmittelbaren Nähe E. M. und aus einem Wirkungskreise zu scheiden, der mein ganzes Interesse in so eminentem Grade in Anspruch nahm, wird mir schwerer, als ich zu sagen vermag"; und darauf lesen wir in seinem Privatschreiben an Reuss vom 2. Oktober:[41] „So froh ich bin, aus dieser Galeere überhaupt und namentlich, was die inneren Sachen anbetrifft, herauszukommen, so tut es mir indessen doch leid, die auswärtigen Angelegenheiten abzugeben, da ich das ungeheure Interesse, welches ich daran nehme, nicht zu ersticken vermag, und der häufige Wechsel an sich immer schadet." Wenn ihn daher auch die Geschäfte zeitweilig stark angestrengt haben mögen[42], so trat der Wunsch, das Ministerium aufzugeben, doch nur zeitweilig hervor. Und wir hören gerade aus dieser Zeit von Roon (31. August), dass Bernstorff über sein Ausscheiden wieder unentschlossen geworden war. Wenn er nun mit den Kollegen und mit

40. Bernstorff S. 546.

41. Bernstorff S. 547.

42. Bernhardi IV, 318: Mitteilung Geffckens im Juli. Roons Briefe an Bismarck.

Digitized by Google

dem Könige verhandelte — mit Parlamentariern scheint er nicht in Beziehungen getreten zu sein —, so wird der Wunsch, sein Ressort behalten zu können, mitgewirkt haben. Und auch hinter ihm stand antreibend die mögliche Ernennung Bismarcks. Obschon er gelegentlich beim Könige für den Gesandten sprach, so konnte doch die unangenehme Empfindung, in jenem den stets drohenden Nachfolger zu erblicken, nicht ausbleiben. Für die gegenseitige Rivalität beider haben wir ausser den Aeusserungen Bismarcks nun auch sein eigenes Wort, das sich in seinem Briefe vom 2. Oktober an Reuss findet[43]; und so wirkte wohl dieses Verhältnis ebenfalls noch auf ihn ein, sich in versöhnendem Sinne zu bemühen.

Für irgendwelche Versuche in dieser Richtung musste aber die Stellungnahme Roons zum Konflikt von hervorragender Bedeutung ein. Er hatte das Ressort inne, von dem man die Konzessionen verlangte, er stand dem Könige am nächsten, und seine Persönlichkeit gab ihm eine besondere Wichtigkeit. Machte nun dieser zorngemute Verfechter der Reorganisation und Bekämpfer der Demokratie vor der Verfassungsfrage Halt? Lesen wir seine Briefe durch, so atmet aus ihnen wohl Grimm und tiefe Leidenschaftlichkeit, aber keine Frivolität. Noch am 2. August[44] hatte er wieder einmal sein volles Herz vor seinem Freunde Perthes ausgeschüttet; und die anschauliche Selbstcharakteristik, die er gibt, lässt uns in seine Stimmung einen tiefen Einblick tun. „Mir ist zu Mute," schreibt er an Perthes, „wie den Kämpfern in einem Gottesgerichte zu Sinn gewesen sein mag. Ich habe keine Furcht vor den Gegnern, wohl aber vor meiner eigenen Unzulänglichkeit, und leider habe ich seit kurzem auch Anlass, wie ich schon schrieb, an meiner genügenden körperlichen Festigkeit zu zweifeln; Gott helfe! Ich bin

43. Bernstorff S. 547.
44. Roon[5], S. 107/08.

Digitized by Google

so voll von meinem Gegenstande, wie ein übervolles Weinfass, so dass der Stoff nicht völlig auf dem geordneten Wege, sondern auch nebenher aus Ritzen und Fugen abzufliessen geneigt ist. Ich möchte gern suaviter in modo sein, aber ich besorge, das „fortiter in re" möchte darunter leiden." Auch in diesem Briefe treffen wir also den „ehrlichen Kriegerzorn", von dem Bismarck einmal spricht; aber wir wissen daraus freilich noch nicht, wie weit Roon praktisch zu gehen sich berechtigt fühlte.

In neuerer Zeit sind die Quellen, die uns Roons Verhalten vor dem Höhepunkt der Krisis erkennen lassen, vermehrt worden; aber sie lassen sich nicht ohne weiteres vereinigen und bieten der Interpretation starke Schwierigkeiten. In der schon mitgeteilten Charakteristik Gerlachs[45] von den Ministern ist auch Roon einbegriffen. Nirgends sah Gerlach einen Entschluss wegen des Budgets; man wartete ab, wenn man auch noch nicht verzagte. Die Hoffnung auf ein Abkommen mit den demokratischen Führern schien nicht aufgegeben. Niemand äusserte Misstrauen, aber auch keiner ging eigentlich auf seinen Rat, ohne Budget zu regieren, ein. Und einige Zeit später[46] hören wir von Gerlach bestätigend, dass man nicht geneigt sei, der Frage des Konflikts ins Auge zu sehen. Ein wesentlich andrer Ton klingt aus dem Schreiben, das Roon nach Schluss der Kommissionsverhandlungen am 31. August[47] an Bismarck sandte. Ohne auf die allgemeine Situation weiter einzugehen, wirft er nur in kriegerischer Stimmung die Worte hin: „Gefochten muss und gefochten wird werden. An Konzessionen und Kompromisse ist gar nicht zu denken, am wenigsten ist der König dazu geneigt. Gefährliche Situationen sind daher mit Sicherheit vorauszusehen." Den Eintritt der Katastrophe vermutete er aber erst im Frühjahr. Und dann haben wir endlich noch

45. Gerlach S. 247.
46. 24. August an Kleist: Petersdorff S. 339.
47. Roon[5], S. 109.

Digitized by Google

die bedeutsamen, eingehenderen Mitteilungen Kleists über die Pläne des Kriegsministers, die er an Gerlach in der ersten Hälfte des Septembers schickte.[48] Kleist charakterisiert nach einander den König, Schleinitz, Roon, Holzbrinck und Heydt, und sagt über Roon: „Roon allein vortrefflich, fest, glaubend, — etwas zu viel auf gutes Reden gebend und auch schon mit dem Extraordinario zufrieden, sonst entschlossen, ohne Budget zu regieren. Das pro 1863 soll zurückgezogen werden." Die Worte über das Budget enthalten in ihrer scharfen Wendung einen starken Gegensatz zu dem, was Gerlach geschrieben hatte. Bei Gerlach noch Entschlusslosigkeit Roons unter Abweisung der extremen Ratschläge; einen Monat später hier bei Kleist die direkte Hinwendung zu der Absicht, unter Umständen ohne Budget zu regieren. Wer hat da recht? Etwa Kleist, der Roon wohl näher stand als Gerlach, sodass der Kriegsminister gegen diesen sich vielleicht zugeknöpfter verhalten konnte? Hat vielleicht der eine von beiden das Gehörte nicht richtig wiedergegeben? Oder wodurch konnte Roon veranlasst sein, in einem Monat seine Haltung in dieser Weise zu modifizieren? Ist der mitgeteilte Entschluss überhaupt bei ihm möglich? Die Entscheidung aller dieser Fragen muss für die Beurteilung Roons in diesen und den folgenden Wochen von der allergrössten Bedeutung sein.

Kleist hebt Roon hoch über die anderen Minister hinaus, die er schwankend, voller Besorgnisse findet. Von diesen[49] gewann er denselben Eindruck wie Gerlach; an Roon hat er nur auszusetzen, dass er für Zurückziehung des Budgets für 1863 ist. Das dünkt ihm schon viel zu viel, schlimmer als ein ablehnendes Votum. Aber sonst spricht er voll Genugtuung von Roons Haltung. Da sein Brief nicht vor dem 12. geschrieben ist, so hat er vielleicht in seiner Charakteristik

48. Petersdorff S. 335.

49. Petersdorff verallgemeinert dies mit Unrecht, da eben Roon ausgenommen ist.

Digitized by Google

Roons Auftreten in der Kammersitzung am 11. und vielleicht noch am 12. im Auge, wie dieser kurz und scharf seinen Standpunkt präzisiert und dabei mit dialektischer Gewandtheit die Argumente der Gegner abwehrte. Er hatte ihn aber auch persönlich gesprochen, wie gerade aus der strittigen Stelle über das Budget hervorgeht. In dieser Beziehung sind also seine Mitteilungen den Gerlach'schen schon gleichwertig.

Im Anschluss an die Worte, dass Roon auch schon mit dem Extraordinarium zufrieden, sonst aber entschlossen sei, ohne Budget zu regieren, bemerkt Kleist noch mit Bezug auf Roon, das Budget pro 1863 soll zurückgezogen werden. Hier muss zunächst die Untersuchung einsetzen, um Roons Haltung zu erkennen. Dass dieser schon mit dem Extraordinarium zufrieden war, d. h., dass die Reorganisationskosten für 1862 noch einmal in dieser Form bewilligt werden sollten, wird durch die gemeinsame offizielle Erklärung des Staatsministeriums bestätigt, die Heydt am 11. in der Kammer verlas. Da hierbei das Wesen der Sache in keiner Weise angetastet wurde, so konnte Roon in diesem Punkte ohne weiteres nachgeben. Wie sind aber die letzten Worte über das Zurückziehen des Budgets für 1863 zu erklären? Da sie hinter der Bemerkung über das budgetlose Regiment stehen, so wäre die einfachste Interpretation die, dass man nach der Ablehnung des Budgets für 1862, entschlossen, nicht nachzugeben, doch auch andrerseits die Schwierigkeiten durch die weitere Ablehnung des Budgets für 63 nicht vermehren wollte und dieses daher vorläufig zurückzog. Man könnte diese Auslegung anwenden, wenn Roon zur budgetlosen Regierung entschlossen war. Ehe das aber untersucht wird, sind die Kleistschen Angaben erst noch mit Roons eignen, in seinem vertrauten Briefe vom 31. August, zu vergleichen.

In diesem Briefe, der zeitlich ziemlich genau in der Mitte zwischen Gerlachs und Kleists Aufzeichnungen liegt,

Digitized by Google

spricht Roon vom „Schluss der Session“ und von der „Wintersession“ und sagt in den letzten Zeilen: „Die innere Katastrophe wird jetzt nicht stattfinden, wie ich vermute, sondern erst im Frühjahr.“ Die Kommissionsberatungen waren schon vorüber, als Roon diese Worte schrieb; die Lage aber doch nicht so scharf als zwei Wochen später, als Kleist, der möglicherweise erst nach Beginn der Verhandlungen Roon gesprochen haben mag, an Gerlach seine Mitteilungen machte. Natürlich musste aber Roon sehen, dass ohne einen Zwischenfall der Konflikt schon im September ausbrechen würde. Wenn er trotzdem jene Worte schrieb, so wird er es für möglich gehalten haben, die Katastrophe hinauszuschieben. Wie konnte das aber erreicht werden?

Eine Vertagung der Kammer hätte ohne deren Zustimmung auf eine längere Zeit als dreissig Tage nicht verfügt werden können. Die Zustimmung wäre aber nur durch Konzessionen zu erlangen gewesen, und daran dachte Roon nicht. Durch eine Auflösung hätte man nun allerdings den Ausbruch des Konflikts bis aufs Frühjahr verschieben können. Aber abgesehen davon, dass sich die Zusammensetzung der Kammer nicht geändert hätte, mussten sich Roon und seine Kollegen die Frage vorlegen, welche auch Bismarck in seinem Septemberbrief an Roon aussprach, ob es denn möglich sei, die Kammern ohne Resultat inbezug auf das Budget zu entlassen. Das alte Jahr, für das der Etat noch aufgestellt werden sollte, wäre bis zur Budgetberatung in dem neuen Abgeordnetenhaus abgelaufen, und die Verfassung dadurch verletzt worden.

Es ist dann eben die Frage, ob Roon hierzu entschlossen war. Wir haben uns jedenfalls auch bei ihm in diesen peinlichen, ungewissen Wochen trotz aller Entschlossenheit in der Reorganisationsfrage in Hinsicht auf das Aeusserste ein Hin und Her in den Plänen und Entschlüssen vorzustellen. Die Signatur des ganzen Ministeriums in dieser

Digitized by Google

Zeit, die wir aus Zeitungen und Privatberichten[50] und aus den Tatsachen erkennen, hiess: Abwarten. Bernhardi, an den Roon Mitte Juli geschrieben hatte[51], bemerkt zu dessen Worten, er habe die Verschlechterung der Stimmung kommen sehen, ohne dagegen wirken zu können: Roon habe ganz anderes erwartet. In diesem Briefe, bei dem man im Auge behalten muss, dass er an einen altliberalen Politiker geschrieben ist, betont Roon zwar auch, dass er fest entschlossen sei, männlich alle Chancen zu laufen, die mit der Krisis verbunden sein können, dass an ein Biegen der Autorität nicht gedacht werden könne; aber mit den Worten, dass das Brechen nicht von oben, sondern von unten anfangen werde, deutet er schon an, dass er gegen einen Staatsstreich ist, und weiterhin gibt er seine Hoffnung zu erkennen, aus der anscheinenden Zersetzung der Parteien noch Vorteil ziehen zu können. Es wäre daher Unverstand, an eine voreilige Auflösung zu denken, und Wahnsinn, ein Wahlgesetz zu oktroyieren. Bernhardi liest richtig aus dem Briefe heraus, dass das Ministerium hoffe, sich halten zu können, bis ihm die Zersetzung der Parteien den Sieg in die Hand spiele; und wenn man auch sagen könnte, dass Roon in diesem politischen Schreiben die Entschlossenheit, aber auch die gesetzliche Haltung des Ministeriums dokumentieren wollte, so sagt er doch nichts, was irgendwelchen Aussagen in seinem vertraulichen Briefwechsel widerspräche, wenn dieser auch im Ton schärfer gehalten ist. Und das Abwarten und Hoffen auf die Wirkungen der Zeit wird genau durch Gerlach am 13. August und noch am 24. bestätigt. Darauf hat Roon einen Bericht des Ministeriums vom 9. September, der sich gegen den Konflikt ausspricht, mit unterzeichnet; freilich, dieser ist offiziell und theoretisch, ohne

50. Am 28. Juni schrieb Ernst v. Stockmar: „Die Regierung ist planlos"; Ende August und Anfang September bestätigt das General Stavenhagen.

51. Bernhardi IV, 316,18: 16. Juli.

Digitized by Google

positive Anträge oder Beschlüsse. Aber auch Kleist, der die unentschlossene, aufschiebende Haltung bei den übrigen Ministern bestätigt, macht die Mitteilungen über Roon unter bestimmten Einschränkungen. Er schreibt: „Schon mit dem Extraordinario zufrieden, sonst entschlossen, ohne Budget zu regieren.“ Die Hoffnung, dass das Plenum anders entscheiden werde als die Kommission, war sicherlich der ernste Wunsch Roons und der anderen Minister, von denen man doch nicht sagen kann, dass sie den Konflikt frivol gesucht hätten. Roon wartete ab und hoffte wie die übrigen; und angenommen, schon lange wäre seine letzte Alternative wirklich das budgetlose Regiment gewesen, so wird er doch am 31. August, beinahe noch zwei Wochen vor dem Beginn der Verhandlungen, bei dem Entschluss vom Juli geblieben sein, aus praktischen Gründen noch an keine Auflösung zu denken. Wenn er daher die innere Katastrophe erst im Frühjahr vermutet, so muss er, da die Parole „wenn keine Einigung, dann ohne Budget“, selbst wenn sie bestände, doch immer das Allerletzte bleiben würde, zur Ermöglichung dieser Verschiebung einen anderen Gedanken gehabt haben. Da er aber natürlich nicht hoffen konnte, ohne Konzessionen eine prinzipielle Einigung zu erzielen, so blieb ihm nur der Plan, zum letzten Mal zu versuchen, ein Kompromiss über das Budget zu erzielen. Nach der Bewilligung des Etats für 62 hätte dann der für 63 zurückgezogen werden müssen; aber die Regierung wäre über die Verlegenheiten des Augenblicks hinweggekommen.

Die Ausführung wäre nur in der Weise möglich gewesen, wie etwa Geffcken im Juli Bernhardi[52] auseinandersetzte. Er hatte gehört, man werde die schon verausgabten Summen für 62 nach dem neuen Etat bewilligen, den Rest und den Etat für 63 nach dem Stande von 59. Die Regierung werde das für 62 hinnehmen, für 63 aber im Dezember neue Vor-

52. IV, 320.

Digitized by Google

lagen machen. Das heisst also, die Regierung würde den Etat für 1862, etwa wieder in einem Extraordinarium, erhalten haben, nur dass in der Weise des Stavenhagen'schen Amendements, aber in stärkerem Masse (jenes wollte nur ca. 200 000 Taler absetzen) Abstriche gemacht worden wären. Dann würde etwa das Abgeordnetenhaus aufgelöst und dem neuen im Dezember für 63, dessen Etat man vorher zurückgezogen hätte, neue Vorlagen gemacht worden seien, sodass im Frühjahr die Entscheidung zu erwarten war, in einer besseren, aussichtsreicheren Lage.

Dieser Plan würde die Kleistschen Bemerkungen über das Extraordinarium und das Zurückziehen des Etats für 63 mit Roons Ansicht über den Zeitpunkt des Eintritts der Katastrophe verbinden; und bei Roons abwartender Haltung ist er denkbar und in den Einzelheiten auch möglich. Wir wissen heute nach den Ereignissen freilich, dass die grossen liberalen Parteien ihre Politik energisch durchführten, dass sie die prinzipielle Erörterung nicht mehr hinausschoben und infolgedessen kein Kompromiss mehr wollten. Aber damals wartete man gegenseitig auf einander und fällte über den Ausgang durchaus noch kein abschliessendes Urteil. Die Zeitungskorrespondenzen stellen nur Kombinationen auf, die Privatbriefe sehen nur ins Ungewisse, und wir werden noch hören, dass auch das Ministerium das Kommende noch nicht als entschieden ansah. Man hoffte auf Konzessionen; aber dass die Meinungen über den notwendig werdenden Umfang derselben geteilt waren, hat uns unter anderem der Brief Sängers vom 6. September gezeigt, der schon von einer königlichen Botschaft, auch ohne Konzessionen, wenn sie nur in entgegenkommendem Ton gehalten war, eine Wendung erwartet. Man war in einer Lage, wie sie lange nicht so ernst gewesen war; man stand vor Gefahren, die nicht abzusehen waren. Konnte da nicht Roon, der aus den Vermittelungsversuchen das Versöhnungsbedürfnis unter den Abgeordneten erkennen

Digitized by Google

musste, es für möglich halten, dass für 62 noch ein Kompromiss zu erzielen war? Das Eingehen darauf hätte nur eine geringe finanzielle Reduktion nötig gemacht. Prüfen wir die späteren Regierungsauslassungen, so dürften wir nur bestätigt finden, dass derartige Hoffnungen gehegt wurden. In der Kundgebung vom 11. erklärte sich die Regierung mit dem Extraordinarium einverstanden und brachte alle erreichbaren Gründe vor, um die Annahme des Etats zu empfehlen, ohne Konzessionen zu machen. Die unerbittlich konsequente Haltung der Abgeordneten machte dann freilich grössere Zugeständnisse notwendig oder liess sie erwarten. Als aber die Episode gescheitert war, kam Roon am 18. auf Vorschläge zurück, die den oben erörterten Plan hätten zur Grundlage haben können.

Wenn Roon den Konflikt nicht suchte, so mussten die radikalen Anträge der Kommission ihn veranlassen, auf diese Weise einen Ausweg zu suchen — wenn es noch möglich war. Wie aber, wenn die Abgeordneten nicht darauf eingingen? Nun, dann mag er wohl, wie Kleist berichtet, in diesen Wochen daran gedacht haben, im Notfall an einer budgetlosen Regierung teilzunehmen; wir müssen auch den sehr wesentlichen Umstand in Berechnung ziehen, dass er dies ja schliesslich, mit Bismarck vereinigt, getan hat. Aber er erwog doch diesen Schritt erst in zweiter Linie, noch nicht so fest entschlossen, wie Kleist anzunehmen scheint. Nur wenn alle anderen Auskunftsmittel nichts fruchteten, oder ihm nicht annehmbar waren, konnte ihn allerdings die Konsequenz seines Standpunktes dahin führen, jenen Gedanken zur Tat werden zu lassen.

Roon war im Innersten seines Wesens Absolutist. Er fasste die Gewalt des Königtums ganz in fridericianischem Sinne und sah in der Verfassung nur einen Willensakt des Königs, der diesen nicht beschränken dürfe. Er selbst dachte und handelte noch ganz im Sinne des departementalen

Digitized by Google

Verordnungsrechtes[53], das einseitig seine Verfügungen traf und dann nur Sorge dafür trug, das nötige Geld bewilligt zu erhalten. Daher waren ihm alle Bestrebungen, die in den Staat modernere Anschauungen hineintragen wollten, von Grund aus verhasst, und auch der gemässsigte Liberalismus erschien ihm noch revolutionär. Dass der König es überhaupt einmal mit diesem versucht hatte, dünkte ihm der schwerste Fehler der letzten Jahre, der ihm selbst zur Pflicht machte, die Folgewirkungen rücksichtslos zu bekämpfen. Unter keinen Umständen durfte der übermächtig angeschwollene Liberalismus in der Armeefrage triumphieren. Hier kam noch ein anderes Moment hinzu, ihn in seiner Stellungnahme zu bestärken. Roon war Aristokrat und pflegte das exklusive Standesgefühl der Armee, das er nicht verletzen lassen wollte. Auch daraus erwuchs in ihm die Gegnerschaft gegen den Liberalismus. Eigens zur Durchführung der Reorganisation in das Kabinett berufen, vertrat er die Ansichten des Königs, ohne in einzelnen Punkten dieselbe Starrheit zu behaupten. Nach gesetzlicher Festlegung der Neuerungen will er finanzielle Reduktionen eintreten lassen[54]; bis dahin jedoch nichts von Ermässigungen hören. Denn die politischen Beweggründe verbieten ihm ein Entgegenkommen, und daher klingt voll Leidenschaft nur der eine Ton aus allen seinen Briefen heraus: keine Konzessionen, sondern Kampf bis zum letzten Atemzuge, mit allen Konsequenzen. Wir erkennen in diesen Worten zunächst vor allem die Energie des Widerstandes, die überaus lebendige Anteilnahme an dem Streite, die ihm immer wieder zuruft, an Nachgeben nicht zu denken. Aber wir sehen auch aus der Kraft seiner Abneigung gegen die liberalen Forderungen, dass es ihm sehr ernst ist mit seinen Worten,

---

53. Vgl. Gneist, Die Militärvorlage von 1892 und der preussische Verfassungskonflikt von 1862 66. V.

54. 22. März 1862 an Perthes. Roon[5], S. 71.

Digitized by Google

dass er tatsächlich bis zum budgetlosen Regiment, von dem er allerdings nicht direkt spricht, geführt werden kann. Oder gab es Gegengründe, mit denen er rang? Das Geldbewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses musste er als unzweifelhaft anerkennen[55]; doch bei seiner sonst so bedenklichen Interpretation der Verfassung[56] konnte dieser Punkt nicht allzu schwer ins Gewicht fallen. Aber um so tiefer wurde er durch die nachteiligen Wirkungen beunruhigt, die der Militärstreit auf das Land, die Macht und das Ansehen Preussens ausübte und im Konflikt nur noch stärker ausüben musste. Das war allerdings ein Motiv, das geeignet war, einen Roon in aufreibende Sorgen und Zweifel über seine Stellungnahme zu stürzen. Und ihm musste daher jedes Auskunftsmittel recht sein, das den Konflikt vielleicht verhüten konnte, ohne an die Regierung zu starke Ansprüche zu stellen. Auflösung oder Schliessung des Abgeordnetenhauses hätten schon für 1862 die budgetlose Regierung gebracht, und so mag Roon einen Plan, wie er oben entwickelt wurde, gehegt haben. Denn an starke Konzessionen dachte er nicht. Noch befand er sich nicht in der Bedrängnis, in die er wenig später durch die negierend bleibende Haltung der Abgeordneten versetzt wurde, sodass er sich von seinen politischen Sorgen gedrängt, sogar dazu bewegen liess.

Vor den Plenarverhandlungen aber verhielt sich Roon in der Konzessionsfrage noch durchaus ablehnend, wie wir ganz unzweideutig aus seinem Briefe an Bismarck vom 31. August erfahren. Vermittelungsversuche hätten in dieser Zeit bei ihm nichts erreichen können. Seine Absichten und Hoffnungen gingen darauf hinaus, die Katastrophe noch zu verschieben[57]; dann hätte er im Frühjahr zusammen mit Bismarck in weit günstigerer Position streiten können.

55. 20 Sept. an Perthes.
56. Vgl. die Immediatberichte vom Jahre 1861.
57. Brief v. 31. Aug.; Kleist.

Digitized by Google

Gelang der Versuch nicht, so musste er wohl zum Aeussersten schreiten; aber er suchte den Konflikt nicht, wie auch die Reaktionäre zu hören bekamen. Auf dieses Resultat werden die vorhandenen Nachrichten zu vereinigen sein. Gerlach sah Roon in seinem Schwanken und Kleist[58] dessen Entschlossenheit für den Notfall. Und daraus erkennen wir auch, wie Roon von den ernstesten, das Für und Wider erwägenden Gedanken geleitet war. Einen Staatsstreich plante er nicht: der Konflikt wäre ihm nur eine vorübergehende Massregel gewesen.

———

Wenn wir Roons Haltung mit der Bernstorffs und Heydts vergleichen, so treffen sie in einem Punkte ganz zusammen: alle drei warteten ab und konnten ihre letzten Entschlüsse erst später treffen. Fassen wir ihre Stellung zum Konflikt ins Auge, so waren Heydt und Bernstorff entschieden dagegen, Roon nur unter Umständen zur budgetlosen Regierung bereit. Diese Verhältnisse schufen ein Moment, welches schon vor den Plenarverhandlungen wirksam zu werden begann.

Das Ministerium hatte in seiner Gesamtheit zu den kommenden Ereignissen Stellung zu nehmen. Schon am 6. September, als der König noch in Doberan war, wohin er sich zu kurzer Erholung begeben hatte, fand unter der Anwesenheit des Kronprinzen ein Ministerrat statt.[59] Ueber die Gegenstände der Beratung erfuhr man nichts Gewisses, sondern vermutete[59] nur, dass die Massregeln für den äussersten Fall erwogen worden seien. Gerüchte über ein Programm der Staatsregierung[60] wurden rasch von der Kreuzzeitung abgeschwächt, welche die richtige Mitteilung zu

———

58. Es bleibt sich gleich, ob Kleist Roon vor oder nach Beginn der Verhandlungen gesprochen hat. Vorher war Roon genau so entschieden.

59. AAZ. 253 Mi. 10. Sept. Preuss. | Berl., 7. Sept.

60. AAZ. 254 Do. 11. Sept. Berl., 9. Sept.

Digitized by Google

machen wusste, dass nur Erklärungen zur Militär- und Budgetfrage beabsichtigt seien. Tatsächlich kam nun auch das Ministerium zu keinem positiven Vorschlag. Da es Konzessionen nicht machen konnte, so vereinigte es sich schliesslich nur zu einem Berichte, der als letztes Mittel dem Könige die Auflösung empfahl. Das war ein Akt der Verlegenheit, der wirklich, wie der König ihn beurteilt, der alleruntunlichste war und nur aus der Not des Augenblicks geboren werden konnte. Aber die Bedeutung des Berichts, der dem Könige nach Baden, wohin er am 8. zur Taufe gefahren war[61], eingesandt wurde, liegt in der Entwicklung der Motive.

Er ist vom 9. September, von sämtlichen Ministern unterzeichnet und uns jetzt durch die Bernstorffsche Publikation[62] zugänglich, die auch die sehr wichtigen Randbemerkungen des Königs mit abdruckt. Der Bericht geht von der Tatsache aus, dass die Budgetkommission den Antrag gestellt habe, im Etat für 1862 die durch die Reorganisation des Heeres verursachten Kosten von $6^1/_2$ Millionen Talern abzusetzen, obwohl dieselben schon zum grössten Teil verausgabt waren. Er versichert, dass das Ministerium dem mit Entschiedenheit entgegentreten werde, und gibt die Gründe an, welche diese Stellungnahme rechtfertigen sollen. Da der Militäretat für 1862 im Anschluss an die Etats der beiden Vorjahre und auf Grund der darüber stattgefundenen Verhandlungen des Landtags aufgestellt worden sei, so habe die Regierung im guten Glauben die laufenden Ausgaben bestritten, könne darin keine Verfassungsverletzung sehen und deshalb nicht um Indemnität nachsuchen. Ebenso hatte bisher die Sternzeitung die Regierung verteidigt; aber die formelle Rechtsverletzung bestand doch, wie auch der Bericht weiter unten die Anschauung ablehnt, dass bis zur

61. NPZ. 210 Di. 9.Sept.
62. Bernstorff S. 533|34.

Digitized by Google

Bewilligung des neuen nach dem bisherigen Etat die Ausgaben bestritten werden dürften.

So weit schien aber doch wenigstens das neu einzurichtende Verhalten des Ministeriums geklärt. Nun erhoben sich die Schwierigkeiten. Nach der bisherigen Stellungnahme der Parteien werde wohl der Antrag der Budgetkommission, führt der Bericht unter objektiver Beurteilung der Verhältnisse fort, vom Abgeordnetenhause angenommen werden. (Aus der Ausdrucksweise sieht man, dass das Ministerium noch das Gegenteil erhoffte.) Und er zieht auch sofort die Konsequenz: damit sei der volle Konflikt ausgesprochen, und die weiteren Eventualitäten schon jetzt ernstlich zu erwägen. Die verfassungsmässigen Möglichkeiten waren folgende. Entweder, führt der Bericht aus, könne das Abgeordnetenhaus aufgelöst, oder es könne weiter verhandelt werden. Die dritte Möglichkeit, die Aenderung des Regierungsstandpunktes, d. h. der Rücktritt des Ministeriums, wird begreiflicherweise hier nicht erörtert, wohl aber später angedeutet. Werde weiter verhandelt, heisst es weiter, so werde das Herrenhaus unzweifelhaft den vom Abgeordnetenhause verstümmelten Etat verwerfen. Es entstehe nun wieder die Frage der Auflösung des Abgeordnetenhauses, oder man müsse den Landtag schliessen und den alten Etat im Januar neu beraten lassen. War das Zweite möglich? Der Bericht setzt schlagend auseinander, dass dies nicht der Fall war.

Die Ansicht, dass nach dem Etat des vergangenen Jahres so lange gewirtschaftet werden könne, bis der neue gesetzlich festgestellt sei — sie wurde durch Gerlach in der Kreuzzeitung und den Ministern persönlich empfohlen — sei nicht zu halten. Der Landtag habe dies zwar bisher gestattet[63], aber es sei nicht verfassungsgemäss. Und wenn sogar der Etat für 1862 verworfen werde, so verliere diese

63. Ein Argument, das Gerlach und später Bismarck benutzte.

Digitized by Google

Ansicht jede gesetzliche Grundlage: denn der Etat für 1861 sei ausdrücklich nur für 1861 festgestellt. Wir dürfen hinzufügen: vor allem das Extraordinarium nur für dieses Jahr! Die Regierung, heisst es streng rechtlich weiter, sei verpflichtet, die Ausgaben eines Jahres nur nach dem für dasselbe vereinbarten Etatsgesetz einzurichten. Sie sei verpflichtet, das Zustandekommen des Etats auf jeden Fall zu betreiben. Werde der Etat verworfen, so könne die Regierung diesen Konflikt nicht andauern lassen. Ihr fehlten dann die verfassungsgemässen Grundlagen für die Ausgaben. Was sollte aber dann geschehen?

Die Möglichkeit der Konzessionen wird nicht berührt; der Bericht kommt zu dem Schlusse, dass das Ministerium, wenn der König es beibehalte, nur die Auflösung des Abgeordnetenhauses beantragen könne. Es wäre aber wünschenswert, diese Massregel noch bis zum Frühjahr zu verschieben, wenn sie nicht durch die Haltung der Abgeordneten schon in allernächster Zeit geboten erscheine. Der Bericht schliesst mit den Worten, das Ministerium werde nicht ermangeln, über die weitere Haltung des Abgeordnetenhauses Bericht zu erstatten.

Das Schriftstück, das in ernstem, eindringlichem Ton gehalten ist, zeigt so recht das Dilemma, in dem sich das Ministerium befand. Verpflichtet, mit der Reorganisation zu stehen und zu fallen, konnte es, wenn es keine Konzessionen anraten wollte, aber auch die Verfassung nicht überschreiten mochte, zu keinem anderen Ergebnis kommen als zu diesem; und das war doch unfruchtbar, kein Resultat, um weiterzuhelfen. Ja, selbst dieser Schritt musste, wenn er nicht bis zum Frühjahr zu verschieben war — und wie sollte dies eigentlich möglich sein — bedenklich werden. Denn alsbald angewandt, hätte er zur Folge gehabt, dass das Budget für 62 erst Anfang 63 wieder verhandelt werden konnte. So verhüllt hier das Ministerium seine eigene Ratlosigkeit.

Digitized by Google

Denn aus der ganzen Tendenz des Berichts geht hervor, dass es nicht konfliktbereit war. Da es Konzessionen nicht anraten konnte, so wird es durch diese klaren, verfassungsgemässen Deduktionen versucht haben wollen, indirekt auf den König zu wirken, um über die verzweifelte Lage hinwegzukommen. Und deshalb dürfen wir wohl den Bericht dem Einfluss der Heydt, Bernstorff zuschreiben. Dann dürfen wir auch weiter annehmen, dass diese ihre Kollegen, namentlich Roon, noch einmal auf den verfassungsrechtlichen Standpunkt verpflichten wollten[64]. Für die kommenden Ereignisse konnte das sehr wichtig werden. Roon aber durfte dem Berichte beistimmen. Er war der kluge Politiker, der sich in den Ministerialsitzungen zurückhielt und eine Mittelstellung einnahm[65]. Und hier wurde er positiv noch zu nichts verpflichtet. Wie wirkte nun aber die Tendenz des Berichtes mit der bereits erfolgten leisen Andeutung der Kabinettsfrage auf den König?

Seine Antwort, datiert: Baden, den 10. September, lautet: er remittiere dem Staatsministerium den Bericht und sei ausserordentlich überrascht über den Antrag des Schreibens. Bisher habe festgestanden: verwerfe das Herrenhaus den verstümmelten Etat, dass dann nach den also nicht zustande gekommenen Etats fortgesetzt verfahren werden sollte und könnte. Jetzt werde dies als verfassungswidrig erklärt und die Auflösung des Abgeordnetenhauses geraten, was bisher als das Untunlichste erschienen sei. Er bleibe bei der erst aufgestellten Ansicht stehen und werde in einem Conseil die Angelegenheit beraten lassen. Mit dieser Entscheidung war der Versuch konstitutioneller Einwirkung auf den König misslungen. Freilich musste die Auflösung des Abgeordnetenhauses als das Untunlichste

---

64. Das dürfte durch Bernstorffs Promemoria vom 19. September bestätigt sein. Denn B. kommt hier in diesem Sinne wiederholt auf den Bericht zurück.

65. Heydt an Duncker 22. Sept.: Ulmann: Hist. Vjschr. V, S. 70.

Digitized by Google

erscheinen; aber wie konnte der König, dessen Ausdrucksweise, von „den also nicht zustande gekommenen Etats" zu sprechen, übrigens sehr merkwürdig ist, bei der Ansicht bleiben, nach dem bisherigen Budget weiter zu regieren, nachdem das Ministerium gerade diesen Ausweg so überzeugend als nicht verfassungsgemäss abgewiesen hatte? Wir finden die nach allen Seiten hin klare Antwort darauf hauptsächlich in seinen Briefen vom 30. August 1862 an Saucken-Julienfelde[66] und vom 3. Januar 1863 an Vincke-Olbendorf[67] und dann auch in seinen Antworten auf Ergebenheitsadressen[68], in Randbemerkungen zu Denkschriften des Ministeriums[69].

Die Entwicklung der Krisis brachte ihn so weit. Er schildert sie vornehmlich in seinem Briefe an Saucken, und wir erkennen schon aus seinen ersten Worten den Grund, der uns gerade das starke Anwachsen seiner Erbitterung über die Haltung der Abgeordneten erklärt. Der König hält die Aufstellung und Durchführung des Reorganisationsplanes ausschliesslich für Regierungssache; und nur, soweit gesetzliche Abänderungen und die Geldbewilligung in Frage kommen, ist auch der Landtag heranzuziehen. Er kann es daher nicht verstehen, dass die Abgeordneten das Geldbewilligungsrecht benützen, um auch die Vorlage eingehend zu erörtern und ihre Wünsche geltend zu machen. Und andrerseits sieht er nicht, dass er selbst mit der definitiven Massregel der Fahnenverleihung nicht gesetzmässig gehandelt hat. Vielmehr ist er von der Rechtmässigkeit der Regierungsmassregeln überzeugt und misst die Schuld an dem Fortdauern des Streites dem Abgeordnetenhause allein zu. Aber gerade an dem Provisorium hatte doch Patow

66. Graf W. Roon, Kriegsminister v. Roon als Redner I, 318 fg.

67. L. Schneider, Aus dem Leben Wilhelms I. I, 194 97. Ged. u. Er. I, 332;34. Berner, Wilhelms d. Gr. Briefe etc. II S. 43/44.

68. Berner II, 28—42.

69. Bernstorff, Kap. 17, S. 515—50.

Digitized by Google

starken Anteil! — Die Abgeordneten verlangten Konzessionen. Da weist nun der König auf die Bewilligungen hin, die er in unerhörter Ausdehnung gemacht habe; auf die Reduktionen des Etats und den Erlass der Zuschläge. Dass diese nur bis zum 30. Juni 1862 bewilligt waren, erwähnt er dabei nicht! Die Abgeordneten aber erkannten seine Ermässigungen nicht an; die Opposition stieg, und ihrerseits bewilligten sie nichts.

So beseelt den König das Gefühl, seine Pflicht vollständig, sogar über das Zulässliche hinaus, getan zu haben. Mehr kann und will er nicht leisten. Die Reorganisation, sein eigenes Werk, war notwendig und konnte nicht verkürzt werden. Die finanziellen Anforderungen schienen ihm nicht zu hoch, da das Land sich im Wohlstand befinde. Wenn er Saucken zum Beweise auf die Artikel der Sternzeitung aufmerksam macht, so müssen wir uns allerdings fragen, wie er denn über die übergebührlichen Einschränkungen in den anderen Ressorts dachte, die Heydt im März zugegeben hatte. Hielt er denn diese für nebensächlich? Nun, er sah wenigstens nirgends Hindernisse, die der Ausführung der Reorganisation entgegengestanden hätten.

Und deshalb kann er in der Opposition des Abgeordnetenhauses nur bösen Willen, der die Absicht habe, seine Krongewalt zu untergraben, erblicken. Er glaubte, dass ihre Anträge dahin zielten, erst das Heer zu desorganisieren und dann die Parlamentsherrschaft aufzurichten. Aber sein fester Wille war, es nie so weit kommen zu lassen. So wurde ihm der Militärstreit zu einem Kampf um seine Kronrechte, und nur um so fester fasste er den Entschluss, nicht nachzugeben[70]. Einwirkungen, die etwa Saucken Mitte Juni bei ihm versuchte[71], mussten vergebens bleiben. Als

70. Wentzel (30. Juni 62 an Bismarck BJ V, 149) berichtet vom König das Wort: „Nun dann wollen wir sehn, wer es am längsten aushält."

71. Parisius, Hoverbeck, S. 64.

Digitized by Google

dann die Kommissionsverhandlungen negativ ausliefen, wollte er sogar von einer Botschaft ohne Konzessionen nichts mehr wissen. Seine Verstimmung wurde nur immer grösser, von seiner persönlichen Reizbarkeit beeinflusst. Wegen seines eigenen starken Anteils an der Reorganisation musste sie auch noch um so nachhaltiger sein.

Wenn nun das Budget nicht zustande kam, so trugen die Abgeordneten nach seiner Auffassung allein die Schuld daran. Der König war gewillt, die Verfassung zu beobachten; aber er wandte nun die Argumentation an: wenn man es ihm unmöglich mache,sie zu befolgen, dann sehe er sich zu provisorischen Ausnahmemassregeln, über die er hinterher Rechenschaft ablegen werde, gezwungen.[72] Der König hegte hier die falsche Auffassung von der Verfassung, die wir in den konservativ-reaktionären Kreisen verbreitet finden; aber alles spricht dafür, dass er auch von ihrer Rechtmässigkeit überzeugt gewesen ist. Von der Notwendigkeit des Zustandekommens des Budgets hören wir bei ihm nichts; werde das Budget abgelehnt, so meinte er, dass die Verfassung in einem solchen Fall „nichts!" vorschreibe,[73] und er fühlte sich berechtigt, einstweilen nach dem bisherigen Etat zu wirtschaften. Er war so verstimmt über das Unrecht, das ihm geschehen sei, und so sehr gewillt, seine Wünsche durchzusetzen, dass wir bis zum letzten Augenblick die tiefen, staatsmännischen Bedenken über die Folgen der eignen Stellungnahme, von denen sich Roon im letzten Grunde leiten liess, bei ihm nicht auftreten sehen. Die ganze Frage nahm für ihn einen so persönlichen Charakter an, dass wir schon in diesen Wochen vor den Plenarverhandlungen bei ihm den alten Gedanken der Abdankung wieder vorfinden. In dem schon mehrfach zitierten Brief, der etwa vom 12. September ist, sagt Kleist:[73] „Der König, der festeste,

72. Vgl. Brief an Vincke.
73. Petersdorff S. 335.

Digitized by Google

beste, immer noch lieber geneigt, der Last des Regiments als sich selbst zu entfliehen.“ Sein Pflichtgefühl bannte ihn an der Spitze des Staates fest; aber mit diesem kämpfte sein persönlicher Standpunkt. Eine ganz treffliche Charakteristik dieses Widerstreites finden wir in dem Briefe Sängers an Samwer vom 6. September,[74] der schon oben in der Frage der königlichen Botschaft zitiert wurde. Die betreffende Stelle möge daher diese Betrachtung schliessen. Sänger schreibt, nachdem er jene Frage besprochen hat: „Er (der König) steift sich auf seine Ansicht, dass nicht E r den Konflikt provoziert habe, und dass daher nur diejenigen, welche ihn provoziert, die Verantwortung treffe. Die Richtigkeit dieser Auffassung mag dahingestellt bleiben, jedenfalls ist der König bis jetzt darüber noch nicht im Klaren, was er, wenn der Konflikt da ist, tun wird und tun kann! — Er ist s e h r verbittert; — als Mensch und als Militär hat er volle Berechtigung es zu sein, — als König und Staatsmann sollten ihm andere Gesichtspunkte von grösserer Wichtigkeit sein. — So wie einmal die Sachen liegen, sehe ich die Krisis f a s t für eine hoffnungslose an, — quod Dii bene vertant!“

Am 10. September entschied sich der König, auf dem früheren Standpunkt beharrend, gegen die Ansicht des Ministeriums und vertagte die Beratung der zu ergreifenden Schritte auf ein Conseil. Damit wurde der Fortgang der Krisis unbehindert gelassen, — der König kehrte erst am 13. wieder nach Babelsberg zurück, nachdem man ihn schon am 10. erwartet hatte[75] — und die negative Wendung der nun beginnenden Plenarverhandlungen war entschieden. Der König aber war durch die Haltung des Ministeriums vor neue, schwere Sorgen gestellt. Konnte er seinen Willen durchführen, wenn seine Minister ihm nicht folgten, oder würde er in diesem Fall neue finden? Dieser Punkt musste

74. Mskr.
75. NPZ. 215 Sg. 14. Sept. StA. 215 Sg. 14.

Digitized by Google

die ganze Fortentwicklung der Krisis beeinflussen; er konnte dem Könige die Entschlussfähigkeit rauben. Zwar hätte er im Augenblick der Gefahr neben Roon noch einen Mann finden mögen, der ihm hilfreich zur Seite gesprungen wäre; aber gegen Bismarck hatte er sich eben wieder ausgesprochen.

Der Schluss der Kommissionsberatungen hatte zwar eine sehr ernste Situation gebracht; aber man wartete auf allen Seiten noch ab. Die Verschärfung der Lage, die nötig gewesen wäre, um Bismarcks Kandidatur von neuem in Fluss zu bringen, trat doch nicht auf; denn das einzige neue Moment, das wahrzunehmen gewesen war: die konfliktsfeindliche Strömung im Ministerium, begann sich erst zu entfalten.

Auch die wirkenden Faktoren änderten sich nicht. Wir hören nichts von gegenteiligen Einflüssen, — in dieser Weise machten sich Heydt und Bernstorff kaum geltend, — wir hören auch nichts etwa von konkurrierenden Kandidaturen; aber auch die befördernden Momente werden nicht verstärkt. Bismarcks Kandidatur blieb eine Frage, die im wesentlichen zwischen Roon allein und dem König erörtert wurde.

Wir erhalten gerade in dieser Zeit äusserst charakteristische, neue Bestätigungen der Tatsache, dass Bismarck nicht mehr von der feudalen Partei als ihr berufener Ministerkandidat in Erwägung gezogen wurde. Die Reaktionäre, welche in diesen Wochen eine so starke Tätigkeit entfalteten, dachten in erster Linie an andere Persönlichkeiten. Aber da Männer ihrer Farbe beim Könige nicht hätten durchgesetzt werden können, so mussten sie mit Bismarck rechnen, dessen Name viel genannt wurde. Wir erfahren aus den Briefauszügen und sonstigen Mitteilungen, die Petersdorff in seinem Kleist-Retzow gibt, mit welchen Hoffnungen sich die Reaktionäre trugen. Von Bismarcks Kandidatur sprechen die Gerlach und Kleist nur mit Reser-

Digitized by Google

ve.[76] Sein Denken passt nicht mehr in ihr reaktionär-hochkirchliches System; und das äussert sich praktisch namentlich in Differenzen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Gerlach bewegt sich noch vollständig in dem Ideenkreise der heiligen Allianz, und so würde ihm Bismarck, dem er Hass gegen Oesterreich und Hinneigung zum Bonapartismus vorwirft,[77] nichts weniger als ein sympathischer Minister des Auswärtigen sein. Er hat die grössten Bedenken gegen einen Minister, der Cavour'sche Politik treibt,[78] und möchte daher Bismarck höchstens im Innern verwendet sehn,[79] wo er gegen die Demokratie gute Dienste leisten könnte. Am liebsten wäre ihm infolge Bismarcks abweichender Gesinnung gewesen, dass die Frage seines Eintritts gar nicht diskutiert wurde. Da aber immer noch davon die Rede ist,[79] so will er nicht dagegen sein. Wie weit er sich von ihm entfernt fühlt, geht am deutlichsten aus seinen Worten vom 20. September hervor:[80] „So gross meine Bedenken gegen Bismarck sind, . . . so würde ich doch auch nicht wagen, g e g e n ihn zu operieren.“ Es ist ersichtlich, dass dieser Mann, und Kleist dachte ähnlich, nichts zur Beförderung der Kandidatur tun konnte. Aber er will doch für alle Fälle mit Bismarck in Verbindung bleiben, um später vielleicht Vorteile daraus ziehn zu können, und er mahnt Kleist[81] wiederholt, auf Bismarck einzuwirken. Jedenfalls wäre dessen Eintritt auch immer noch besser ge-

76. Petersdorff S. 335-39.

77. Gerlach S. 243.

78. Petersdorff S. 337 (22. Mai).

79. Petersdorff S. 337; 24. August.

80. S. 338.

81. Es ist unbekannt, ob Kleist jetzt mit Bismarck korrespondierte. In einem Briefe Bismarcks an Roon (vom 22. Juni) findet sich die Stelle: „Sehn Sie Hans Kleist, so sagen Sie, bitte, dass ich zwei Fr(iedrichs) d'or für Stahls Büste zeichne“; aber daraus lässt sich nicht schliessen, dass Kleist ihm vorher geschrieben hat. Ein Brief, den Bismarck nach Berlin schrieb (22. Aug. an die Gattin), ist unbekannt.

Digitized by Google

wesen als ein neuer Systemwechsel, der in der schweren Krisis nicht ausgeschlossen sein konnte. Gerlachs und Kleists persönliche Wünsche aber richteten sich auf Edwin von Manteuffel, den Generaladjutanten und Chef des Militärkabinetts, den mächtigen, ergebenen Freund des Königs. Dieser würde ihnen als auswärtiger Minister willkommen gewesen sein; denn seine Anschauungen hatten nichts mit Cavour'scher Politik gemein. Im Innern aber konnten sie von ihm wohl noch mehr „Festigkeit" erhoffen als von Bismarck. Freilich wird dieser Wunsch über den Gedanken nicht hinausgekommen sein. Gerlach und Kleist selbst konnten ihn nicht dem Könige empfehlen; und dieser hätte wohl auch nicht Manteuffel, der kein Fachmann war, als Minister des Auswärtigen erwogen.[82] Ueberdies befand sich der Generaladjutant damals gar nicht in Berlin; denn vom Sommer bis in den Oktober hinein hielt er sich zur Kur in Gastein auf.[83] Bismarck blieb nach allen Erwägungen schliesslich der einzig mögliche Minister, mit dem sie rechnen mussten. Aber sie beförderten nicht seine Kandidatur, wie Roon es jetzt wieder tat.

Führte diesen die Aussicht auf den Konflikt zu besonderen Schritten? Die Antwort darauf erhalten wir klar und unzweideutig aus seinem Brief vom 31. August. Roon erörtert offen, dass er bis jetzt vergebens „auf eine Situation, welche eine akute Lösung herbeiführen müsste," g e h o f f t

---

82. Vgl. zu den Wünschen Gerlachs und Kleists Petersdorff S. 336 und 339.

83. APZ., 23. Aug.: „Der Chef des Militärkabinetts, Generaladjutant, Generalleutnant von Manteuffel, wird nach einer aus dem Kurort Gastein eingetroffenen Nachricht erst im Oktober von seiner Bade- und Erholungsreise nach Berlin zurückkehren." Und APZ., 21. Sept: „Der Chef des Militärkabinetts, Generalleutnant von Manteuffel, kehrt anfangs Oktober von seiner Erholungs- und Badereise hierher zurück und wird alsdann seine Amtsgeschäfte wieder übernehmen."

Digitized by Google

habe; er bespricht dann die augenblickliche Lage und deckt uns auch die Folgerung, die er aus ihr zieht, auf: Bismarck müsse „als Minister-Präsident und zwar vorläufig ohne Portefeuille eintreten.“ Darauf hören wir seine sachliche Meinung, bis in die Winter-Session dürfe die bisherige Unvollständigkeit nicht dauern. Alle diese Worte sagen uns, dass Roon infolge der Wendung der Krisis zwar wieder sehr lebhaft an die ministerielle Frage denkt, aber nicht etwa mit Massregeln umgeht, welche die geeignete Situation beschleunigen mussten. Durchschlagend für diese Auffassung ist die Schlussbemerkung in diesem vertrauten Briefe, in dem er dem Freunde natürlich alles sagt: „Die innere Katastrophe wird jetzt nicht stattfinden, wie ich vermute, sondern erst im Frühjahr, und da müssen Sie notwendig dabei sein.“ Roon denkt also nicht daran, in diese Entwicklung einzugreifen.

Aber in die nie unterbrochenen Einwirkungen auf den König will er jetzt, jedoch aus einem andern Grunde, ein neues, seine Pläne beförderndes Moment einführen. Roon schreibt offenbar am 31. August, da er sonst nichts Neues zu melden weiss, hauptsächlich deshalb an den Freund, weil in wenigen Tagen der Urlaub Bismarcks abgelaufen ist. Er kennt dessen Plan, nach dem der Gesandte jetzt im September Gewissheit erhofft, und fürchtet, was seine alte Sorge war, Bismarck könne „boudieren“ und seine Hoffnungen durchkreuzen, wenn er erst erfährt, dass der König noch ebenso unentschlossen ist wie früher. Dem will Roon mit seinem Briefe zuvorkommen. Er erinnert den Freund an seine Edelmannspflicht, versichert ihm, dass der König sein Wort, Bismarck solle sich in Paris nicht etablieren, noch nicht zurückgenommen, vielmehr Roon wiederholt zugesagt hat, das Ministerium bis zum Winter zu vervollständigen, und schlägt nun einen Plan vor, von dem er erhofft, dass er Bismarck von voreiligen Schritten zurückhalten werde.

Digitized by Google

Er will fingieren, von Bismarck „zur Herbeiführung" der „Gewissheit privatim beauftragt zu sein", zur Begründung persönliche Motive anführen und raten, den Gesandten „einstweilen zum Ministerpräsidenten ohne Portefeuille zu ernennen." Auf diese Weise glaubt er, beim König jetzt etwas erreichen zu können, den er am 7. September in einer Audienz sprechen kann. Bisher hatte er wegen Bismarcks Abneigung vermieden, die Ernennung ohne Portefeuille zu empfehlen. Aber jetzt drängt ihn Bismarcks Rückkehr von seiner Erholungsreise; weniger die Krisis, deren Ausgang er erst im Frühjahr vermutet.

Die Audienz hat am 7. stattgefunden.[84] An diesem Tage kehrte der König, der am 27. August[85] ins Seebad Doberan gefahren war, nach Berlin zurück, um am nächsten Tage nach Karlsruhe zu fahren. Nach seinem Eintreffen sprach ihn Roon im Palais. Der Minister wird so vorgegangen sein, wie er Bismarck entwickelte. Aber welches war der Ausgang? Wir wissen aus den Tatsachen, dass die Angelegenheit unentschieden blieb, und haben auch eine Quelle, welche den Grund dafür angibt. Am 12. September schrieb Gerlach in sein Tagebuch:[86] „Hans Kleist berichtet, der König habe gegen Bismarck als Ministerpräsidenten sich ausgesprochen und gesagt: Bismarck dränge auf eine Allianz mit Frankreich, worauf er nie eingehn werde." Diese Worte werden wohl durch Roons Audienz veranlasst worden sein: wir erfahren aus ihnen nur von neuem, dass die alten Differenzen in unverminderter Kraft fortbestanden, wie auch Bismarck Ende August von Bernstorff die Nachricht bekam,[87]

---

84. NPZ. 210 Di. 9. Sept., Berl. 8.

85. NPZ. 200 Do. 28. Aug.

86. S. 248.

87. Der Brief ist vom 5.; noch nicht veröffentlicht. Vgl. Bismarck, 20. August an die Schwester, Bi-Br. S. 356.

Digitized by Google

er bezweifle sehr stark, dass der Stellenwechsel sich überhaupt auf das Fachministerium erstrecken würde. So schienen die Aussichten der ministeriellen Frage wieder ungewisser zu sein als je.[88]

88. Eine Zeitungsmeldung über den bevorstehenden Eintritt Bismarcks wurde rasch dementiert: AAZ. | Berl., 8. Sept,

Digitized by Google

Zweiter Teil.
Die Entscheidung.

Abschnitt 1.
Roons Vorgehen zur Herbeiführung der Ernennung Bismarcks.

Kapitel 1.
Bismarcks endgültiger Plan zur Erlangung der Gewissheit.

Nachdem Bismarck gegenüber der Lage der Dinge in Berlin durch sein Eingreifen im Juli seine Sache in der Weise hatte wenden wollen, dass sie erst im September, wenn der Höhepunkt der Krisis zu erwarten war, und dann hoffentlich mit besserem Erfolg, vom Könige entschieden zu werden brauchte, hatte er selbst endlich in Biarritz die dringend nötige Ruhe gefunden. Er konnte nun wirklich einmal in sechswöchentlicher Musse seine eigenen Verdriesslichkeiten und die leidige Politik zu vergessen und in stärkenden Bädern seine alte Gesundheit wiederzugewinnen suchen. Und in der Tat, die Sicherheit vor den Geschäften, das zeitweise vollständige Fehlen von Nachrichten, die ihn an die offizielle Welt erinnerten;[1] die anregende Gesellschaft der Orlows, die ihn zur Verlängerung seines Aufenthalts bestimmte,[2] und die dadurch vier Wochen lang mit glück-

1. Briefe vom 29. 7., 10. 8., 14. 8., 21. 8., 9. 9. an die Gattin; 24. 8. an Bernstorff.

2. 19. 8. an die Gattin.

Digitized by Google

lichstem Erfolge betriebene Kur,[3] die seine rheumatischen Schmerzen völlig beseitigte, vertrieben ganz und gar die grämliche, hypochondrische Stimmung aus der ersten Pariser Zeit. Er sei ganz lächerlich gesund geworden, fühle sich wie ein Fisch im Wasser, schreibt er wiederholt an seine Gattin; und an Bernstorff am 24. August:[4] er werde Mitte September als ein an Leib und Seele gestärkter Beamter wieder zu Sr. Majestät Diensten in Paris, Berlin oder sonst wo bereit sein. So urteilt er auch über seine schwebende Angelegenheit nun gleichmütiger als im Frühsommer, wo er in der allertrübsten Stimmung seinem Bruder[5] geschrieben hatte, er denke ans Ministerium „wie ans Sterben."

Jetzt hatte ihn in seinem Badeaufenthalt ein Brief von Bernstorff verfolgt; und Bismarck hatte allerdings, als er den Empfang des sonst nicht bekannten Schreibens, das inhaltlich nichts Neues brachte, seiner Schwester mitteilte,[6] hinzugefügt, dass er vor Ablauf seines Urlaubs nicht nach Berlin gehn werde, um sich dort im sonnigen Gasthof vor Anker legen zu lassen. Aber nach den sechs Wochen wollte er bereit sein, sich, wie verabredet, dorthin zu begeben, von wo er wenigstens Gelegenheit hatte, durch den langentbehrten Besuch in Reinfeld die immerhin wenig erträgliche Wartezeit angenehm zu verkürzen;[7] und er will annehmen, was der König über ihn verhängen würde, Paris, Berlin oder etwas anderes. Wie sich sein Geschick dann entscheidet,[8] ist ihm einerlei. Soll er ins Ministerium eintreten, so wäre er freilich wohl noch gern den Winter über in

---

3. 11. 8., 19. 8., 2. 9., 6. 9. an die Gattin; 12. 9. an Roon und Bernstorff.

4. B.-J. VI, S. 160.

5. 25. Mai, Bi-Br. S. 333.

6. 20. Aug., Bi-Br. S. 356. Es war der schon erwähnte Brief vom 5. August.

7. Vergl. 30. 8. an die Gattin.

8. 20. 8. an die Schwester.

Digitized by Google

Paris[9] geblieben, wenn er den Termin hätte bestimmen können; denn bei der Ungeschicklichkeit und Langweiligkeit der Abgeordneten,[10] die das Land und sich selbst, wie er nach seinem eigenen Eindruck urteilen zu können meinte, bald ermüden würden, hielt er es für „jammerschade, diese Schwätzer jemals aufzulösen" und dadurch die Entscheidung hinauszuschieben. Gingen die Verhandlungen ununterbrochen fort, so hätte er dann im Frühjahr sehr wirksam eintreten können. Aber für Paris ist er ebenso bereit wie für Berlin;[11] und später, unter dem Eindruck des Roon'schen Briefes, tritt Paris auch wieder stärker hervor; denn ehrgeizige Absichten liegen ihm, wie gesagt, fern. Nur in einem Punkte haben ihn seine Erfahrungen seit langer Zeit ganz fest gemacht; kurz und bestimmt schreibt er eine Woche vor dem Aufbruch von Biarritz am 25. August an seine Frau: „Ueber den September hinaus leide ich die Ungewissheit nicht, lieber Schönhausen."

Gegen Ende seines Urlaubs erwartete Bismarck einen ministeriellen Brief[12], der, ohne bestimmte Entscheidung zu bringen, ihn nach Berlin berufen sollte, um dort das Weitere zu hören. Als er nun am 11. September[13] in Toulouse eintraf, fand er am folgenden Tage nur Briefe seiner Gemahlin und Roons vom 31. August vor; von Bernstorff aber war nichts angekommen.[14] In der gewissen Erwartung, von seinem Chef einen Brief zu erhalten, hatte Bismarck sich schon überlegt, ob er am besten über Paris oder direkt über Genf und Frankfurt nach Hause führe.[15] Nun erhielt

---

9. 21. 8. an die Gattin.

10. 24. 8. an Bernstorff.

11. 20. 8. an die Schwester, 21. 8. (Gattin), 24. 8. (Bernstorff).

12. 30. 8. und 9. 9. an die Gattin.

13. 12. 9. (Gattin): „Gestern war ein Regentag, zur Eisenbahn geeignet, die uns von Montrejeau hierher führte".

14. Irrtümlich nimmt Lenz (S. 141) das Gegenteil an.

15. 30. 8. an die Gattin.

Digitized by Google

er überhaupt keine Nachricht; er war ganz im Unklaren, ob er schon nach Berlin kommen sollte. Und noch viel Schlimmeres bekam er in dem Briefe Roons zu lesen, von dem er seit Ende Juni erst jetzt wieder[16] neue Mitteilungen empfing.

Das Schreiben war zwölf Tage alt; und aus ihm ergab sich, dass nicht nur keine Wendung für seine Sache eingetreten, sondern die Situation wohl noch ungünstiger geworden war. Bernstorff schien wieder bleiben zu wollen, da die Kammerverhandlungen sich so lange hingezogen hatten, und die Unentschlossenheit des Königs hatte sich nicht geändert. Sie war vielmehr so stark geworden, dass Roon für ein Ressort gar nicht eintreten konnte und in der Frage des Präsidiums ohne Portefeuille alles von persönlichen Mitteln erwartete. Roon will zwar das Seinige tun, um die Gewissheit bald zu erzielen; aber die Entscheidung scheint noch recht weit hinausgerückt, da Roon den Eintritt der Katastrophe selbst erst im Frühjahr vermutet. Und durfte denn Bismarck wirklich etwas von dem Eintritt der Wintersession für sich erhoffen? Er würde wohl nie in die Lage kommen, die altritterliche Pflicht, deren Erfüllung Roon von ihm erwartete, für den König ausüben zu können.

Lag so die ministerielle Frage im Dunklen, so erfuhr Bismarck auch nichts von einer Ordnung seiner persönlichen Verhältnisse. Er hörte nicht, dass etwa erst nach einem bestimmten Termin seine Angelegenheit so oder so entschieden werden solle. Die Lage war also genau so wie vor dem Urlaub, und es blieb auch Bismarck nicht einmal mehr die Hoffnung auf die Audienz vom 7. September. Denn jetzt war schon der 12., und ausser dem Briefe vom 31. August hatte er nichts in Toulouse vorgefunden. Vom 7. bis zum 12. aber hätte eine neue Nachricht schon lange eingetroffen

---

16. Auf Bismarcks Brief vom 15./16. Juli hatte Roon noch nicht geantwortet.

Digitized by Google

sein müssen, da Roon über Reinfeld sein Schreiben ja an die richtige Adresse befördern konnte. So hatte natürlich auch Bernstorff nichts mitzuteilen, und Bismarck schien wieder völlig in die Situation vom Juni versetzt. Sein Plan vom Juli hatte offenbar keine Berücksichtigung gefunden. In dieser ganzen Behandlungsweise lag eine Nichtbeachtung seiner Person, die ihn aufs stärkste verstimmen musste und auf seine Entschlüsse nur verschärfend wirken konnte. Aber seine Stellungnahme ging von der neuen Lage aus. Die Entscheidung schien wieder um Monate hinausgerückt, seine unerträglichen Verhältnisse, die Trennung von den Seinen auf unbestimmte Zeit verlängert. So können wir seinen Entschluss verstehen, den Vorsatz, über den September hinaus nicht mehr in Ungewissheit zu bleiben, nun auch auszuführen. Jetzt wollte er Gewissheit haben oder — den Abschied.

———:—

Im ersten Augenblick mag ihm in rascher Wiederaufnahme einer Nachricht über den König, die er bei Roon und in einem Briefe seiner Gemahlin gefunden hatte, der Gedanke gekommen sein, sogleich in direkter Fahrt nach Karlsruhe zu eilen, um mit einem Schlage in persönlicher Verhandlung mit dem Könige, der sich dort befand, seine Sache zum Austrag zu bringen. Bei näherem Zusehn musste freilich dieser Plan, so verlockend er schien, wieder aufgegeben werden, da er nicht mehr ausführbar war. Und auch nur in Berlin konnte seine Angelegenheit verhandelt werden. Nun fragte sich aber, ob Bismarck, ohne von Bernstorff berufen zu sein, nach Berlin reisen durfte, oder ob er nicht vielmehr zuerst nach Paris zurückzufahren hatte, wohin ihn die Geschäfte riefen.

Bismarck mag so weit in seiner Ueberlegung gekommen sein, als es ihn drängte, seiner Gemahlin die Gedanken, die ihm bei der Veränderung seiner Lage jetzt aufstiegen, auseinanderzusetzen und womöglich beim Schreiben mit dem Entschluss ins Reine zu kommen. Sein Stil ist verhalten

Digitized by Google

und wird warm, wo Bismarck auf die Reise und seine Lieben zu sprechen kommt.

Gleich im Eingang berührt er die beiden Momente, die er im ersten Augenblick miteinander kombiniert haben mag: die Berliner Nachrichten und die Reise des Königs; aber er streift beides nur kurz. Er ist recht elegisch gestimmt im Rückblick auf die genossenen Tage, deren Herrlichkeit jetzt zu Ende ist. Neben den Geschäften ruft ihn nun, wo man ihn anscheinend noch länger hinhalten will, mit um so stärkerer Reaktion die Sehnsucht nach seiner Familie. Aber seine Reisedispositionen lassen sich nicht nach seinen persönlichen Wünschen treffen. Er geht noch heut mit Orlows bis Montpellier; aber er weiss noch nicht bestimmt, ob dann nach Paris oder Berlin. Eigentlich müsste er nach Paris; denn sein Urlaub ist um; und er müsste auch wegen seiner Garderobe dorthin. Wie steht es aber mit Berlin? Die direkte Fahrt nach Preussen erörtert er gar nicht, da er ja keine Ermächtigung dazu hatte; und auch von der Idee des Zusammentreffens mit dem König in Karlsruhe hören wir nur das negative Resultat. Bismarck sagt sich doch, dass er ihn nicht mehr erreichen würde, und dann wäre die Begegnung ohne die Minister auch zwecklos gewesen. So scheint ihm das Beste, noch einmal um Urlaub zu bitten und in Paris die Antwort und die Rückkehr des Königs nach Berlin abzuwarten. Aber er will sich das Ganze noch einmal auf einem Spaziergange überlegen. In einem kurzen Satze nur, aber um so stärker, bricht vor diesem Abschluss seine ganze leidenschaftliche Gereiztheit in den Worten aus: „Denn Gewissheit ist jetzt nötig, oder ich nehme Knall und Fall meinen Abschied.“ Sachlich waren sie freilich übertrieben, wie sich noch zeigen wird; aber nicht so auch seelisch: seine Geduld war vollständig erschöpft. Nun galt es zu handeln, und so ist das Nächste, dass Bismarck daran denkt, an Roon zu schreiben, damit dieser sich seiner mit noch grösseren Anstrengungen annahm; und dann war auch

Digitized by Google

Bernstorff um Urlaub zu ersuchen. Diese Absicht teilt er noch kurz nach ein paar privaten Bemerkungen seiner Frau mit und schliesst: „Wenn es sein kann, will ich in Paris bleiben.“ Nun konnte es ihm erst recht nicht ratsam erscheinen, ins Ministerium zu treten.

Nachdem Bismarck zum Entschluss[17] gekommen war, schreibt er noch in Toulouse an zweiter Stelle an Roon, von dem er allein seine Sache geführt weiss, der auch schon aus eigenem Interesse für ihn tätig ist. Sein Brief an den alten, vertrauten Freund ist reicher an sachlichen Einzelheiten und stärker im Ton als der an die Gemahlin. Unter gelegentlichem ironisch-humoristischem Einschlag, wie er ihn liebte, werden kräftige Farben aufgetragen, ohne doch zu übertreiben; denn schon in seinem ersten Briefe gab Bismarck seiner Stimmung unmittelbaren Ausdruck. Nur geht er hier mehr aus sich heraus, da er seinen Helfer vor sich hat. Und Stil und Einzelheiten sind stark vertraulich.

Der nun fertige Plan wird mit allen Motiven vor uns entwickelt. Bismarck leitet seine Auseinandersetzungen mit bitteren ironischen Bemerkungen über die Zerfahrenheit seiner privaten Verhältnisse ein und macht jetzt die bestimmte Angabe, dass er nach Paris zurückgehe; denn sein Urlaub sei um. Sein „Plan ist nun, Bernstorff vorzuschlagen, dass er nach Berlin komme, um das Weitere mündlich zu besprechen.“ Von dort kann er auch Reinfeld sehn; vor allem ist es ihm aber jetzt um Klarheit zu tun. Er würde Paris zwar vorziehn, aber er habe sich auch nie geweigert, ohne Portefeuille einzutreten, wenn der König es wünsche, nur kann er selbst dies allerdings nicht für erspriesslich halten. Damit war Roon auch über diesen vielleicht noch zweifelhaften Punkt aufgeklärt; er konnte ohne jede Beschränkung handeln und wird auch einige Zeilen darauf noch direkt

17. Ulmann (S. 66) nennt mit Unrecht Avignon als den Ort, wo Bismarck zum Entschlusse kam.

Digitized by Google

zu einem Freundschaftsdienst aufgefordert. Das Wichtigste ist aber nun, dass Bismarck, um den König zu einer Entscheidung in der oder jener Richtung zu zwingen, jetzt den 1. Oktober als Termin setzt. Ist bis dahin nichts geschehen, so will er dann mit seiner Familie nach Paris übersiedeln, da er ja faktisch Gesandter ist, und ist dann nicht mehr zu sofortigem Wechsel bereit oder er nimmt — seinen Abschied. Damit war Roon instruiert.

Wir vernehmen nun noch ein neues sehr einleuchtendes Motiv für die Absicht, den König nicht aufzusuchen; Bismarck will durch solche ungerufenen Erscheinungen, die immer unwillkommen seien, den Monarchen nicht misstrauisch machen, und wir glauben seiner Versicherung, die auch sonst durch den Brief bestätigt wird, dass ihm ehrgeizig drängende Absichten, weiss Gott, fernlägen. Roon bekommt zu hören, dass Bismarck sich nichts lieber wünsche, als in Paris zu bleiben: er sei so zufrieden, Se. Majestät Gesandter in Paris zu sein, dass er nichts erbitten möchte, als die Gewissheit, es wenigstens bis 1875 zu bleiben. Freilich mussten solche Bemerkungen Roon, der in dieser Beziehung noch in seinem letzten Briefe Befürchtungen gehegt hatte, nur noch mehr anspornen, beim Könige die Ernennung zum Minister zu betreiben. Aber wir wissen schon, dass Bismarck bei der Unentschlossenheit des Königs die Entscheidung für Paris in der Tat jetzt sehr lieb gewesen wäre, und finden diese Ansicht in dem dritten Brief, an Bernstorff, nur bestätigt.

An seinen Chef schrieb Bismarck nicht mehr in Toulouse. Noch am 12. fuhr er nach Montpellier und mag dort nachmittags oder abends angekommen sein.[18] Hier setzte er noch am selben Tage das Urlaubsgesuch an Bernstorff auf.[19]

---

18. Die Strecke hat nur eine Länge von 247 km, die er nach damaliger Fahrzeit in sechs bis sieben Stunden zurückgelegt haben wird.

19. Der Brief (B-J. VI, 162/63) ist datiert: Montpellier, 12. Sept., Hotel Nevet. Das Datum ist auch aus der Bemerkung gesichert, dass der Urlaub nun schon 6 Tage um ist.

Digitized by Google

Auch in diesem offiziellen Schriftstück, das er zuletzt abfasste, weiss Bismarck die richtigen Töne zu finden. Er beginnt offiziell mit einer Entschuldigung wegen seiner Ueberschreitung des Urlaubs um sechs Tage und teilt mit, dass er morgen in Paris eintreffen werde, um auch auf diese Weise seine nächste Adresse anzugeben. Nachdem er dann seinen Wunsch, nach Hause zu fahren, schon angedeutet, wird der Urlaubsplan selbst, im wesentlichen unter Wiederholung des bereits früher Gesagten, noch einmal entwickelt: aber neue Nuancen dienen dazu, um auch hier den beabsichtigten Eindruck hervorzurufen. In der Erörterung seiner unglücklichen Lage, die er ebenfalls bringt, stellt er das familiäre Motiv voran; damit in geschickter Weise auf Bernstorffs eigne „deutschhausväterlichen Gefühle" anspielend, der ein zärtlicher Gatte und Familienvater war. Damit dieser sein Drängen nicht missverstehe, betont Bismarck seinen Wunsch, in Paris dauernd bleiben zu können, und nennt ihm dann den Termin des 1. Oktober. Natürlich kann es nicht in seiner Absicht liegen, durch Schroffheit zu verletzen. Er muss überhaupt in diesem offiziellen Schreiben im Ton leiser sein, wie auch seine Verstimmung nicht in so unmittelbaren Worten wie in den ersten Briefen zum Ausdruck kommt; und so deutet er die letzte Konsequenz seines Planes nur an: ein neuer Umzug nach dem ersten Oktober wäre eine Härte, in die er „sich nicht leicht zu finden wüsste." Sein Grundverlangen, dem es um Gewissheit über den Wohnsitz zu tun ist, tritt auch in diesem Briefe unzweideutig hervor. Auf die mannigfachen Möglichkeiten, die sein Kammerplan biete, den Zeitpunkt seiner Ernennung beliebig zu verschieben, weist er selbst nur hin, um eben jenen Wunsch zu befördern. Denn dass er nicht etwa doch jetzt nach dem Ministerium verlangt, geht in voller Klarheit aus dem Anfang hervor: „Ich wüsste nicht, welchen Posten ich mir von der Gnade des Königs lieber erbitten möchte als den des Gesandten oder gar Botschafters

Digitized by Google

Sr. Majestät in Paris, sobald ich meine Ernennung als eine definitive betrachten könnte, und meine Lebenseinrichtung danach treffen." Zum Schluss teilt er Bernstorff, um einen gewissen Druck auszuüben, noch mit, dass er schon seine Sachen nach Havre beordert habe und die Bestellung nur noch bis zum 1. Oktober abändern könne. Und darauf erbittet er den Urlaub, nach Pommern, und ersucht um telegraphische Antwort, wenn der König ihn bewillige. Auf der Durchreise, in Berlin, werde er ad audiendum verbum regis bereit sein.

Mit diesen Briefen an Roon und Bernstorff ging Bismarck zum zweiten Male, aber diesmal endgültig, vor, um seine Verhältnisse überhaupt zu regeln. Der Erfolg sollte der sein, dass er mit diesem Schritt indirekt nur die eine, von ihm gar nicht gewünschte, Seite seiner Aussichten befördern half: den Eintritt ins Ministerium. Bismarck musste natürlich wissen, dass Roon sein Möglichstes in dieser Richtung versuchen würde; aber seine Absicht war das nicht. Und nach den neusten Nachrichten des Freundes konnte er sogar annehmen, dass die Entscheidung eher für Paris als für Berlin ausfallen würde. War das Letztere das Resultat der Bemühungen Roons, nun dann war seine Stellungnahme schon von jeher entschieden: er hätte sich nicht geweigert, dem Rufe des Königs zu folgen.

Der Erfolg seiner Massregel blieb ihm zunächst noch verhüllt, zumal er noch einige Tage auf seiner Rückreise nach Paris zubrachte. Am 12. schrieb er allerdings an Bernstorff, er werde morgen hier eintreffen. Auch in dem Briefe an Roon äusserte er sich so, dass man die Absicht einer Reiseunterbrechung aus seinen Worten nicht herauslesen kann.[20] Aber es ist bekannt, dass er erst am 16. dort wieder

---

20. „Ich gehe jetzt nach Paris zurück . . ." und zum Schluss: „Ich reise eben nach Montpellier ab, von dort über Lyon nach Paris. Bitte, schreiben Sie mir dorthin".

Digitized by Google

anlangte und so reichlich 2 Tage unterwegs blieb. Er hatte also seinen ursprünglichen Plan geändert;[21] vielleicht in der Ueberlegung, dass Roon und Bernstorff, die er gebeten hatte, ihm schriftlich, beziehungsweise telegraphisch, zu antworten, doch erst frühestens am 15. von sich hätten hören lassen können. Seine Briefe gelangten nicht eher[22] in ihre Hände, und dann mussten sie erst noch den König aufsuchen. Er durfte also sogar annehmen, dass noch mehrere Tage

21. Am 13. hätte Bismarck noch sehr gut nach Paris kommen können In Avignon hatte er Anschluss an die grosse Linie (Marseille-)Avignon-Lyon-Dijon-Paris; von Montpellier bis Avignon sind es 99, von Avignon bis Paris 742 km. In reichlich 20 Stunden wäre er in Paris gewesen.

22. Wir müssen annehmen, dass der Brief an Roon in Toulouse vielleicht schon am Vormittag, der an Bernstorff von Montpellier aber am späten Nachmittag oder abends abgegangen ist. Denn Bismarck wird in Toulouse mindestens noch den Vormittag des 12. geblieben sein; er schreibt an seine Frau: „Ich gehe einstweilen heut noch mit Orlows bis Montpellier", und die Fahrt bis Montpellier (247 km) dauerte mindestens 6 bis 7 Stunden. Von Montpellier bis Avignon sind nur 99 km, von Avignon bis Lyon 230, von Lyon über Genf—Basel—Frankfurt nach Berlin 1457,4 km (die Linie über Genf ist die, welche Bismarck in seinen Briefen immer die direkte nennt; die zweite heutige Linie über Belfort—Strassburg ist 179,4 km kürzer). In Avignon und Lyon sind durch Zugwechsel Aufenthalte anzunehmen. Heute würde für die einzelnen Strecken zusammen im Durchschnitt eine Fahrzeit von 35 Stunden (mit Schnellzug) ohne die Aufenthalte herauskommen. Die damalige Fahrzeit ist danach abzuschätzen, dass der schnellste Zug zwischen Paris und Berlin die 1075,3 km lange Strecke über Köln in 25 Stunden, in einer Stunde also 43 km fuhr (s. die amtlichen Eisenbahn-Verbindungen von 1862). Nach diesem schnellsten Modus kommen für die ganz ähnliche Weltstrecke Lyon—Berlin 34 Stunden, für Lyon—Avignon etwa 5, für Avignon—Montpellier etwa 2, zusammen 41 Stunden heraus. Das ist aber entschieden noch zu wenig; auf den kleinen Strecken wird man langsamer gefahren sein, die Aufenthalte sind nicht mitgerechnet und die Anschlüsse dabei als gut angenommen. Rechnet man schliesslich mit der Bestellung in Berlin im ganzen noch einige Stunden hinzu, so kann Bernstorff den Brief Bismarcks erst am 15. früh erhalten haben. Aehnlich steht es mit dem an Roon, der höchstens eine Kleinigkeit früher angekommen sein kann, wenn er in Toulouse zeitig befördert wurde.

Digitized by Google

vergingen, bis er eine Nachricht bekam. Aus diesem Grunde mag er sich mit der Rückreise Zeit genommen und zunächst noch in Montpellier, wo er im Hotel Nevet abgestiegen war, übernachtet haben. Am 14. können wir ihn dann in Avignon feststellen, da wir aus diesem Ort von diesem Tage ein kleines Briefchen von ihm besitzen, das er seiner Gattin sandte. Es ist für die folgende Erörterung auch noch recht wichtig und mag daher hier im vollen Wortlaut mitgeteilt werden: „Mein Herz. Nur ein Lebenszeichen schicke ich in Eile zwischen Merkwürdigkeiten und Eisenbahn aus der alten Stadt der Päpste; heut Abend schlafe ich, so Gott will, in Lyon, übermorgen früh schreibe ich dir aus Paris mit besserer Tinte. Oliven, Maulbeeren, Feigen, rote Trauben rundum. Dein treuster v. B.“ Hier ist der Reiseplan noch über ein bis zwei Tage ausgedehnt. Da wir gar keine Bemerkung über die eingetretene Verzögerung finden, so hatte Bismarck seit dem 12. vielleicht schon wieder einmal an seine Frau geschrieben, um ihr Reiseziel und -zeit genau anzugeben. Er würde dann wohl eine Erklärung gegeben haben, wie sie oben versucht worden ist. In Avignon kann Bismarck höchstens anderthalb Tage geblieben sein. Vielleicht war er schon am 13. früh angekommen; aber jedenfalls weilte er am 14. bis gegen Mittag an diesem Ort.[23] Denn da er anscheinend kurz vor der Abfahrt des Zuges nach Lyon den Brief an seine Frau schrieb, in dem er sein Vorhaben mitteilte, abends hier zu schlafen, so wird er sicherlich noch am 14. die Reise fortgesetzt haben, die ihn in ungefähr fünf Stunden in diese Stadt führte. Vom 14. zum 15. hat Bismarck dann wohl in Lyon übernachtet, und am 16. langte er endlich in Paris an, um damit das vorläufige Ziel seiner Reise erreicht zu haben.

---

23. Von Avignon bis Lyon sind 230 km; von Montpellier bis Avignon (99 km) dauerte die Bahnfahrt etwa zwei Stunden.

Digitized by Google

Kapitel 2.

Die Krisis auf ihrem Höhepunkt.

Unterdessen hatte auch die Krisis eine entscheidende Wendung genommen, nachdem die Plenarverhandlungen[1] am 11. so völlig verneinend eingesetzt hatten, wie bei dem Stande der Dinge nicht anders zu erwarten gewesen war.

Zwar kamen die gemässigten Elemente gleich in der ersten Sitzung mehr zu Worte als in der Kommission, wo sie nur verschwindend gering an Zahl vertreten waren, aber an der Haltung der liberalen Mehrheit trat freilich gleich klar hervor, dass sie an der prinzipiellen Erörterung der Militärfrage nicht vorübergehen wollte. Die liberalen Redner wandten alle rechtlichen, finanziellen, wirtschaftlichen, politischen Gründe, die für sie sprechen konnten, auf, um ihren Standpunkt zu verteidigen. Die Gemässigten und Konservativen sprachen mehr von dem militärischen Nutzen, der patriotischen Pflicht und suchten Gegengründe aufzubringen. Jede Partei trat für den vorher eingenommenen Standpunkt ein, ohne davon abzugehen. Es war ein mehr äusserliches Gefecht, das einmal ausgetragen werden musste, bei dem aber die besonderen Absichten und Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen nicht zum Ausdruck kamen, da die einzelnen Parteien ihre offiziellen Redner vorschickten. Ohne ein Nachgeben von einer Seite wären die Debatten ein Redekampf geblieben, dessen Ausgang vorher entschieden war. Die praktische Politik wurde aber eben nebenher gemacht; es war selbstverständlich, dass die besorgten, gemässigten Elemente nicht ruhig blieben. Und in dem Augenblick, wo diese Bestrebungen in die Verhandlungen plötzlich eingriffen, gewinnen diese auch grösseres Interesse.

An dem ersten Tage war das Wetterzeichen auf Sturm gestellt. Ein Berichterstatter der unabhängigen Augsburger Allgemeinen Zeitung spricht sich sehr tadelnd über die tu-

1. Vergl. zum Folgenden die Stenogr. Berichte und die Pressartikel.

Digitized by Google

multuarischen Szenen aus,[2] die der offizielle stenographische Bericht nicht erwähne, und die von den liberalen Zeitungen unterdrückt würden. Er sucht sie durch die Verhältnisse zu erklären. Aber die Taktlosigkeit der Abgeordneten, die unbequeme Aeusserungen der Minister mit Hohnlachen und Manifestationen begleitet hätten, sodass der Präsident sich häufig habe ins Mittel legen müssen, um dem Kriegsminister das Reden zu ermöglichen, sei nicht zu rechtfertigen. Die Erklärung des Ministeriums, dessen Mitglieder sämtlich anwesend waren, hatte alle Extreme vermieden; sie war in versöhnlichem Geiste abgefasst, führte die Zugeständnisse der Regierung auf, betonte die Notwendigkeit der nachträglichen Bewilligung und ihr Einverständnis mit dem Extraordinarium, appellierte bei dem Ernst der Lage an den Patriotismus; aber positive Zugeständnisse hatte sie nicht gebracht. Der versöhnliche Ton war deshalb umsonst angestimmt; zumal es sich auch um eine blosse Ministerialerklärung handelte. Die Nationalzeitung[3] hatte nicht Unrecht, in ihr nur eine Paraphrase früherer Artikel der Sternzeitung zu sehn; der Kreuzzeitung[4] aber war auch das wenige Gebotene schon zu viel. Das Zugeständnis des Extraordinariums findet sie bedenklich und hält durchaus nicht für unbedingt nötig, dass jedes Jahr ein Etatsgesetz zustande komme. Dagegen spreche schon der Artikel 109 der Verfassung von der Forterhebung der Steuern! Stark befriedigt war sie nur von der Haltung des Kriegsministers, und in der Tat hatte Roon mit Feuer und Schärfe gestritten. Ihm fiel die Hauptlast des Kampfes zu. Er liebte es zwar, seine parlamentarische Ungewandtheit zu betonen; aber das lobende Urteil der Bismarck, Kleist, Hermann Wagener über sein Rednertalent sagt nicht zu viel. Mit prinzipiellen Erörterungen konnte er seine Gegner doch nicht mehr über-

2. AAZ. 257 Sg. 14. Sept., | Berl., 12. Sept.
3. NZ. 424 Fr. 12 mg.
4. NPZ. 214 Sd. 13.

Digitized by Google

zeugen, so erklärte er gleich im Anfang die Zweckmässigkeit und finanzielle Möglichkeit der Militärfrage, die doch heftig umstritten wurden, für erledigt und bemühte sich für seine praktische Aufgabe, das Budget für 62 noch durchzudrücken, indem er die vorliegende Angelegenheit nur als Budgetfrage gelten lassen wollte, die das Haus mit patriotischem Geist erledigen solle. Und andererseits wies er mit Schärfe und Sarkasmus die Gründe der Gegner ab, indem er Einzelnes herausgriff, um es in seinem Sinn zu verwerten. Das „fortiter in re" kam allerdings dabei, namentlich in den ersten Tagen, zum Ausdruck, aber nicht das „suaviter in modo"; mitunter entfielen ihm unparlamentarische Wendungen, die dann natürlich seine Gegner nicht unerwidert liessen. Auch sachlich war nichts von Verschüchterung zu spüren. Schon jetzt mussten Roon und seine Kollegen gemerkt haben, dass ihre Bemühungen auf dem eingeschlagenen Wege aussichtslos waren.

Der zweite Verhandlungstag zeigte äusserlich ein ruhigeres Bild, und in seinem Verlaufe erhoben sich die Gemässigten zu ihren höchsten Anstrengungen, die auf Seite der Regierung eine eigentümliche Aufnahme fanden. In einer Nachschrift zu seiner Philippika über den 11. sagt der Korrespondent der Allgemeinen Zeitung, die heutige Debatte sei unzweifelhaft von einem besseren Geist belebt gewesen, die Diskussion habe sich in den Grenzen der Mässigung gehalten. Der Kriegsminister, der ruhig[5] und mit hinreissender Beredsamkeit gesprochen habe, sei von der Linken ruhig angehört worden. Neben den Ministern suchten die Altliberalen auf die Majorität einzuwirken; aber ihre Reden, die sich bald nach links und bald nach rechts wandten, waren auch für die Regierung bestimmt. Vor allem mahnten Patow, der frühere Minister, und Georg Vincke dringend zur Ver-

5. Die National-Zeitung (126 Sd. 13 mg. ‡ Berl., 12.) drückt das so aus, Roon habe sich um ein parlamentarisches Verhalten bemüht, ohne durchweg Verdächtigungen einzustreuen.

Digitized by Google

söhnung, und es war nun bedeutsam, dass sich die Minister an einzelne Momente ihrer Ausführungen anschlossen. Patow, der der Regierung sehr nahe kam, plädierte auch für sich selbst, wenn er die Gesetzmässigkeit der Reorganisation nachzuweisen suchte. Wenn auch manches verstimmt haben könne, so sei doch jetzt höchstens Indemnität nötig, und diese erfolge durch Bewilligung des Budgets. Mit dem Vorschlag dieses doch sehr sophistischen Auswegs, der über die rechtliche Begründung der Indemnitätsforderung hinwegsah, kam Patow der Regierung überaus nahe, und Heydt ging auch sofort auf ihn ein. Denn seine Annahme hätte die förmliche Bitte unnötig gemacht. In Vinckes Rede fand Roon einen Anlass zur Erwiderung. Vincke kam auf die Dienstzeit zu sprechen. Roon habe die dreijährige als unbedingt notwendig hingestellt. Aber Vincke konstatiert mit Vergnügen, dass Roon bei überwiegenden Schwierigkeiten auch schon Aenderungen seiner Ueberzeugung bei sich habe eintreten lassen. Man sei von der achtjährigen auf die siebenjährige Dienstzeit herabgegangen, bei der Kavallerie von vier Jahren auf drei, und solle daher auch jetzt einer entschiedenen Forderung des Landes nachgeben. Roon ging an dieser Erinnerung nicht vorüber, aber er wich aus. Wegen der prinzipiellen Seite hielt er eine Erörterung der Frage jetzt für untunlich; jedoch erklärte er sich davon durchdrungen, dass die Regierung ein wichtiges Interesse habe, recht bald zu einer definitiven Regelung dieser Angelegenheit zu gelangen. Diese Worte fielen sofort auf: war also die Frage für den Kriegsminister noch nicht erledigt? Ein Berichterstatter der Allgemeinen Zeitung konstatiert,[6] dass Roon bereits sehr ausweichend über die zweijährige Dienstzeit spreche. Und auch die Nationalzeitung[7] bemerkte, dass Roon, zu einer Aeusserung über zweijährige Dienstzeit veranlasst, zwar ausgewichen sei; es habe aber geschienen, dass er

6. AAZ. 259 Di. 16. Sept. ‡ Berl., 13.
7. NZ. 426 Sd. 13 mg. Deutschl. * Berl., 12.

Digitized by Google

sich nicht gegen sie erklären wollte. Als nun die Sternzeitung[8] am 14. sogar einen ausführlichen, anerkennenden Leitartikel über die Reden Patows und Vinckes brachte, unterliess man nicht, an diese Tatsachen vielseitige Kombinationen zu knüpfen.

Der Majorität konnten jedoch Ansichten, wie sie Vincke bisher geäussert hatte, nicht genügen. In der zweitägigen Ruhepause, die nun eintrat, weil am 13. die Taufe des Prinzen Heinrich stattfand, zu der das Abgeordnetenhaus eine Deputation entsandte, und der 14. ein Sonntag war, blieb der Eindruck, dass eine günstige Wendung doch nur noch durch namhafte Konzessionen der Regierung zu erwarten sei. Die sachlich in keiner Weise entgegenkommende Erklärung des Ministeriums vom 11. hatte natürlich die Neigung zum Nachgeben nicht verstärken können. Und so durfte Stavenhagen am 14.,[9] übereinstimmend mit den Pressäusserungen,[10] an Samwer schreiben: „Tut das Ministerium keine entschieden entgegenkommenden Schritte, so fällt die Abstimmung sicher nach den Anträgen der Kommission aus. Ob wir dann aufgelöst oder vertagt werden, weiss ich nicht.“ Eine andere Vorstellung durften auch die Minister nicht aus der Lage gewinnen, die vor dem Wiederbeginn der Generaldebatten des öfteren Beratungen abhielten.

Am 15. betonte zwar Heydt zu Beginn der Verhandlung noch einmal besonders scharf, dass es ganz abgesehn von den verschiedenen Ansichten über die Militärreorganisation faktisch ganz unmöglich sei, vom Etat für 1862 noch irgend etwas abzusetzen. Ein Beschluss nach dem Antrage der Budgetkommission sei unvereinbar mit der Pflicht des

8. APZ. 428 Sg. 14 mg. Nach einer Meldung der Nationalzeitung verbreitete die Sternzeitung die Reden in besonderen Abdrücken im Lande.

9. Manuskr.

10. AAZ. 257 Sg. 14. Sept. | Berl. 12.; 259 Di. 16. ‡ Berl., 13.

Digitized by Google

Hauses. Auch Bernstorff beschwor die Abgeordneten ihre Pflicht zu tun, und ebenso eindringlich sprach Roon. Aber wir können heute aus seiner Rede erkennen, dass schon ein Umschwung im Gange war. Nachdem Roon betont hatte, dass die Regierung das verheissene Gesetz über die Dienstpflicht auch einbringen werde, und dass die Landwehr nicht geschädigt sei, kam er wieder auf die zweijährige Dienstzeit zu sprechen und liess sich im Gegensatz zu seiner Haltung vom 12. diesmal näher auf sie ein. Er stellte bedeutsam fest, dass die Reorganisation in ihrem Grundgedanken mit einer bestimmten Dienstzeit nichts zu schaffen habe, und wies darauf hin, dass im Etat für 62 auch schon eine faktische Verkürzung (durch frühere Entlassung der Reserven) vorgesehen sei. Und nun[11] wandte er sich abweichend von seiner bisherigen Taktik sogar zu dem Budget für 63, das noch gar nicht zur Verhandlung stand, erwähnte, dass das Stavenhagensche Amendement bereits einen bestimmten Kürzungsplan für diesen Etat bringe, und wiederholte, dass er über die Zulässigkeit der zweijährigen Dienstzeit, namentlich über die Zulässigkeit „einer anderweit gesetzlichen Regelung" (d. h. einer gesetzlichen Verkürzung der Dienstzeit) nicht diskutieren wolle. Aber er ging nun auf die Möglichkeit der faktischen Verkürzung ein und erklärte zwar, dass die Regierung, selbst wenn sie wollte, kaum in der Lage sei, das schon für 1863 durchzuführen, aber er gab hinterher sofort die Gründe dafür an, die wesentlich technischer Natur seien. Einmal würde aus Geldmangel die Ausbildung der Rekruten leiden, und dann müsste bei Verringerung des einzelnen Bataillons um $^1/_3$ seines Bestandes die Zahl der Bataillone um $^1/_3$ vermehrt werden. Das wäre möglich, aber nicht schon im nächsten Frühjahr. Und warum kam eigentlich Roon auf diese Gründe zu sprechen? Er schliesst mit den Worten: „Ich habe dies

11. Stenogr. Berichte S. 1686.

Digitized by Google

nur hineinwerfen wollen in die Diskussion, eigentlich mehr für die Herren Amendementssteller zu dem Budget pro 1863 als im allgemeinen . . .“ Er wollte also der Minorität und dem ganzen Hause seine Stellungnahme zu dem Stavenhagenschen Amendement bezeichnen. Er sprach die technischen Bedenken aus, um anzudeuten, weshalb er noch nicht auf das Amendement eingehen könne, und tat dies in der Absicht, das Haus darauf aufmerksam zu machen, unter welchen Umständen es ihm also möglich sein würde, über die Verkürzung des Etats für 63 in Verhandlungen zu treten. Das Wort „Kompensationen“ war noch nicht ausgesprochen; aber wir wissen von ihm selbst, dass er seine Rede in der Absicht, diese Bedingung für sein Nachgeben bekannt zu machen, gehalten hat. Denn am 17. äusserte er, er habe schon am 15. erklärt, dass, wenn die Regierung auf eine weitere Verkürzung der Dienstzeit eingehen wollte, sie es kaum in der Weise tun könnte, wie das Amendement Stavenhagen es wolle. Das Amendement Stavenhagen sah keine Kompensationen vor, und deshalb hielt Roon seine Rede. Das Wesentliche in ihr war, dass Roon die Möglichkeit der Verkürzung der Dienstzeit überhaupt nicht mehr in Abrede stellte, während noch am 22. August die Sternzeitung sie kategorisch verneint hatte. Aber damals wusste man noch nicht, wie seine Worte gemeint waren. Die Nationalzeitung[12] hörte aus den vielen Einschränkungen, die er machte, jetzt nur noch heraus, dass Roon auf die zweijährige Dienstzeit nicht eingehen wolle. Die sehr energische Sprache des Ministers machte auf sie[13] den Eindruck, dass jede Brücke für eine Transaktion von Roon in der schroffsten Weise abgebrochen worden sei.

Allem Anscheine nahte die Entscheidung mit ganz negativem Resultat. Am 16. erklärte Heydt, nachdem Twesten

12. Am 16. morgens.
13. Am 15. abends.

Digitized by Google

noch vermittelnd gesprochen hatte, er wünsche dringend, dass das Haus nicht Anlass gebe, durch ein rein ablehnendes Votum Dinge herbeizuführen, die er tief beklagen würde. Das war die Drohung mit dem Konflikt, die allgemeine Sensation erregte. Nachdem dann noch einige Redner, auch Roon, das Wort ergriffen hatten, wurde ein Antrag gestellt und angenommen, die Generaldiskussion zu schliessen. Denn offenbar war Heydts Erklärung die definitive Kundgebung der Regierung. Und nun kam der erste Kommissionsantrag: 20854 Rtlr. 7 Sgr. 6 Pf. in den Etat der Kriegsbereitschaft zu verweisen und dort abzusetzen, zur namentlichen Abstimmung. Er wurde mit 273 gegen 68 Stimmen angenommen. Unter den wenigen, die dagegen gestimmt hatten, befanden sich beide Vincke, Sybel, Stavenhagen, Schwerin, Saucken, Patow, Twesten, Grabow etc. Damit wandte sich die Krisis zum Konflikt. Das Haus hatte die erste Probe abgelegt, dass es wirklich entschlossen war, unter den gegebenen Umständen die Reorganisationskosten zu streichen, und aus der überwältigenden Mehrheit für den Kommissionsantrag durfte man mit Sicherheit auf den negativen Ausgang der Abstimmungen schliessen. Nun war die Regierung vor ein entweder — oder gestellt; da leitete die Besorgnis vor dem Konflikt die „Episode" ein.

Der Versöhnungsversuch ist das Werk einiger Patrioten, denen es für einen Augenblick gelang, die Regierung für ein Entgegenkommen geneigt zu machen. Durch Abgeordnete der Minorität war auch der Versuch unternommen worden, die Majorität umzustimmen; und man kann mit Twesten[14] sagen, wäre er gelungen, dann wäre die Regierung allerdings beinahe physisch gezwungen worden, nachzugeben. Aber die Majorität wollte doch erst das Entgegenkommen der Regierung abwarten, und so kam diese

---

14. Preuss. Jahrbücher, 28. Sept., S. 308.

Digitized by Google

Vereinigung nicht zustande, die beinahe das ganze Abgeordnetenhaus zu einem Antrag zusammengeführt hätte. Besseren Erfolg hatte die Minorität bei der Regierung, welche einige Wochen später selbst diesen Vorgang bestätigte. Aber die Darstellung in der offiziösen Sternzeitung[15] ist nicht einwandfrei, wenn hier die Regierung ganz zurücktritt, und die Episode allein auf Rechnung der Abgeordneten der Minorität gesetzt wird, welche die Stimmung der Majorität überschätzt hätten. Das Scheitern der Episode hatte einen ganz anderen Grund, und andererseits dürfen wir auch das Verlangen einiger Minister, jetzt das Aeusserste zu vermeiden, stark genug anschlagen.[16]

Die Initiative freilich ging von der anderen Seite aus, die nicht aufgehört hatte, Versuche in dieser Richtung zu machen. Die Verhandlungen scheinen nur mit wenigen und ganz im Stillen geführt worden zu sein. Die Kammer war am 17. tatsächlich über die neuen Eröffnungen überrascht, und wir wissen auch von einigen hervorragenden Abgeordneten der Minorität, dass sie nicht unterrichtet gewesen

---

15. Schon am 21. September machte die Sternzeitung die Mitteilung, in Landtagskreisen sei die Ansicht ausgesprochen worden, dass eine grosse Anzahl Abgeordneter der Majorität einen Schritt der Regierung zur Erledigung des Budgets für 1862 auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse mit Freuden begrüssen würde. Viele beachtungswürdige Mitglieder der Minorität hatten geglaubt, dass es nur von der Regierung abhänge, eine Versöhnung zu erreichen. Und im Oktober führte sie in ihrer Darstellung der Landtagssession von 1862 noch eingehender aus („Innere Politik" S. 113): „Eine Anzahl von Abgeordneten der Minorität, namentlich von der altliberalen Partei, setzten allen ihren Einfluss daran, den Eintritt solcher (verfassungswidrigen) Eventualitäten zu verhindern, und gaben sich der Hoffnung hin, dass ein neuer Beweis des Entgegenkommens der Regierung in diesem Stadium einen Teil der bisherigen Majorität zum Aufgeben der bisherigen schroffen Stellung bestimmen würde. Hieraus entstand die vielbesprochene „Episode" vom 17. September".

16. Vergl. Bernstorff, Entlassungsgesuch vom 19. und Promemoria vom gleichen Tage (Bernstorff S. 537 u. 540).

Digitized by Google

waren. Denn sonst hätte der General Stavenhagen wohl nicht am 17. zu Beginn der Sitzung sein Amendement zurückgezogen, und auch Vincke, der es wieder aufnahm, wusste doch nichts von dem Vorhaben Roons. Dafür spricht allein schon seine Rede vom 19.; aber ausserdem dementieren noch die Preussischen Jahrbücher am 28. September jede Beteiligung an dem „Spiel hinter der Szene". Vinckes Verhandlungen mit Heydt, von denen er am 19. spricht, hatten schon früher stattgefunden. Wir haben nun aber auch positive Mitteilungen über die Versöhnungsversuche. Nach Philippson[17] verhandelte das Ministerium durch Simsons[18] Vermittlung mit Forckenbeck über zwei- oder zweieinhalbjährige Dienstzeit. Das Hauptverdienst fällt aber sicherlich Max Duncker, dem Rate des Kronprinzen, zu, der allen seinen Einfluss daran setzte, den Konflikt zu verhüten, und Heydt und Holzbrinck, nachher Roon vollständig für seinen Armeeplan gewonnen hatte.[19]

Wir erfahren an verschiedenen Stellen, dass Heydt und Roon sich zum Entgegenkommen vereinigt hatten.[20] Bernstorff, der später ein entschiedener Vertreter der Minorität war,[21] kann nur ihrer Ansicht gewesen sein. Bei ihm und bei Heydt ist auf Grund des früher Gesagten die Nachgiebigkeit jetzt, wo tatsächlich in wenigen Tagen der Konflikt eintreten musste, ohne weiteres zu verstehn. Roons Haltung aber war vor dem Beginn der Plenarverhandlungen

17. Phil., Forckenbeck S. 90.

18. Im Nachlass Simsons haben sich irgendwelche Dokumente seiner Tätigkeit in diesem Augenblick nicht gefunden, wie mir Herr Geh. Justizrat A. v. Simson in Berlin auf eine diesbezügliche Anfrage freundlichst mitteilte.

19. Brief Dunckers an Samwer vom 26. September: Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III. Beilage 3.

20. Bernhardi IV, 333; V, 18[19]. Duncker an den Kronprinzen, 22. Sept. (Mitteilung Heydts): Ulmann, Hist. Vierteljahrsschr. V, S. 68.

21. Vergl. Bernstorffs Entlassungsgesuch vom 19. und sein Promemoria vom gleichen Tage: Bernstorff S. 537 und 540.

Digitized by Google

so zu definieren, dass er zwar auf Vorschläge ohne grössere Konzessionen eingegangen, im andern Falle jedoch wohl zum Konflikt entschlossen gewesen wäre. Damals glaubte er allerdings die Katastrophe noch nicht in unmittelbarer Nähe, und wir kennen bereits das Motiv, das im innersten Grund sein Handeln bestimmt, sodass man annehmen müsste, es hätte ihn nun, wo der entscheidende Augenblick plötzlich so nahe war, in seinen Entschlüssen geleitet. Und in der Tat, wenn die Rücksicht auf Preussens Macht und Ansehn sein oberster Beweggrund ist, dann dürfte kein Zweifel darüber bestehn, wie seine Stellungnahme in diesen Tagen zu verstehn ist; es würde sich auch zeigen, dass der „Umfall" vom 17. nicht gegen jenes Erklärungsmotiv spricht. Aber nun wurden schon früh Bedenken über Roons Handlungsweise ausgesprochen; sie liessen sich jetzt aus andern Gründen sogar noch vermehren. Und so müssen diese daher erst beseitigt werden, wenn wir die Haltung des Kriegsministers einwandfrei beurteilen wollen.

Die Erklärung Roons am 19., nach der Episode, er sei am 17. über den Antrag Bockum-Dolffs, das Haus zu vertagen, überrascht gewesen, wurde noch in derselben Sitzung von Vincke und von Bockum-Dolffs selbst mit überzeugenden Gründen zurückgewiesen. Roon hätte dann, wie Vincke[22] auseinandersetzte, entweder überhaupt an einer entgegenkommenden Tendenz des Hauses gezweifelt, oder er hätte seine eigenen Worte zu gering angeschlagen, oder eine andere Auslegung hineingelegt, als jeder wohlwollende Beurteiler darin finden musste. Beides ist aber unmöglich. Roon kam mit Konzessionen, nachdem sich die Regierung bisher gänzlich ablehnend verhalten hatte. Er bewilligte schon den Abstrich von 223000 Talern (vom Etat für 62) und liess noch mehr erhoffen. Er musste also annehmen, dass seine überraschenden Erklärungen beim Hause Sensation hervorrufen würden, und Vincke hatte Recht zu sagen, dass er seit

22. Stenogr. Berichte S. 1756.

Digitized by Google

drei Monaten von einem bedingungsweisen Entgegenkommen der Linken überzeugt gewesen sei. Wir wissen, wie genau das Roon bekannt war. Und andererseits genügt nur ein Blick auf seine Rede,[23] um sich zu vergewissern, dass Roon von der Bedeutung seiner Worte durchdrungen war. Er begann mit der Versicherung, dass die Regierung den Konflikt nicht wolle, machte in ihrem Namen die Konzession der 223000 Taler, kam dann, wie er sich selbst ausdrückte, auf „den Kern der Frage", die Kürzungen im Etat für 63 zu sprechen, wobei er Andeutungen über die Bedingungen machte, unter denen die Regierung darauf eingehn könnte, und schloss, nochmals mit der feierlichen Beteuerung, dass die Königliche Staatsregierung keineswegs auf einen Konflikt spekuliere, sondern das Bedürfnis fühle, eine Einigung herbeizuführen. Das ist alles im vorsichtigsten, abwägendsten Tone gesagt, sodass Roon über den Eindruck seiner Worte auf die Abgeordneten nicht überrascht gewesen sein kann. Und er war dies auch am 17. so wenig, dass er weder zum Schluss der Plenarsitzung noch in der darauffolgenden Sitzung der Budgetkommission irgend ein Wort der Art äusserte. Bockum-Dolffs[24] macht am 19. auf diesen schlagendsten Gegenbeweis aufmerksam, indem er sehr fein bemerkt, der Kriegsminister hätte ja gleich in der ersten Sitzung der Budgetkommission erklären können, dass die Regierung ein solches Entgegenkommen (die Vertagung) von Seiten der Landesvertretung doch nicht annehme, dass es Sache des Hauses sei, die Beratungen ohne Vertagung fortzuführen. Aber im Gegenteil erklärte der Kriegsminister, dass er mit dem Staatsministerium erst zu konferieren habe. So war also Roons Wort nur eine Ausflucht, zu der er in seiner Bedrängnis am 19. griff.

Schon damals ahnte man etwas von den Vorgängen, die sich inzwischen im Schosse der Regierung abgespielt

23. Stenogr. Berichte S. 1738.
24. Stenogr. Berichte S. 1757.

Digitized by Google

hatten, indem Vincke und Simson die Vermutung aussprachen, Roon wäre vielleicht nach den Sitzungen vom 17. auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen. So hatte man also für den Ausgang eine Erklärung. Aber wie war das plötzliche Auftauchen und Verschwinden der Versprechungen zu verstehn? Man nahm nun nicht an, dass die Regierung in den wenigen Zwischenstunden wieder alles das zurückgenommen haben könne, was sie eben erst öffentlich verheissen zu haben schien, sondern allgemein wurde die Vermutung laut, dass Roon über seine Ermächtigung hinausgegangen sei und dann nicht die Zustimmung des Königs gefunden habe. Es handelte sich hierbei um die Verheissungen oder Andeutungen für 63; denn die Konzession der 223000 Taler für 62 war formell im Namen der Regierung gemacht worden und wurde auch nach dem Scheitern der Episode aufrechterhalten. Man konnte nun Roons Handlungsweise auf zwei Arten erklären, und beide finden wir angewandt. Die Berliner Allgemeine Zeitung[25] suchte tatsächlich — allerdings noch ehe sie von der Sitzung des 19. Kenntnis haben konnte — den Grund in der Ueberraschung des Kriegsministers durch den Antrag Bockum-Dolffs. Obwohl er ihr selbst sehr unwahrscheinlich vorkam, meinte sie, Roon sei durch ihn veranlasst worden, etwas mehr in Aussicht zu stellen, als er positiv ermächtigt war, vielleicht in der geheimen Hoffnung nachträglicher Genehmigung. Auf andere Art konnte man, in der Voraussetzung, dass Roon eigenmächtig gehandelt habe, sein Vorgehen nur noch verstehn, wenn man es als beabsichtigt annahm. Auch hier gab es zwei Möglichkeiten. Die Absicht konnte auf Versöhnung gerichtet sein, indem die Minister den König durch die Erklärung vor eine vollendete Tatsache stellen und dadurch zum Nachgeben bestimmen wollten. Wir finden diese Deutung in einer Korrespondenz

25. AAZ. 265 Mo., 22. Sept., Berl., 19.

Digitized by Google

der Augsburger Allgemeinen Zeitung,[26] die dabei Heydt, der gewohnt sei, „selbst Geschichte zu machen," die Initiative zuschreibt. Konnte aber die Absicht Roons etwa auch auf die Beförderung des Konflikts hinausgehn? Dagegen schreibt die Berliner Allgemeine Zeitung nach ihrem eigenen Erklärungsversuch mit sehr einleuchtenden Gründen: „Vollkommen unmöglich ist nur, dass dem ganzen Vorfall irgend eine bestimmte Absicht zu Grunde lag; denn wenn das Ministerium mit dem grössten Raffinement ein Mittel gesucht hätte, die ohnehin schon aufgeregte Stimmung noch mehr zu reizen und der eigenen Sache zu schaden, so hätte es kein passenderes finden können, als heut eine plötzliche Hoffnung anzuregen und morgen sie wieder mit der grössten Gemütsruhe abzuschneiden." Wir dürften uns jetzt schon diesen Worten anschliessen, um die Frage der Stellungnahme Roons zu entscheiden, und es bliebe nur noch zu erörtern, ob Roon beauftragt war oder nicht; aber wir müssen die Möglichkeit, dass er den Konflikt habe befördern wollen, erst noch im Zusammenhang mit seinen auf die Ernennung Bismarcks gerichteten Absichten untersuchen.

Am 14. abends oder am 15. früh wird Roon Bismarcks Brief vom 12. erhalten haben, der ihm nur vierzehn Tage (bis zum 1.) Zeit gewährte, um die gewünschte Gewissheit zu verschaffen, d. h. im Sinne Roons, um beim Könige einen Entschluss über den Termin der Berufung Bismarcks zu erzielen. Kann ihn diese unerwartete, seine Pläne gefährdende Nachricht veranlasst haben, die Dinge zu einem raschen, jähen Ende zu bringen, das Ministerium zu sprengen,[27] um für Bismarck den Boden zu bereiten? Diese Annahme ist durchaus zu widerlegen. Wenn Roon eine derartige Absicht gehabt hätte, dann brauchte er nicht das Manöver mit den Konzessionen; ohne die Episode wären

---

26. AAZ. 265 Mo., 22. Sept., Beilage. Verm. Nachr. ‡ Berl., 20.

27. Dass Roon solche Absichten zugetraut werden dürfen, beweisen seine eignen Worte in seinem Brief vom 18. 6. 61 an Perthes. Roon[5], S. 23.

Digitized by Google

die Dinge noch viel rascher gegangen. Am 16. vormittags erfolgte die schwere Niederlage der Regierung in der ersten Abstimmung, und damit war der Augenblick für die versöhnungsfreundlichen Minister gekommen, mit ihren Wünschen hervorzutreten. Wenn nun Roon den Konflikt schnell herbeiführen wollte, dann hätte er nicht scheinbar auf Konzessionen eingehen dürfen, sondern gerade gegen sie auftreten müssen. Durch die Episode wurde der Konflikt nur verzögert, während ohne sie die Abstimmungen einen raschen Fortgang genommen hätten. Und ohne die Episode wäre die Lage am Ende wahrlich ernst genug gewesen, sodass Roon nicht noch eine Verschärfung für seine Zwecke brauchte. Das Resultat der Debatten und damit die Wirkung auf den König wäre so oder so dieselbe gewesen. Die Minister aber hätten sich ohne die Episode noch früher entscheiden müssen, ob sie den Konflikt mitmachen wollten oder nicht. Roons Absichten konnten also durch ein täuschendes Verhalten in der Konzessionsfrage nicht gefördert werden; ja sie hätten sogar durchkreuzt werden müssen, wenn der König auf die Ermässigungen eingegangen wäre, und so würde sich Roon selbst hinderlich geworden sein. Das Terrain, für Bismarck zu wirken, konnte für ihn durch die Episode in keiner Weise günstiger gestaltet werden.

Ein anderer Zweck wäre aber garnicht möglich. Denn wie wäre es auch denkbar, dass Roon die Lage der Regierung noch hätte verschlechtern wollen! Es ist vielmehr auch bei ihm die versöhnende Absicht anzunehmen, und dafür haben wir nun auch die besten Zeugnisse. Seine eigenen Worte aus den Sitzungen vom 17., besonders der Hinweis in der Kommission, dass das Staatsministerium noch bindende Beschlüsse zu fassen habe, sind jetzt anzuführen. Wir haben dann von Duncker[28] die Mitteilung, dass Roon sich mit

---

28. Duncker an den Kronprinzen, 22. Sept. (Mitteilung Heydts): Ulmann S. 68.

Digitized by Google

Heydt über die Notwendigkeit von Konzessionen und ihre gemeinsame Vertretung dem Könige gegenüber verständigt habe. Duncker hatte den Ministern seinen Armeeplan, der die Kürzung der Dienstzeit und Kompensationen für die Regierung vorsah, vorgelegt, und Roon war „vollständig" darauf eingegangen.[29] Ja, Duncker sagt uns sogar in seinem Bericht vom 19. September,[30] dass Roon noch nach der Episode, am 18. September nachmittags, wie Heydt „die zweijährige Dienstzeit ebenfalls" empfohlen habe. Diese Nachrichten eines an dem Versöhnungswerk hauptsächlich beteiligten Mannes beweisen vollständig die obige Annahme, und sie werden noch verstärkt durch die aus offenbar sehr guter Quelle stammende Mitteilung eines fremden Beobachters, des englischen Gesandtschaftsattachés Morier,[31] „dass Heydt und Roon, beide von den Debatten tief erschüttert" . . . „wirklich ihr Mögliches getan haben, um den König zu bewegen, Friedenspräliminarien zu unterschreiben . . ." „In dem Glauben, dass dies wirklich zu erreichen wäre, hat Roon gestern (am 17.) so gesprochen."

Damit dürfte jeder Zweifel über Roons Absichten beseitigt sein, und das letzte Zeugnis weist uns auch schon auf die Gründe seines Verhaltens hin. Roon war „tief erschüttert". Eher, als er erwartet hatte, war er vor die Notwendigkeit gestellt worden, sich zu entscheiden. Jetzt, wo die Taktik der Regierung, die Reorganisationskosten noch einmal im Extraordinarium bewilligt zu erhalten, gescheitert war, hätte Roon den Entschluss, an den er für den äussersten

29. Duncker an Samwer 26. Sept., Philippson, Beil. 3. Dieser Brief ist die Antwort auf ein Schreiben Samwers vom 23. (Manuskr.), welches auf den Inhalt des Armeeplans eingeht.

30. Dunckers Bericht vom 19. September, bei Philippson (Beil. 1) als „Amtliche Niederschrift" wiedergegeben, war an die Kronprinzessin gerichtet. Das ergibt sich aus den Anfangs- und Schlussworten des Originals, die Philippson weglässt.

31. Manuskr., 18. Sept., an Samwer.

Digitized by Google

Fall gedacht hatte, ausführen müssen. Aber vor der Tat bebte er nun doch zurück. Die Opposition hatte sich so unerschüttert gezeigt und war in so übergrosser Mehrheit aufgetreten, dass die schlimmsten Verwicklungen zu befürchten waren. Roon durfte nun zwar durchaus annehmen, dass die Regierung mit oder ohne Gewalt den Konflikt siegreich durchgekämpft hätte, aber er schauderte vor den zersetzenden Stürmen, die das Land durchtoben mussten, so sehr zurück, dass er den Vermittlungsversuchen sein Ohr lieh. Innerlich wankend geworden und auch körperlich stark angegriffen,[32] liess er sich für Konzessionen gewinnen, die das Mass dessen, was er bis dahin vielleicht noch hätte gewähren wollen, stark überschritten. Ein geringeres Entgegenkommen, als mit Duncker vereinbart wurde, würde die Majorität nicht mehr umgestimmt haben; aber das Wesen der Reorganisation hat Roon allerdings auch nicht antasten lassen. So wurde Roon, durch die Verhältnisse gezwungen, aber wahrlich wohl unter schweren Bedenken, zur Nachgiebigkeit bereit. Er hatte bisher schon wiederholt, so im September 1859, vor seiner Ernennung zum Minister, die Kunst bewiesen, auf Einzelheiten nicht starr zu bestehen, wenn es die Sache galt. So ist auch jetzt sein Entgegenkommen in der Frage der Dienstzeit zu verstehen. Er selbst hatte am 15. in der Kammer erklärt, dass diese Frage mit dem Wesen der Reorganisation nichts eigentlich zu tun habe; er durfte also ebenfalls hier noch nachgeben, zumal er auf reichlichen Kompensationen bestand. Weit grössere Ueberwindung wird ihn der Gedanke gekostet haben, durch seine Willfährigkeit dem Liberalismus den Sieg in die Hände zu geben. Aber sein tieferer politischer Gesichtspunkt siegte, und zudem durften ihn Heydt und Bernstorff an die Denk-

32. Roon befürchtete das schon Anfang August (2. 8. an Perthes). Am 20. September musste er nun wirklich Perthes schreiben, dass seine Nerven einigermassen erschüttert wären. Vergl. auch die Schles. Ztg. 433, Mi 17. Sept.: Roon befinde sich in nervöser Aufregung.

Digitized by Google

schriften vom 13. März und 9. September[33] erinnern, die er selbst mit unterzeichnet hatte. Auf diese Weise kam es, dass Roon mit Heydt und Duncker paktierte, und er würde wohl dabei geblieben sein, wenn nicht später ein Ereignis eingetreten wäre, von dem er allerdings noch eine stärkere Gefährdung der Monarchie befürchten musste, als sie der Konflikt gebracht hätte. Die Abdankungsabsicht des Königs verursachte seine zweite Schwenkung. Aber wir können andererseits auch sagen, hätte der König Dunckers Armeeplan angenommen, das Abgeordnetenhaus aber nicht, so würde Roon ebenfalls zu seinem früheren Entschluss zurückgekehrt sein.

Den Beginn der Verhandlungen zwischen den Ministern, Duncker und den Abgeordneten werden wir nicht lange nach dem 11. anzusetzen haben. Schon am 12. äusserte sich Roon über die zweijährige Dienstzeit, am 15. machte er die versteckten Andeutungen, auf welcher Linie er für Kürzungen zu haben sei; und am 16. nach der offenen Niederlage der Regierung dürfte er für Dunckers Armeeplan fest gewonnen worden sein. Nach Dunckers Angabe[34] war Roon erst nach Heydt und Holzbrinck auf die Vermittlungsvorschläge eingegangen. Hat nun vielleicht der 16. auf den Umfang der Abmachungen eingewirkt? Wir finden nämlich, dass Roon am 15. noch nicht von der weiteren Verkürzung des Etats für 62 sprach; aber es ist vielleicht noch wahrscheinlicher, dass er damals nicht mehr sagen wollte. Jedenfalls ist uns bekannt, welche Vereinbarungen zum Schluss getroffen wurden. Für 1862 einigte man sich natürlich auf den Abstrich der 223000 Taler, wie das Amendement Stavenhagen vorschlug. Noch am 18. hielt die Regierung diese Konzession aufrecht. Und für 1863 nahm

33. Tatsächlich waren diese Denkschriften später ein Argument, das Bernstorff für die Minorität verwertete. s. Promemoria vom 19. Sept.

34. 26. Sept. an Samwer.

Digitized by Google

man den Vorbehalt des Amendements an, der durch Kürzungen geeigneter Stellen des Etats die zweijährige Dienstzeit erzielen wollte. Das Gesetz zur Regelung der Dienstpflicht in Linie und Landwehr, das die Regierung schon lange versprochen hatte, durften die Minister auch zusagen. Aber es ist die Frage, ob diese privaten Abmachungen noch weiter gingen. Was konnte der Minorität daran gelegen sein, dass nur für 1863 die Dienstzeit gekürzt wurde? Es ist das der Punkt, der am 19. Majorität und Minorität mit einem Mal deutlich machte, dass sie in ihren Ansichten sich weit näher standen, als bis dahin zu Tage getreten war. Die Kürzungen im Etat für 63 waren nur eine Konzession, die über den Augenblick hinweghalf. Wenn sie den Frieden begründen sollte, dann musste die Konzession dauernd gewährt werden; wir werden daher zu der Frage genötigt, ob das die Vermittler von den Ministern verlangten. Andererseits wissen wir, dass der Regierung Kompensationen zugesichert wurden. Nach Hegels Erinnerungen trat Roon im Conseil vom 17. für die zweijährige Dienstzeit ein und nannte als Kompensation stehende Lager. Ein anderes Zeugnis haben wir durch Bernhardi von Duncker. Am 26. Dezember unterhielt sich Bernhardi[35] mit Duncker über die Möglichkeit der zweijährigen Dienstzeit. Duncker bejahte sie, wenn pro Bataillon achtzig Berufssoldaten und stehende Lager eingerichtet würden, und bemerkte dazu, dass Roon mit Heydt im Herbst darüber schon einig war. Also Vermehrung der Kapitulanten und stehende Lager waren die Kompensationen. Da nun derartige Zusicherungen sich nicht bloss auf ein Jahr erstrecken konnten, so geht daraus mit zwingender Gewissheit hervor, dass man sich in den Vereinbarungen mindestens auf eine dauernd faktische zweijährige Dienstzeit geeinigt hat. So werden die Nachrichten zu verstehen sein, die an Abmachungen über zweijährige Dienst-

35. IV, 330—33.

Digitized by Google

zeit sprechen. In der schon mehrfach zitierten Mitteilung Heydts an Duncker heisst es, dass Roon sich mit Heydt über die Notwendigkeit und gemeinsame Vertretung dem Könige gegenüber betreffs der eventuellen Möglichkeit einer bloss zweijährigen Dienstzeit verständigt habe. Samwer äussert sich in seinem Schreiben an Duncker vom 23. September[36] über Dunckers Armeeplan und bespricht beiläufig einzelne Punkte desselben wie die zweieinhalbjährige Dienstzeit und die Kapitulantenfrage. Die schon oben erwähnte Unterredung Bernhardis mit Duncker vom 26. Dezember ist hier auch heranzuziehen; und schliesslich haben wir noch eine Mitteilung Heydts desselben Inhalts, der im Januar des nächsten Jahres Bernhardi[37] ausdrücklich zugab, dass er mit Roon über eine Modifikation der Militärvorlagen — mit zweijähriger Dienstzeit — bereits einig war. Da schliesslich Roon in der Kommissionssitzung vom 17.[38] noch die Andeutung machte, dass die Regierung auch für Erhaltung der Landwehr sei, und zwar in einer Form, die den ursprünglichen Bestimmungen näher stünde als die bisherige, so ist vielleicht auch dieser Wunsch in dem „Armeeplan" enthalten gewesen. Und so dürfen wir wohl als Resultat der privaten Abmachungen folgende Punkte annehmen: Annahme des Amendements Stavenhagen in seinen wesentlichen Zügen (es konnte natürlich noch offen bleiben, welche Positionen zu streichen seien), dafür Kompensationen wie Vermehrung der Kapitulanten und stehende Lager, und infolgedessen dauernde zweijährige Dienstzeit, und schliesslich Zusicherungen in der Landwehrfrage.

Es kam nun darauf an, den König zu gewinnen, und

---

36. Manuskr. Die Antwort Dunckers vom 26. September ist von Philippson mit geringen Weglassungen wiedergegeben worden.

37. V, 18 19.

38. Ueber die Kommissionssitzung gleichlautende Berichte in den liberalen Zeitungen, aus denen die Kreuzzeitung wörtlich abdruckt: NZ. 434 Do. 18. Sept. mg.; VZ. 218 Do. 18. Sept.

Digitized by Google

Heydt und Roon verständigten sich darüber.[39] Am Nachmittag des 16. wurden sie in Audienz empfangen. Dem König wird das Resultat der Abstimmung bald gemeldet worden sein. Er war schon mittags[40] von Babelsberg nach Berlin herübergekommen, nahm hier den Bericht des Militärkabinetts[41] entgegen, erteilte dann dem Herrenhauspräsidenten Grafen Eberhard Stolberg-Wernigerode[42] eine Audienz und empfing ausserdem noch die Minister Bernstorff,[43] Heydt,[44] Roon,[45] Itzenplitz,[46] Mühler.[47] Abends fand darauf von 7 bis $^3/_4$9 in seinem Palais ein Conseil[47] statt. Man kann an diesen Audienzen sehen, wie sich im letzten Augenblick vor der Entscheidung noch die verschiedensten Einflüsse auf den König geltend machten, um ihn in der oder jener Richtung zu einem Entschlusse zu bewegen. Auf der einen Seite bemühten sich die Militärs und Feudalen, auf der anderen die Minister; die einen gegen alle Nachgiebigkeit, die andern für Konzessionen.

Wir hatten den König am 10. September verlassen, als er dem Staatsministerium erwiderte, er bleibe auf der bisherigen Ansicht, bei Streichung des Etats ohne Budget zu regieren, stehn, und daraufhin verfügte, er werde die Angelegenheit in einem Conseil beraten lassen. Am 13. war der König nach Babelsberg zurückgekehrt, und nun war der Augenblick gekommen, wo König und Ministerium gezwungen waren, sich über die zu ergreifenden Mass-

39. Duncker an den Kronprinzen, 22. Sept.: Ulmann S. 68.
40. VZ. 217 Mi. 17. Sept. StA. 217 Mi. 17. Berl., 16.
41. StA. 217 Mi. 17. Berl., 16.
42. VZ. 218 Do. 18.
43. StA. 217 Mi. 17. Berl., 16.; VZ. 217 Mi. 17.; NPZ. 218 Do. 18. Berl., 17.
44. StA. 218 Do. 18. Berl., 16. VZ. NPZ.
45. VZ. 217 Mi. 17. NPZ.
46. StA. 218 Do. 18. Berl., 16. VZ. 17.
47. NZ. 433 Mi. 17. ab. NPZ. 218 Do. 18.

Digitized by Google

regeln zu einigen. Der 16. hatte den ernstesten Anlass gegeben, in dem Conseil, das abends stattfand, dem ersten nach der Rückkehr des Königs, die fragliche Angelegenheit durchzuberaten. So entschlossen nun auch Wilhelm sein mochte, er fand eine Grenze an dem Widerstand der Minister. Was sollte er tun, wenn diese beharrlich blieben? Durfte er es jetzt noch ohne weiteres zu einer Kabinettskrisis kommen lassen, wo er keinen Ersatz bereit hatte? Und nun erfuhr er sogar, dass selbst Roon ihm zu Konzessionen riet. So kam es dazu, dass der König doch noch schwankend wurde und sich auf die Seite der Konfliktsgegner neigte. Die Tatsache der Nachgiebigkeit überhaupt steht fest: denn Roon machte am 17. die Konzession der 223000 Taler im Namen der Regierung, ermächtigt und beauftragt; und der König selbst sagt in seinem Briefe an Vincke-Olbendorf vom 2. Januar 1863, dass er darauf eingegangen sei. Aber fraglich ist, wie weit die Abmachungen im Conseil vom 16. sich erstreckt haben.

In dem eben erwähnten Briefe[48] äussert sich der König auch über den entscheidenden Punkt, den Vorbehalt zum Etat für 63; aber seine Darstellung ist, nur ein Vierteljahr nach den Ereignissen, doch so voller Irrtümer, dass wir sie nicht benützen können, um die Haltung des Königs zu definieren. Nach der Erörterung der Konzessionsfrage im allgemeinen, heisst es in dem Briefe wörtlich weiter: „Dies (das Abgeordnetenhaus) aber wollte es (Konzessionen machen) unter keiner Bedingung, und die sogenannte „Episode" bewies wohl mehr wie sonnenklar, dass uns eine Falle nach der anderen gelegt werden sollte, in welche sogar Ihr Vetter Patow und Schwerin fielen durch die Schlechtigkeit des Bockum-Dolffs. 234000 Reichsthaler soll-

48 Schneider I, 194|97. Ged. u. Er. I, 332|34. Berner II, 43. Hier nach den G. u. E. zitiert; Berner lässt gerade die wichtigen Charakteristika der Schreibweise weg.

Digitized by Google

ten noch pro 1862 abgesetzt werden, um das Budget annehmen zu können, während der Kern der Frage erst 1863 zur Sprache kommen sollte; dies lag gedruckt vor; und als ich darauf eingehe, erklärt nun erst Bockum-Dolffs, dass ihrerseits, d. h. seiner politischen Freunde, dies Eingehen nur angenommen werden könne, wenn sofort in der Kommission die Zusage und anderen Tags im Plenum das Gesetz einer zweijährigen Dienstzeit eingebracht werde. Und als ich darauf nicht eingehe, verhöhnt uns B. D. durch seine Presse: „Nun solle man sich die Unverschämtheit der Regierung denken, dem Hause zuzumuten, um 234 000 Reichsthaler Frieden anzubieten!“ Und doch lag nur dies Anerbieten Seitens des **Hauses** vor! Ist jemals eine grössere Infamie aufgeführt worden, um die Regierung zu verunglimpfen und das Volk zu verwirren?“

In dieser Darstellung der Ereignisse jener Tage, die an Deutlichkeit der Empfindung nichts zu wünschen übrig lässt, stellt sich also der König die Sache so vor, dass das Abgeordnetenhaus zum Vergleich mit der Regierung ein Anerbieten drucken liess, den Etat für 62 zu bewilligen, wenn noch 234000 Taler abgesetzt würden, und dann den Kern der Frage erst 63 zu verhandeln. Darauf sei er eingegangen; da habe nun erst gegen die Verabredung (das ist die „Schlechtigkeit des Bockum-Dolffs“, die „Falle“, die der Regierung gelegt werden sollte) Bockum-Dolffs im Namen seiner Fraktion sofort die gesetzliche zweijährige Dienstzeit verlangt, sodass die Verhandlungen daran gescheitert seien. Das Abgeordnetenhaus habe aber durch dieses Manöver die Regierung ins Unrecht setzen wollen, um das Volk gegen sie einzunehmen. Diese Darstellung verwirrt völlig den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse und enthält im einzelnen viele Unrichtigkeiten.

Vor allem lag kein gedruckter Antrag des Hauses vor, der eine Verständigung herbeiführen sollte, und nun erregt gerade die Ansicht, dass dem doch so sei, den Haupt-

Digitized by Google

zorn des Königs. Nur eine kleine Minorität hatte, nicht für die Regierung, sondern für das Haus zu den Etats für 62 und 63 Amendements eingebracht, die der König tatsächlich meint. Das waren unverbindliche Wünsche von wenigen Abgeordneten, die die Minister und das Haus für ihre Erfüllung gewinnen wollten und bei jenen auch nur ein bedingtes Entgegenkommen fanden, bei diesen aber zunächst keins. Diese Amendements lagen gedruckt vor. Vielleicht wurden sie in der Erinnerung des Königs deshalb zu Anträgen des Hauses, weil er ihre Antragsteller Stavenhagen und Genossen, zur liberalen Majorität rechnete, wie dies auch die bekannten Hegelschen Erinnerungen tun. Dieser Irrtum verfälscht aber nun natürlich seine ganze Auffassung; deshalb misst er dem aufgetretenen Wunsche nach gesetzlicher, zweijähriger Dienstzeit eine ganz falsche Bedeutung bei und sieht in dem ganzen Vorgang eine Falle für die Regierung.

Aber der König begeht noch einen zweiten, schweren Irrtum. Er interpretiert das Amendement Stavenhagen für 62 auch falsch. Freilich wollte dieses im Etat für 62 noch 223435 Taler (nicht 234000, wie der König schreibt) absetzen; aber dies nur unter dem bekannten Vorbehalt für 63. Die Amendementssteller hätten den Etat für 62 nicht bewilligt, wenn nicht sofort für 63 die geforderten Reduktionen zugesagt worden wären. Der König trennt aber beides; nach ihm sollte der Etat für 62 allein schon nach den Abstrichen für dieses Jahr bewilligt werden, der Kern der Frage aber (diesen Ausdruck wandte Roon am 17. an) erst 63 zur Sprache kommen.

Eigentümlich ist ein weiteres Versehen des Königs. Ueber Bockum-Dolffs, den Vorsitzenden der Budgetkommission, ist der König so sehr erzürnt, weil er jenes plötzliche, angeblich wider den Antrag des Hauses laufende Verlangen nach sofortiger Einbringung des Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit gestellt haben soll. Sehen wir nun aber

Digitized by Google

die Protokolle nach, so ergibt sich, dass Bockum-Dolffs über dieses Thema überhaupt nicht gesprochen hat, sondern nur am Schluss der Plenarsitzung den bedeutungsvollen Vertagungsantrag stellte, mit einer darauffolgenden geschäftlichen Bemerkung, und später in der Kommission nur einmal konstatierte, dass das Haus mit der Vertagung seine Bereitwilligkeit zur Verständigung ausgedrückt habe. Nach Roons Erklärung wurde allerdings, aber natürlich nicht aus Hinterlist gegen vorher gemachte Zusagen, wie der König annimmt, sofort die Forderung der zweijährigen Dienstzeit erhoben; jedoch nicht Bockum-Dolffs, sondern Hennig brachte sie vor. Sollte nun vielleicht der Zorn des Königs über den Herrn von Bockum-Dolffs mit dessen Vertagungsantrag zusammenhängen? Dieser Antrag war nach der Roonschen, plötzlich stark entgegenkommenden Erklärung durchaus berechtigt, er dokumentierte, wie Bockum-Dolffs nachher sagte, durch die überwältigende Mehrheit, die er fand, das Versöhnungsbedürfnis des Hauses. Aber er war freilich auch eine klug vorausschauende Massregel. Denn wäre nichts erfolgt, und natürlich konnte nach Roons Worten, die noch nicht abschliessend waren, das Haus sich nicht plötzlich g e g e n den Antrag der Budgetkommission erklären, so hätte ganz zweifellos die Regierung, wie Roon schon andeutete, die Schuld des also misslungenen Versöhnungsversuches dem Abgeordnetenhause sofort zugeschoben. Der Antrag Bockum-Dolffs aber brachte das Haus in die beste Position; jetzt war es an der Regierung, sich weiter zu erklären. Als aber nun die Episode scheiterte, da befand sich natürlich die Regierung durch die Vertagung in noch schlechterer Lage. Vielleicht hat also der Zorn des Königs hier seine Quelle. Dann verschoben sich ihm freilich die auch noch getrübten Erinnerungsbilder: denn zu dem schweren Vorwurf der Infamie kommt er infolge seiner irrtümlichen Meinung von dem Antrag des Hauses.

Digitized by Google

Sehen wir nun von der unerklärlichen Hineinziehung der Patow und Schwerin, die vom 17. bis 19. nicht als Redner aufgetreten sind, in diese Angelegenheit ab und wenden wir uns zu dem sachlich für uns wichtigsten Punkte, der plötzlichen Forderung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit, so fällt sofort die Aehnlichkeit zwischen der Darstellung des Königs und der offiziösen der Sternzeitung vom Oktober 1862[49] auf. Nachdem hier der tiefe Eindruck, den die Roonsche Erklärung „trotz ihrer Vorbehalte" auf das Haus gemacht habe, gekennzeichnet worden ist, wird nun der Einspruch Hennigs als „das sofort hervortretende Bestreben der Fortschrittspartei diesen Eindruck niederzuhalten", charakterisiert; und der Verlauf der Kommissionssitzung wird so dargestellt, als ob der „Keim einer versöhnlichen Stimmung" durch das von Seiten der Fortschrittspartei auftretende Verlangen, sofort positive Zugeständnisse inbetreff des Gesetzes und der prinzipiellen Erledigung der Militärfrage zu erhalten, vernichtet worden wäre. Darauf hätte der Minister nach Lage der Verhältnisse eben nicht eingehen können. Auch hier wird also, wenn auch die Irrtümer des Königs nicht begangen werden, die Schuld am Scheitern der Episode dem „sofort hervorgetretenen" Verlangen der Majorität nach zweijähriger Dienstzeit zugeschrieben. In der Darstellung des Königs tritt freilich noch die besondere Nuance hinzu, dass die Forderung gegen den ursprünglichen Antrag des Hauses erhoben worden sei. Sollen wir nun aber aus den Worten des Königs den Schluss ziehen, dass ihm diese Forderung am Abend des 16. nicht vorgelegt worden ist? Dass also Roon am 17. die Andeutungen über den Etat für 63 auf eigene Faust, d. h. nur im Einverständnis mit seinen Kollegen, machte? Denn wir wissen bereits, dass er mit Heydt über die zweijährige Dienstzeit einig war. Aber

49. „Innere Politik" S. 115.

Digitized by Google

nun zeigt sich eben, dass die Auseinandersetzung des Königs nicht zu benützen ist. Das angeblich von Bockum-Dolffs gestellte Verlangen erscheint ihm so ungeheuerlich, weil er das Amendement Stavenhagen unrichtig wiedergibt. Unmöglich kann aber am 16. beschlossen worden sein, dem Hause bloss die Konzession der 223000 Taler zu gewähren. Für diesen geringen Preis war der Friede jetzt nicht mehr zu haben. Man müsste denn gerade annehmen, das Conseil habe dem Hause dieses Zugeständnis in der Hoffnung machen wollen, dass die Abgeordneten nicht darauf eingehen würden! Und das ist gar nicht einmal möglich, weil das starke Versöhnungsbedürfnis der Abgeordneten bekannt war. Vielmehr wurde in dem Conseil in dem Sinne verhandelt, dass die Kürzungen im Etat für 63 der Vorbehalt für die Bewilligung des Budgets pro 62 seien. Das geht aus den Eröffnungen Roons vom 17. aufs deutlichste hervor.

Oder ist nun Roon hier eigenmächtig vorgegangen? Nach den schon oben gemachten Darlegungen und infolge der Tatsache, dass er mit Heydt einig war, könnte dies nur in versöhnender Absicht geschehen sein. Es wäre nun sehr eigentümlich, dass Roon, der erst gar nicht daran dachte, jetzt in seiner Nachgiebigkeit sogar so weit gegangen sein soll, dass er, vielleicht in der Besorgnis, der König könne ihm nicht folgen, diesen durch sein Vorgehen vom 17. dazu hätte zwingen wollen. Aber wir müssen einmal diese Annahme machen, weil wir durch eine anscheinend gute Quelle dazu genötigt werden. Lord Loftus, der damalige Vertreter Englands in Berlin, hatte nach Bernstorffs Entlassung mit diesem eine Unterredung, in der die Episode nach der Darstellung des Lords in seinen Erinnerungen[50] folgendermassen erörtert wurde: Nach dem Eindruck des Lords „war der

50. The diplomatic reminiscences of Lord Augustus Loftus 1837-62. First Series. Vol. II (1892), S. 264. Uebersetzt.

Digitized by Google

unmittelbare Anlass, der Herrn v. d. Heydt und ihn (Bernstorff) selbst, dazu bestimmte, ihre Entlassung einzureichen, die Zurücknahme der Konzession der zweijährigen Dienstzeit durch den Kriegsminister, welche dieser der Kammer öffentlich gewährt hatte. Er (Bernstorff) sagte, dass General v. Roon diese Konzession auf seine eigene Verantwortung und ohne ein vorhergegangenes Einverständnis mit seinen Kollegen gemacht habe, aber er war der Ansicht, dass sie nicht wieder hätte rückgängig gemacht werden sollen, nachdem Roon sie einmal zugestanden hatte.“ Der Herausgeber des Bernstorffschen Nachlasses[51] hat diese Stelle ohne Kritik in seinen Text aufgenommen, und doch ist sie dieser recht sehr bedürftig. Es ist schon unrichtig, dass Roon der Kammer öffentlich die zweijährige Dienstzeit zugestanden hätte. Er hatte nur von der Möglichkeit der faktischen Verkürzung gesprochen. Aber auch die Hauptnachrichten, auf die es hier ankommt, sind nicht zu halten. Von Heydt und Duncker ist die Verständigung mit den Kollegen sehr oft und sehr gut bezeugt, teils direkt, teils durch den als Gewährsmann hier so zuverlässigen Bernhardi. Am 17. waren ferner Heydt, Roon, Bernstorff, Mühler, Lippe in der Kammer; sollten die Minister von dem Umfang der Erklärung vorher nichts gewusst haben, obwohl am 16. abends ein Conseil unter dem Vorsitz des Königs abgehalten wurde, das keinen andern Zweck hatte, als Beschlüsse über die Stellungnahme der Regierung zu fassen? Sehen wir nun schliesslich Roons Aeusserungen selbst an, so dürfte auch hier kein Zweifel möglich sein. In der Kommission[52] wurde er deutlicher und vertraulicher, gab Aufschlüsse über die verschiedenen Absichten der Regierung, deckte sehr offen den Grund auf, weshalb nicht die gesetzliche zweijährige Dienstzeit gewährt werden könne:

51. S. 534.
52. NZ. 434 Do. 18. Sept. mg., VZ. 218 Do. 18.

Digitized by Google

weil nämlich dann die jetzige Position für immer verloren sei, die Verhältnisse aber das Bedürfnis einer längeren Dienstzeit notwendig machen könnten, und erklärte schliesslich, dass im Staatsministerium noch verhandelt werde, bindende Beschlüsse erst morgen zu erwarten seien. Das alles macht nicht den Eindruck, dass Roon ohne Auftrag sprach. Loftus hat entweder falsch gehört oder falsch niedergeschrieben. Möglicherweise war Bernstorff nicht unter denen, mit denen sich Roon privatim besprach, da er auch nirgends genannt wird; später vollends über die Wendung zum Konflikt empört[53], die auch seiner Ministerschaft ein Ende machte, hat er vielleicht unter dem Eindruck dieser Tatsachen gesprochen. Aber wir wissen, wie gesagt, auch gar nicht, ob nicht der Fehler bei Loftus liegt.

Jedenfalls muss das, was Roon verhiess und andeutete, in den Abmachungen des Conseils seine Grundlage haben. Vergleichen wir seine Aeusserungen in Plenum und Kommission mit dem, was wir als Resultat der Vorbesprechungen hinstellen konnten, so hatte wohl das Conseil folgendes Ergebnis. Der Abstrich der 223000 Taler wurde ohne weitere Einschränkungen bewilligt, nur dass das Ministerium versuchen sollte, ihn an anderen Punkten[54] zu veranlassen, als das Amendement Stavenhagen vorschlug. Im übrigen erwog man die Kürzungen des Etats für 63, im Falle, dass ausreichende Kompensationen gewährt wurden, ferner die raschere Einbringung des Dienstpflichtgesetzes und Aenderungen in der Landwehr, wollte aber erst den Eindruck dieser Verheissungen auf den Landtag abwarten, ehe man noch weiterging und bindende Zusicherungen machte. Jedenfalls gab der König, nachdem man die Möglichkeit der Auflösung wohl als tatsächlich inopportun ab-

53. Promemoria vom 19.; Roon an Bernstorff 21. Sept.; Bernstorff S. 542.

54. Roon am 17. im Plenum.

Digitized by Google

gewiesen hatte, doch noch die Einwilligung zu Unterhandlungen, und das ist ein schönes Zeichen seiner Gewissenhaftigkeit. Freilich entschloss er sich noch nicht zur positiven Bewilligung umfangreicherer Konzessionen; aber die Erwägungen scheinen (was in Anbetracht der Art der Kompensationen auch verständlich ist) sogar noch weiter gegangen zu sein, als oben angedeutet wurde; sie scheinen sich sogar auf den Dunckerschen Armeeplan erstreckt zu haben. Denn Duncker schreibt am 26. an Samwer[55]: „In Babelsberg selbst hatte man auch im Grunde nichts dagegen, als die Inkonsequenz eines neuen Standpunkts, und den Einwand, dass dadurch die Armee nicht wohlfeiler werden würde — worauf meines Erachtens gar nichts ankam.“ Gegen die gesetzliche zweijährige Dienstzeit wird sich freilich der König ablehnend ausgesprochen haben, wie wir aus Roons Worten vom 17. entnehmen können. Nun kam es darauf an, wie sich das Abgeordnetenhaus verhalten würde. Lehnte es das Entgegenkommen der Regierung ganz ab, dann hätte es für den König keinen Zweifel mehr gegeben, welchen Weg er einschlagen sollte. Aber die Frage war dann auch, ob der König im andern Falle auf der eingeschlagenen Bahn bleiben, und welche Zugeständnisse er machen würde. Das entscheidende Conseil wird schon jetzt auf den 17. abends angesetzt worden sein.

Hatte man etwa auf Regierungsseite geglaubt, dass die Majorität aus böswilliger Opposition die Verständigung hintertreibe, so wurde mindestens diese Ansicht durch die Ereignisse des 17. September durchaus widerlegt. Hennig hatte nach der offiziellen Erklärung Roons, etwas übereilig, sofort im Namen der Majorität Recht und Gesetz verlangt, und die übrigen Redner Vincke-Stargard, Reichensperger-Beckum, Immermann polemisierten auch sämtlich gegen Hennigs Ungeschicklichkeit. Aber die Andeutungen Roons

---

55. Philippson, Beil. 3, S. 423.

Digitized by Google

veranlassten doch alle, bis auf Vincke, ihre Forderungen zu präzisieren. Da war es nun überaus bedeutungsvoll, dass sich Majorität und Minorität darin fanden, dass beide gesetzliche Regelung verlangten. Und noch wichtiger war, dass die Redner der Majorität zur Versöhnung nicht verstiegene Absetzungen oder Umstürzungen bestehender Einrichtungen forderten, sondern gesetzliche Regelung, Indemnität und einen Etat auf Grund gesetzlicher Regelung. Eine günstige Stimmung, Versöhnungsbedürfnis, war allgemein vorhanden, und es offenbarte sich aufs schlagendste in der fast allgemeinen Annahme des Vertagungsantrages.

Für den Beitritt zum Antrag der Minorität konnte sich freilich die Majorität nicht erklären. Im Vergleich zu den früheren Auslassungen der Regierung, insbesondere zu der Drohung Heydts vom vergangenen Tage, war wohl die jetzige Kundgebung fraglos ein Umschwung, aber die e i n e Konzession und die übrigen Andeutungen konnten die Majorität nicht zum Aufgeben ihrer zäh verteidigten Forderungen veranlassen. Man verlangte jetzt nicht mehr Unerschwingliches, wenn man sich auf Indemnität, Dienstpflichtgesetz und zweijährige Dienstzeit beschränkte, und man musste auf jeden Fall auch erst die weiteren Erklärungen der Regierung abwarten. Bis jetzt war so viel geschehen, wie die Auslassungen Roons verdienten; andrerseits mussten die Einigungspunkte sofort genannt werden, wenn nicht später mit Recht der Vorwurf erhoben werden sollte, dass das Haus durch das Vorbringen neuer Forderungen die Versöhnung verhindert habe.

Die Kommission brachte von Seiten Roons eingehendere Ausführungen, aber keine weiteren Zusicherungen im Namen der Regierung. Vielmehr wollte der Kriegsminister von den Abgeordneten ihre Wünsche hören, die der Regierung als Richtlinien dienen könnten, und ihre Bedingungen für eine längere Vertagung. Er selbst erklärte sich erst für den 18. zu definitiven Aeusserungen imstande. Dem

Digitized by Google

gegenüber verhielten sich auch die Abgeordneten der Minorität, wie Sybel und Stavenhagen, kühl und vorsichtig. Es konnte nicht ihre Aufgabe sein, über das Organisationsgesetz etwa zu diskutieren. Andrerseits hatten die Minister kein neues Moment in die Wagschale geworfen, die Wünsche des Landes mussten jetzt wohl der Regierung bekannt sein, und so war der allgemeine Grundton der Reden der, die definitiven Aeusserungen erst abzuwarten. Man blieb selbst entgegenkommend, indem man die Plenarverhandlungen auf den 19. vertagte, und auf den 18. eine neue Sitzung der Kommission anberaumte.

So blieb der Ausgang des Versöhnungsaktes zweifelhaft. Das Entgegenkommen der Regierung hatte allerdings im Abgeordnetenhause die beste Aufnahme gefunden; aber man verlangte doch grössere Konzessionen. Bisher hatte die Regierung weiter nichts als 223000 Taler bewilligt. Der Standpunkt der Majorität und Minorität fielen eben noch nicht zusammen; sonst hätte man sich wohl vereinigen und die Regierung mit beinahe absoluter Gewissheit des Erfolges zwingen können, das Amendement Stavenhagen zu bewilligen. Ja, wenn man einem Fortschrittsorgan wie der Niederrheinischen Volkszeitung glauben dürfte, dann wäre die Haltung der liberalen Fraktionen am Abend des 17. sogar sehr kritisch gewesen. Das Blatt schreibt[56], die Fortschrittspartei und das linke Zentrum hätten sich dahin geeinigt, der Regierung für ihre Vorlagen nicht mehr als die gesetzliche Frist von dreissig Tagen Vertagung zu bewilligen. Die Regierung habe dazu seit Jahren Zeit gehabt, und eine längere Frist hätte eine Sanktionierung der gegenwärtigen gesetzwidrigen Zustände in der Heeresverfassung wie in der Verausgabung nicht bewilligter Gelder bedeutet. Die Urteile der Presse selbst fielen je nach der Parteirich-

56. Nach AAZ. 266 Di. 23. Sept. Berl., 20.

Digitized by Google

tung aus. Die Nationalzeitung[57] kritisierte die Roonschen Erklärungen stark abfällig, die Volkszeitung[58] sah die Rechtsfrage unerledigt und billigte das Verhalten der Kommission. Die Kreuzzeitung[59] befürchtete eine Minderung der königlichen Macht. Die Berliner Allgemeine Zeitung[60], das Organ der Altliberalen, dagegen war froh über den Ausweg, forderte aber auch gesetzliche Fixierung der Abkürzung der Dienstzeit. Die Kölnische Zeitung[61] wollte sich schon mit faktischen Zugeständnissen begnügen. Die zweijährige Dienstzeit war der Kernpunkt der liberalen Forderungen geworden, den man vor allem von der Regierung bewilligt haben wollte.

Aber es kam zu keinen Konzessionen mehr. Denn der Versöhnungsversuch scheiterte an dem neu hervortretenden Widerstand des Königs. Mit dem 2 Uhr-Zug[62] fuhr dieser am 17. nachmittags wieder nach Berlin, das er am Abend vorher um halb 11 Uhr verlassen hatte. Gegen 3 Uhr traf er ein[63]; und nachmittags und abends fanden, wie wir aus Dunckers Bericht an die Kronprinzessin vom 19.[64] genau wissen, die Conseilsitzungen statt, nachdem die Kommission in den Mittagstunden ihre Arbeiten beendet hatte. Das Plenum hatte am Morgen nur $1^1/_4$ Stunden getagt.[65] Die Zeitungen kennen nur den Beginn des Conseils um 3 Uhr, berichten, dass hinterher ein Diner stattfand, und der König abends um 10 Uhr nach Babelsberg zurückkehrte.[66]

---

57. NZ. 433 Mi. 17. ab.; 434 Do 18. mg.
58. Volks-Z. 218 Do. 18.
59. NPZ. 219 Berl., 18.
60. Nach Volks-Z. 219 Fr. 19.
61. KölnZ. 260 E. Bl. Fr. 19. „Zur Verständigung" Köln, 18.
62. NZ. 434 Do. 18. mg. Berl., 17.; VZ. 218 Do. 18.
63. NPZ. 218 Do. 18.
64. Bei Philippson als „Amtliche Niederschrift"; Beil. 1.
65. Von 9^{30}—10^{42}.
66. NZ. 434 Do. 18. mg. Berl. Nachr. 17.; VZ. 218 Do. 18.

Digitized by Google

Bisher waren die Erinnerungen des damaligen Geh. Oberregierungsrats Hegel ziemlich die einzige Quelle,[67] die uns über das Conseil zu Gebote stand. Sie wird jetzt durch Moriers Brief vom 18. September,[68] Roons vom 21.,[69] vornehmlich aber durch Dunckers Bericht vom 19. und hauptsächlich durch Bernstorffs[70] Entlassungsgesuch und Promemoria vom 19. September nicht nur ergänzt, sondern auch wesentlich berichtigt. Hegels Erzählung von einer königlichen Sitzung, die er selbst nicht datiert, ist bald richtig auf das Conseil vom 17. September gedeutet worden,[71] und Ulmann[72] hält seine Angaben für durchaus glaubwürdig, da die Verstösse in Nebendingen unwesentlich seien. Die Mitteilung Hegels, dass der Kronprinz damals in Süddeutschland weilte, wird allerdings durch das Telegramm aus Reinhardsbrunn an Duncker ungefähr bestätigt; aber damit sind die Angaben über das Conseil selbst noch nicht gesichert. Derartige Einzelheiten lassen sich noch mehrfach durch andre Nachrichten belegen; die Verstösse sind aber ebenfalls nicht gering; und gerade der Hauptinhalt des Berichtes wird stark zu kritisieren sein.

So wird der Gegenstand der Beratung, die Konzessionsfrage, auch in dem Briefe des Königs vom 2. Januar 1863, im Entlassungsgesuch und im Promemoria Bernstorffs gestreift. Vielfach werden die Kompensationsvorschläge Roons und besonders die schliessliche Weigerung des Königs, nachzugeben, gestützt.[73] Und auch die Abdankungsabsicht des

---

67. Imm. Hegel, Erinnerungen aus meinem Leben, S. 18 u. 19.

68. Manuskr., an Samwer.

69. In Bernstorffs Nachlass.

70. S. 537, 540.

71. Volz (Wilhelm der Grosse. 1897) verlegt die Sitzung in den Anfang März 1862, obwohl damals Patow Finanzminister war und der Kronprinz in Berlin weilte.

72. S. 68.

73. Durch Bernhardi mehrfach (s. o.); indirekt durch Bernstorff.

Digitized by Google

Königs findet in anderen Quellen ihre Bestätigung. So war, nach Dunckers Bericht, am 19. die Urkunde schon aufgesetzt, und am gleichen Tage schreibt Bernstorff in seinem Entlassungsgesuch, er erfahre, dass der König noch mit dem unseligen Gedanken einer Abdikation umgehe.

Aber auch die Verstösse sind nicht gering. Das Amendement für 62 wird auch dem Herrn v. Vaerst zugeschrieben, der damit gar nichts zu tun hatte. Stavenhagen und Vaerst werden die militärischen Sachverständigen der liberalen Majorität genannt, während Stavenhagen zur Minorität gehörte. Die übrigen Bedenken berühren schon den Gang der Diskussion.

Dem Conseil war die Aufgabe gestellt, über die eben eingeleitete Versöhnungsaktion die Entscheidung zu treffen. Nach den Erfahrungen der Minister in Plenum und Kommission des Abgeordnetenhauses war die Hauptfrage: zweijährige Dienstzeit oder nicht. Wie nun Hegel berichtet, sprach sich zunächst Heydt aus politischen Gründen für die Annahme des Stavenhagenschen Amendements aus. Ihm folgte Roon, der die Bedingung von Kompensationen stellte, und darauf schlossen sich ihnen die übrigen Minister an. Nun habe sich der König erhoben und erklärt, er könne es nicht mit Pflicht und Gewissen vereinigen, auf die neue Organisation mit dreijähriger Dienstzeit zu verzichten, und werde auf der Stelle den Kronprinzen berufen, wenn auch seine Minister ihn hierbei verliessen. Der König habe auch schon den Befehl, zu telegraphieren, erteilen wollen, als alle Minister aufgesprungen seien und den König aufs dringendste gebeten hätten, dies zu unterlassen; „sie erklärten einmütig," heisst es wörtlich weiter, „dass sie bis aufs äusserste treu bei ihm ausharren und auch im Abgeordnetenhause seine Entscheidungen unbedingt vertreten würden". Zum Schlusse sei die am folgenden Tage vom Kriegsminister abzugebende Erklärung vereinbart worden.

Wir wissen nun, dass das Conseil nachmittags und

Digitized by Google

abends, mit einer Pause dazwischen, stattfand; und daraus ergibt sich allein schon, dass Hegels Bericht eine zusammenfassende Uebersicht ist. Es ist ferner das Ganze so einfach gegliedert, jeder Redner nur an der in den Zusammenhang passenden Stelle aufgeführt, dass auch hieraus der Charakter der Erzählung ersichtlich ist. Von einem Hin und Her der Diskussion ist nichts zu merken, und doch ist diese, wie wir aus andern Quellen wissen, aufs lebhafteste geführt worden. Denn in diesem Conseil ist die bald offen hervortretende Ministerkrisis entstanden. Zwar folgte wohl Roon zum Schluss dem König, aber die verfassungstreue Minorität des Ministeriums kann sich ihm nicht „unbedingt" zur Verfügung gestellt haben. Von diesem Zwiespalt lesen wir bei Hegel gar nichts. Wir wissen aus Bernstorffs Promemoria, dass der König an seiner alten Ansicht festhielt, die Majorität ihm darin nicht entgegentrat, die Minorität aber aus Verfassungsbedenken den Verständigungsversuch auf Grund gesetzlicher Regelung der Reorganisation und faktischer Kürzung der Dienstzeit nicht aufgeben wollte. Sie war auch durch die Denkschrift vom 9. September gebunden. In diesen Debatten war der König zunächst offenbar sehr lebhaft tätig. Denn Bernstorff schreibt in seinem Entlassungsgesuch vom 19., der König habe im vorgestrigen Conseil (also am 17.) erklärt, dass die Minister, die ihm „auf dem bezeichneten Wege" (ohne Budget zu regieren) nicht folgen könnten, ausscheiden möchten. Wir können diesem Ausspruch nicht ohne weiteres eine bestimmte Stelle in der Diskussion anweisen; aber jedenfalls ist er ein sprechender Beleg für die Heftigkeit des Streites. Gegen die schliesslich geäusserte Abdankungsabsicht werden sich allerdings, wie Hegel berichtet, alle Minister einmütig gewandt haben. Aber sie konnten nicht sämtlich beteuern, „bis aufs äusserste treu" bei ihm auszuharren und seine Entscheidungen „unbedingt" zu vertreten. Denn sonst hätte die Minorität ihre Versicherungen schon in den nächsten Tagen

Digitized by Google

Lügen gestraft. Vielmehr waren, wie auch Bernstorff am 19. in seinem Promemoria sagt, „in den letzten Conseilsitzungen“ (also schon am 17.) im Ministerium ernste Meinungsverschiedenheiten und zugleich gewisse Gesichtspunkte an allerhöchster Stelle aufgetreten, mit denen die Minorität nicht einverstanden sein könne. Daher kam wohl am Schluss die Vereinbarung über die Erklärung des Kriegsministers zustande, aber anscheinend nur durch Ueberstimmung der Minorität. Denn wieder gibt uns hier Bernstorff Auskunft, der in seinem Entlassungsgesuch vom 19. sagt, die unheilvolle Wirkung der gestrigen Erklärung des Kriegsministers (also der vom 18.) auf das Abgeordnetenhaus sei schon heute auf das schärfste hervorgetreten, „wie ich es vorausgesehen und gesagt habe“. Dies ist also am 17., im Conseil, geschehen.

Der König hatte sich am 16. noch nicht bindend erklärt, und nun entschied er sich doch im Sinne seiner alten Auffassung[74]; nur die kleine Konzession für 62 wurde nicht aufgegeben. „Statt der Verständigung“, schreibt Duncker am 26. an Samwer, „erfolgte der Sieg der reinen Militärpartei, die nach Krawallen lechzt, wie der Hirsch nach frischem Wasser.“ Wer den entscheidenden Einfluss ausübte, können wir nicht mit Sicherheit sagen. Wenn Bernhardi[75] im Oktober Gerüchte über den Sieg der militärischen Kapazitäten erfährt und dazu in seinem Tagebuch notiert: „Die „militärischen Kapazitäten“ sind natürlich Prinz Karl und die Generale Manteuffel und Alvensleben“, so ist das eine reine Hypothese.[76] Denn oben ist nachgewiesen worden, dass Manteuffel im September gar nicht in Berlin, sondern in Gastein war. Alvensleben hatte noch

74. Vergl. Manuskr., 18. Sept., Morier an Samwer: „Gestern Abend noch hat der König aber sich ganz entschieden gegen alle weitere Nachgiebigkeit erklärt“.

75. IV, 327.

76. Von Philippson übernommen: Forckenbeck und Leben Kais. Fr.

Digitized by Google

am 16. Vortrag; aber wir kommen bei ihm wie beim Prinzen Karl über Vermutungen nicht hinaus. Dass Einflüsse stattgefunden hatten, erfuhr Bernhardi[77] von verschiedenen Persönlichkeiten: die Wirkung zeigte sich im Conseil.

Roon hatte es für seine Pflicht gehalten, den Versöhnungsversuch fördern zu helfen; aber in dem Augenblick, wo der König, nicht gewillt, nachzugeben, von Abdankung gesprochen hatte, konnte es für ihn keinen Zweifel mehr über den einzuschlagenden Weg geben. Die Monarchie hätte jetzt keinen schwereren Stoss erfahren können als durch Ausführung eines solchen Planes; im Staatsinteresse, im persönlichen Interesse musste Roon alles daransetzen, eine solche Möglichkeit zu verhindern. Daher schwenkte er um und schloss sich nun eng dem König an. Er konnte nicht etwa daran denken, die Konsequenzen seiner bisherigen Haltung zu ziehen und den Abschied zu nehmen; denn er hatte eine Aufgabe, für die kein andrer dagewesen wäre. Es lag auch nicht in seiner Natur, die Flinte ins Korn zu werfen, wie jetzt einige Kollegen taten. Obwohl er das Missliche einer Kabinettskrisis in der gegenwärtigen Lage erkannte,[78] musste er doch noch eher dem König folgen. Dessen Haltung hing nun von der Entwicklung der Ministerkrisis ab. Roons Aufgabe aber war, den König gegen die Kollegen zu stützen und selbst aufrechtzuerhalten. Nachgeben hätte ihm jetzt nur noch Demütigung der Krone bedeutet.[79] Für jenes schwere Unternehmen aber bot sich ihm eine starke Hülfe in Bismarck, den er unterdessen schon telegraphisch herbeigerufen hatte.

77. V, 19; IV, 333, V, 11.
78. Brief v. 21. Sept. an Bernstorff.
79. Brief an Perthes vom 20. Sept.

Digitized by Google

Kapitel 3.

Die Herbeirufung Bismarcks.

Schon in Avignon oder allgemeiner in Südfrankreich soll es gewesen sein, wo, nach früher Ueberlieferung, Bismarck ein oder zwei Telegramme erhielt, die ihn eilends nach Berlin beriefen. Damit konkurrieren spätere Nachrichten, die Bismarck aus Paris berufen sein lassen. Fragen wir nach dem Absender, so gibt es hier sogar drei Versionen: dem König wird ein Telegramm zugeschrieben, Roon soll zwei abgesandt haben, und auch Bernstorff schien nach dem Bekanntwerden von Bismarcks Brief vom 12. September an ihn in Betracht zu kommen. Zu einer sicheren Entscheidung wurde die ganze Frage nicht gebracht; und erst in neuester Zeit haben wir einen festen Anhalt bekommen, der uns erlaubt, die Untersuchung mit grösserer Aussicht auf Erfolg wiederaufzunehmen.

Ueber die telegraphische Herbeirufung Bismarcks hat sich zum erstenmal schon in den sechziger Jahren eine feste, aber durchweg auf Gerüchten beruhende Tradition gebildet, die dann bis in die neuere Zeit wirkt und hier wohl in der 1890 veröffentlichten Geschichte vom Oelzweig von Avignon gipfelt. Als im September 1862 durch die Patrie plötzlich Bismarcks Abreise nach Berlin gemeldet wurde, machten die Zeitungen vielerlei Kombinationen über die Ursachen seiner bevorstehenden Ankunft. Nach einer Meldung sollte sie mit der Krisis in Zusammenhang stehen, nach einer andern in Privatangelegenheiten erfolgen, in denen Bismarck nach Pommern käme, um seine Familie nach Paris abzuholen.[1] Eine weitere Nachricht wusste des näheren zu berichten, er habe durch den Telegraphen die Erlaubnis, mit Urlaub nach Berlin zu kommen, erhalten.[2] Im ersten Fall dachte man sich anscheinend die Reise auf

1. Köln. Ztg. 263 Mi. 22. Berl., 20. Sept.
2. Schles. Ztg. 441 Sg. 21. Berl., 19.

Digitized by Google

Befehl des Königs veranlasst, zum Zweck neuer Verhandlungen über die Bildung eines Ministeriums Bismarck; im zweiten Fall war die Erlaubniserteilung erst recht auf königliche Bewilligung zurückzuführen. Die Plötzlichkeit der Ankunft aber erklärte man sich durch telegraphische Berufung.

Genaueres wurde in der späteren Zeit nicht bekannt; nur die vorhandenen Kombinationen wurden nach der einen oder andern Seite umgebildet. Nachdem Bismarcks Ernennung zum Minister erfolgt war, blieb die zweite Vermutung, die der Reise eine private Veranlassung hatte geben wollen, natürlich nicht mehr bestehen. Die Annahme aber, dass damals wegen der Krisis eine Berufung ergangen sei, erhielt sich nicht nur, sondern wurde noch bestimmter gefasst, indem man den König direkt einführte, und von ihm die Depesche abgesandt sein liess. Genaue Zeitangaben hatte man zunächst nur von der Rückkehr Bismarcks nach Paris, die nach der Patrie am 16. erfolgte, und natürlich von der Ankunft am 20. in Berlin gewusst; diese wurden verwischt. Es blieb nur die Erinnerung, dass die Berufung um Mitte September ergangen sei, und infolgedessen setzte man nun die Ankunft in Berlin zu früh an. Dass aber nach der Tradition schliesslich Bismarck „aus den Pyrenäen" oder „aus Südfrankreich" oder am Ende sogar bestimmt „aus Avignon" berufen wurde, geschah sicherlich deshalb, weil der Gesandte in jenen Gegenden vorher einen langen Urlaub verbracht hatte, aber nicht aus dem Grunde, weil man darüber eine zuverlässige Nachricht gehabt hätte. Vielleicht lehnte man sich auch an das Patrietelegramm an, welches direkt gemeldet hatte, dass Bismarck „aus Biarritz" in Paris angekommen sei. Auf diese Weise wurde übersehen, dass der Gesandte noch hierher zurückgekehrt und erst dann nach Berlin gereist war. Man liess ihn aus Südfrankreich nach Deutschland eilen, und so musste er auch wohl, wie man annahm, dort das Telegramm erhalten haben. Paris

Digitized by Google

wurde als Empfangsort einer Depesche nicht eher genannt, als bis mit dem Bekanntwerden des Roonschen Telegramms vom 18. September überhaupt erst sicherer Boden in der ganzen Frage betreten wurde.

Denn gute Quellen lagen dieser frühen Ueberlieferung an keiner Stelle zu Grunde. Beruhte sie jemals auf irgendwelchen Nachrichten und nicht bloss auf Kombinationen, so sind es nur ungenaue und unrichtige Andeutungen gewesen. Bismarck hat später selbst mitunter von seiner Berufung durch den König gesprochen; aber von den drei Berichten, die wir hierüber kennen, hätte allein der des französischen Journalisten Vilbort in seinem Buche vom Werk des Herrn von Bismarck auf die Tradition einwirken können. Er erschien 1869, während die Erzählungen von Unruh[3] und Blum[4] erst in den achtziger und neunziger Jahren bekannt wurden, als die alte Ueberlieferung schon längst ausgebildet war und durch neue Veröffentlichungen bereits erschüttert wurde. Jedoch auch Vilbort kommt nicht in Betracht. Er bringt weiter nichts, als dass bei ihm der König mit der Berufung Bismarcks in Verbindung gesetzt wird; und das wusste man schon lange. Zudem ist es noch zweifelhaft, ob Bismarck mit den Anfangsworten seiner Erzählung[5]: „Als mich der König vor vier Jahren berief, war die Situation eine höchst schwierige. Seine Majestät unterbreitete mir eine lange Liste liberaler Konzessionen" überhaupt auf das Telegramm angespielt oder nur die Ordre zur Audienz in Babelsberg gemeint hat. Hahns Fürst Bismarck[6] aber, Kohls Regesten[7] und einige anonyme Broschüren[8], die nach Vilborts Bericht erschienen, bringen alle

3. Erinnerungen, zuerst in der deutschen Revue 1881.
4. Erinnerungen, 1892, S. 204 (2. Aufl. 1900).
5. Deutsche Ausgabe von 1870, S. 210.
6. S. 59. 1878.
7. Bd. I, S. 182. 1891.
8. „Wie Herr v. Bismarck Minister wurde" 1888; „Der Berliner

Digitized by Google

einmal viel mehr und folgen zudem insgesamt Hesekiel, der in seinem „Buch vom Grafen Bismarck" zuerst die alte Tradition gleichsam in ein System brachte. Wir finden hier alle oben in ihrer Entstehung geschilderten Einzelheiten in den nicht bewiesenen Sätzen vereinigt, der König habe Bismarck durch den Telegraphen aus den Pyrenäen berufen, und Bismarck sei im halben September nach Berlin gekommen. „Im halben September" wurde darauf bei Kohl direkt zum 15., und im teilweisen Anschluss an die ein Jahr vorher erschienene Wildsche Geschichte[9] fügte er hinzu, dass die Rückreise nach Paris über Avignon erfolgt sei. Ob das Telegramm Bismarck in diesem Ort erreicht habe, liess er damit unentschieden. Wenn Hesekiel Quellen hatte, so haben sie ihm nichts Richtiges gebracht. Das Wichtigste, dass der König bei seiner Sinnesart als Absender einer Depesche gar nicht in Frage kommt, ist schon längst erwiesen und durch neuere Zeugnisse, die sich gerade auf diese Tage beziehen, nur bestätigt worden. Roons Brief vom 31. August und seine spätere Mitteilung vom 20. September an Perthes, dass Bismarck „nicht berufen" sei, sind schon länger bekannt. Zu ihnen kommen jetzt Gerlachs Tagebuchnotiz vom 12. September und Dunckers Bericht vom 19. hinzu, in denen sogar direkt gegen Bismarck sich wendende Worte des Königs zitiert werden. Gelegentliche Aeusserungen des späteren Ministers über seine Berufung durch den König können daran gar nichts ändern. Wenn er sich nicht bloss geirrt hat, so hat er eben, die Korrektheit jener drei Berichte vorausgesetzt, damals noch nicht den wahren Sachverhalt aufdecken wollen. Jedenfalls hat der König keine Depesche abgeschickt, und damit fallen natürlich auch die näheren Angaben, die Hesekiel bringt.

Hof und seine Politik", 3. Aufl., 1888. Ganz ähnlich W. v. Bülow, „Neue Bismarck-Erinnerungen" 1895.

9. „Der Ölzweig von Avignon". Berl. Neueste Nachrichten, 19. März 1890.

Digitized by Google

Von den älteren Nachrichten hebt sich eine ab, die auch von einem Telegramm des Königs spricht, dieses aber nun mit einer neuen Wendung geradezu nach Avignon verlegt und dabei so bestimmte und ausführliche Einzelheiten angibt, dass man an ihr nicht vorbeigehen kann, ohne den hier anscheinend grösseren Anspruch auf Wirklichkeit des Erzählten genau geprüft zu haben. Es ist die Geschichte vom Oelzweig von Avignon, die zur Zeit der Entlassung des Fürsten Bismarck in den Berliner Neuesten Nachrichten unter dem Titel erschien „Der Oelzweig von Avignon. Aus Bismarcks Leben, erzählt von Christoph Wild." Später hat sie Poschinger in den zweiten Band seines Sammelwerkes „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" aufgenommen[10] und dabei, im Anschluss an Kohls Regesten, aber im Gegensatz zu seiner Vorlage, die vom Anfang September spricht, ganz willkürlich auf den 15. September datiert. Der 15. steht gar nicht in der Geschichte, so dass Ulmann in seiner Kritik der Telegrammfrage[11] mit Unrecht aus diesem Grunde gegen die Erzählung den Einwand chronologischer Schwierigkeiten erhebt. Freilich bringt diese mit dem „Anfang September" ein noch viel unmöglicheres Datum. Wenn man die berichteten Ereignisse auf einen bestimmten Tag fixieren wollte, so müsste dies auf den 13. oder wahrscheinlicher noch auf den 14. September geschehen.[12] Am 14. war Bismarck in Avignon, und die ganze Episode, die uns erzählt wird, könnte sich sehr gut gegen Mittag vor der Abfahrt abgespielt haben.[13]

Die falsche Zeitangabe ist nicht der einzige Mangel der Geschichte. Auf den ersten Blick sind darin noch manche

10. S. 18—20 (1895).

11. Im ersten Teil der Abhandlung „Bismarck und die Abdankungspläne König Wilhelms im September 1862".

12. Vergl. dazu die Angabe am Schluss der Erzählung, dass Bismarcks Aufenthalt ursprünglich auf zwei Tage berechnet gewesen sei.

13. s. Kap. 1: (im ersten Abschnitt des zweiten Teils).

Digitized by Google

Verstösse nachzuweisen, und selbst der Punkt, auf den es uns hier ankommt, wird nicht haltbar sein. Sind irgendwelche Grundlagen vorhanden, so müsste die Erzählung entweder auf Angaben des Kaufmanns Lüning aus Frankfurt am Main zurückgehen oder auf gelegentliche Aeusserungen Bismarcks selbst, dessen berühmtes Wort aus der Sitzung der Budgetkommission vom 30. September 1862 über den Oelzweig von Avignon sie aufklären will. Wild berichtet, dass das Lüningsche Ehepaar mit Bismarck im Hotel Beau Séjour in Avignon an der Table d'hote zusammengetroffen sei. Hier hätten sie eine sehr angeregte Unterhaltung geführt und darauf eine gemeinsame Spazierfahrt unternommen. Da habe nun Bismarck ein Telegramm des Königs erhalten, das ihn als Ministerpräsidenten nach Berlin berief; und zum Abschied sei ihm von Frau Lüning der Oelzweig als Friedenskündiger in der Heimat überreicht worden.

Dieses Zusammentreffen mag stattgefunden haben; aber dann ist viel Falsches mit dem Wahren untermischt worden. Einzelne Angaben könnte man auf das Konto des Erzählers setzen. So wird Bismarck „der deutsche Gesandte" in Paris, Graf Barral (1859) „der italienische Gesandte" in Frankfurt genannt; Bismarck soll am 29. September im Abgeordnetenhause die, übrigens unverständlichen, Worte gebraucht haben, er sei bereit, „das abgelehnte Budget zurückzuziehen, und ein neues vorzulegen, nur möge man die Militärreorganisation annehmen". Und auch eine ganz merkwürdige Satzführung wird mitunter gebraucht; so heisst es am Anfang: „Unser Frankfurter Pärchen — — ereiferte sich eben über das berühmte Altarbild in der Chapelle de la miséricorde, natürlich — war es doch (?) Anfang September 1862 — in deutscher Sprache". Wem die mitgeteilten Gesprächsstücke zuzuschreiben sind, muss dahingestellt bleiben. Jedenfalls sind auch sie nicht zu halten. Bismarck soll in der Tafelunterhaltung gesagt haben, er habe infolge seines Promenierens mit Barral in Frankfurt am Vorabend

Digitized by Google

des italienischen Krieges am nächsten Morgen die telegraphische Ordre nach Petersburg erhalten; und darauf werden ihm die Worte in den Mund gelegt, dass er auf der Rückreise von Biarritz begriffen sei, wo er mit dem Kaiser Napoleon konferiert habe." — Es ist aber festzustellen, dass Bismarck Biarritz bereits am 1. September nach den Pyrenäen zu verlassen hatte,[14] während Napoleon, der am 3. abends von Paris abgereist war, erst am 4., wo er sich morgens noch in Bordeaux befand, über Bayonne in Biarritz eintraf.[15]

Jene angebliche Konferenz hat also nicht stattgefunden; und ebenso wenig kann Bismarck — damit kommen wir schliesslich zu dem uns interessierenden Hauptpunkt — auf der Spazierfahrt seinen Begleitern den Inhalt der königlichen Depesche mitgeteilt haben. Wir wissen, dass er keine vom Könige erhalten hat, und wir können daher nur deshalb hier einen Augenblick stutzen, da die näheren Umstände offenbar so genau angegeben werden. Folgt doch gleich hinterher die Pointe der Erzählung mit dem Oelzweig, und sprach doch Bismarck in der Tat darauf am 30. September jene berühmten Worte! Auch im übrigen werden mit der Mitteilung von Namen, Stand und Herkunft des Ehepaares, mit der genauen Schilderung der Oertlichkeiten so bestimmte Angaben gemacht, dass auch die Tatsächlichkeit des Telegramms durch das alles bezeugt zu sein scheint. Prüfen wir jedoch die Stelle näher, so erhalten wir das Resultat, dass auch diese Geschichte mit ihrem Telegramm nichts Neues bringt. Wenn es heisst: „Hier in Avignon empfing Bismarck, als er neben der jungen Dame im Fonds der Equipage Platz nahm, die Depesche des Königs Wilhelm, welcher ihn nach Berlin berief, um das preussische Ministerpräsidium zu übernehmen", so er-

14. Brief an die Gattin Cauterets, 2. Sept.

15. Köln. Ztg. 246 Fr., 5. Sept.: Paris 3.; 247 Sd. 6. Sept.: Paris 4.; 248 Sg. 7. Sept.: Paris 5.

Digitized by Google

gibt sich aus der ganzen Ausdrucksweise, dass nur von der durch die Ueberlieferung schon als bekannt vorausgesetzten Depesche des Königs gesprochen wird. Und noch deutlicher zeigen die Schlussworte, welche scheinbar den Inhalt des Telegramms mitteilen können, an, dass es sich hier um keine Depesche handelt, die Bismarck wirklich erhalten hat. Selbst wenn diese existierte, dürften die Worte am allerwenigsten so lauten, wie angegeben wird. Denn jeder weiss, dass Bismarck nicht nach Berlin berufen wurde, um schon das preussische Ministerpräsidium zu übernehmen, da doch bis dahin noch starke Widerstände zu überwinden waren. Der Erzähler kann also von beteiligter Seite nicht eine derartige Mitteilung erhalten haben. Wir finden aber eine Erklärung für seine Angaben, wenn wir folgende Stelle aus den Unruhschen Erinnerungen,[16] die schon 1881 erschienen waren, danebensetzen: (Bismarck erzählte nach 1866) „Im Herbst 62 habe man ihn telegraphisch nach Berlin berufen zur Uebernahme der Stellung als Ministerpräsident, ohne irgendeine Bedingung daran zu knüpfen.“ Diese Bismarcksche Aeusserung ist schon oben kritisiert worden; die Anklänge der Wildschen Erzählung an sie sind beinahe wörtlich. Wenn daher die Oelzweiggeschichte nicht bloss eine Entlehnung aus Unruh bringt, welche in die immerhin mögliche Begegnung Bismarcks mit Lünings hineinverwoben worden ist, so bleibt, da nun einmal kein Telegramm des Königs existiert, nur noch der eine Ausweg offen, dass Bismarck etwa von einem anderen in oder bei Avignon oder überhaupt in Südfrankreich ein Telegramm erhalten hat. Diese Möglichkeit ist natürlich nicht ausgeschlossen, Bismarck könnte im Beisein des Ehepaares Lüning die Depesche empfangen haben; und es würde dann nur an der Mangelhaftigkeit der Ueberlieferung liegen, dass uns bei Wild die alte, falsche Behauptung von

16. Bei Poschinger S. 216.

Digitized by Google

einem Telegramm des Königs entgegentritt. Bewahrheitet sich jedoch jene Annahme nicht, dann braucht immer noch nicht an dem Zusammentreffen gezweifelt zu werden, wohl aber würde das Telegramm der Geschichte eine Fiktion des Erzählers sein, für die er etwa bei Unruh seinen Anhalt gefunden haben könnte. Die Ueberreichung des Oelzweigs würde dieser Auslegung kein Hindernis bieten; denn Bismarck mochte etwa, wie Ende Juni in London,[17] von seinem bevorstehenden Eintritt ins Ministerium gesprochen haben, und ihm darauf von der jungen Dame jenes Friedenszeichen überreicht worden sein.

Die Frage nach dem Vorhandensein irgend eines noch unbekannten Telegramms, das in Südfrankreich eingetroffen sein könnte, ist also alles, was von der älteren Tradition übrig bleibt, und für sie spricht weiter nichts als der Schatten einer Konjektur aus der Wildschen Geschichte. Gehen wir nun weiter zu der neueren Ueberlieferung, so wird die Ausbeute doch schon reichhaltiger. Eine Eigentümlichkeit fällt sofort auf. Würde in den älteren Quellen der König als Absender genannt, so nun Roon; nur besteht der Unterschied, dass diesem sogar zwei Telegramme zugeschrieben werden.

Nachdem schon der Bericht der Münchener Allgemeinen Zeitung über das Babelsberger Gespräch im Jahre 1890 kurz und nur nebenbei die Berufung Bismarcks durch Roon aus Frankreich (nicht Südfrankreich) erwähnt hatte, ist Roon noch im selben Jahr, schon unter Angabe bestimmter Details, von K. H. Keck als Absender eines Telegramms genannt worden. In seinem „Leben des General-Feldmarschalls Edwin von Manteuffel" weiss Keck mitzuteilen,[18] dass „Herr v. Roon den im Süden von Frankreich weilen-

17. Vitzthum von Eckstädt, St. Petersburg und London in den Jahren 1852—1864.

18. S. 125.

Digitized by Google

den preussischen Botschafter[19] in Paris, Herrn v. Bismarck-Schönhausen, nach Berlin durch die telegraphische Nachricht „die Birne ist reif“ “ berief. Das ist eine Mitteilung, die nicht ohne weiteres abgewiesen werden darf; denn abgesehen davon, dass sie mit grosser Bestimmtheit vorgebracht wird, ist hier, zum ersten Mal, sogar der Wortlaut der Depesche angegeben, und wenn wir beachten, dass Keck über Manteuffel schreibt, so geht sie vielleicht auch auf eine gute, Bismarck oder Roon nahestehende Quelle zurück. Die Angabe, dass der Gesandte im Süden von Frankreich die Depesche empfangen habe, scheint für die Richtigkeit jener einen Notiz in den älteren Nachrichten sprechen zu wollen; wenn aber Keck sich hier nicht bloss der Ueberlieferung angeschlossen hat — denn er braucht dieses nicht aus seiner Quelle zu haben —, so würde andernfalls allerdings die Notwendigkeit, jene Möglichkeit zu untersuchen, nur noch stärker hervortreten. Andrerseits werden wir vor allem die Tatsächlichkeit des so bestimmt wiedergegebenen Telegramms selbst festzustellen versuchen müssen. Eine Möglichkeit scheint es da sofort zu geben, die von vornherein die gestellten Fragen lösen würde, die aber doch sehr vage ist, da man dann ohne weiteren Grund an dem Wortlaut zweifeln müsste. Kecks Telegramm könnte nur eine ungefähr den Inhalt wiedergebende Version der Depesche Roons vom 18. September sein, die zwei Jahre später Kohl richtig mitzuteilen imstande war. Ueber Absender und Schlusssatz noch ungenau informiert, aber anscheinend doch auf Mitteilungen Bismarcks selbst fussend, gab Kohl 1892 in der Einleitung zu dem zweiten Bande seiner Bismarck-Reden[20] dieses Telegramm zum erstenmal heraus. Er vermutete noch Blanckenburg, der aber erst kurz vor der Ankunft Bismarcks nach Berlin gekommen ist,[21] als direkten Absender,

19. Muss heissen: Gesandten.
20. S. 14.
21. Petersdorff S. 338.

Digitized by Google

im Auftrage Roons, und schrieb am Schluss entstellend: „L'ami de Maurice. Henning". Die Depesche selbst lautete: Periculum in mora. Dépêchez-vous, war vom 18. und nach Paris gerichtet.

So hatte man nun zwei verschiedene Roonsche Telegramme; das eine nach Keck und das andere nach Kohl. Jenes sollte nach Südfrankreich, das vom 18. nach Paris bestimmt gewesen sein. Mit diesen Angaben, und unter Zuhülfenahme der Kohlschen Regesten, war es möglich, eine Darstellung zu liefern, wie sie Oncken in seiner Festschrift „Unser Heldenkaiser" im Jahre 1897 bot.[22] Nachdem er von dem Erfolg von Bismarcks Kur im südlichen Frankreich gesprochen hat, fährt er fort: „Unterwegs erreichte ihn am 15. September eine Depesche Roons: „Die Birne ist reif". Sofort reiste er über Avignon und Lyon nach Paris zurück. Hier fand er am 18. wiederum ein Telegramm Roons vor, welches lautete: „Periculum in mora. Dépêchez-vous. L'ami de Maurice. Henning"." Man sieht, Oncken hatte nicht besondere Quellen; er arbeitete hier mit dem vorhandenen Material, das er nur teilweise neu zusammensetzte. Das zweite Telegramm druckt er getreu nach Kohl ab; wenn er es Roon direkt zuschreibt, so nennt er nur den schon von Kohl vermuteten wirklichen Urheber. Das erste von Keck mitgeteilte, aber undatierte Telegramm bringt er nun unter Benutzung von Kohls Regesten mit dem 15. September in Verbindung, an welchem Tage ja Bismarck eine Depesche erhalten haben sollte, und legt es, ebenfalls nach Kohl, vor Avignon. Bei diesem fand er auch den Weg der Rückreise angegeben. Im ganzen war seine Darstellung auf Voraussetzungen und Kombinationen aufgebaut, die noch nicht bewiesen waren; sie bot eine Zusammenfassung des bisherigen Materials.

---

22. S. 58.

Digitized by Google

Die ein Jahr später erscheinenden Gedanken und Erinnerungen bestätigten nur das Kohlsche Telegramm. Durch Bismarck selbst wurde diese Depesche noch einmal genauer mitgeteilt, der Schluss sinngemäss in „L'oncle de Maurice Henning" verbessert und Roon selbst auch als Absender bekannt gemacht. Damit konnte man nun als gesichert annehmen, dass Bismarck am 18. September von Roon aus Paris gerufen worden war; und Ulmann wies dann nach, dass die Abdankungsabsicht des Königs die Veranlassung gewesen ist. Ein Zweifel, der immerhin noch gegen den Wortlaut wegen des gleichlautenden, aber doch wohl nicht abgegangenen, Roonschen Telegramms vom Jahre 1861 möglich gewesen wäre, musste durch die schon in den siebziger Jahren verfassten, ganz unabhängigen Gerlachschen Aufzeichnungen, die vor einiger Zeit erschienen sind, völlig beseitigt werden. Hier[23] heisst es, entweder auf einen Kleistschen Brief oder eine mündliche Mitteilung, die Gerlach von Bismarck erhalten haben könnte,[24] zurückgehend: „Bismarck traf [um Mitte September] aus Paris gerufen in Berlin ein. Roon habe ihm nur die Worte telegraphiert: „Periculum in mora!" Unrichtig ist nur die Zeitangabe der Ankunft Bismarcks; aber die Zusätze in eckigen Klammern, wie sie bei Gerlach häufig vorkommen, sind erst nachträglich gemacht.

Das Telegramm vom 18. September ist ohne Frage auch in einigen Notizen Poschingers „Aus Bismarcks Leben. Nach Mitteilungen von L. Bucher u. A." gemeint, die er im vierten Bande seines Bismarck-Portefeuilles[25] herausgab. Nach ihnen soll Bismarck im Herbst 62 aus den Pyrenäen, durch Roon telegraphisch berufen, nach Berlin geeilt sein. Vor der Abreise habe er zu gleicher Zeit Roon „Ich mag

23. S. 247.

24. Etwa am 11. November 1862, als Gerlach ihn zu einer politischen Unterredung aufsuchte.

25. S. 113 (1899).

Digitized by Google

mich nicht drücken, denn ich mag mir keiner Feigheit bewusst sein" und seiner Frau „Gewissheit ist jetzt nötig, oder ich nehme Knall und Fall meinen Abschied" geantwortet. In den Pyrenäen kann nun freilich Bismarck unmöglich eine Depesche erhalten haben; denn noch in Toulouse, am 12., hatte er nichts weiter als Roons Brief vom 31. August vor sich. Von den Zitaten ist ferner nur das eine aus seinen Briefen vom 12. September; denn die angeblich gleichzeitigen Worte an Roon stammen aus einem Schreiben Bismarcks vom 2. Juli 1861![26] Mit der Depesche ist jedenfalls die Roonsche vom 18. September gemeint, die 1899 schon aus verschiedenen Publikationen bekannt, hier nur ungenau fixiert wurde. Eine Förderung der Telegrammfrage waren diese Mitteilungen nicht.

Damit ist auch die zweite Quellengruppe erledigt und das Ergebnis bis jetzt, im ganzen, einmal die Frage nach einem Telegramm, das in Avignon oder Südfrankreich eingetroffen ist, im Zusammenhang damit oder unabhängig davon die Frage nach dem Roonschen Telegramm „die Birne ist reif" und als erste sicher erwiesene Tatsache die Roonsche Depesche vom 18. September.

Eine ganz neue Perspektive eröffnete sich im Jahre 1899, als im sechsten Bande des Bismarck-Jahrbuches der Brief Bismarcks an Bernstorff vom 12. September publiziert wurde. Da hier der Gesandte den Minister im Falle der Bewilligung seines Urlaubsgesuches durch den König um telegraphische Antwort bat, so liess sich daran eine Hypothese für die Telegrammfrage knüpfen, die dann auch von Ulmann gebracht worden ist. In der Kritik der älteren Tradition kommt er zu dem Resultat,[27] dass die Nachrichten von Telegrammen vor dem 18. wohl am ehesten mit einer Antwort Bernstorffs auf Bismarcks soi-disant Urlaubs-

26. Im Anfang heisst es nur: „Ich werde . . .".
27. Ulmann S. 66.

Digitized by Google

gesuch zusammenzubringen seien. Im übrigen will er nur das eine Berufungstelegramm vom 18. September gelten lassen. Freilich bringt seine Ansicht nur eine neue Vermutung zu den übrigen hinzu; und es müsste wohl bei der einzigen Gewissheit um das Roonsche Telegramm vom 18. bleiben, wenn nicht durch eine neue Veröffentlichung die ganze Frage eine erweiterte, feste Unterlage erhalten hätte.

Vor einigen Jahren wurde in der Tat bestätigt, dass Bismarck wirklich zwei, aber auch nicht mehr Telegramme die ihn nach Berlin beriefen, empfangen hat. Jn seinem Werke „Fürst und Fürstin Bismarck", das 1901 erschien, veröffentlichte Keudell auf Seite 97 auch ein Stück aus einem Brief der Frau von Bismarck an ihn selbst vom 24. September, durch das dieser Nachweis erbracht wird. Der Abschnitt jener Briefstelle, aus der er zu entnehmen ist, lautet wörtlich folgendermassen: „— Unser Schicksal wird sich in diesen Tagen entscheiden, ist vielleicht schon geschehn, da Bismarck nach seiner Rückkehr von Meer und Gebirgsfreuden mit zwei telegraphischen Depeschen eilends nach Berlin gerufen wurde, von wo er mir schon freundlichst und gesund, aber sehr missgestimmt geschrieben —." An dieser unmittelbar nach den Ereignissen aufgezeichneten Nachricht aus bester Quelle, die von Keudell wörtlich wiedergegeben worden, ist nichts auszusetzen. Höchst wahrscheinlich geht sie auf eine oder mehrere briefliche Mitteilungen zurück, die Bismarck selbst seiner Frau machte. Wenn wir auch diese nicht besitzen, so ist doch direkt durch ihn bekannt,[28] dass er in jenen Tagen noch einen oder zwei Briefe mehr an seine Gattin geschrieben hat, als in die

28. Bismarck teilt z. B. am 14. aus Avignon mit, er wolle übermorgen aus Paris . . . schreiben; am 24. aus Berlin, er habe Mittwochs oder Donnerstags, d. h. am 17. oder 18., aus Paris geschrieben. Wir besitzen aber weder jenen noch diesen Brief; der erste ist vielleicht auch gar nicht geschrieben worden, da Bismarck am 21. von dem zweiten als von dem „Pariser Brief" spricht.

Digitized by Google

bekannte Sammlung dieser Schriftstücke aufgenommen worden sind.[29]

Durch Keudells Mitteilung ist die Telegrammfrage in ein neues Stadium getreten. Ulmann[30] hat den Brief der Frau v. Bismarck zu seiner Untersuchung noch nicht benutzt; erst Lenz[31] wies auf ihn in seiner Geschichte Bismarcks hin. Wir müssen also jetzt mit zwei Telegrammen rechnen, und dadurch fällt die Annahme Ulmanns,[32] dass durch das im Wortlaut wiedergegebene, sicherlich nach dem Original verglichene Telegramm der Gedanken und Erinnerungen vom 18. Sept. eine frühere telegraphische Herbescheidung ausgeschlossen erscheine, hinweg. Auch kann man mit Ulmann nicht mehr sagen, dass Bismarck selbst nur von dem Telegramme Roons vom 18. wisse; vielmehr ist festzustellen, dass die Gedanken und Erinnerungen eben nur von diesem sprechen. Die Tatsache der b e i d e n Telegramme steht aber durch Keudell fest.

Beide beriefen Bismarck nach Berlin. Da wir nun eine unumstösslich sicher überlieferte Depesche kennen, die diesen Zweck erfüllte, nämlich die Roonsche vom 18. September, so ist ausser aller Frage, dass diese das eine der beiden Telegramme gewesen ist. Wie steht es aber mit dem andern; wer hat dies abgeschickt, wann und aus welcher Ursache ist das geschehn, und wo hat es Bismarck empfangen? Befand er sich etwa zu der Zeit in Südfrankreich, in Avignon? Aus dem Inhalt des Briefes der Frau v. Bismarck geht hervor, dass diese Depesche aus keinem privaten Anlass, sondern ebenso wie das Roonsche Telegramm vom 18. im Zusammenhang mit der Krisis, in Berlin, aufgegeben worden ist. Wir müssen also in dem Absender eine Per-

29. Die zweite Auflage hat nicht mehr gebracht.
30. Hist. Vierteljahrsschr. V; S. 66—69 über die Telegrammfrage.
31. Anm. S. 452.
32. S. 66.

Digitized by Google

sönlichkeit suchen, die, an der Krisis interessiert, die Berechtigung oder Ermächtigung haben oder sich zusprechen konnte, den preussischen Gesandten aus Frankreich plötzlich nach Berlin zu rufen; das Telegramm muss eine derartige Fassung und die Unterschrift einer solchen Persönlichkeit aufgewiesen haben, dass Bismarck veranlasst sein konnte oder musste, dem Rufe auch Folge zu leisten.

———

Der sichere Ausgangspunkt für die Bestimmung des Empfangsortes und damit auch schon im grossen und ganzen für die Datierung des unbekannten Telegramms ist der 12. September. Bismarck hatte, wie wir aus dem Briefe an seine Frau vom 9. September wissen, vom 4. ab als Poststation Toulouse angegeben. Als er aber am 11. hier eintraf, fand er am folgenden Tage nur Roons Brief vom 31. August, dagegen nichts von Bernstorff vor. Von Berlin hatte er keine bestimmten Nachrichten, und unter diesem Eindruck schrieb er am 12. noch aus Montpellier. Wenn es also überhaupt noch gesagt werden soll, so ist Bismarck unmöglich „aus den Pyrenäen" gerufen worden.

Nun hatte er am 12. an Roon geschrieben, dass er jetzt über Montpellier und Lyon nach Paris reise, und an Bernstorff noch bestimmter, dass er morgen, also am 13., dort sein werde. Ob er dabei schon daran dachte, seine Reise noch um ein paar Tage auszudehnen, da ihm jene nicht gleich schriftlich und telegraphisch antworten konnten, oder nicht, bleibe dahingestellt; jedenfalls hat er mit jenen Bemerkungen Paris als nächste Adresse angeben wollen.[33] Auch nach hierhin wird er wohl seine Rückkehr angemeldet haben; aber wenn er die Absicht hatte, erst nach einigen Tagen wieder einzutreffen, und sich deshalb wichtige Korrespondenzen noch nachschicken lassen wollte, so konnte er vielleicht noch Avignon und Lyon als Poststationen angeben. In Berlin aber wurde nur Paris als Adresse be-

33. 12. 9. an die Gattin, er wolle in Paris die Antwort abwarten.

Digitized by Google

kannt; als seine Briefe dort eintrafen, mussten Roon und Bernstorff Bismarck schon einige Tage in Paris vermuten. Bei der Länge der Strecke von Montpellier bis Berlin, die über Genf 1786 km beträgt, und bei einer für damalige Verhältnisse sehr raschen Fahrzeit von 43 km in der Stunde kann die Bestellung des Bernstorffschen Briefes erst am 15. früh erfolgt sein; des Roonschen vielleicht schon am 14. abends, da er trotz der weiteren Entfernung beträchtlich eher abging.[34] Selbst wenn er erst zugleich mit Bismarcks Abreise von Toulouse befördert worden sein sollte, so hätte er doch von Montpellier aus einen Vorsprung gehabt, da der Brief von Bernstorff hier noch geschrieben werden musste. Nähme man nun an, dass beide durch Bismarcks Briefe veranlasst worden wären, sich sofort für ihn zu bemühen, so hatten sie erst den König aufzusuchen. Man dürfte wohl kaum damit rechnen, dass sie das schon am 15. getan haben; aber wir wissen sogar, dass es nicht geschehen ist, denn die Zeitungen melden vom 15. keine einzige Ministeraudienz. So ergibt sich denn aber auch das Resultat, dass Bismarck auf diese Weise vor Paris, da er schon am 16. hier eintraf, kein Telegramm erhalten haben kann.

Nun erhebt sich freilich die Frage, ob ihm nicht unabhängig von seinen Briefen von irgend jemandem bis zum 15. einschliesslich depeschiert worden sein kann. Da man in Berlin nicht wusste, ob und wo der Pariser Gesandte sich auf der Rückreise aufgehalten habe, so hätte man Bismarck nur über Paris telegraphieren können; aber wenn wir annehmen, dass die Gesandtschaft benachrichtigt war, so hätte ihm freilich eine Depesche noch nachgeschickt werden können. Jedenfalls wäre Bismarck wohl zu erreichen gewesen. Aber wie steht es nun mit der Möglichkeit eines Telegramms? Der König, der sich eben noch scharf gegen

34. Vergl. die Berechnung in Kap. 1.

Digitized by Google

Bismarck ausgesprochen hatte,[35] gab natürlich keinen Auftrag, und so hatte Bernstorff keine Veranlassung zu depeschieren. Aber bestand für irgend einen andern ein Grund? Die Kammerdebatten hatten am 11. schon so scharf eingesetzt, dass bis zum 15. — die erste Abstimmung erfolgte erst am 16. — die Lage hierin nicht verändert d. h. verschlimmert wurde. Die Generaldiskussion schien auch am 15. noch lange nicht zu Ende zu sein, sodass etwa durch das ganz nahe Bevorstehn der Entscheidung eine bedenkliche Stimmung erzeugt worden wäre. Erst am 16. wurde ein Antrag auf Schluss der Debatte gestellt und angenommen. Die Lage war also am 15. nicht anders wie am 11., am 11. zu Beginn eher noch etwas gespannter. Da nun angenommen werden muss, dass das unbekannte Telegramm im Zusammenhang mit der Krisis aufgegeben worden ist, so wäre wohl am 11. oder 12. ein Anlass zum Depeschieren gewesen, aber in den folgenden Tagen bis zum 15. einschliesslich lag kein besonderer Beweggrund vor, der erst dann das Telegramm nötig gemacht hätte. Am 13. fielen die Verhandlungen wegen der Taufe des Prinzen Heinrich aus, der 14. war ein Sonntag, und am 15. standen die Dinge nur auf dem alten Fleck. Die Wogen der Verhandlungen gingen sogar ruhiger als in den ersten Tagen. Wäre aber am 11. oder 12. infolge der eben eingetretenen gefahrdrohenden Gestaltung der Lage ein Telegramm aufgegeben worden, dann hätte es Bismarck noch in Toulouse oder spätestens in Montpellier bekommen müssen, und das ist ausgeschlossen.

Erörtern wir nun auch noch von seiner Seite aus die Frage bis zum 15. einschliesslich, so lassen sich hier noch mehr und noch schlagendere Gründe gegen die Annahme eines Telegramms bis zum 15. vorbringen. Sein Brief vom 14. beweist hinlänglich, dass auch bis zu diesem Tage keine Depesche eingetroffen ist. Denn Bismarck spricht nicht nur

35. Gerlach S. 247, (12. Sept.).

Digitized by Google

von keinem besonderen Vorfall, sondern wir hören sogar, dass der Reiseplan noch über anderthalb Tage ausgedehnt ist. So könnte Bismarck das Telegramm nur noch am 14. oder 15., in Avignon oder in Lyon, nach Abgang seines Briefes empfangen haben. Für ihn selbst wurde die Lage nach dem 12. bis zum 15. einschliesslich nicht im geringsten verändert; hätte sich aber ihm irgendein anderer Anlass, den wir nicht kennen, gezeigt, aus Berlin telegraphische Nachricht zu erbitten, so wäre die Antwort darauf kein Berufungstelegramm gewesen. In der Angelegenheit seines Urlaubsgesuches wollte er ja in Paris die Antwort abwarten, und jedenfalls hat dieser Fall, für den übrigens auch schwer ein Grund einzusehn wäre, mit unserer Frage nichts zu tun. So kann ein Berufungstelegramm auch am 14. und 15. bei Bismarck nicht eingetroffen sein, wie wir denn auch auf Seiten des Berliner Absenders in diesen Tagen keinen Anlass zur Aufgabe einer Depesche finden können. Und nun gibt es noch einen letzten, vollends durchschlagenden Grund gegen die Annahme einer Depesche bis zum 15. Statt dass Bismarck auf ein solches Telegramm hin sofort von Lyon über Genf und Frankfurt nach Berlin gefahren wäre, bemerken wir, dass Bismarck sich erst nach Paris begibt, wo er am 16. eintrifft, und von hier erst am — 19. früh nach Berlin abreist, vier oder fünf Tage nach dem anzunehmenden Empfang der Depesche. Ein Telegramm Bernstorffs, wie Ulmann annimmt, oder Roons, nach Keck und Oncken, oder irgend ein unbekanntes Telegramm, das in der Oelzweiggeschichte gemeint sein könnte, hätte doch aber, wenn es in Südfrankreich eingetroffen wäre, Bismarck zu sofortigem Aufbruch nach Deutschland veranlassen müssen. Die Ueberlieferung beruhte also tatsächlich in diesem Punkt nur auf Mutmassungen, und mit Unrecht hat noch jüngst Petersdorff in seinen Kleist-Retzow[36] die

36. S. 338: „am 20. September 1862, an dem Tag, als Bismarck, von Roon aus Südfrankreich gerufen, in Berlin bei dem Kriegsminister eintraf".

Digitized by Google

Version aufgenommen, dass Bismarck von Roon aus Südfrankreich gerufen worden sei.

Das unbekannte Telegramm muss daher in Paris eingetroffen sein, und das lässt sich nun auch positiv nachweisen. Der verfügbare Zeitraum erstreckt sich von der Ankunft am 16. September bis zum 18. abends. Am 18. ist das Roonsche Telegramm „Periculum in mora" angelangt; am 19. früh reiste Bismarck ab. Dass die Grenze nach rückwärts nicht noch schärfer gezogen werden kann, ist sehr bedauernswert; aber auch die Pariser Zeitungen[37] sind über die Zeit der Ankunft nicht genauer informiert als die deutschen.

Unser Ausgangspunkt muss aus Mangel an anderen Bismarckschen Briefen, die vielleicht die Frage mit einem Schlage lösen würden, der Brief Bismarcks an seine Gattin vom 24. September[38] sein, wo er schreibt: „Ich bin etwas in Sorge, weil ich noch immer kein Sterbenswort von Dir erhalte. Mein Pariser Brief an Mutter und an Dich, in dem ich meine Herreise ankündigte, muss doch am Sonntag in Eure Hände gelangt sein, spätestens, denn er ging Mittwoch oder Donnerstag aus Paris." Dieser Pariser Brief, der Sonntag, d. h. am 21. September, eingegangen sein müsste, ist also am 17. oder 18. abgeschickt worden. Beide Daten sind ganz gut möglich, und ein Einwand, der sich gegen die Annahme des 17. machen liesse, ist schnell zu widerlegen. Die Patrie, welche am 17. abends die Abreise des Gesandten für den 18. angekündigt hatte, brachte am 18. früh die Meldung,[39] dass Bismarck am 18. oder erst am 19. fahren werde. Hier liegt also eine Planänderung vor, die auch tatsächlich ausgeführt wurde, und Bismarck wird erst nach ihr nach Pommern geschrieben haben, da wir in seinem Briefe vom

---

37. La Patrie und La France wurden eingesehn.

38. Briefe an die Gattin, S. 513.

39. La Patrie, jeudi 18 Sept. 1862; Edition du matin, Paris, 17 septembre.

Digitized by Google

21., dem nächsten nach dem Pariser, nichts von einem Aufschub der Reise lesen. Wäre also die Vermutung leicht möglich, dass Bismarck erst am 18. aus Paris nach Hause geschrieben haben kann, so wird diese doch durch die Tatsache beseitigt, dass der Patrie jene zweite Meldung auch noch am 17. zugegangen war. Bismarck kann also durchaus noch am 17. geschrieben haben; auch wäre vom 17. bis zum 21., zumal der Sonntag die äusserste Grenze sein soll, die Beförderungszeit nicht zu lang bemessen. Aber es kommt hier nicht so sehr darauf an, ob Bismarck an diesem oder an jenem Tag geschrieben hat; sondern es ist äusserst wichtig, feststellen zu können, dass Bismarck, der im Augenblick nicht genau weiss, wann er den Seinen geschrieben hat, Mittwoch, den 17., als möglich es Abgangsdatum des Briefes hinstellt. In diesem Briefe kündigt er seine Herreise an, und so muss also die Reise bis zum 17. beschlossen gewesen sein. Da nun aber Bismarck Paris nicht ohne weiteres verlassen konnte, und er auch erst die Ermächtigung abwarten wollte, so muss er zu seinem Reiseentschluss einen entscheidenden Anlass gehabt haben. Er braucht dann den Seinen nicht sofort geschrieben zu haben; dass es aber Mittwoch, den 17., sein kann, beweist, dass die drängende Ursache zur Reise am 17. schon vorhanden gewesen ist oder gerade an diesem Tage hervortrat. Diese Ursache kann nun aber nur ein Telegramm aus Berlin gewesen sein. Aus Berlin muss ihm die Nachricht zugekommen sein, da er in dem Pariser Brief seine Herreise ankündigte und darauf auch dorthin abreiste; sie muss ihn aber auch telegraphisch erreicht haben. Denn einmal würde eine briefliche Mitteilung nicht genügenden zeitlichen Spielraum lassen. Um schon bis zum 17. einzutreffen, hätte ein Brief bei der fünfundzwanzigstündigen Fahrt, die der schnellste Zug zwischen Berlin und Paris brauchte,[40] nur

40. Vergl. die „Eisenbahn-, Post- etc. Verbindungen" des preuss. Post-Cours-Bureaus von 1862.

Digitized by Google

bis zum 16. spätestens abgehen können, während der 17. als mögliches Datum für die Entstehung der Reiseursache nicht ausgeschaltet werden darf. Andererseits wäre nun auch nicht vorzustellen, wie jemand, der plötzlich die Notwendigkeit sieht, Bismarck herbeizurufen, dies schriftlich getan haben sollte. So bleibt nur die telegraphische Berufung übrig. Da nun aber die Depesche bis zum 17. eingetroffen sein muss, so ist sie von der Roonschen vom 18. unterschieden, und damit auf andere Weise die Keudellsche Mitteilung bestätigt, dass Bismarck zwei Telegramme erhalten hat. Auf Grund dieser Depesche kündigte er seine Herreise an, und da er den Anlass dazu in Paris erhielt, so ist auch die Depesche erst hier eingetroffen. Damit ist aber auch positiv erwiesen, dass die äusserste Grenze nach rückwärts für das unbekannte Telegramm der 16. September ist.

Noch andere Nachrichten bestätigen die bisher gewonnenen Ergebnisse und erweitern sie sogar. Wenn Frau von Bismarck davon spricht, dass Bismarck nach seiner Rückkehr von Meer und Gebirgsfreuden mit zwei telegraphischen Depeschen eilends nach Berlin gerufen wurde, so scheint „nach der Rückkehr" den Reiseweg für den Empfang beider Telegramme vollständig auszuschliessen, und damit erhalten wir einen neuen Stützpunkt dafür, dass das unbekannte Telegramm erst nach dem 15. September, also in Paris, eingetroffen ist. Diese Annahme finden wir nun noch durch eine weitere Quelle bestätigt, die uns auch instand setzt, die vordere Grenze schärfer zu ziehn. Jedoch ist hier erst die Frage nach der Herkunft der Nachrichten zu entscheiden. Das Wolff'sche Telegraphenbureau verbreitete von Mittwoch, dem 17., abends aus Paris folgende Depesche: „Die „Patrie"[41] meldet, dass Herr v. Bismarck-

41. Diese Nummer fehlt in dem Exemplar der Patrie, welches die Nationalbibliothek in Paris besitzt.

Digitized by Google

Schönhausen gestern von Biarritz hier eingetroffen sei und morgen nach Berlin reisen werde.“ In die deutschen Zeitungen kam sie meist schon am 18.; in die Schlesische Zeitung[42] bereits in die Mittagausgabe, sodass wir daran ein sicheres Kontrollmittel für die Zeit des Abgangs haben. Die Abreise sollte nach dieser Patriemeldung am 18. erfolgen; aber schon am nächsten Morgen, am 18.,[43] wusste die Patrie den Termin zu berichtigen, indem sie die ihr noch am 17. zugegangene Nachricht brachte,[44] Herr von Bismarck-Schönhausen werde, gestern von seiner Reise in das südliche Frankreich zurückgekehrt, morgen oder übermorgen nach Berlin abreisen. Seine Abwesenheit werde kaum länger als vierzehn Tage dauern. Diese Berichtigung ist uns hier von besonderem Werte. Die Patrie war ein offiziöses Organ, das schon öfters in der Lage war, über Bismarck zu orientieren. Noch am 10. September[45] hatte sie die angebliche Berliner Reise des Gesandten, welche verschiedene Zeitungen aufgebracht hatten, dementiert; und auch diese neuen bestimmten Nachrichten müssen irgendwie in sie lanciert worden sein. Freilich könnte man annehmen, dass ihre erste Meldung auf einer leicht zu erklärenden Kombination beruhte; aber in diesem Fall wäre sie wohl, da Bismarck bereits am 16. zurückgekehrt war, schon eher aufgetaucht, und vollends wird diese Vermutung durch die Berichtigung vom nächsten Tage zerstört. Wir dürfen also wohl mit gutem Grund annehmen, dass hinter diesen Nachrichten, welche die Patrie allein bringen konnte, die preussische Gesandtschaft steht. Dies vorausgesetzt, haben ihre Meldungen für die Fixierung des unbekannten Telegramms entscheidende Bedeutung. Aus der Form der ersten geht hervor, dass Bismarck nach seinem

42. Schles. Z. 436 Do. 18. mitt.

43. La Patrie, jeudi 18 Sept. 1862, Edition du matin, Paris, 17 septembre.

44. Tags darauf in der Nationalzeitung.

45. La Patrie, mercredi 10 Sept. 1862, Ed. du matin, Paris 9 sept.

Digitized by Google

Eintreffen in Paris einen plötzlichen Anlass erhielt, sofort wieder abzureisen; und da der Anlass offenbar sehr überraschend auftrat und eine schnelle Abreise notwendig zu machen schien, so dürfen wir auch hier auf ein Telegramm schliessen. Und die oben angeführten zeitlichen Gründe sind dafür ebenfalls geltend zu machen. Vor allem erhalten wir aber durch die Patriemeldungen die klare und unzweideutige Bestätigung der obigen Feststellung, dass das Telegramm bis zum 17., und zwar in Paris eingetroffen sein muss. Und wir können sogar die Grenze noch genauer abstecken. Wenn die Patrie am 17. abends ihre Meldung bringen kann, so muss sie ihr in den Nachmittagstunden zugegangen sein, da die Zeitung schon am frühen Abend erschienen sein wird; und dadurch wird der Nachmittag des 17. die äusserste Grenze für unser Telegramm. So wäre also das unbekannte Telegramm in der Reihenfolge das erste und auf die Zeit vom 16. und 17. September eingeschränkt. Das zweite Datum hat ein leises Uebergewicht, da Bismarck seinen Brief am 17. geschrieben haben kann, und die Patrie ihre Meldung am 17. abends brachte, und so würden demnach die beiden Depeschen kurz hinter einander gefolgt sein. Eine noch feinere Zeitbestimmung des ersten Telegramms müsste aber dann möglich werden, wenn es nun auch gelingt, die Personenfrage zu entscheiden und die Motive des Absenders zu ergründen.

———

Denken wir an die drei Briefe Bismarcks vom 12. September zurück, an den Plan, den er in ihnen entwickelt, das Urlaubsgesuch, das er zu seiner Ausführung an Bernstorff richtet, und dessen Beantwortung er in Paris abwarten will, so müssen wir uns zu allernächst die Frage vorlegen, ob das erste Telegramm vielleicht der erbetene telegraphische Bescheid des Ministers an den Gesandten gewesen ist. So will Ulmann in seiner Untersuchung die Nachrichten von Telegrammen vor dem 18. auf die ministerielle Antwort zurückführen. Dass wir von der Existenz eines der-

Digitized by Google

artigen Telegramms, das Bismarck die offizielle Ermächtigung zum Antritt des Urlaubs erteilt haben würde, nichts wissen, dürfte dabei nicht allzu schwer in die Wagschale fallen. Zwar wird in der Bernstorffschen Publikation vom Jahre 1906 die Frage auch nicht einmal aufgeworfen, aber wir wissen ja auch sonst nichts Bestimmtes über das erste Telegramm, obwohl dieses doch existierte. Nun ist schon oben gezeigt worden, dass Bernstorff bis zum 15. einschliesslich, aus zeitlichen Gründen und weil er vom Könige nicht empfangen worden ist, die Antwort nicht abgesandt haben kann. Aber es wäre ja möglich, dass sie am 16. oder 17. in Paris eingetroffen ist; und dann würde allerdings die Frage des ersten Telegramms gelöst sein. Am 16. nachmittags[46] hatte Bernstorff in Berlin beim Könige eine Audienz, in der er das Urlaubsgesuch vorgebracht haben könnte. Ist aber eine Antwort abgegangen? Bismarck hatte den bestimmten Wunsch geäussert, bis zum 1. Oktober eine Entscheidung über seine Zukunft zu hören, andernfalls er Paris dann auf längere Zeit nicht verlassen oder den Abschied nehmen wollte; und er hatte zunächst um Urlaub nach Pommern gebeten, um die Seinen wiederzusehn und eventuell die Uebersiedlung nach Paris vorzubereiten. Auf der Durchreise konnte ihm der König seine Willensmeinung eröffnen. Dieser Plan setzte den König, wenn er ihn jetzt von Bernstorff vernommen hat, in keine Zwangslage. Wilhelm dachte so wenig an das Ministerium Bismarck, dass seine Absichten kaum gestört worden wären, wenn Bismarck nach dem 1. Oktober in Paris geblieben wäre. In seinem eigenen Interesse lag es also nicht, einen raschen Entschluss zu fassen. Andrerseits hätte allerdings die Urlaubsbewilligung auch keine Entscheidung nach irgend einer Seite bedeutet, und aus persönlicher Rücksichtnahme hätte der König die Reise nach Pommern gewähren können. Auf ihn selbst

---

46. NZ. 432 Mi. 17. mg., NPZ. 218 Do. 18., VZ. 217 Mi. 17.

Digitized by Google

freilich würde Bismarcks Anwesenheit in Berlin immerhin einen Druck ausgeübt haben, und es konnte ihm nichts daran liegen, dass er jetzt herkam. Lässt sich also auf diese Weise kaum sagen, wie sich der König entschieden hätte, so würde uns eine andere Ueberlegung sicherlich weiter führen. Das Telegramm müsste bis zum späten Nachmittag des 17. eingetroffen sein; aber nur in einer Audienz, in der vom 16., könnte die Angelegenheit besprochen worden sein, da Bernstorff am 17. vormittags der Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses beiwohnte und nachmittags den König nur im Conseil nach 3 Uhr sah. Es dürfte nun aber als ausgeschlossen gelten, dass Bernstorff am 16. dem Könige das Urlaubsgesuch vortrug, und dieser es sofort auch bewilligte. Es war jedoch überhaupt nur eine Hypothese, dass Bernstorff am 16. schon mit dem Könige diese Angelegenheit besprochen hat, nachdem er am 15. Bismarcks Brief erhalten hatte. Wir wissen nicht, ob es geschehn ist; aber wenn es geschehen ist, dann ist die Entscheidung negativ oder aufschiebend ausgefallen. Denn wir haben drei positive Zeugnisse, dass Bismarck von Bernstorff keine Antwort erhalten hat.

In den Roonschen Denkwürdigkeiten werden aus der Zeit vor der Audienz Bismarcks in Babelsberg, als dieser schon in Berlin eingetroffen war, die bekannten Worte des Königs[47] zitiert: „Er ist auch nicht hier, es kann mit ihm nichts besprochen werden" und darauf Roons Antwort:[48] „Er ist hier." Aus diesen Sätzen, die in direkter Rede wiedergegeben werden und daher wohl auf eine Aufzeichnung Roons zurückgehn, kann die aufgestellte Behauptung schon bewiesen werden. Wenn der König nicht weiss, dass Bismarck in Berlin ist, oder anders ausgedrückt, wenn er ihn in Frankreich vermutet, dann geht daraus klar hervor, dass er ihm keine Erlaubnis zur Herreise erteilt hat. Und

47. Roon[5], S. 120.
48. Roon[5], S. 121.

Digitized by Google

ebenso direkt spricht gegen diese Roons Bemerkung in seinem Brief vom 20. September an Perthes[49]: „Bismarck-Schönhausen ist heute, nicht berufen, sondern „Urlaubshalber" hier eingetroffen." Ulmann[50] möchte daraus schliessen, dass Bernstorff ihm telegraphiert haben könne; aber er schränkt seine Ansicht sofort selbst stark ein, indem er hinzufügt, die Worte sprächen allerdings eher dafür, dass Bismarck an Ort und Stelle sein Urlaubsgesuch, wenn noch erforderlich, in Erinnerung bringen wolle. Diese Auffassung scheint tatsächlich die allein mögliche. Roon stellt in dem zitierten Satze nichts direkt falsch dar; aber er verschleiert die Tatsache, dass er telegraphiert hat,[51] und drückt sich mit halbironischer Wendung doppelsinnig aus. Er sagt, Bismarck ist „nicht berufen" eingetroffen, und meint damit, nicht vom Könige als Minister berufen; denn „berufen" ist hier, wie aus dem ganzen Satze hervorgeht, in offiziellem Sinne gebraucht. Er fährt fort, Bismarck sei „„Urlaubshalber"" nach Berlin gekommen, und will, indem er „„Urlaubshalber"" selbst in Anführungsstriche setzt, damit ausdrücken, dass Bismarck sich tatsächlich um Urlaub bemüht hatte, und diese Absicht hier in Berlin offiziell noch nicht aufgegeben ist, wenn auch Roon selbst ganz andere Hoffnungen mit Bismarcks Anwesenheit verbindet. Man sieht, auch aus dieser Stelle geht hervor, dass Bernstorff Bismarck nicht geantwortet hat; und nun gibt es noch einen dritten Grund, der vollends jeden Zweifel beseitigt. Am 21. September schreibt Bismarck an seine Frau[52]: „Ich werde S. M. einfach bitten, mir zu erlauben, dass ich nach Reinfeld

49. Roon[5], S. 116.

50. Ulmann, S. 67.

51. Roon will sie wohl nur dem Briefe nicht anvertrauen; denn später scheint Perthes den Sachverhalt erfahren zu haben. Vergl. den Brief vom 5. Januar 1865 an Roon (Roon[5], S. 312): „Das Ministerium der neuen Aera fiel. Sie telegraphierten demselben Manne zuerst nach Petersburg, dann nach Paris: ‚Kommen sie so schnell wie möglich' —".

52. S. 512.

Digitized by Google

gehe, um die Meinigen nach Paris abzuholen.“ Der Inhalt dieser Bitte ist der Inhalt seines Urlaubsgesuches. Hier sagt Bismarck selbst, dass ihm die Erlaubnis, nach Pommern zu reisen, noch nicht erteilt worden ist; und somit hatte er keine Antwort erhalten.

Damit kommen wir zu dem Resultat, dass das erste Telegramm keine Urlaubsbewilligung, keine offizielle Berufung enthalten hat, sondern wie das Roonsche vom 18. freilich im Zusammenhang mit der Krisis, aber aus persönlichen, privaten Motiven aufgegeben worden ist. Wenn Bismarck „eilends nach Berlin gerufen“ wurde, so sollte er bei der anbrechenden Entscheidung helfend zur Stelle sein. Und nur ein Freund, ein naher Vertrauter kann als Absender in Frage kommen. Es muss eine Persönlichkeit sein, die selbst im öffentlichen Leben stand und deshalb das stärkste Interesse an Bismarcks Herkommen hatte, eine Persönlichkeit, die sich auch von ihrem Telegramm die beabsichtigte Wirkung versprechen durfte. Sehn wir uns im Ministerium um, so scheidet dessen verfassungstreue Minorität ohne weiteres aus. Denn das waren diejenigen, die Konzessionen machen, die den Willen der Krone nicht unbedingt vertreten wollten; keine Freunde Bismarcks. Dahin gehören Heydt, Bernstorff, Holzbrinck. Holzbrinck, von Duncker gewonnen, war seit einigen Tagen schon gar nicht mehr an den Ereignissen beteiligt; und Heydt rivalisierte ebenso mit Bismarck wie Bernstorff. Kehren wir hier noch einmal zu diesem zurück, so muss die Vermutung, dass er aus privaten Gründen telegraphiert haben könnte, noch viel unwahrscheinlicher sein als jene erste. Er, der so heftig gegen den Konflikt opponierte, den Verfassungsbruch nicht mitmachen wollte, kann unmöglich Bismarck herbeigerufen haben, der sich selbstverständlich dem Roonschen Standpunkt angeschlossen hätte. Die wenigen Fälle im Sommer, in denen Bernstorff Fürsprache beim Könige für Bismarcks Ernennung einlegte, wollen gar nichts besagen gegenüber der

Digitized by Google

von beiden Männern offen eingestandenen Rivalität. Es befremdet daher ausserordentlich, wenn der Herausgeber des Bernstorffschen Nachlasses, ohne weitere Beweise in Händen zu haben, doch aus ihnen eine Schlussfolgerung zieht, wie die, welche sich in dem Satze:[53] „Auch ist, wie schon früher bemerkt, gerade er es immer gewesen, der dem Könige stets von neuem Bismarck empfohlen, und der des Letzteren Berufung schliesslich durchgesetzt" ausgesprochen findet. Man braucht dem gegenüber nur auf Bernstorffs eigene Worte hinzuweisen, die sich drei Seiten später in seinem Briefe an Reuss vom 2. Oktober finden, um jeden Zweifel zu beseitigen. Hier heisst es: „Mit ihm (Bismarck) zusammen hätte übrigens von meinem Bleiben im Ministerium unter allen Umständen keine Rede sein können, da wir beide darüber einig sind, dass zwei Minister des Auswärtigen in demselben Ministerium zu viel sind." Schlagender kann nicht bewiesen werden, dass Bernstorff als Absender des Telegramms nicht in Betracht kommt; er sah in Bismarck[54] doch den unberechenbaren Spieler, mit dem man es im Konflikt schon versuchen konnte,[55] den er selbst aber, wenigstens in dem gegenwärtigen Stadium des Kampfes, niemals gerufen hätte.

Unter den Ministern, die später den Konflikt mitmachten, wäre es schon eher möglich, den Absender des Telegramms zu finden; und hier fällt auch sofort eine Persönlichkeit auf, die sehr ernstlich in Erwägung zu ziehen sein wird: es ist Roon. Er und der zur Minorität gehörige Heydt kämpften so gut wie allein den Kampf für die Regierung durch. Die übrigen treten gar nicht oder selten handelnd hervor. Während aber ein Teil von diesen, wie auch Heydt, schon aus grundsätzlichen Bedenken ausscheidet, fehlt den anderen doch das Interesse; auch war keiner mit Bismarck in näherer Verbindung.

---

53. S. 544.
54. 2. Okt. an Reuss.
55. Vgl. Brief an Reuss vom 2. Oktober.

Digitized by Google

Neben den Staatsministern ist der Hausminister Schleinitz deshalb zu erwähnen, weil auch von ihm in einem Memoirenwerke ein sehr starker Anteil an der Berufung Bismarcks behauptet wird. In den „Papieren der Familie von Schleinitz" heisst es:[56] „Schleinitz hat am meisten dazu beigetragen, die Wahl auf Bismarck zu lenken und den Monarchen in seiner Ansicht zu befestigen"; aber Gründe werden dafür nicht angegeben und sind auch nicht anzugeben. Dem Vertrauten der Königin und bekannten Widersacher Bismarcks, den Kleist in diesen Tagen voller Furcht antraf und in seiner Meinung zwischen Auflösung und Wechsel des Ministeriums hin und her schwankend, konnte nichts daran gelegen sein, dass der Gesandte ins Ministerium gezogen würde.

So bleibt schliesslich nur der Kreis der alten Parteifreunde und persönlichen Vertrauten übrig. Denn auf ein Mitglied der königlichen Familie, die allein sonst noch in die Diskussion gezogen werden könnte, etwa den Prinzen Karl, deutet nichts hin. Unter Bismarcks nahen Bekannten war allerdings ein sehr starkes Interesse lebendig; aber auch hier sind die Möglichkeiten einzuschränken. Von Manteuffel müssen wir absehn, da er in Gastein war.[57] Die Tätigkeit Alvenslebens in diesen Monaten hat in der Biographie seines Bruders von Krieg[58] ihre Erwähnung gefunden. Aus den Septembertagen wird aber nur ein spezieller Zug erzählt, der das Babelsberger Gespräch betrifft. Von einem Telegramm hören wir nichts, und doch könnten wir gerade deshalb an Alvensleben denken, weil er mit Bismarck, der mit ihm aus Frankfurt und Petersburg korrespondiert hatte,[59] befreundet war.

56. S. 281.

57. Deshalb dürfte auch die Archivbenutzung, von der Keck noch Aufschlüsse erwartet, nichts weiter ergeben.

58. S. 32.

59. Krieg S. 32

Digitized by Google

Vielleicht können wir hier weiter kommen — und dies dürfte dann zur Förderung der ganzen Frage beitragen, da nur noch wenige Persönlichkeiten übrig bleiben — wenn wir von einer andern Seite her an die Sache herangehn. Ist es nicht eine richtige Schlussfolgerung, dass derjenige, dem so viel daran lag, Bismarck telegraphisch herbeizurufen, wenn nicht sofort bei der Ankunft, so doch mindestens im Verlauf des ersten Tages mit ihm zusammen gewesen sein muss? Das erscheint beinahe selbstverständlich. Zum Glück haben wir nun auch über Bismarcks Verkehr am 20. ziemlich reichliche Nachrichten: Bismarcks Brief vom 21.,[60] Petersdorffs Angaben in seinem Kleist-Retzow,[61] und die Zeitungsmeldungen. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass Petersdorff eigene Aufzeichnungen Kleists über jenen Tag einsehn konnte, aber nur dieselben Männer im Verkehr mit Bismarck nennt, die dieser in seinem Brief vom folgenden Tage erwähnt. Wenn daher auch Bismarck aus begreiflichen Gründen von der Unterredung mit dem Kronprinzen seiner Gemahlin nichts meldet, so dürfen wir doch gestützt auf Petersdorffs Mitteilungen annehmen, dass er von seinen Freunden und Intimen, die ihn sahen, kaum jemanden verschwiegen hat. Und das erhält wieder dadurch eine Unterlage, dass wir mit Hülfe des Briefes und der Zeitungen beinahe für jede Stunde feststellen können, wo sich Bismarck aufgehalten hat, und mit wem er zusammen gewesen ist. Ergibt sich dann, dass die Zeit durch den Verkehr mit den genannten Freunden und solche Massnahmen, die für unsere Frage nicht in Betracht kommen, ausgefüllt ist, so dürfte die Vollständigkeit der Angaben in Bismarcks Brief, was die Freunde betrifft, für uns noch gewisser sein.

Früh gegen 8 Uhr, wie sich feststellen lässt,[62] kam

60. Briefe an die Gattin S. 512/13.
61. S. 338.
62. s. weiter unten.

Digitized by Google

Bismarck an und ging, wie er in seinem Briefe mitteilt, zu Roon,[63] verweilte in dessen Familie, begab sich darauf in sein Hotel[64] und schlief hier zwei Stunden. Unterdessen wird es etwa 12 Uhr geworden sein, und in der Zeit von 12—1 etwa wird ihn Kleist[65] aufgesucht haben. Nachmittag machte er „einige ministerielle und diplomatische Besuche"; nach den Zeitungsmeldungen[66] hatte er um 3 Uhr eine längere Konferenz mit Bernstorff. Um 5 Uhr war er wieder bei Roon, zusammen mit Blanckenburg, der von Roon, wie Petersdorff berichtet,[67] nach Berlin gerufen war. Um $^3/_4$8 fuhr der Kronprinz, der nachmittags 6 Uhr aus Babelsberg nach Berlin zurückgekehrt war,[68] vom Anhalter Bahnhof nach Reinhardsbrunn ab; und vorher sah ihn noch Bismarck, wie die Sternzeitung meldet, im kronprinzlichen Palais[69]. Den Abend war er wieder bei Roon und ging um 11 Uhr im Hotel Royal zu Bett.[70] Den König hatte er noch nicht gesehen.

Damit wissen wir beinahe über jede Stunde Bescheid. Denn die Zwischenräume zwischen den einzelnen Zeitangaben sind mit den Fahrten und Besuchen wohl vollständig ausgefüllt. Nach Petersdorff besteht nur über den Ort der Unterredung mit Kleist eine Differenz; aber da Bismarcks Mitteilung vom Tage darauf und

---

63. Die Zeitungen (NPZ. 221 Sg. 21. Berl. 20. und VZ. 221 Sg. 21.) melden, dass Bismarck früh auch Bernstorff aufsuchte. Diese Nachricht ist anfechtbar (s. w. u.) und auch hier nicht von Belang, da Bernstorff so wie so ausscheidet.

64. „dass ich sofort die Flucht ergriff, ein Bad nahm und zwei Stunden schlief": aus dem Brief.

65. Brief.

66. NZ. 440 Sg. 21. mg.; VZ. 221 Sg. 21. Vgl. den Brief an die Gattin vom 21., in dem Bismarck von ministeriellen und diplomatischen Besuchen spricht.

67. S. 338.

68. NZ. 440 Sg. 21. Berl., 20.

69. APZ. Sg. 21 mg.

70. für beides der Brief.

Digitized by Google

Kleists Aufzeichnung vom Jahre 1871 ist, so dürfen wir mit Petersdorff der ersteren den Vorzug geben. Am Vormittag sah nun Bismarck — wenn wir hier von zwei wahrscheinlich unrichtigen Zeitungsmeldungen über Bernstorff absehen[71] — Roon und Kleist; am Nachmittag Bernstorff und noch andere Minister und Diplomaten und darauf Roon, Blanckenburg, den Kronprinzen und abends wieder Roon. Die Minister und Diplomaten — vielleicht sah Bismarck wie am folgenden Tage noch Schlözer und Schleinitz — haben mit unsrer Frage nichts zu tun, und so bleiben Roon, Kleist und Blanckenburg allein übrig. Dies sind nun aber auch die drei, die von Bismarck und von Petersdorff nach Kleists Aufzeichnung übereinstimmend genannt werden. Mit ihnen hat er am 20. eifrig konferiert; sie gaben ihm die Uebersicht über die Lage und suchten ihn, wie Petersdorff glaubhaft macht, für ihre Pläne zu gewinnen. Von Alvensleben oder anderen[72] hören wir nichts, obschon Bismarck keinen Grund haben konnte, von ihm, wie vom Kronprinzen, nicht zu sprechen. Viel mehr als den Namen gibt er von Kleist, der „voll politischer Anschläge" zu ihm kam, und von Blanckenburg, der Familiennachrichten brachte, ja auch nicht. So werden wir mit Bestimmtheit nur unter jenen drei Freunden den Absender des ersten Telegramms zu suchen haben.

Ist es nun Kleist gewesen? Erinnern wir uns der starken Bedenken, die dieser mit seinem Freunde Gerlach gegen Bismarck teilte, sodass beide Edwin Manteuffel wünschten und Bismarck nur gerade nicht ablehnten, weil kein

---

71. s. Anm. 63.

72. so z. B. von Wagener. Dieser kann natürlich nicht die Persönlichkeit sein, die Bismarck telegraphiert hat. Wir erfahren auch nicht, dass er mit Bismarck zusammen war; denn Parisius spricht nur eine reine Vermutung aus, wenn er schreibt, dass Bismarck am 20. „jedenfalls" mit Roon, Wagener und Kleist zusammen war. Wageners Memoiren bringen nichts davon.

Digitized by Google

andrer Minister möglich schien, so müssen wir die Frage verneinen. Wenn Kleist am 20. zu Bismarck eilte, so geschah es nur, um ihm den Entschluss zur budgetlosen Regierung abzugewinnen, da offenbar sein Eintritt ins Ministerium nahe war. Während Kleist schon die ganze Zeit über in Berlin weilte, wurde Blanckenburg erst zum Empfang Bismarcks von Roon gerufen.[73] Die Annahme hat viel für sich, dass dies gleichzeitig mit dem Telegramm vom 18. geschehn ist, da Roon dieses mit „l'oncle de Maurice Henning" unterzeichnete. Jedenfalls spricht nicht dagegen, dass Gerlach noch am 20.[73] Kleist aufforderte, Blanckenburg als Roons politische Seele, auch Bismarcks wegen, nach Berlin zu zitieren. Denn Roon wird natürlich Gerlach nichts mitgeteilt haben. Gerlach hatte wohl am 19. in der Kreuzzeitung von der bevorstehenden Ankunft des Gesandten gelesen und schritt nun gleich wieder zur Tat, um seine Zwecke zu fördern. Aus seinen Worten geht hervor, dass er am 20. Blanckenburg noch nicht in Berlin vermutet, und somit muss auch dieser als Absender eines Telegramms ausscheiden, das schon am 16. oder 17. in Berlin selbst aufgegeben wurde. Es ist deshalb verständlich, dass wir bei Petersdorff keine Andeutung finden, dass Kleist oder Blanckenburg telegraphiert haben könnten, obwohl er Gelegenheit hatte, reiche Materialien zur Geschichte Kleists, und somit, kann man sagen, auch Blanckenburgs und andrer Parteimitglieder einzusehen.

So bleibt denn endlich Roon allein übrig. Er hat das zweite Telegramm, vom 18., aufgegeben, und er muss auch der Absender des ersten sein, das am 16. oder 17. bei Bismarck in Paris eingegangen ist. Alle Bedingungen, die für den Absender zu stellen waren, werden von Roon im höchsten Grade erfüllt. Niemand konnte ein stärkeres Interesse haben als er, Bismarck ins Ministerium zu ziehen; und dieses Interesse wurde durch die Krisis erweckt und wach-

73. Petersdroff S. 338.

Digitized by Google

gehalten. Seinem Rufe musste andrerseits Bismarck, der am 12. September sich gerade an Roon um Beistand gewandt hatte, sofort folgen. Roon, der vertraute Freund des Königs, durfte schliesslich auch die Eigenmächtigkeit, die er mit dem Telegramm beging, wagen, und Bismarck brauchte sich nicht lange zu bedenken, auf Grund seiner Depesche ohne Urlaub abzufahren. So nimmt Roon unter den Persönlichkeiten, welche das am 16. oder 17. im Zusammenhang mit der Krisis aufgegebene Telegramm befördert haben können, von vornherein einen ganz hervorragenden Platz ein; und da die nähere Umschau unter ihnen bei ihm allein Halt macht, so ist ihm auch das Telegramm zuzuweisen. Aber jene Feststellung birgt nur einen hohen Wahrscheinlichkeitsgrund, und dieses Resultat ist allein durch negative Instanzen gewonnen. Wenn Roons Urheberschaft als gesichert gelten soll, dann müsste noch ein besonderer Umstand auf ihn hinführen. Es wäre der Nachweis nötig, dass Roon am 16. oder 17. sich gezwungen sah, Bismarck zu rufen; dann würde dieses Telegramm die gesuchte erste Depesche sein.

———

Roon hatte in der Ministerfrage immer zweierlei bedenken müssen. Einmal waren unausgesetzt neue Versuche beim Könige zu machen, um in dessen Haltung eine Aenderung zu erzielen, und dann hatte er sich ständig zu bemühen, dass Bismarck seinen Plänen willfährig blieb. Eine Situation, die den König zu neuen Entschlüssen zwang, hätte ihm hier nach beiden Seiten helfen können. So hoffte er Anfang Juni, dass der König nach dem Ablauf von Hohenlohes Urlaub genötigt sein würde, das Ministerium zu vervollständigen, und er schrieb Bismarck: „Und dann, ja dann hoffe ich, wird der Telegraph Sie herrufen“. Diese Annahme schlug fehl, wie später noch manche andre Erwartung. Solange aber keine Verschärfung der Lage eintrat, mussten ihm die tiefe Abneigung auf der einen und die Ungeduld auf der andern Seite ein Gegenstand ständiger

Digitized by Google

Sorge sein. Denn es war möglich, dass der König bis dahin die Absicht der Ernennung ganz aufgab und Bismarck den Wunsch, überhaupt noch einzutreten. So hatte Roon nach hier- wie dorthin starke Anstrengungen zu machen, damit er im entscheidenden Augenblick das Heft in der Hand behielt. Im Sommer war ihm Bismarck selbst mit seinem Kammerplan entgegengekommen. Das änderte sich, als Bismarcks Urlaub zu Ende ging, der König aber noch keinen Entschluss gefasst hatte. Da hatte Roon, der den Ausgang der Krisis noch ferne sah, an Bismarck mahnend und beschwichtigend geschrieben, er solle nicht „boudieren", und ihm die neuen Momente mitgeteilt, durch die er seinen Bemühungen beim König ein verstärktes Gewicht zu verleihen hoffte. Auch der 7. September brachte keinen Erfolg; aber wir sehen weder an diesem oder den folgenden Tagen noch bisher überhaupt Roon irgendeine besondere Massregel ergreifen, die seine Schritte rascher hätte fördern können. Denn er wurde durch keine entscheidende Situation dazu genötigt.

Der Beginn der Plenarverhandlungen änderte diese Sachlage. Mit ihm näherte man sich dem Ende der Krisis. Zwar war noch die Lage, wie der König am 10. bestimmt hatte, in einem Conseil zu beraten; aber an Auflösung konnte nicht mehr gedacht werden. In dieser Situation musste nun Roons Hoffnung, die Ernennung Bismarcks durchzusetzen, stärker als je anschwellen; er durfte unter dem Druck der kommenden Ereignisse beim Könige grössere Geneigtheit dafür erwarten, und er durfte auch nach seinem letzten Brief annehmen, dass der Freund sich ihm nicht versagen würde. Zunächst konnte Roon freilich noch keine Schritte tun, und er wurde auch nicht gedrängt. Der König war aus Baden noch nicht zurück — seine Ankunft erfolgte erst am 13. — und die Generaldiskussion im Abgeordnetenhause setzte sehr langatmig ein, sodass der Schluss in den nächsten Tagen noch nicht zu erwarten war. Am

Digitized by Google

13. und 14. wurde sie noch dazu durch die Taufhandlung und den Sonntag unterbrochen. Bei jener war Roon mit den übrigen Ministern zugegen; doch wird von einer Audienz nichts gemeldet, zu der auch kein dringender Anlass gegeben war.

In dieser Situation wird Roon in der Zeit vom 14. zum 15. September Bismarcks Brief vom 12. erhalten haben, der plötzlich die eine Seite seiner Berechnungen einzureissen drohte. Roon konnte zwar zu seiner Freude lesen, dass Bismarck, der nun wohl schon wieder in Paris war, durch die Badekur sich völlig gesund geworden fühlte und sich auch zum Eintritt ohne Portefeuille bereit erklärte; aber er liess Roon nicht mehr freie Hand, sondern stellte einen Termin. Bismarck war des unaufhörlichen Wartens so überdrüssig geworden, dass er nur noch vierzehn Tage Spielraum gewährte, innerhalb deren er unbedingt erfahren haben wollte, welchen Posten, und wann er diesen antreten sollte. Sonst wollte er in Paris bleiben und dann nicht mehr sofort wieder wechseln oder den Abschied nehmen. Zunächst aber hatte er vor, Urlaub nach Pommern bei Bernstorff nachzusuchen.

Bismarck hätte Roon gar nicht noch besonders zu Freundschaftsdiensten anzuspornen brauchen. Der Gedanke, dass Bismarck in Paris bleiben könnte, der in einem Augenblick an Roon herantrat, wo die Entscheidung schon nahe war und also auch die Verhältnisse im Ministerium jetzt definitiv geregelt wurden, musste Roon zu den stärksten Anstrengungen für das Ministerium veranlassen. Und da ihm nur vierzehn Tage gelassen waren, so musste er alsbald damit beginnen. Das Urlaubsgesuch konnte ihm eine Handhabe bieten, Bismarck nach Berlin zu ziehen; denn natürlich wartete er nicht auf Bernstorffs Vorgehen. Seine nächste Aufgabe war nun, den König in den folgenden Tagen zu gewinnen.

Da trat ein Ereignis ein, welches ihn unmittelbar vor

Digitized by Google

die Entscheidung stellte. Am 16. wurde der Generaldiskussion ein rasches Ende gemacht, und die unmittelbar darauf einsetzende Spezialberatung bereitete der Regierung die erste schwere Niederlage. Das war das Ereignis, welches Roon so erschütterte, dass er nun mit Heydt zur Versöhnungsaktion schritt. Der König kam nach Berlin, und für den Abend wurde das Conseil festgesetzt. Nun war schon in den nächsten Tagen das Ende des Militärstreites zu erwarten, mochte es nun der Konflikt oder die Versöhnung sein. Wäre diese zustandegekommen, dann hätte dies keinen neuen liberalen Umschwung zur Folge zu haben brauchen; wahrscheinlicher war aber doch der Konflikt. In jedem Fall musste Bismarck vor der Entscheidung da sein.[74] So hatte Roon, der auch durch dessen Brief gedrängt war, keine Zeit mehr zu verlieren; und er wird noch am 16. nachmittags,[75] wo er in Audienz empfangen wurde, Bismarcks Angelegenheit vorgetragen haben, um, durch die neu eingetretenen Momente unterstützt, eine Entscheidung zu erzielen. Und das Resultat? Nach Gerlachs Mitteilungen vom 12., Dunckers vom 19. kann es uns nicht zweifelhaft sein. Der König blieb der Ernennung abgeneigt und hat natürlich auch keinen Termin genannt. Einen schwereren Schlag konnte Roon nicht erhalten. In einem Augenblick, wo der Ausgang der Militärkrisis nahe bevorstand, und Bismarck ihm geschrieben hatte, dass er bis zum 1. Oktober Gewissheit haben müsse, sonst bleibe er in Paris, erneute Ablehnung seiner Vorschläge! Es blieb nur noch ein Ausweg übrig: Bismarck musste selbst kommen und seine Sache führen. Und so telegraphierte Roon.

Der Zeitpunkt lässt sich nicht ganz genau fixieren. Würden wir guten Grund zu der Annahme haben, dass es

74. Vgl. 31. Aug. an Bismarck: „Die innere Katastrophe wird jetzt nicht stattfinden, wie ich vermute, sondern erst im Frühjahr, und da müssen Sie notwendig dabei sein." (Ronn[5], S. 109.)

75. Die Plenarsitzung selbst schloss erst um 3 U. 20 M.

Digitized by Google

noch am 16. geschehen ist, so schienen Bismarcks Brief vom 24. und die Patriemeldungen mehr für den 17. zu sprechen. Es ist möglich, dass Roon vielleicht erst noch die Aufnahme des Versöhnungsaktes bei den Abgeordneten abwartete, und dann um so mehr telegraphierte, als das strikte Verlangen nach zweijähriger Dienstzeit sehr wahrscheinlich beim König auf Widerstand stossen musste; jedenfalls ist aber der Mittag des 17., also der Schluss der Kommissionssitzung, die äusserste Grenze nach vorn, und auch das zwingt schliesslich, die Gründe für das Telegramm nur in der bezeichneten Linie zu suchen. Einmal ist das Conseil vom 17., das um 3 Uhr begann, den Nachmittag über dauerte, und abends fortgesetzt wurde, aus zeitlichen Gründen auszuschliessen. Während der Sitzung kann Roon kaum telegraphiert haben; und wäre das Telegramm in der Zwischenzeit kurz vor dem Abend aufgegeben worden, dann hätte die Patrie nicht mehr in der verhältnismässig zeitig erscheinenden Abendausgabe ihre Meldung von der Abreise Bismarcks bringen können. Schon die Expedition von Berlin bis Paris dauerte geraume Zeit, und in Paris hatte die Zeitung erst dann noch ihre Nachrichten zu erhalten. Dann ist aber das Conseil auch deshalb auszuschliessen, weil seine Ereignisse Roon zu dem zweiten Telegramm Anlass gaben. So ist der Abend des 16. oder der Vormittag des 17. die wahrscheinlichste Aufgabezeit für Roons erste Depesche, welche die gesuchte ist.

Damit wäre also die Annahme von zwei Roonschen Telegrammen, die sich bei Oncken als Konjektur auf der unsicheren Unterlage der älteren Tradition fand, jetzt durch eine kritische Untersuchung erwiesen. Vielleicht ist gerade deshalb die Tatsache der beiden Telegramme so lange ungewiss geblieben, weil beide denselben Absender hatten; und auch Bismarck wird in den Gedanken und Erinnerungen aus dem Grunde nur von dem zweiten sprechen, weil er sich wegen des gleichen Absenders des ersten nicht mehr

Digitized by Google

erinnerte, dessen Text er nicht mehr besass. Sollte nun aber, da beide von Roon sind, in der angeblich Roonschen Depesche „Die Birne ist reif" das erste Telegramm zu suchen sein? Wenn Keck sie in Südfrankreich eintreffen lässt, so würde das nichts besagen; die Depesche an sich ist nicht mehr zweifelhaft, und der Wortlaut würde ausgezeichnet passen. Es scheint sich dafür sogar noch eine Nachricht aus andrer Quelle anführen zu lassen. Roons Denkwürdigkeiten[76] nehmen bis heute eine besondere, eigentümliche Stellung zu der Telegrammfrage ein. Ein Datum wird hier überhaupt nicht genannt. Roons Urheberschaft, die in den ersten Auflagen als möglich hingestellt wurde, wird in den neuesten auch nur als sehr wahrscheinlich bezeichnet, und nun wird nicht das durch Bismarck bekannte „periculum in mora", sondern gerade Kecks Mitteilung „Die Birne ist reif" als Wortlaut der Depesche zitiert. Aber für uns ist nun die Begründung von Wichtigkeit, Bestimmtes habe sich in den hinterlassenen Papieren nicht gefunden, aber Aehnliches habe Roon den Seinigen auch später erzählt. Die Annahme liegt nicht fern, dass sich hier noch eine zweite, direkte Mitteilung von Roons erstem Telegramm erhalten hat, und damit wäre dieses auch durch positive Belege gestützt.

Nachdem Roon den Freund gerufen hatte, mochte er hoffen, dass Bismarck bis zum Nachmittag des 18. in Berlin eingetroffen sein werde. Er konnte also der Weiterentwicklung der Ereignisse ruhig entgegensehen. Aber es kam anders, als er vermutet hatte. Der Versöhnungsversuch misslang nicht nur, sondern er nahm unerwartet im Conseil vom 17.[77] den bedrohlichsten Ausgang. Die Abdan-

---

76. Roon[5] S. 119/20.

77. Es existiert eine Erzählung von einer Abendberatung zwischen Roon und dem Könige über die Berufung Bismarcks, die sich aber nicht mit Sicherheit datieren lässt. Helldorf-Bedra hatte sie bald nachher, wie er sagt, von dem Assessor von Hülsen, der unter Roon die

Digitized by Google

kungsabsicht des Königs war eine furchtbare Gefahr für Roons politisches System und alle seine Pläne. Wurde sie ausgeführt, wurde der Kronprinz König, dann war es mit dem Ministerium Bismarck-Roon überhaupt ganz vorbei. Und Roon musste sich sagen, dass die Ausführung möglich war. Das Königtum hätte wohl einen Schlag erlitten, der Liberalismus triumphiert; aber die Extremen wären wohl kaum hochgekommen. Dem Kronprinzen und einem genehmen Ministerium hätte man für die zweijährige Dienstzeit alles bewilligt und die Reorganisation nicht angetastet.[78]

Staatsministerialsachen bearbeitete, gehört und brachte sie im 29. Jahrgange der deutschen Revue (1904; S. 336|37) zum Abdruck. Eines Abends sei Hülsen von Roon zum Vortrag bestellt gewesen. „Hülsen wartet lange — es heisst, der Minister sei zum Vortrag bei Seiner Majestät. — Es wird später und später, fast Mitternacht, da tritt endlich der Minister ein. Gegen seine Gewohnheit sagt er kein Wort, geht ernst und offenbar in schweren Gedanken im Zimmer auf und ab. Endlich fragt Herr von Hülsen, ob er mit dem Vortrag beginnen solle. Da bleibt Roon stehen, legt ihm die Hand auf die Schulter und sagt tiefbewegt: „Lassen Sie das heute, lieber Hülsen, die Sachen sind nicht so eilig, — gehen Sie nach Hause, — aber beten Sie zu Gott, heute Nacht entscheidet sich das Schicksal von Preussen.“ Nach der Berufung Bismarcks als Ministerpräsident sagte Roon zu Hülsen zur Erklärung jenes Vorgangs: „Ich war bei Majestät zum Vortrag und sprach für die Berufung Bismarcks. Die Besprechung dauerte sehr lange, schliesslich schien Majestät entschieden und entliess mich mit den Worten: „Lassen Sie mir noch Zeit zur Entscheidung bis morgen früh — ich will diese Nacht mit Gott beraten.“ — Diese Unterredung wird in den Herbst 1862 ohne nähere Zeitangabe verlegt; und es gelingt auch nicht, den Tag zu fixieren. Die Zeitungen melden zwischen dem 17. und 22. keine einzige Abendzusammenkunft. Am 18. und 21. fanden die Audienzen Roons am frühen Nachmittag, am 22. morgens statt. Am 16. und 17. waren König und Roon allerdings abends zusammen; das waren aber Conseilsitzungen, und diese Termine liegen zu früh. Offenbar soll eine Unterredung vor der Entscheidung geschildert werden; wir könnten also auf den 21. und 22. kommen. Aber am 21. war Roon wieder nicht abends, sondern mittags beim Könige. So ist die Erzählung in der vorliegenden Form nicht verwertbar.

78. Lenz S. 142.

Digitized by Google

Nur wäre an Stelle des konservativen Regimes das liberale getreten. So weit durfte es Roon unter keinen Umständen kommen lassen; er selbst hatte sich schon dem Könige zur Verfügung gestellt, und er hoffte auch, Bismarck bald zur Seite zu haben. Aber freilich konnte leicht eine Verschlimmerung schon bis dahin eintreten; denn der König hatte den Kronprinzen sofort rufen lassen wollen. Roon musste den König festzuhalten und, wo möglich, umzustimmen suchen, bis Bismarck kam. Dann war schon Terrain gewonnen. Deshalb wohl eilte er am 18., nachdem am Vormittag die Budgetkommission getagt hatte, nachmittags um 2 Uhr nach Babelsberg[79], wo er von 3 bis 5 blieb.[80] Er empfahl noch einmal die zweijährige Dienstzeit; und was konnte er jetzt in der ganz neuen Lage Besseres tun als den König wieder auf den einen Mann hinzuweisen, der ihm wirklich ergeben war, bereit seinem Rufe Folge zu leisten und befähigt, die Dinge vorwärtszubringen? Durfte er nicht annehmen, dass der König jetzt seine Auffassung ändern und es für seine Pflicht halten musste, mit Bismarck den Versuch zu machen? Roon selbst sagt uns, dass er beim Könige wieder für die Berufung Bismarcks gesprochen habe; aber wir erfahren von ihm auch, dass die Antwort nicht bloss zögernd ablehnend, sondern ein entschiedenes Nein war. Am 20. schreibt er an Perthes, nachdem er von seinem Entschluss, den nun beginnenden Kampf zu wagen, gesprochen hat: „Aber entsetzlich ist der andere (Gedanke), dass ich mir von neuem erst die Waffe werde schmieden müssen, mit deren Hülfe er auszufechten ist.“ Das waren wenig erfreuliche Aussichten für Roon; die Abdankungsgefahr bestand nach wie vor; und nun wird er auch, wie Ulmann sehr richtig annimmt, von der Herbeirufung des Kronprinzen erfahren haben. In dieser drücken-

79. Duncker an die Kronprinzessin, 19. Sept.
80. APZ. Do. 18. ab.; VZ. 219 Fr. 19.

Digitized by Google

den, mit jedem Augenblick sich verschärfenden Lage stand ihm aber noch das Schlimmste in Berlin bevor. Bismarck, der bis zum frühen Nachmittag noch nicht gekommen war, war auch nach der Rückkehr Roons von Babelsberg noch nicht da und hatte offenbar auch nicht geantwortet. Da telegraphierte ihm Roon zum zweiten Mal: „Periculum in mora. Dépêchez-vous". Die ersten Worte bezogen sich auf die Situation, und „Dépêchez-vous" wurde jedenfalls hinzugesetzt, weil Roon, der sich in grösster Sorge befand, von Bismarck auch nicht einmal eine Nachricht oder höchstens eine aufschiebende erhalten hatte. Dieses Nachwort ist ein neues Zeugnis für das erste Telegramm.

So kam Roon zu seiner zweiten Depesche, und es ist natürlich, dass die Ergebnisse Ulmanns, der auf die Abdankungsgefahr als die bewegende Ursache hingewiesen hat, durch die Feststellung des ersten Telegramms zu modifizieren waren. Denn Bismarck war eben schon einmal benachrichtigt, und die Angabe in Roons Brief vom 20. muss auf den 18. bezogen werden. Nur deshalb veranlassten Abdankungsgefahr und erneute Ablehnung Bismarcks das zweite Telegramm,[81] weil Bismarck noch nicht gekommen war; aber da er nicht gekommen war, so musste auch Roon aus diesen Gründen telegraphieren.

Auf die direkte Aufforderung Roons, die Bismarck am Abend des 18. bekommen haben wird, mag dieser nun bestimmt geantwortet haben, und am 19. früh reiste er ab. Er hatte nach dem Empfang des ersten Telegramms die Absicht gehabt, am 18. zu reisen, aber er änderte noch am 17. seinen Entschluss. Denn noch von diesem Tage brachte die Patrie am 18. früh die Meldung, dass Bismarck morgen oder übermorgen, also, (da die Nachricht vom 17. ist), am 18. oder 19. reisen werde. Die Verzögerung ist

81. Philippson gibt in seinem Leben Kaiser Friedrichs (S. 99) nur eine ganz allgemeine Ueberlegung. Versehentlich schreibt er Botschafter für Gesandten.

Digitized by Google

somit festgestellt, und wir müssen dem Grunde nachforschen. Wie es in Berlin stand, konnte Bismarck nicht wissen; wenn er am 19. fuhr, mag es ihm noch früh genug gewesen sein. Denn der Inhalt des ersten Telegramms — wenn dieser „Die Birne ist reif" lautete — trieb ihn nicht zur höchsten Eile an, und ausserdem hatte Bernstorff auch sein Urlaubsgesuch noch nicht beantwortet. Als nun aber das zweite Telegramm eintraf, das ihn im dringendsten Ton nach Berlin rief, durfte er sich keinen Augenblick länger besinnen. Der schnellste Zug brachte ihn in knapp 25 Stunden in die Heimat.

Abschnitt 2.

Die Ernennung Bismarcks.

Kapitel 1.

Der Vermittlungsversuch des Kronprinzen.

Direkt und indirekt hatte die Krisis Roon Situationen geboten, in denen er zum Handeln kam, aber der König hatte sich zu Bismarcks Ernennung nicht verstehen können. Die Krisis verschärfte sich, und Roon durfte davon ein besseres Resultat für seine Bestrebungen erhoffen, aber der König blieb bei seiner alten Unentschlossenheit. Nun hatte die gefährlichste Lage, welche an sich auf beide unmittelbar wirkte, an diesem Verhältnis doch nichts ändern können. Ja, der König äusserte sich zuletzt geradezu ablehnend.

So war also die Krisis selbst in ihrem Höhepunkt nicht direkt wirksam geworden, und sie wurde es auch nicht in ihrer Wendung zur Katastrophe. Die Staatsministerialerklärung, die Roon am 18. in der zweiten Sitzung der Budget-

Digitized by Google

kommission[1] abgab, konnte keine andere Wirkung hervorrufen. Es erfolgte zwar keine Zurücknahme von schon gewährten Konzessionen; aber die Auslassung, dass die Kürzungen der Dienstzeit aus technischen Gründen unmöglich seien, widersprach den früheren Eröffnungen. Auch war von dem Gesetz und der Umarbeitung des Etats nicht mehr die Rede. Die Abgeordneten, die trotz dieses Rückzugs der Regierung noch die technisch-militärischen Bedenken zu hören verlangten, erfuhren ebenfalls im Gegensatz zu den früheren Aeusserungen nur, dass die zweijährige Dienstzeit ausserordentliche Schwierigkeiten habe, die jetzt schon bei den vorzeitigen Entlassungen zu Tage träten, dass die Regierung jedenfalls zuerst der Kompensationen ganz sicher sein müsste, und dass diese finanziell keine Erleichterungen verschafften. Das war kein Entgegenkommen mehr. Nur die 223 000 Taler wurden nicht zurückgenommen, und von ihnen erwartete die Regierung, dass sie genügen würden, um den Etat für 1862 unabhängig von dem für 63 anzunehmen. Mit Recht durfte da Twesten sagen, er habe Zusicherungen über eine die Dienstpflicht betreffende Gesetzesvorlage, ferner eine formelle Indemnitätsforderung und die Ermässigung des Etats für 1863 in Form einer königlichen Ermächtigung erhofft. Das wäre vielleicht noch ein Ausweg gewesen. Die 223 000 Taler waren aber jetzt ein indiskutierbarer Vorschlag. So endete denn die Sitzung rein negativ mit der einstimmigen Annahme von Hoverbecks Antrag: „Die Budgetkommission erklärt, dass die Eröffnungen der Staatsregierung vom 17. und 18. des Monats nicht geeignet sind, die Fortsetzung der Beratung des Hauses zu unterbrechen.“ Die wenigen Mitglieder der Minorität hatten mit der Majorität gestimmt, und der Auslauf der Episode im Plenum war unzweifelhaft.

---

1. NZ. 436 Fr. 19. mg. Volks-Z. 219 Fr. 19. VZ. 219 Fr. 19.

Digitized by Google

Am 18. nachmittags musste Roon dem Könige mitteilen, wie unheilvoll das Ergebnis gewesen war, aber wir wissen bereits, dass auch der nahe Konflikt, dem der König selbst nicht standhalten wollte, auf dessen Haltung gegenüber Bismarck keinen Einfluss ausübte. Nun konnte die Krisis, die sich bereits auf absteigender Bahn befand, Roon kein neues Moment mehr bieten; aber sie wirkte noch indirekt, indem die jetzt nur noch verstärkte Opposition fortdauernd die Lage erhielt, in der sich die Regierung seit dem 17. befand. Die Förderung der Kandidatur Bismarcks jedoch war nun auf die persönliche Einwirkung gestellt, die der Freund mit Roons Hülfe auf den König ausüben musste. Bismarck hatte sich selbst zu helfen, denn von der Krisis war nun nichts mehr zu hoffen.

Für Roon aber bestand bis zur Ankunft Bismarcks, der ihm noch am 18. abends auf das „Dépêchez-vous" geantwortet haben mag,[2] dass er am 20. früh eintreffen werde, die bange Sorge, dass der König durch seine Abdankung ihm alle Pläne zu schanden machte. Die Berufung des Kronprinzen, der schon am 18. abends eintraf, rückte diese Gefahr in die unmittelbarste Nähe. Sie konnte nicht dadurch verhindert werden, dass der König noch zu Konzessionen zu bewegen war, wie Roon noch am 18. nachmittags versucht hatte. Dies schien ebenso ausgeschlossen[3] wie ein Nachgeben der liberalen Majorität des Abgeordnetenhauses. War aber andrerseits noch die Einigung des Ministeriums auf den Standpunkt des Königs möglich? Roon, der sich mit der Mehrzahl seiner Kollegen auf dessen Seite befand, konnte jetzt noch weniger als unmittelbar nach dem 17. an ein Uebergehen zu der Minorität denken; aber andrerseits war ihm natürlich die Spaltung des Ministeriums, die an

2. Das geht wohl auch aus dem Tenor des Briefes Bismarcks vom 21. hervor.

3. Vergl. Brief an Perthes vom 20. Sept.

Digitized by Google

sich schon der Regierung schadete, gerade in diesem Augenblick nichts weniger als recht. Da jedoch die Minorität nicht mehr zu gewinnen war, so musste Roon der Ankunft des Kronprinzen mit lebhafter Sorge entgegensehen. Dessen Tätigkeit konnte sicher nicht zur Förderung seiner Pläne, namentlich inbetreff Bismarcks, dienen. Und gerade das Schlimmste, die Vollziehung der Abdankung, war sehr wahrscheinlich, da es nach den bisherigen Erfahrungen unmöglich schien, dass der König doch noch auf Konzessionen einging. Das Beste, was Roon daher für sich zu erhoffen hatte, war, dass die Audienz des Kronprinzen resultatlos blieb; dann aber konnte seine Haltung nicht zweifelhaft sein.

Am 18. abends um $^3/_4$10 Uhr war der Kronprinz, der seinen Rat Max Duncker aus Berlin nach Jüterbogk zur Berichterstattung gerufen hatte,[4] in Begleitung seines Adjutanten, Hauptmanns v. Loucadou, in Berlin eingetroffen.[5] Noch am selben Abend begab er sich in das Finanzministerium[6] und konferierte hier mit Heydt. Duncker und Heydt werden ihn sofort über die Lage orientiert haben. Dieser hatte am 18. dem Könige noch einmal die zweijährige Dienstzeit als unerlässlich hingestellt, aber eine scharfe Abweisung erfahren; und darauf hatten er und Bernstorff noch am 18. dem Könige eine schriftliche Motivierung ihrer Ansichten eingereicht.[6] Nun war die vermittelnde Tätigkeit des Kronprinzen die letzte Hoffnung für die Minorität. Wenn jemand noch einen Versuch bei dem Könige unternehmen konnte, so war es der Kronprinz; gelang auch der nicht, dann blieb den verfassungstreuen Ministern nichts übrig, als ihre Entlassung einzureichen, wie sie schon in jener

---

4. Telegramm bei Ulmann S. 69.

5. APZ. Fr. 19. mg.

6. Duncker berichtet am 19. (Phil. S. 422): „Graf Bernstorff und Herr v. d. Heydt sprachen sich in demselben Sinne aus und fügten hinzu, dass sie diese Ansicht bereits wiederum am Morgen Seiner Majestät schriftlich entwickelten.

Digitized by Google

Denkschrift für den Fall, dass der König nicht auf ihre Ansichten eingehe, angedeutet hatten.[7] Am 19. früh begab sich der Kronprinz nach Babelsberg und hatte hier die für die kommende Entwickelung äusserst wichtige Audienz, über die Duncker am Abend an die Kronprinzessin nach Reinhardsbrunn berichtete. Wir hören hier nur den König sprechen, der seinem Sohne auseinandersetzte, dass die Minister ihn verliessen, und es wahrscheinlich zur Abdankung kommen werde. Auch die Urkunde war schon ausgefertigt. Die Frage des Ministerwechsels wurde nur insoweit berührt, als der König sich nicht geneigt erklärte, Herrn von Bismarck ein Ministerium zu übertragen. Diese Worte scheinen auf eine Andeutung des Kronprinzen hin gefallen zu sein, von dem Duncker nur den einen Zug berichtet, dass er es ablehnte, die Urkunde einzusehen.[8] Nach Samwer[9] könnte auch das ausführlichere Gespräch über Bismarck schon auf den 19. fallen, wenn nicht am 20. dieses Thema noch einmal berührt worden ist. Jedenfalls hat doch aber der Kronprinz schon am 19. zu vermitteln gesucht; denn das war seine Hauptaufgabe in der Konferenz mit dem Vater, die er am 20. wieder aufgenommen haben wird. Davon sagt Duncker jedoch gar nichts. Wir haben hierüber von Stosch,[10] der durch den Hauptmann v. Normann Nachrichten vom kronprinzlichen Hofe hatte, die Mitteilung, der Kronprinz habe „alles aufgewendet, um den alten Herrn umzustimmen."

---

7. Dunckers Bericht vom 19.

8. Es ist von hohem Interesse, dass Duncker der Kronprinzessin die Notiz über Bismarck mitteilt. Denn natürlich wartete diese, die sich mit ihrer Mutter, der Königin Viktoria, in Reinhardsbrunn in der Nähe des Coburger Herzogs aufhielt, gerade auch in dieser Beziehung voller Spannung auf den Ausgang der Reise. Vielleicht haben sich die englisch-coburgischen Beeinflussungsversuche in diesen Tagen auch schriftlich auf den König geäussert.

9. Aufzeichnung vom 23.: Philippson S. 423.

10. Denkwürdigkeiten S. 52: Brief an Holtzendorff vom 28. Sept.

Digitized by Google

Mittags mit dem 12 Uhr-Zug kehrte der Kronprinz nach Berlin zurück und empfing darauf Schleinitz, Bernstorff und Heydt. Die letzteren beiden hatten am Morgen noch einmal ein bedingtes Entlassungsgesuch eingereicht,[11] jedenfalls, um die Aktion des Kronprinzen zu unterstützen. Wir haben den Text jetzt wohl in dem Promemoria vom 19. vor uns, das in Bernstorffs Nachlass veröffentlicht ist.[12] Es ist dies eine gemeinsame Denkschrift der Minorität,[13] in der ihr Standpunkt als der allein verfassungsgemässe begründet wird, auf den auch die übrigen Minister verpflichtet wären. Um in keine Verfassungswidrigkeit zu verfallen, führt Bernstorff aus, wolle die Minorität eine Verständigung vermitteln, welche die Reorganisation auf gesetzliche Grundlage stelle und in der Hauptsache sichere, „wenn auch die Ueberzeugungen und Wünsche der Regierung in betreff der Dauer der Dienstzeit sich für jetzt dem unabweisbaren Bedürfnis der Verständigung unterordnen müssten." Aber der König sei in den letzten Conseilsitzungen auf seiner Ansicht vom 10. September geblieben, dass bei Nichtzustandekommen des Budgets auch über das laufende Etatsjahr ohne Budget fortregiert werden dürfe, und die Majorität sei ihm darin nicht entgegengetreten. Dadurch seien Meinungsverschiedenheiten entstanden; aber die Minorität könne von der verfassungsgemässen Grundlage, zu der das ganze Ministerium noch besonders durch die Denkschrift vom 13. März[14] und den Bericht vom 9. September verpflichtet wäre, nicht abweichen. Die Minorität müsse verfassungswidrige Mittel

11. Duncker, Bericht vom 19.

12. Bernstorff S. 540.

13. Der Herausgeber des Bernstorffschen Nachlasses zählt Bernstorff, Hohenlohe, Heydt, Jagow, Holzbrinck zur ‚Minorität'. Diese fünf würden aber gegenüber Roon, Itzenplitz, Mühler, Lippe eine Majorität ausmachen; Jagow gehörte nicht zur Minorität, Hohenlohe war nicht mehr tätig.

14. Die neuen Minister schlossen sich ihr an.

Digitized by Google

entschieden verwerfen, und nach dem Bericht vom 9. müssten alle Minister dieser Ansicht sein. Das Ministerium habe sich darüber zu verständigen; sei das nicht zu erreichen, so müsse die Minorität ausscheiden. Charakter und Zielpunkt dieser Denkschrift stimmen mit dem überein, was nach Duncker Heydt und Bernstorff am 19. nachmittags über ihre Eingabe vom Morgen sagten. Die angedeutete Verständigung wurde am Abend versucht.

Die Nachrichten des Kronprinzen aus Babelsberg waren für die Minorität nichts weniger als tröstlich; Roon aber durfte aufatmen, dass der König noch nicht zu dem letzten Mittel gegriffen hatte. Von Seiten des Kronprinzen war wohl nun auch ferner der Widerstand gegen die Abdankung zu erwarten. Dieser besprach mit Schleinitz, Bernstorff und Heydt[15] am Nachmittag die Lage; aber diese konnten von der Forderung der zweijährigen Dienstzeit, durch die jetzt allein noch eine Verständigung zu erhoffen war, nicht abgehen. Und damit musste für sie wohl die Lage als entschieden gelten. Sie konnten ihre Haltung, die allein rechtlich begründet war und auch politisch klug erscheinen mochte, da man über das Kommende noch ganz im Ungewissen war, nicht ändern; da aber die Majorität und der König sich ihnen nicht anschloss, so mussten Heydt und Bernstorff resignieren. Wir besitzen von dem Letzteren jetzt das offizielle Entlassungsgesuch vom 19. September;[16] aber auch Heydt wird zugleich mit Bernstorff um seinen Abschied eingekommen sein.[17] Wie aus dem Inhalt hervor-

---

15. Duncker, Bericht vom 19., von den Zeitungen bestätigt. Bernstorff, Schleinitz: APZ. Sd. 20. mg. Heydt, Schleinitz: NZ. 439 Sd. 20. ab.

16. Bernstorff S. 537.

17. Den wahren Sachverhalt erfuhr die Presse erst ziemlich spät. Die Krisis wurde ihr schnell bekannt. Da Holzbrinck sich gar nicht mehr gezeigt hatte, vermutete man hier zuerst Differenzen, die aber die Kreuzzeitung (218 Do. 18., Berl. 17.) schon am 18. dementierte.

Digitized by Google

geht, hat Bernstorff sein Gesuch nach der Rückkehr des Kronprinzen und nach Beendigung der Plenarverhandlungen aufgesetzt; wahrscheinlich auch noch nachmittags, da erstens Roon, der erst nachträglich davon erfuhr, in seinem Brief vom 21. September an Bernstorff bei der Erörterung der Lage stets das Abschiedsgesuch vor Bernstorffs Aeusserungen in dem Abendconseil vom 19. in zeitlicher Reihenfolge zu nennen scheint, und zweitens Bernstorff selbst sich in seinem Gesuch nirgends auf das Conseil bezieht, sondern seine zeitlich neuesten Erwähnungen die Rückkehr des Kronprinzen und der Ausfall der Plenarsitzung vom 19. sind. Bernstorff mag bei seinem brennenden Interesse für die auswärtigen Angelegenheiten, das er selbst mit den stärksten Worten beteuert, das Abschiedsgesuch schwer genug geworden sein, und auch nur die inneren Verhältnisse, die Militärfrage, trieben ihn dazu. Der Gedanke, dass bei seinen

---

Holzbrinck war erkrankt und hatte deshalb nicht mehr an den Sitzungen teilgenommen. Das wurde von der Sternzeitung (Di. 23. ab.) am 23. bestätigt. Da Heydt am 18. in der Kommission schwieg und am 19. im Plenum fehlte, so kam man hier schon auf sichereren Boden. Die Gerüchte die sich an ihn, aber auch an Roon hängten, wurden von der Kreuzzeitung (221 Sg. 21. Berl., 20.) am 21. und 23. (222 Di. 23. Berl., 22.) auf das richtige Mass zurückgeführt: Roon habe kein Gesuch eingereicht, und Heydt (222 Di. 23. Berl., 22.) nur eventuell um Entlassung gebeten. Neu fügte sie hinzu (am 23.), dass Bernstorff seinen Abschied nachgesucht habe und wahrscheinlich nach London zurückgehen werde. Holzbrinck werde krankheitshalber ausscheiden. Die Sternzeitung schwieg sich über die Krisis völlig aus. Am Abend des 23. meldete aber die Nationalzeitung, dass die Krisis nach Mitteilungen, die heute im Abgeordnetenhause für glaubwürdig galten, ihrem Abschlusse nahe sei. — Die Abdankungsgefahr ahnte man in der Presse nicht, während sie den feudalen und militärischen Kreisen nicht verborgen blieb. Kleist schreibt darüber am 22. Sept. an Gerlach, dass der König, um abzudanken, den Kronprinzen aus Reinhardsbrunn berufen habe, und am 28. schreibt Stosch (auffallend spät, sodass man am Datum des Briefes zweifeln könnte) an Holtzendorff, dass die Gerüchte vom Zurücktreten des Königs immer lebhafter würden.

Digitized by Google

auswärtigen Erfolgen Bismarck wegen der inneren Krisis, die schon bei Bernstorffs Eintritt verschärft war, nun doch wohl sein Nachfolger werden würde, musste ihn mit Bitterkeit[18] erfüllen. Aber er konnte nicht mehr bleiben, nachdem die ungünstige Wirkung der Erklärung vom 18. auf das Abgeordnetenhaus schon hervorgetreten war. Der König jedoch durfte nicht abdanken; Bernstorff beschwört ihn, davon abzustehen. Aber er warnt auch den König, es zur Erschöpfung aller verfassungsmässigen Mittel kommen zu lassen; denn die Verständigung mit dem Landtag müsse und werde doch erfolgen. Das Ganze ist in eindringlichem Ton gehalten, und starke Worte, aus denen echte Anteilnahme spricht, werden nicht verschmäht. Sachlich mit ähnlicher Begründung wird Heydt geschrieben haben. Wir kennen aber nur die schriftliche Antwort des Königs, dass das Gesuch nicht genehm sei.[19]

Das Vorgehen der Minorität deutete gleichsam schon im voraus an, wie geringe Hoffnungen sie noch von dem Ausgang des Ministerrates hegen konnten. In der Tat brachte das Conseil, das abends von 7 bis $^3/_4$11 unter dem Beisein des Kronprinzen stattfand,[20] nur einen letzten Redekampf zwischen den beiden Parteien, ohne dass die Lage geändert wurde. Freilich platzten die Ansichten heftig genug aufeinander, und Bernstorff sah sich am nächsten Tage zu einem Entschuldigungsbrief an Roon veranlasst.[21] Er verteidigte[22] leidenschaftlich die Auffassung der Minorität, dass durch die Episode die Regierung kompromittiert sei, und sie daher wieder umschwenken müsse. Roon liess sich darauf natürlich nicht weiter ein; für ihn gab es kein

---

18. Vergl. Privatbrief an Reuss vom 2. Okt.

19. Philippson, S. 423 ‚non avenu' (Aufz. Samwers).

20. NZ. 439 Sd. 20. ab., VZ. 221 Sg. 21. Dunckers Bericht vom 19.

21. Bernstorff S. 542.

22. S. zum folgenden Roons Brief an Bernstorff vom 21. Sept.: Bernstorff S. 542.

Digitized by Google

Schwanken mehr, und er zog jetzt, wo seine schlimmste Sorge schon wesentlich abgeschwächt und Bismarck nahe war, sofort die Konsequenz, indem er erwiderte, dass er durch den Gegensatz im Ministerium den Fortbestand des gegenwärtigen Kabinetts in Frage gestellt sehe.[23] Der Riss war unüberbrückbar geworden, und das Ministerium einigte sich zum Schluss nur noch zu einer Denkschrift,[24] welche dem Könige dringende Vorstellungen machte, nicht abzudanken. Wir haben wohl in dem Memoire, dessen Inhalt Samwer an der Spitze seiner Aufzeichnung vom 23. September skizziert, dieses Schriftstück vor uns. Duncker hatte eine Abschrift nach Reinhardsbrunn geschickt und Stockmar, der dann Samwer davon berichtete, sie hier gesehen.[25] Es hiess darin, dass nur Gott die Krone nehmen dürfe. Wenn der König nicht nachgeben wolle, müsse er die notwendigen Massregeln ergreifen, um den Kammern seinen Willen aufzuerlegen. Abdanken bedeute, dem Nachfolger die Notwendigkeit auferlegen, nachzugeben. Der zweite Satz ist unklar, und deshalb hat auch Samwer in seiner französischen[26] Wiedergabe zwischen volonté und aux chambres (auch das ist ungenau; es müsste heissen: à la seconde chambre) ein fragendes à qui?[27] eingefügt? Der König besass doch kein Mittel, das Abgeordnetenhaus zu zwingen. Er konnte zwar auflösen und ohne Budget regieren, aber

23. 21. Sept. an Bernstorff.

24. Philippson S. 99; nach Samwer, Aufzeichnung vom 23. Sept.

25. Samwer: Stockmar raconte après avoir été à Reinhardsbrunn: Duncker a envoyé un mémoire.

26. Nach einer gütigen Mitteilung des Herrn Direktors Samwer in Gotha hat sein Vater die Aufzeichnung allein für sich gemacht, nicht für andere. Die französische Sprache wäre wohl durch den französisch abgestatteten Bericht Stockmars zu erklären, den, etwa auf einer Wagenfahrt, der Kutscher nicht hören sollte. Man wird tatsächlich daran nichts Auffallendes zu finden brauchen.

27. Nur dem Druck fehlt der Accent auf dem a; das Original enthält ihn: sa volonté (à qui?) aux chambres.

Digitized by Google

seine Einwilligung erhielt er dadurch nicht. Nur höchstens seinen Ministern gegenüber, müsste man sagen, hätte der König die Macht gehabt, seinen Willen durchzusetzen, und das Wort „Minister" für „Kammer" würde in der Denkschrift[28] viel eher passen. Aber diese hat vielleicht auch die Beeinflussung der Abgeordneten durch Auflösungen im Sinne. Philippson[29] weiss noch auf Grund eines Schriftstückes aus der Umgebung des kronprinzlichen Paares hinzuzufügen, dass „die hauptsächlichen Minister" zugleich noch einmal um ihre Entlassung für den Fall gebeten hätten, dass der König die zweijährige Dienstzeit nicht annehme. Roon ist doch aber auszunehmen, und vielleicht sind auch nur die Entlassungsgesuche Heydts und Bernstorffs gemeint, die wir schon am Nachmittag anzusetzen Grund hatten.

So war dem Kronprinzen in Babelsberg und in Berlin die Vermittelung missglückt. Als er am 20. wiederum nach Babelsberg hinausfuhr — auch Schleinitz[30] traf ein —, da hatte er nichts Günstiges zu melden, und auch keine Aussicht, die königlichen Ansichten zu ändern. Trotzdem wird er noch einmal für die Versöhnung eingetreten sein und sich namentlich gegen die Abdankungsabsicht[31] gewandt haben. Konnte er schliesslich auch keine positiven Ergebnisse erzielen, so reiste er doch wenigstens mit der Ueberzeugung ab,[32] dass Bismarck nicht Ministerpräsident werden würde.

---

28. Ulmann zitiert (S. 68, Anm.) noch einen Bericht vom 21. an den König, der die Abdankungsabsicht als dem monarchischen Prinzip und allen königlichen Pflichten widersprechend bezeichnet.

29. Das Leben Kaiser Friedrichs S. 99.

30. StA. 222 Di. 23. Berl., 20. Hing dieses Zusammentreffen des Hausministers mit dem König und dem Kronprinzen mit einem kritischen Moment des Abdankungsplans zusammen?

31. Nach Blum und Unruh lässt Philippson (Das Leben Kaiser Friedrichs, S. 99) die Abdankungsurkunde jetzt vom König unterzeichnet sein. Es wird sich aber zeigen, dass mit jenen beiden diese Annahme durchaus noch nicht gesichert ist.

32. So erzählte er im Dezember Bernhardi; s. d. IV, 334.

Digitized by Google

Aber alle weiteren Versuche, die Gegensätze zu verkleistern, gab er nun verärgert auf. Von Babelsberg zurückgekehrt, sah er noch in der Zeit zwischen 6 und $^3/_4$8 Bismarck, erreichte aber auch hier, wie bekannt, wohl nicht seine Absichten, da Bismarck sich ihm nicht eröffnet haben wird, und fuhr darauf mit dem Schnellzug nach Reinhardsbrunn zurück. Die Abdankungsabsicht des Königs war nun aufgeschoben, aber durchaus nicht beseitigt, die Spaltung im Ministerium bis zum wahrscheinlichen Rücktritt des einen Teils verschärft: so konnte der Vermittelungsversuch gar nicht einmal bis zu Verhandlungen mit dem Abgeordnetenhause vordringen. Mit schneidender Schärfe wandten sich am 19. gerade die Mitglieder der Minorität, wie Simson und Vincke, gegen die Minister. Und einige Tage später hören wir von General Stavenhagen das Urteil,[33] er könne sich vor Entrüstung kaum fassen. Nur aus Mangel an Einsicht an leitender Stelle kann er sich die Katastrophe erklären. Die Majorität sei förmlich in das Extrem hineingehetzt worden, und „es bedurfte viel ruhigen Bluts, um nicht von der allgemeinen Stimmung mit fortgerissen zu werden." Stavenhagen scheint nichts von der Abdankungsgefahr zu wissen, die auch nur wenigen, wie Kleist[34] und Stosch[35] bekannt wurde, in der Presse aber auch nicht einmal angedeutet wird. Nur die Ministerkrisis blieb natürlich nicht lange verborgen. Das Abgeordnetenhaus aber setzte bereits am 19. wieder mit der Spezialdebatte ein, die schon ein schlechteres Resultat für die Regierung ergab,[36] um dann bis zur völligen Streichung der Reorganisation weiterzugehen. Unter diesen Umständen blieben die Heydt und Bernstorff auf ihren Entlassungsgesuchen bestehen, und daran änderten nichts die Einwirkungen des Generaladjutanten Grafen Groeben, der am 20. zum

33. Manuskr., 28. September an Samwer.
34. 22. Sept. an Gerlach.
35. 28. Sept. an Holtzendorff.
36. 276 gegen 65; am 16.: 273 : 68.

Digitized by Google

Dienst des Königs von Neudörfchen herbeigeeilt war.[37] Denn in diesen Tagen war ein neues Moment eingetreten, das sie nur veranlassen konnte, bei ihren negativen Entschlüssen zu beharren, während Roon dadurch zum Herrn der Situation wurde: die Ankunft Bismarcks.

Kapitel 2.

Die Babelsberger Gespräche.

Am 11. September war, in der National-Zeitung, wieder einmal das Gerücht von einer bevorstehenden Reise des Gesandten nach Berlin aufgekommen, nachdem sein Name so oft genannt und seine Herkunft so oft fälschlich gemeldet worden war. Auch diesmal wurde die Nachricht bestritten[1]. Aber wenige Tage später, am 18. und 19.[2], brachten die Zeitungen die in sicherer, bestimmter Form gehaltene Patriedepesche des Wolff'schen Telegraphenbureaus, und nun war man auf die Ankunft am 19. gefasst. Daher kam es, dass man damals und bis in neuere Zeit vielfach der Meinung war, dass sie tatsächlich am Abend dieses Tages erfolgt sei, obwohl die Patrie am 18. eine berichtigende Meldung enthalten hatte. Gerade die Nationalzeitung, welche diese zweite Nach-

---

37. Heydt erneuerte sein Abschiedsgesuch wohl am 20.; aber der König beschied es wieder abschlägig und liess ihm das durch Groeben (vgl. Samwer 23. Sept.) sagen, der Heydt am 21. abends aufsuchte (NZ. 442 Di. 23. mg. Berl. 22.). Am 22. nachmittags fand sich Groeben auch bei Bernstorff ein (NZ. und VZ. 222 Di. 23.), wahrscheinlich in ähnlicher Mission.

1. Von der Patrie.

2. Am 19. z. B. erst die Kreuzzeitung.

Digitized by Google

richt ebenfalls aufnahm[3], beging diesen Irrtum[4] und verbesserte ihn auch später nicht. Aber aus Bismarcks und Roons Briefen vom 21. und 20. September wissen wir längst, dass die Ankunft am 20. früh erfolgt ist. Da Bismarck, wie er seiner Gemahlin mitteilt, in 25stündiger Fahrt über Köln reiste, so können wir feststellen[5], dass er am 19. September früh 7^{10} von Paris abgefahren und über Erquelines-Namur-Lüttich-Aachen-Köln am 20. früh 7^{45} in Berlin eingetroffen ist. Das war die schnellste Verbindung, die bestand; sie dauerte nicht ganz 25 Stunden. Und Bismarck ist daher auch nicht über Frankfurt[6] gefahren, da dann die Reise über 35 Stunden gedauert hätte. W. v. Bülow hat in seinen Neuen Bismarck-Erinnerungen[7] diese Behauptung zusammen mit der anderen gebracht, dass Roon Bismarck entgegengeeilt sei. Er selbst habe beide zusammen einem Coupé des von Frankfurt angelangten Zuges entsteigen sehen, da er „halbamtlich" über das Eintreffen Bismarcks zu berichten hatte. Diese letztere Notiz besagt nichts, da Kohl[8] schon längst nachgewiesen hat, dass Roon aus zeitlichen Gründen die Reise gar nicht unternommen haben kann. Auch wissen wir von Bismarck selbst, dass er früh bei der Ankunft zu Roon ging. In diesem Punkte bringen also Bülows Erinne-

3. NZ. 437 Fr. 19. ab. Frkr. † Paris, 17. Sept.

4. NZ. 439 Sd. 20. ab.

5. Mit Hülfe des preussischen Kursbuches von 1862 (Bibliothek des Reichspostamts). Erhalten sind Heft 2, 3, 4, 7, in denen die Angaben über den Fahrplan Paris-Berlin überall dieselben sind.

6. So ist es nicht verwunderlich, dass die Frankfurter Blätter nichts über Durchfahrt oder Aufenthalt des Gesandten mitteilen können. In der „Frankfurter Zeitung" wurden, wie die Redaktion gütigst mitteilte, nur die Wolffsche Depesche und darauf wieder erst ein Telegramm über die erste Audienz Bismarcks gebracht.

7. S. 75.

8. Regesten I, 182. Roon speiste am 18. nachm. beim König auf Babelsberg und hielt sich am 19. von $9^1/_4$ Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. im Abgeordnetenhause auf. Man könnte noch hinzufügen, dass er am 19. abends von 7 bis $9^1/_4$11 am Ministerrat teilnahm.

Digitized by Google

rungen, die Kohl zwar erwähnen, aber nicht widerlegen, keine zuverlässige Nachricht[9], wie sie auch sonst eine wirre Kompilation sind und unter anderem die nicht bessere Broschüre „Wie Herr v. Bismarck Minister wurde“,[10] oft sogar

9. Wie sie den allgemeinen Irrtum teilten, zeigt folgende Stelle (S. 75): „Sicher ist, dass Roon, der mit dem König täglich (?) verkehrt und die Verhandlungen (?!) geführt hat, dem Ankömmlinge unterwegs noch Winke zu geben hatte (!).“

10. Da diese Schrift dasselbe Thema behandelt, wie die vorliegende Arbeit, so sei sie hier näher charakterisiert. Wie die Neuen Bismarck-Erinnerungen und die Broschüre „Der Berliner Hof und seine Politik“ gehört sie in den Steinitz'schen Verlag, der eine ganze Reihe derartiger Enthüllungs- und Hofgeschichten besass. Die Form ist ganz anekdotenhaft. Der Verfasser teilt alle Irrtümer, die man in den achtziger Jahren (sie erschien 1888) über das Thema noch hatte, macht noch Fehler dazu und bringt andrerseits nichts, was nicht jeder 1888 schon wissen konnte. Er beginnt mit Auszügen aus Briefen Bismarcks in der Form, wie sie damals bekannt war (im ganzen werden folgende Briefe zitiert: 27. 7. 62 (Gattin), 12. 9. (Roon), 12. 9. Gemahlin), der an Bernstorff fehlt natürlich, 17. 1. (Schwester), 7. 3. (Schwester), 17. 5. (Gattin), 23. 5. (Gattin), 25. 5. (Gattin), dann noch die vom 12. 11. 58, 16. 6. 60, 18. 9. 61). Der Autor erwähnt dann das angebliche Telegramm König Wilhelms vom 15. September, bringt darauf die Anekdote von Bismarcks Londoner Aufenthalt Ende Juni ohne Quellenangabe (sie ist aus Vitzthum v. Eckstädt, St. Petersburg und London i. d. J. 1852—1864 (Stuttgart 1886)), gibt über die Ankunft ein ganz verkehrtes Datum (10. Sept.), das wohl aus dem ebenso falschen 19. verdruckt ist, behauptet, Roon sei Bismarck entgegengefahren, erwähnt die Audienz beim Kronprinzen und zitiert die Kabinettsordre der Ernennung Bismarcks zum interimistischen Ministerpräsidenten. Darauf folgt eine anekdotenhafte Schilderung des Verhältnisses zwischen Bismarck und Wilhelm, wobei über die Denkschrift des Jahres 1861 erklärlicherweise gesagt wird, sie sei noch nicht zugänglich. Der Verfasser weiss nirgends etwas Besonderes. Zum Antritt Bismarcks werden Zeitungsstimmen zitiert (Köln., Augsb. Allg., Berl. Allg. Ztg.) und im Anschluss daran, wieder ohne Quellenangabe, die Begegnung Bismarcks mit Unruh erzählt, die aus der Deutschen Revue vom Jahre 1881 stammt. Die Erzählung schliesst mit einer Schilderung des berühmten ersten Auftretens Bismarcks im Abgeordnetenhause und gibt die Verhandlungen bis zum Oktober wieder. Am Ende eine Anekdote aus der Schlacht von Königgrätz.

Digitized by Google

unter Benutzung des verbindenden Textes, ausschreiben, ohne die Herkunft anzudeuten.

Als nun Bismarck in Berlin eingetroffen war, erging man sich sofort in Vermutungen über den Zweck seiner Herreise. Verständlich genug brachte man sie grösstenteils mit der Krisis in Verbindung[11], die gerade in diesen Tagen umgeschlagen war. Weniger glaubhaft konnte eine zweite Nachricht sein[12], die wissen wollte, dass Bismarck hergekommen sei, um seine Familie aus Pommern nach Paris abzuholen, obgleich wir gerade von dieser annehmen könnten, dass sie auf bester Quelle beruhte. Sie mochte dazu dienen, den Blick von seiner Tätigkeit abzulenken. Doch auch in diesem Zusammenhange sprach man der Anwesenheit Bismarcks nicht jede politische Bedeutung ab. Die Presse besprach den voraussichtlichen Charakter eines Ministeriums Bismarck und schrieb ihm in alter Weise die Absicht zu, die inneren Schwierigkeiten durch das bonapartistische Grossmachtspolitik zu beseitigen[13]. Doch schien es durchaus noch nicht ausgemacht, dass es zur Ernennung des Gesandten kommen werde. Namentlich der †-Korrespondent der Augsburger Allgemeinen Zeitung[14] bespricht diese Frage offenbar sehr gut orientiert. Das jetzige Ministerium werde zwar nicht mehr lange bleiben, aber Bismarcks Eintritt sei doch nicht so sicher. Dieser werde schwerlich Minister finden, er sei nicht gerade Vertrauensperson und der König werde nur in äusserster Not zu einem Ministerium Bismarck greifen; das sei ausgemacht. Wenn Bismarck so abenteuerliche Pläne habe, wie man sie ihm unterschiebe, dann werde

---

11. AAZ. 264 Sg. 21. Neuste Post. † Berl., 19.

12. AAZ. 264 Sg. 21. NP. † Berl., 19.: „Herr v. Bismarck . . kommt von dort jetzt in der ausgesprochenen Absicht her, seine Familie nach Paris abzuholen." In Bismarcks Brief vom 21. findet sich beinahe dieselbe Wendung. Köln. Z. 263 Mo. 22. Berl., 22.

13. Köln.Z. 263 Mo. 22. † Berl., 20.

14. AAZ. 267 Mi. 24. † Berl., 22.

Digitized by Google

er sie wohl als kluger Staatsmann so lange verbergen, bis er sie ausführen könne. Denn da der König genügend gezeigt habe, dass er solchen Absichten nicht Vorschub leiste, so würde sich Bismarck einfach das Ministerium versperren. In dieser Weise erörterte man die Chancen und Aussichten seines Eintritts, bis mit den Audienzen in Babelsberg die Gerüchte der bevorstehenden Ernennung mit grösserer Bestimmtheit auftraten. Aber gerade von dem entscheidenden Verkehr mit Roon berichtete man nichts, da Bismarcks Ankunft durch Urlaubsbewilligung oder offizielle Berufung erklärt wurde.

Roons nächste Sorge musste sein, ob Bismarck sich ihm in der überaus schwierigen und ungeklärten Lage der offenen Abneigung des Königs gegenüber auch unbedingt zur Verfügung stellen werde. Aber über diesen Punkt wurde er vollständig beruhigt. Gleich nach seiner Ankunft eilte Bismarck zu ihm und wird hier eingehende Mitteilungen über die Situation, den Umschlag der Krisis, und vor allem, wie Ulmann ohne Zweifel mit Recht ausgeführt hat, die Abdankungsabsicht des Königs erhalten haben. Wie mussten diese Nachrichten auf ihn wirken, und welche Entschlüsse fasste er? Am 21. schrieb er über die Lage an seine Gemahlin, und dieser Brief ist wohl gemeint, wenn Frau v. Bismarck am 24. September Keudell mitteilt, Bismarck sei nach Berlin gerufen, „von wo er mir schon freundlichst und gesund, aber sehr missgestimmt geschrieben, weil er wieder grosse Uneinigkeit in allen Regionen gefunden und tobend fürchtet, um nichts und wieder nichts festgehalten zu werden und am Ende ganz dort hängen zu bleiben, was ihm einen gleichen Schauder gibt wie mir.“ Bismarck hatte geurteilt, er befinde sich in derselben Lage wie im Monat Mai, er wolle um Urlaub nach Reinfeld bitten, um seine Familie nach Paris abzuholen, und zum Schluss hinzugefügt: „Ich muss nach Reinfeld, und bald, hier werde ich melancholisch; lieber noch sofort in die Kammer in Streit

Digitized by Google

und Arbeit, als diese bummelige Gasthofs- und Visitenexistenz.“ Diese Worte musste seine Frau mit der Stimmung in Beziehung bringen, die sie aus den letzten Briefen schon kannte, und beeinflusst von ihrer eigenen starken Abneigung gegen Berlin las sie starke Gereiztheit heraus. Sie konnte nicht wissen, dass Bismarck in einer ganz anderen Situation als in Frankreich geschrieben hatte. Denn er hatte ihr weder die Audienz mit dem Kronprinzen noch die Abdankungsgefahr mitgeteilt! In Wirklichkeit war seine Erörterung gar nicht so „tobend“ gehalten. Bismarck berichtet sachlich, was er im einzelnen Fall zu tun gedenkt, aber nirgends finden wir einen aufs äusserste gesteigerten Ausdruck persönlicher Missstimmung, wie er zu erwarten wäre; das Wort „Abschied“ wird gar nicht mehr erwähnt. War aber seine Lage nicht tatsächlich wie im Mai, war sie nicht unverändert so, wie Roon sie ihm in dem Augustbrief geschildert hatte, auf den hin Bismarck zu seinem Vorgehn vom 12. September genötigt worden war? Allerdings hatte sich die Situation insofern nicht geändert, als sich der König nicht entscheiden konnte; für Bismarck hingegen hatte sie, nicht sowohl durch den Konflikt, der allerdings auch seine Position günstiger gestaltete, als durch die Abdankungsgefahr ein völlig anderes Aussehen gewonnen. Das wirkte bestimmend auf seine Entschlüsse, und deshalb äusserte er sich so ruhig über seine eigene Lage. Denn Bedenken und Privatwünsche mussten jetzt ganz und gar zurücktreten.

Wie Roon konnte er im Gefolge der Abdankung nur die Schwächung Preussens und des Königtums erblicken, zu der es unter keinen Umständen kommen durfte. Ein Sieg des Liberalismus in der gegenwärtigen Lage hätte seine politischen Gesinnungen so tief getroffen, dass ihn schon der blosse Gedanke an die Niederlage der Krone aus seiner Untätigkeit reissen musste. Dagegen konnten etwa Verfassungsbedenken, wie sie vielleicht aus den Schlussworten seines Briefes an Roon vom 12. September herauszulesen

Digitized by Google

sind, in denen er fragt, ob die Kammern ohne Resultat inbezug auf das Budget geschlossen werden dürften, nicht aufkommen. Und was besagten schliesslich seine persönlichen Bedenken, die ihm bisher seinen Eintritt hatten widerraten lassen, gegenüber der Abdankungsgefahr! Es galt, die Macht und das Ansehen der Krone stark und unverletzt zu erhalten. Da musste er alles aufbieten, den König von dem Abdikationsplan zurückzubringen; und so stellte er sich Roon bedingungslos zur Verfügung.

Das Gefühlsmoment ist hierbei sehr stark anzuschlagen; es resultierte aus den Traditionen, in denen Bismarck aufgewachsen war, und der eignen ritterlichen Haltung, die sich keiner Feigheit bewusst sein wollte. Aber freilich hat Wilmowski[15] Recht Hesekiel[16] anzugreifen, der allein aus dieser Quelle Bismarcks Vorgehn ableiten will. Doch wenn nun Wilmowski andererseits annimmt, dass Bismarck aus politischen Gründen Bedingungen, ein Programm aufgestellt haben müsse, so verkennt er doch die Sachlage, welche Bismarck gerade aus diesen Gründen zwang, dem Könige ohne weiteres beizuspringen. Und er konnte sich auch sagen, dass er keine zu stellen brauchte. Kam es jetzt zur Ernennung, dann war Bismarck in ganz anderer Position als bisher. Der König war im Konflikt auf ihn angewiesen; da konnte es einem Manne wie Bismarck nicht schwer fallen, durch geschickte Politik seine Ansichten durchzusetzen.

So brachte der Zwang der Lage Bismarck zum Entgegenkommen. Wenn ihn noch ein Unlustgefühl vor dem Ministerium beschlich, dann musste er es jetzt niederhalten. Wie stark und echt es war, zeigen die ernsten Worte, mit denen er am 24. seiner Gemahlin die Uebernahme der Geschäfte anzeigte; aber er überwand alle Bedenken. Als

15. Erinnerungen S. 150.
16. S. 267 (123, 257).

Digitized by Google

in späterer Zeit Roon ihn einmal verlassen wollte, erinnerte ihn Bismarck an diese Stunden, indem er schrieb:[17] „Sie sagen, und ich weiss es, dass Ihre persönliche Freundschaft für mich die alte ist, und als ich im September 62 ohne Bedenken in Ihre Hand einschlug, da habe ich wohl an Kniephof und Sabow gedacht, aber nicht an die Möglichkeit, dass wir nach 7 glorreichen Campagne-Jahren über die aktenmässige Bezeichnung der Marine in prinzipielle Meinungsverschiedenheiten geraten könnten. Was uns damals verband: das Streben, dem Könige in schwieriger Zeit zu dienen, gilt noch heut."

Roon fiel nun die schwierige Aufgabe zu, den König zu gewinnen, den er seit dem 18. nicht mehr gesehen hatte. Er konnte damit rechnen, dass der König jetzt vollständig eingeengt war, nachdem die Aktion des Kronprinzen gar keinen Erfolg gehabt, und dieser auch die Idee der Abdankung abgelehnt hatte. Da die Zwangslage des Königs dadurch geschaffen worden war, dass ein Teil der Minister ihn verliess, so hätte er diese entlassen und an ihrer Stelle neue ernennen können. Aber wie stand es damit? Am 17. hatte er der Minorität zugerufen, sie möge ausscheiden, wenn sie ihm nicht folgen wolle, und am 19. äusserte er zum Kronprinzen, wer von den Ministern den Widerstand nicht leiste, werde anderweitig ersetzt werden. Hat der König nun in dieser Richtung Schritte unternommen? Wir haben darüber nur Vermutungen. Gerlach[18] glaubte, dass der König an den Oberpräsidenten Eduard v. Möller denken werde, für den Schack, der Kommandierende in Magdeburg, sehr sei. Und vielleicht dürfen wir auch an die Audienzen anknüpfen, die der König gerade am 19. gewährte. Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode[19] wurde wieder empfan-

17. B-J III, 285: Brief vom 27. August 1869.
18. Petersdorff S. 339.
19. NPZ. 222 Di. 23. Berl., 22.

Digitized by Google

gen, und zur Tafel waren ausser einigen Militärs Oberpräsident Dr. v. Flottwell und Präsident der Oberrechenkammer Wirkl. Geh. Rat Dr. Bötticher anwesend.[20] Ob der König ernstlich an Ernennungen dachte, durch die Bismarcks Eintritt verhindert worden wäre, bleibe dahingestellt. Jedenfalls kamen keine zustande, und die Abdankungsabsicht blieb bestehen. Es hätte ihm wohl möglich sein müssen, ein reines Geschäftsministerium zu bilden, aber es fehlte dann eben der Führer. Doch weder die Ergebenheit Bismarcks, noch die Aussicht des Konflikts noch die Gefährdung des Königtums durch die Abdankung liessen ihn die Abneigung gegen Bismarck überwinden. Da er aber keinen Ausweg sah, und andererseits der Kronprinz eindringlich gegen die Abdankung gesprochen hatte, so wurde der König schliesslich durch das Schwanken des Ministeriums entschlusslos. Hier konnte nun Roon einsetzen, indem er sich ein persönliches Moment zu nutze machte.

Sonntag, den 21. September, begab sich Roon gegen Mittag nach Babelsberg, wo er vom Könige nach dem Gottesdienste empfangen wurde.[21] Er musste nun mitteilen, dass der Riss im Ministerium nicht mehr zu überbrücken war, und er wird an das Pflichtgefühl des Königs appelliert haben, das ihm verbiete, an Abdankung zu denken, wenn er noch nicht alle möglichen Mittel erschöpft habe. Dieser Hinweis musste im letzten Augenblick nach der Abreise des Kronprinzen und der offenen Spaltung im Ministerium, auf den König seine Wirkung ausüben. Dieser durfte ihn nicht überhören, wenn er sich selbst gerechtfertigt fühlen wollte. Nun konnte ihm aber Roon sagen, dass es noch einen Mann gäbe, der wie kein anderer befähigt und pflichtgetreu und bereit wäre ihm zu folgen, und so wird es nach solchen Ausführungen gewesen sein, dass der König schon

---

20. APZ. Sd. 20. ab. NPZ. 222 Di. 23. Berl., 22.
21. NZ. 441 Mo. 22. ab.; APZ. Mo. 22. ab.; StA. 222 Di. 23. Berl., 22.

Digitized by Google

nicht mehr direkt ablehnend zu der letzten Ausflucht gegen Bismarck mit den Worten griff: „Er wird nicht wollen, wird es jetzt auch nicht übernehmen; er ist auch nicht da, es kann mit ihm nichts besprochen werden.“ Da konnte aber Roon antworten: „Er ist hier, er wird Ew. Majestät Ruf bereitwillig folgen.“ Die Roonschen Denkwürdigkeiten,[22] welche diese Mitteilungen bringen, geben ihnen nur ein unmögliches Datum, indem sie sie auf den 23. verlegen. Von den vorhandenen Möglichkeiten ist die wahrscheinlichste die, dass die Worte am 21. gefallen sind. Denn am 22. früh sah zwar Roon den König auch noch vor der Audienz Bismarcks, aber an diesem Tage wird der Empfang schon beschlossen gewesen sein, und am 19. und 20. fand keine Audienz statt. Dass der König am 21. früh von der Anwesenheit Bismarcks noch nichts gewusst hat, ist durchaus möglich. Der Kronprinz konnte ihm am 20. noch nichts mitteilen, da er schon früh nach Babelsberg hinausgefahren war, und die Zeitungen brachten die Meldung erst am 21. früh. Da der König an diesem Tage, einem Sonntag, den Gottesdienst besuchte, und Roon gleich hinterher empfangen wurde, so werden ihm auch die Zeitungen bis zur Audienz noch nicht vorgelegen haben. Am Tage darauf konnte er natürlich schon Bismarck gegenüber auf dessen Konferenz mit dem Kronprinzen anspielen; denn bis dahin war Zeit genug, ihm von allen Vorgängen Bericht zu erstatten, wie denn auch kurz vor dem Empfang der Kabinettsrat Illaire Vortrag hielt. Die Worte selbst passen vorzüglich; der König konnte mit dem Zweifel an Bismarcks Bereitwilligkeit beginnen, denn der Gedanke an die letzten Verhandlungen im Mai gab ihm das Recht dazu.

Bismarck hatte unterdessen Schlözer und Schleinitz[23]

---

22. S. 120|21. Nach der Erwähnung, dass das Budget am 23. abgelehnt worden sei, heisst es: „In Babelsberg war es, wo selbigen Tages . . . “ (S. 120).

23. Brief an die Gattin, vom 21. Sept.; S. 513.

Digitized by Google

und vor allem auch wieder seinen Chef, den Minister des Auswärtigen, aufgesucht, zu dem er sich schon am 20. nachmittags begeben hatte, weil er ohne Urlaub gekommen war. Die Kreuzzeitung und die Vossische Zeitung[24] wollen wissen, dass er schon am Vormittag dieses Tages, gleich nach der Ankunft, mit Bernstorff gesprochen habe, sodass man zwei Besuche am 20. anzunehmen hätte. Man könnte nun diese Nachricht mit Bismarcks brieflicher Mitteilung vom 21. so kombinieren, dass er wegen des Reisestaubes usw. Bernstorff nach Roon aufgesucht habe, aber es ist doch sehr unwahrscheinlich, dass Bismarck schon so früh am Tage, wo er doch auch zunächst Roon ausführlich sprechen musste, zu dem Minister geeilt ist, und dass er vor allem zu Bernstorff zweimal am Tage gegangen sein soll. Vielmehr befriedigt es vollständig, wenn wir hören, dass Bismarck sich in der Besuchszeit, in den Mittagstunden, zu dem Minister begab, und wir lesen auch in den Zeitungen, dass er da längere Zeit mit ihm konferierte. Für die Notiz der beiden genannten Zeitungen dürfte aber vielleicht die Erklärung anzunehmen sein, dass sie von Bismarcks Seite in die Presse gebracht wurde, um von seinem Besuch bei Roon abzulenken. Denn natürlich mussten die Zeitungen darüber Nachricht geben, was der Gesandte nach seiner Ankunft getan habe. Es will zu dieser Deutung gut passen, dass wir die Meldung gerade in der Kreuzzeitung und in der Vossischen Zeitung gleichzeitig lesen. Die zweite Konferenz mit Bernstorff folgte dann, wie gesagt, am 21. mittags,[25] und darauf fand, nach der Rückkehr Roons aus Babelsberg, um $^1/_2$3 wieder ein Ministerrat[26] statt.

Am Morgen des 22. war Roon noch einmal beim Könige; darauf hielt der Kabinettsrat Illaire Vortrag; und nun

---

24. NPZ. 221 Sg. 21. Berl., 20.; VZ. 221 Sg. 21.
25. APZ. Mo. 22. ab.
26. APZ. Mo. 22. ab.

Digitized by Google

wurde Bismarck in Audienz empfangen.[27] Nachmittags kehrte er nach Berlin zurück. Dienstag, den 23., begab er sich nachmittags um 5 Uhr nach Babelsberg,[28] nachdem am Vormittag der Generaladjutant v. Alvensleben[29] Vortrag gehalten hatte, und blieb bis abends.[30] Darauf wurde am 24. abends die Ernennung durch die Sternzeitung bekannt gegeben.

Mit dieser Feststellung sind wir schon den Ereignissen vorausgeeilt. Vor dem liegen jene ungemein bedeutungsvollen Audienzen, durch deren Ausgang die Geschichte der folgenden Jahrzehnte begründet wurde, die für uns die Geschichte der Kandidaturen zum Abschluss bringen. Wir haben den König und Bismarck bis zu dem Augenblick begleitet, wo jener sich zum Empfang entschloss, dieser sich rückhaltlos bereit erklärte, seinem Könige beizuspringen; Bismarck, jetzt in der Gefahr, voller Absicht, die Dinge in die Hand zu nehmen, der König voll divergierenden Gefühls. Hinter ihm lagen die Stürme der letzten Tage, die nur vorübergehend zur Ruhe gekommen waren. Kein einziges Moment der Kampfessituation hatte sich verschoben, sodass Wilhelm dadurch hätte bestimmt werden können, seine eigene Haltung zu verändern. Jetzt hatte er dem Gebote der Pflicht gehorcht, Bismarck anzuhören, aber seine Haltung diesem gegenüber konnte seit dem 19., von welchem Tage wir noch die besten Zeugnisse darüber besitzen, nicht verändert sein.

Wilhelm hatte nun Bismarck über ein Vierteljahr lang nicht gesehn; er konnte ihm, den er diese ganze Zeit über hingehalten hatte, dessen Politik er argwöhnisch beurteilte, nur betreten und einsilbig entgegenkommen, voller

---

27. APZ. Mo. 22. ab.; NZ. 441 Mo. 22. ab.; VZ. 222 Di. 23.
28. NZ. 444 Mi. 24. mg.; APZ. Mi. 24. mg.
29. VZ. 223 Mi. 24.
30. NZ. 444 und APZ.

Digitized by Google

Zweifel über den Ausgang der Audienz und also nicht minder bekümmert über seine Lage. Dem gegenüber konnte die erste Unterredung nur dadurch in Fluss kommen, dass Bismarck in Aktion trat; und wir wissen allein schon aus den Motiven seines letzten Entschlusses, dass er das tun musste. So können wir den Ausgang der Audienzen verstehen, wenn wir bedenken, dass ein Bismarck es unternahm, den König für sich zu gewinnen; aber die Frage ist, wie es geschah. Gerade das ist von höchstem Interesse für die Beurteilung des Verhältnisses zwischen König und Bismarck.

Heute sind wir wohl in der Lage, einen umfassenderen und vielleicht dem Abschluss näheren Ueberblick über diese Dinge zu gewinnen, als zu der Zeit, wo nur Quellen von Bismarcks Seite zur Verfügung standen. Gerade dadurch, dass wir durch Bernstorffsche Nachrichten in die Lage versetzt sind, auch die Audienz vom 23. in die Erörterung hineinzuziehen, die bisher ganz im Dunkel schwebte, über die sich Bismarck völlig ausschweigt, ja die in der Darstellung der Gedanken und Erinnerungen geradezu verschleiert erscheint, da Bismarck über die Veröffentlichung seiner Ernennung ein zu frühes Datum angibt, dadurch wird auch unsere Anschauung von den Vorgängen in diesen Unterredungen klarer und jedenfalls sicherer, als wenn man versuchte, durch reine Kombination die Audienzen aufzuhalten, was nach unserer Kenntnis des Verhältnisses zwischen dem Könige und Bismarck vielleicht schon möglich gewesen wäre.

Freilich liegen die neuen Quellen nicht so offen am Tage, als wir wünschten; eine Reihe von Einzeluntersuchungen ist nötig, um sie aufzudecken. Die Hauptaufgabe wird sein, die erschlossenen Nachrichten richtig zu datieren, es muss sich zeigen, ob wir über den 23. etwas sagen können, ob für den 22. Neues herauskommt, und unter Vergleich mit den schon vorhandenen Mitteilungen, die allein über den 22. Auskunft geben wollen, ergibt sich damit die Notwendigkeit, diese aufs neue scharf zu interpretieren.

Digitized by Google

Auch die letzteren sind in jüngster Zeit durch einige kleinere Notizen vermehrt worden, welche sich durchaus in dem bekannten Rahmen halten, aber durch die Art ihrer Ueberlieferung von höchstem Wert sind, da sie bestimmte Punkte der Erzählung Bismarcks bestätigen. Sie und ebenso die bisherigen Berichte gehen sämtlich auf Bismarck selbst zurück, teils unter seinem direkten Einfluss verfasst wie die beiden Hauptberichte oder sogar direkte Aeusserungen wie ein Brief aus dem Jahre 1863, teils nach gelegentlichen Aeusserungen und Erzählungen des Ministers von anderen aufgezeichnet und herausgegeben; alle aber bis auf zwei Ausnahmen von geringerem Umfang sind späten Datums. In seinem Briefe vom 24. September an die Gattin teilt Bismarck nur kurz die erfolgte Berufung mit, ohne die Audienzen irgendwie zu erwähnen; wir haben dann eine direkte Notiz aus dem November und eins aus dem Jahre 1863; aber der früheste Bericht fällt erst in das Jahr 1866. Dann hebt sich unverkennbar von den übrigen eine Gruppe von Erzählungen ab, die sich nur über die fünf Jahre von 1888—1892 ausdehnen; die beiden Hauptberichte gehören hierher, ferner die Mitteilungen Buschs und Blums. In dieser Zeit ging Bismarck dazu über, seinen Erinnerungen über die Babelsberger Vorgänge schriftlichen Ausdruck zu geben; durch diese Reproduktion sind die Erzählungen derselben Jahre ganz deutlich beeinflusst, in Komposition wie in Inhalt. Es ist das für die Beurteilung recht wichtig; denn wir werden deshalb gerade auf die Unterschiede das Hauptgewicht zu legen haben. Da der Autor überall derselbe ist, so kann nur die Kritik der Abweichungen und vorhandenen Möglichkeiten das Ergebnis fördern. Abseits von diesen ausführlichen Berichten stehen einige, einzelne, gerade recht wertvolle undatierte Nachrichten, die den Schluss bilden.

Ueberschauen wir die Quellen im ganzen, so ragen die Wiedergaben der Münchener Allgemeinen Zeitung und der Gedanken und Erinnerungen weit über die anderen hervor,

Digitized by Google

welche im Vergleich zu diesen nur Bruchstücke bringen. Jene beiden sind, wie gesagt, von Bismarck direkt beeinflusst; für die Veröffentlichung bestimmt, sind sie jedenfalls objektiver als die gelegentlichen Erzählungen; doch zeigen zum mindesten auch die Gedanken und Erinnerungen jene Tendenz, von der Bismarcks Mitteilungen nie frei sind. Ihre Objektivität ist stets scharf zu kritisieren; es kommt auf die Zeit und die Gelegenheit, sowie hauptsächlich auf das Gegenüber an. Es ist immer alles mit bestimmter Absicht gesagt, aber deshalb das Einzelne nicht mit zuverlässiger Genauigkeit. Gegen Abgeordnete und Journalisten ist der Ton anders als gegen die Vertrauten; doch sind gerade durch ungezwungene Mitteilsamkeit neue Fehler möglich. Dazu kommt schliesslich in den betreffenden Fällen der Einfluss der mündlichen Erzählung, die ihr Ziel im Auge hat und deshalb leicht nur eine Seite des Geschehenen berührt. Auch dadurch ergeben sich starke, aber leicht erklärliche, Verschiedenheiten in den Berichten. Noch eine andere Eigentümlichkeit weisen die hier berührten Quellen gemeinschaftlich auf. Wir sehen nirgends die Mitteilungen nach den beiden Audienzen geschieden; stillschweigend wird überall nur von einer Zusammenkunft gesprochen, und übereinstimmend wird angegeben, dass die Ernennung bereits am Schluss dieser Unterredung erfolgt sei. Ist gerade aus diesem Verhalten der Berichte mit um so grösserer Wahrscheinlichkeit der Schluss zu ziehen, dass die Entscheidung bereits am 22. gefallen ist? Das führt uns jetzt zur Erörterung der Audienz vom 22. und zur speziellen Kritik der Berichte.

Gleich die frühesten längeren Mitteilungen, die Bismarck ferne stehenden Politikern machte, zeigen die Wirkung der Tendenz in stärkstem Grade. Vor dem Kriege von 1866 wurde Bismarck von dem französischen Journalisten Vilbort vom Siècle über seine Politik interviewt.[31]

31. Das Werk des Herrn v. Bismarck 1863—1866 (franz. 1869). deutsch 1870, S. 211.

Digitized by Google

Bismarck verteidigte und erläuterte sie und kam dabei auf seine Berufung zu sprechen. Er erzählte, der König habe ihm eine lange Liste liberaler Konzessionen unterbreitet, während in der Militärfrage keine zu erwarten gewesen wären. Er habe zum Könige gesagt, er akzeptiere, und je liberaler die Regierung sich werde zeigen können, um so besser. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, dass Bismarck im September 1862 nicht im Sinne des Liberalismus gesprochen haben kann. Auf einer anderen Seite liegen die materiellen Mitteilungen. Es ist selbstverständlich richtig, dass die Militärfrage erörtert wurde; ausserdem hören wir von einem Programm des Königs, welches in längeren Ausführungen liberale Konzessionen, aber nicht auf militärischem Gebiete, in Aussicht stellte, welches also die innere Politik berührte. Mehr wird nicht erwähnt; es ist bekannt, dass dieser Punkt sich auch in allen anderen grösseren Quellen findet. Vorläufig muss aber noch offen bleiben, ob das Programm auch näher erörtert worden ist, und ob Bismarck es wirklich akzeptiert hat.

Waren seine Worte an Vilbort für das französische Publikum bestimmt, so einige spätere Aeusserungen, die er nach dem Kriege Unruh gegenüber tat, für das deutsche. Er kann nur in der Absicht, sein dauerndes Einverständnis mit dem Könige in der Oeffentlichkeit zu betonen, gesagt haben,[32] er habe im Herbst 62 angenommen, dass der König seine auswärtige Politik stillschweigend billigte, da er ohne irgend eine Bedingung telegraphisch nach Berlin als Ministerpräsident berufen worden sei. Denn gerade in diesem Punkt bestanden die grössten Differenzen. Dass auch die Angaben über die Berufung völlig schief und nur dadurch zu erklären sind, dass Bismarck den wahren Hergang noch nicht aufdecken wollte, ist schon oben erwähnt worden. In einer zweiten Unterredung Unruhs mit Bismarck, der auch Forkenbeck

---

32. Unruh S. 216.

Digitized by Google

beiwohnte, ging der Minister auf die Audienz selbst ein. Er erwähnte,[33] er habe den König sehr aufgeregt und deprimiert und voll Besorgnis vor revolutionären Ereignissen mit tragischem Ausgange gefunden. Wilhelm sprach von Abdikation, und die Urkunde sei schon entworfen gewesen. Bismarck habe ihn beruhigt und beteuert, er würde es für ein ruhmvolles Ende halten, wenn er seinen Kopf für S. M. auf den Block legen müsse. Aber, fügte er hinzu, es denke niemand an Revolution, und wenn der König Befürchtungen wegen des Abgeordnetenhauses hege, so würde er (Bismarck) ihm zeigen, wie man mit solchen Leuten umgehen müsse. Aus diesem Bericht erfahren wir einiges Neue aus der Audienz: der König sprach von Abdikation, die Urkunde war schon entworfen, aber da gab Bismarck dem Könige das Treugelöbnis, bei ihm bis zum Ende auszuharren. Wir sehen, hier ist von Bismarck ein ganz anderes Thema berührt worden als dem Franzosen gegenüber. Das Gefühlsmoment, durch das er sich dem König aufs stärkste verbunden weiss, ist in der Audienz zu Babelsberg zuerst angeschlagen worden, und so ist es erklärlich, dass Bismarck gern davon erzählt. Im übrigen haben sich in diese Mitteilungen zweifellos andere Erinnerungen hineinverwebt; die Besorgnis des Königs und die Erwiderung Bismarcks finden sich sonst nicht in dieser Hervorhebung des Revolutionären und sind augenscheinlich eine Vertauschung mit der bekannten Szene auf der Fahrt von Jüterbogk.

Wir kennen nun schon eine ganze Reihe von zum Teil noch ungewissen Einzelheiten aus Berichten, die immerhin auf das Ganze eingehen wollen, um nun zu der schon oben gekennzeichneten Gruppe aus den achtziger und neunziger Jahren überzugehen und zunächst auf eine in der bisherigen Art gehaltene, undatierte Erzählung zu kommen, deren Angaben zu verwerfen sein werden. Sie ist von

---

33. Unruh S. 220.

Digitized by Google

Poschinger in seinem Bismarck-Portefeuille[34] gebracht worden, in demselben Abschnitt, der schon für die Telegrammfrage heranzuziehen war. Die Bucherschen Aeusserungen waren dort, wo sie bestimmte Angaben machten, sehr stark zu kritisieren; hier erhalten wir im allgemeinen nur räsonnierende Betrachtungen über die Situation, die Haltung des Königs (wie im Unruhschen Bericht) und sein Verhältnis zu Bismarck. Auf die Einzelheiten des Gesprächs, das mit dem 20. falsch datiert wird, wird kaum eingegangen, nur im Anfang heisst es auch hier, dass die Abdankungsurkunde bereits auf dem Tisch lag; aber eine eigentümliche Angabe wird gemacht, die sich sonst nirgends findet. Bismarck soll Bucher folgendes erzählt haben: „Ich hatte mir erst sehr schön die Bedingungen formuliert, unter denen ich nur die Zügel in die Hand nehmen wollte; ich habe sie nicht aus der Tasche gezogen, und als ich nach Hause kam, war das Erste, dass ich jenes Blatt vernichtete. . . .“ Wir haben hier also die Mitteilung von einem Programm Bismarcks, von dem zwar gesagt wird, dass Bismarck es nicht benützt hat; aber wir werden auch das Programm selbst ablehnen müssen. Die Bucherschen Notizen waren schon an anderen Stellen — man vergleiche die Behauptungen über die Briefe aus Südfrankreich — zurückzuweisen; sie sind eine sehr schlechte Quelle. Aber abgesehen davon: wir kommen schon aus der Beurteilung der Situation heraus zu der Ueberzeugung, dass Bismarck keine Bedingungen gestellt haben könne. Und es würde wohl auch seiner Art widersprechen, anzunehmen, dass er mit schriftlichen Bedingungen zur Audienz gegangen sei. Er selbst brauchte doch nicht die Formulierung. Wir dürfen deshalb vielmehr das Zeugnis Keudells[35] aufnehmen, der über den Anfang der

34. Bd. 4, S. 113 (1899).
35. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck S. 110.

Digitized by Google

Audienz folgende, von Bismarck oft gehörte Aeusserung brachte: Der König habe am 22. September an Bismarck die Frage gerichtet, welche Bedingungen dieser bei Uebernahme des Ministeriums stellen würde. Die Antwort lautete: „Gar keine. Ich fühle wie ein churbrandenburgischer Vasall, der seinen Lehnsherrn in Gefahr sieht. Was ich vermag, steht Eurer Majestät zur Verfügung.“ Das erwähnte Programm ist aber sehr wahrscheinlich eine Verwechslung mit dem des Königs, das dieser ja auch vernichtete.

Die nun zu kritisierende Gruppe, die zahlreichere und weit ausführlichere Berichte bringt, als bis jetzt zu erörtern waren — augenscheinlich geht Bismarck nach dem Tode Wilhelms I. mehr aus sich heraus — ist vom Standpunkte Bismarcks aus im Zusammenhange zu betrachten. Die Mitteilungen liegen so nahe beieinander, dass dies in ihren Uebereinstimmungen deutlich zu merken ist. Für uns ist diese Tatsache von hohem Interesse, denn wir müssen natürlich zunächst ganz genau wissen, was Bismarck eigentlich sagen will.

Vom Geringeren zum Umfangreicheren aufsteigend beginnen wir mit den Mitteilungen, die Bismarck seinem ergebenen, zeitweiligen Hausgenossen Busch gelegentlich machte. Dieser hat uns zwei Notizen der Art aufbewahrt, die erste vom 7. April 1888, die zweite vom 27. September desselben Jahres. Die Thronwechsel gaben Bismarck Veranlassung, auf seine Berufung zu kommen, und er erzählte in legerem Ton von der Audienz in Babelsberg. Der erste Bericht[36] bringt uns zu den bekannten ganz neue Züge hinzu. Hier heisst es, dass die Urkunde sogar schon unterzeichnet gewesen sei, und nun wird sogar ein Stück aus der Unterredung zwischen Bismarck und dem König mitgeteilt, das uns in den ersten Worten an die Audienz des Kronprinzen am 19. erinnert. Wenn er keine Minister finde, mit denen er so regieren könne,

36. Tagebuchblätter III, 229.

Digitized by Google

wie er es für nötig halte, erklärte der König, dann möge sein Sohn es versuchen. Bismarck fand sich bereit, auch gegen die Majorität zu regieren, und nun habe der König die Urkunde und zugleich einen ganzen Bogen liberaler Zugeständnisse, die er vorher verlesen, zerrissen. Es will uns etwas unwahrscheinlich bedünken, dass der König jetzt noch in dieser Weise mit seinem Sohn drohte; im übrigen ist von dem Programm des Königs ganz in derselben Art wie bei Vilbort die Rede. Neu sind die Nachrichten, dass die Urkunde schon unterzeichnet gewesen sei, und der König sie sowohl, wie das Programm zerrissen habe. Diese Punkte sind im Auge zu behalten. Die Angaben über die Urkunde wiederholen sich in dem zweiten Bericht[37] Buschs, der ausserdem nur noch erwähnt, dass Bismarck sich dem Könige zur Verfügung gestellt, und dazu dann die uns sonst auch schon begegneten Bemerkungen macht, dass dieser sich an den Worten Bismarcks emporgerichtet habe.

Gehen wir von Busch unmittelbar zu Blum über, den Bismarck 1892 in Varzin empfing, so fällt sofort die überraschende Aehnlichkeit mit den Nachrichten auf, die bei Busch an erster Stelle stehen. Hier wie dort wird eingangs von der Berufung erzählt, dann auch bei Blum bemerkt, dass die Urkunde bereits unterzeichnet war. Es folgt dann hier ebenfalls der Hinweis auf den Sohn und die Zusage Bismarcks. Nachdem auch noch zwei, inhaltlich ganz gleiche, Fragen des Königs und die entsprechenden Antworten Bismarcks gebracht worden sind, erzählt Blum den Schluss in ganz derselben Weise, dass der König die Urkunde zerrissen habe, und zugleich ein Programm von 16 Seiten, das er entworfen, um Bismarcks „Junkertum" einige Zügel vorzulegen. Die neuen Einzelheiten, die wir bei Busch trafen, finden sich also hier bestätigt. Auch hier ist das Programm des Königs als ein Programm der inneren Politik

37. III, 248 49.

Digitized by Google

aufgefasst. Im übrigen macht Blum einige offenkundige Verstösse, die aber wohl Bismarck zuzuschreiben sind, da Blum versichert, Bismarcks Worte genau aufgezeichnet zu haben.[38] Es ist schon weiter oben bemerkt worden, dass Blum die Berufung Bismarcks irrtümlich dem König zuschreibt; auch das Datum der Ankunft ist nicht richtig und die Bemerkung über den Kronprinzen zum mindesten schief, da man nach ihr annehmen müsste, dass dieser noch gar nicht in Berlin gewesen und nicht bereits die Krone abgelehnt hätte.

Fassen wir die bisher besprochenen neueren Quellen zusammen, so ergibt sich gegenüber den früheren der bemerkenswerte Unterschied, dass nicht nur eine Uebersicht von einem bestimmten Punkte aus, sondern gleichsam eine Rekonstruktion des Gesprächs versucht wird. Die nun zu kritisierenden Berichte der Münchener Allgemeinen Zeitung und der Gedanken und Erinnerungen gehen darüber noch weit hinaus; sie wollen ganz augenscheinlich eine vollständige Darstellung der Audienz geben und sind deshalb als die Hauptberichte anzusehen. Vergleichen wir Busch und Blum im allgemeinen mit ihnen, dann erscheinen die Angaben jener als Wiedergabe des ersten Teils des Gesprächs, wie wir ihn in dem Zeitungsbericht und in den Erinnerungen Bismarcks ausgeführt finden, und nur die Schlussbemerkungen deuten dann auf den zweiten Teil, der hier noch vorhanden ist. Im Vergleich damit wären also die Vorgänge bei Busch und Blum zusammengeschoben.

Der in der Münchener Allgemeinen Zeitung veröffentlichte Hauptbericht ist bekanntlich im Jahre 1890 erschienen. Buschs und Blums Erzählungen liegen vor und hinter

---

38. Blum macht ausführliche Angaben über die Genauigkeit seines Berichtes. Die 2. Aufl. seiner Erinnerungen bringt nur geringe Aenderungen. Aus dem einfachen Wort „Ich aber sagte sofort zu“ ist das stimmungsvollere „Ich aber erklärte mich sofort bereit, dem Ruf meines Königs zu folgen“ geworden.

Digitized by Google

diesem Jahr; und das Eigentümliche ist nun, dass sie in der Ausführung des Einzelnen dem Zeitungsbericht weit näher stehen als der Darstellung der Memoiren, ein Moment, das dafür spräche, die Abfassung dieser Darstellung erst nach dem Jahre 1892 anzusetzen. Denn noch in diesem Jahre erzählt Bismarck Blum, die Urkunde sei unterzeichnet gewesen, und der König habe sie zum Schluss zerrissen, was beides die Gedanken und Erinnerungen ausdrücklich in Zweifel ziehen. Der Zeitungsbericht erwähnt diese Punkte überhaupt nicht; dafür ist aber in ihm die Rede und Gegenrede im ersten Teil ganz ähnlich ausgeführt wie bei Busch und Blum, und mit diesen stimmen auch die Angaben über das Programm überein, wenn man den offenbaren Schreibfehler in dem Zeitungsbericht richtig korrigiert. Schliesslich findet sich hier am Schluss ebenfalls die Bemerkung über die Haltung des Königs, die in den Memoiren fehlt.

In dieser Nebeneinanderstellung der Quellen sind wir schon von selbst auf die Vergleichung der beiden Hauptberichte gekommen, in denen Bismarck zweifellos den prägnantesten Ausdruck seiner Erinnerungen über die Audienz geben wollte. Es wird sich aber nun zeigen, dass wir ihnen heute nicht mehr ganz hülflos gegenüberstehen; gerade in dem Bericht der Gedanken und Erinnerungen können wir von vornherein schon einige höchst wichtige Korrekturen vornehmen.

In den Gedanken und Erinnerungen zerfällt die Erzählung deutlich in zwei Teile, die Verständigung im Schloss über die Lage und die Programmerörterung im Park. Der erste bringt die Erläuterung der Situation und den Hinweis auf die Abdankungsurkunde durch den König, das bereitwillige Entgegenkommen Bismarcks mit bestimmten Fragen des Königs und darauf den Entschluss Wilhelms, es mit Bismarck zu versuchen. Der zweite charakterisiert das schriftliche Programm des Königs, das auf acht Folioseiten in enger Schrift „alle Eventualitäten der damaligen Re-

Digitized by Google

gierungspolitik umfasste und auf Details wie die Reform der Kreistage einging," und kennzeichnet dann nur noch die Haltung Bismarcks, der auf die Kernfrage der Situation, die er übereinstimmend mit dem Könige auffasst, hinwies und zur Verteidigung des Königtums bis zum Untergang bereit zu sein versprach. Den Schluss bildet die Ernennung zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden. In den zweiten Teil sind Exkurse über das Verhältnis der Königin zu seiner Berufung und über die Auffassung seines damaligen Standpunktes eingeflochten, jener eine Anschuldigung, sie habe in Wilhelm Befürchtungen vor seiner konservativen Durchgängerei erweckt, und dieser ein Zusatz im deutsch-nationalen Sinn, der für den heutigen Leser gemacht ist; in seiner Betonung des Treueverhältnisses zu Wilhelm I. auch ein stiller Protest gegen die Missdeutung seiner Gesinnungen nach dessen Tode.

Nach ihrer Art geben die Mitteilungen nicht ein fortlaufendes Gespräch, sondern es werden nur einzelne Punkte herausgerissen oder zusammenfassend Bemerkungen gemacht. Es ist also nicht alles gesagt, und damit auch die Kritik von vornherein berechtigt. Denn bei dieser pointierten Wiedergabe, welche auf das entscheidende Treugelöbnis zudrängt, können sehr leicht Einzelheiten übergangen sein, die von Interesse sind. Eine für die Gesamtauffassung höchst wichtige Korrektur können wir sofort am Schluss machen. Nicht am 23., wie Bismarck schreibt, sondern am 24. ist die Veröffentlichung seiner Ernennung erfolgt. Und eine nicht minder wichtige Aenderung wird sich weiter unten beim Vergleich mit dem Zeitungsbericht ergeben. Aber im ganzen ist doch die Erzählung so wichtig, dass Marcks mit Recht in seiner Kritik der Gedanken und Erinnerungen den „Bericht für uns vorläufig und vielleicht auf immer unersetzlich wertvoll" nennt; nur gerade „reich" können wir ihn nicht mit ihm nennen. Wir bemerken auch, dass die Ausdrucksweise höchst vorsichtig ist, und das erhöht nur seinen Wert. So heisst es

Digitized by Google

am Anfang: „Der König zeigte mir das auf dem Tische liegende Aktenstück in seiner Handschrift, ob bereits vollzogen oder nicht, weiss ich nicht"; andere Erzählungen hingegen lassen es unterschrieben sein. Und weiter heisst es: „Ob er das auf dem Tische liegende Schriftstück vernichtet oder in rei memoriam aufbewahrt hat, weiss ich nicht"; während sonst mitunter behauptet wird, er habe die Urkunde zerrissen.

Neben dem Bericht der Gedanken und Erinnerungen stehen nun die 1890 in der Münchener Allgemeinen Zeitung[39] erschienenen Mitteilungen, die hier zunächst zum Vergleich heranzuziehen sind. Nach allgemeiner, nicht abzuweisender Annahme gehen sie auf Bismarck selbst zurück; sie selbst bezeichnen sich als „eine durchaus vertrauenswerte Schilderung" „von diplomatischer Seite". Nicht wie alle übrigen Berichte auf Grund einer Unterredung mit Bismarck aufgezeichnet, ähneln sie auch durch ihre ausführliche Schilderung und die Form ihrer Komposition am meisten der Erzählung der Gedanken und Erinnerungen. Petersdorff hat in seiner Centenarschrift „Der erste Hohenzollernkaiser im Dienste preussischer und deutscher Grösse"[40] gegen sie das Urteil gefällt, dem Thimme in seiner Rezension von Marcks' Kaiser Wilhelm I. in der Historischen Zeitschrift[41] gefolgt ist, sie seien mit einiger Vorsicht aufzunehmen, und führt dafür drei Gründe an. Die etwas romantisch zugestutzte Geschichte erinnere lebhaft an die Unterredung des Prinzregenten mit Auerswald im Jahre 1860, „die auch an einem 23. September stattfand"; ferner spreche der Gewährsmann der Allgemeinen Zeitung von dem Fürsten Hohenzollern als damaligem Ministerpräsidenten, „während der doch bereits längst abgetreten war," und schliesslich sei die Kreisordnung doch seit Anfang 1862 in den Hintergrund getreten.

39. 92. Jg., 278, 7. Okt. 1890, Morgenblatt, Leitartikel: „Kaiser Wilhelm I. und Fürst Bismarck."

40. S. 74. Anm. 1.

41. Bd. 82 (1899), S. 321 fg.

Digitized by Google

Aber alle drei Gründe sind hinfällig. Das Babelsberger Gespräch — die Hauptunterredung, die Petersdorff meint — fand nicht am 23., sondern am 22. September statt, und über die Unterredung mit Auerswald besitzen wir keinen so eingehenden Bericht, dessen Aehnlichkeit auffiele. Gegen den zweiten Einwand zeugen die Worte der Erzählung selbst, in der es heisst: „Dem Fürsten Hohenzollern, der damals noch formell Ministerpräsident war, selbst schreiben zu wollen." In der Tat war Hohenzollern zwar faktisch, aber noch nicht formell ausgeschieden, und er musste erst sein Amt niederlegen, ehe Bismarck in dasselbe eintreten konnte. Der dritte Grund ist schon an sich nur eine Vermutung, aber er fällt nun auch weg, da Gerlach[42] am 11. November 1862 von Bismarck selbst hörte, dass diesem die Kreisordnungsreform vom Könige als Bedingung seiner Berufung gestellt worden sei.

Der Bericht der Allgemeinen Zeitung hat nicht nur denselben Wert wie der der Gedanken und Erinnerungen, er ist in einem Punkt sogar vorzuziehen. Die beiden Teile sind inhaltlich auch hier vorhanden, nur äusserlich nicht geschieden, da die ganze Handlung in den Park verlegt wird. Für den Beginn der Unterredung ist das aber sicherlich nicht richtig. Der Aufbau ist ganz der gleiche; im ersten Teil Anrede des Königs und Gegenrede Bismarcks, darauf die speziellen Fragen; im zweiten Bismarcks Erörterung des vorgelegten Programms und schliesslich das Zerreissen des Programms und die Aeusserung, dem Fürsten von Hohenzollern zu schreiben. In einem Punkte aber weichen die Gedanken und Erinnerungen ab. Die Anspielung des Königs auf den Besuch beim Kronprinzen und Bismarcks Erwiderung darauf ist in diesen ganz aus dem Gespräch herausgenommen und mit einer Verschiebung des Sinnes, wobei die Worte des Königs jetzt Roon als

---

42. S. 248.

Digitized by Google

Berichterstatter in den Mund gelegt wurden, vor dasselbe gestellt worden. Dadurch musste die Gegenrede Bismarcks im ersten Teil einen andern Inhalt bekommen, und jetzt ist hier von Bismarcks Bereitwilligkeit für den Ministerposten, wodurch diese nun doppelt ausgedrückt wird, und von der Vervollständigung des Kabinetts die Rede. Dazu kommen dann in den Gedanken und Erinnerungen die Einschübe über den Einfluss der Königin und die Ursache von Bismarcks Stellungnahme, beide aus Tendenz. Und der im Zeitungsbericht vorhandene Schlusssatz über die Eventualität des Untergangs mit dem Könige musste noch den Eindruck des Ganzen erhöhen. Ohne Zweifel hat aber Ulmann mit der Bemerkung Recht, dass Bismarck von der Abdankungsabsicht des Königs schon vorher wusste; und deshalb ist die Erzählung der Allgemeinen Zeitung an dieser Stelle vorzuziehen. Die Lücke, die durch die Herausnahme der Beziehung auf den Kronprinzen in dem Bericht der Memoiren entsteht, ist nur sehr zweifelhaft ausgefüllt.

Wir kennen jetzt die Hauptberichte im allgemeinen, und es muss nun, da sie die ausführlichsten sind, in ihrem Rahmen der Versuch gemacht werden, ob sich durch Vergleich der einzelnen Punkte mit den schon angeführten Nachrichten und den noch übrig bleibenden, noch nicht herangezogenen Quellen die Kritik der Ueberlieferung weiter fördern lässt. Die spezialisierten Fragen des ersten Teils sind in der Zeitung in Rede und Gegenrede ausgeführt. Es ist schon bemerkt, dass Busch und Blum ganz ähnlich erzählen. In den Erinnerungen wird die Wendung „ohne Budget" nicht gebraucht, aber inhaltlich wird hier dasselbe gefragt. Ebenso korrespondieren die Schlussbemerkungen des Königs. In der Zeitung heisst es auf das letzte „Ja" Bismarcks: „Dann sehen Sie hier mein Programm" und in den Erinnerungen: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich abdiziere nicht." Die Fragen, ob die Urkunde unterschrieben war und nun ver-

Digitized by Google

nichtet wurde, die der zweite Bericht ausdrücklich unentschieden lässt, wirft der erste überhaupt nicht auf. Wir erinnern uns, dass die Urkunde zuerst bei Unruh erwähnt wurde und dann auch bei Busch und Blum anzutreffen war. Die Anzweiflung dieser Mitteilung, trotz der Bestätigung, welche die beiden Hauptberichte brachten, durch Bailleu[43] hat nun zwar durch den Bericht Dunckers vom 19. September ihre Erledigung gefunden, aber die Kontroversen der Quellen über die Frage der Unterzeichnung und Beseitigung der Urkunde müssen wohl unentschieden bleiben, da die Memoiren nichts darüber wissen. Bei dem Zerreissen könnte man an eine Verwechslung mit dem Zerreissen des Programms denken; aber bei Busch und Blum findet sich beides nebeneinander.

Nun folgt der Versuch des Königs, Bismarck auf sein Programm zu verpflichten. In der Angabe der Seitenzahl des Schriftstücks differieren die Erzählungen. Man müsste in dem Zeitungsbericht statt sechs sechszehn lesen (wie Blum überliefert), dann würden die Angaben übereinstimmen: in den Memoiren ist von Folio die Rede und sonst von Quart. Ueberall, wo das Programm genannt wurde, war von einem solchen über innere Politik die Rede; die Erwähnung der Kreisordnungsreform in den beiden Hauptberichten, die hierzu aufs beste passt, wird auch gerade in jüngster Zeit durch eine hervorragende Quelle bestätigt: Gerlach[44] hörte im November von Bismarck, dass ihm der König diese als Bedingung seiner Berufung gestellt habe. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, dass Bismarck an allen Stellen, wo er davon spricht, nur ein Programm der gekennzeichneten Art vor Augen hat; und nicht anders wird es sich in den Gedanken und Erinnerungen verhalten, obwohl die hier gewählte Ausdrucksweise im ersten Augenblick auf eine andere Auslegung zu führen scheint. Wenn es

43. 1898. April, in der Deutschen Rundschau, S. 151.
44. S. 249: am 11. Nov.

Digitized by Google

hier heisst, dass das Programm alle Eventualitäten der damaligen Regierungspolitik erfasste, so könnte es scheinen, dass unter allen Eventualitäten auch die der auswärtigen Politik inbegriffen seien, aber das Wort „Regierungspolitik" führt uns auf den richtigen Weg. Dieser Ausdruck und die Erwähnung der Kreisordnungsreform deutet zweifellos allein auf die innere Politik; sonst hätte Bismarck, der seine Worte zu wählen wusste, von der „Politik" im allgemeinen gesprochen. Auch der nächste Satz: „Ich lasse es dahin gestellt sein etc." ist viel eher im Sinne der inneren als der gesamten Politik zu verstehen, und ganz besonders die Antwort Bismarcks: „Es gelang mir, ihn zu überzeugen, dass es sich . . . nicht um konservativ oder liberal . . ., sondern um königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft handle: auswärtige Politik wird dort und durch die folgenden Worte fast ausgeschlossen.

Die Antwort Bismarcks auf die Vorzeigung des Programms ist in beiden Hauptberichten dem Sinne nach gleich und der Situation, wie sie Bismarck zeichnet, sehr entsprechend; aber es fragt sich, wie das durch Vilbort überlieferte: „Ich acceptiere" damit zu vereinigen sein wird. Während nun nach der Zeitung Bismarck nicht sehr wahrscheinlich das geschriebene Programm noch besonders ablehnt, schliesst er in dem Bericht der Memoiren mit dem feierlichen Gelöbnis für die Zukunft, analog den Beteuerungswendungen, die wir bei Unruh fanden, die auch in dem bekannten Grenzbotenartikel[45] und in noch anderer Version bei Oncken in seinem Heldenkaiser[46] anzutreffen sind. Jüngst hat auch dieser Zug durch einen nur ein Jahr später liegenden Brief von Bismarck selbst aus dem Dezember 1863 seine Bestätigung gefunden, wo er dem König schreibt:[47] „Eurer Majestät habe ich bei meinem Eintritt in das Ministe-

45. Poschinger, Unruh S. 221, Anm.: „Unruh über Bismarck".
46. S. 58.
47. Anhang zu den G. u. E. I, S. 86: Berlin, 1. Dez. 1863.

Digitized by Google

rium zu erklären mir erlaubt, dass ich meine Stellung nicht als konstitutioneller Minister in der üblichen Bedeutung des Wortes, sondern als Eurer Majestät Diener auffasse, und Allerhöchst dero Befehle in letzter Instanz auch dann befolge, wenn dieselben meinen persönlichen Auffassungen nicht entsprechen." Auch in der Unterredung mit Gerlach im November 1862 fiel das Wort vom Lehnsmann.

Die letzten Worte stimmen im Zeitungsbericht und in den Erinnerungen wieder genau überein. Doch fehlt in den Erinnerungen bemerkenswerterweise der Zusatz über die veränderte Haltung des Königs, der namentlich bei Bucher und auch sonst noch eine grosse Rolle spielt. Ueber die Haltung des Königs, die anfängliche Mutlosigkeit oder Gebrochenheit und folgende Ermannung wird hier überhaupt nichts gesagt. Wir sind nun am Ende. Ueber den Schluss der Audienz gibt es noch in dem Kriegschen Alvensleben eine Notiz, die das Gespräch selbst nicht mehr betrifft, und die später zu erörtern sein wird; eine ähnliche spezielle Mitteilung von Keudell gerade über den Anfang war schon erwähnt. Die sonst noch etwa heranzuziehenden Mitteilungen der Historischen Zeitschrift vom Jahre 1894[48] bringen nur die Grundlinien des zweiten Teils der Unterredung.

Die Gegenüberstellung der beiden Hauptberichte hat gezeigt, dass sie im wesentlichen durchaus übereinstimmen; verschiedene Punkte fanden auch sonst gute Bestätigung, und bei dem Vergleich mit den übrigen Berichten ergab sich, dass zwar das eine oder andere unentschieden bleiben musste; aber in der Hauptsache bleibt Bismarck in der Erzählung sich doch ziemlich gleich. Die Gedanken und Erinnerungen waren zu schätzen wegen ihrer vorsichtigen Ausdrucksweise; aber in einem recht wichtigen Punkte, in dem auf den Kronprinzen bezüglichen Passus, bemerkten wir doch, dass gegenüber dem Zeitungsbericht eine ver-

---

48. S. 289.

Digitized by Google

schlechternde Aenderung des Textes vorgenommen worden ist. Die Erzählungen stehen hier in einem derartigen Verhältnis zu einander, dass man daraus schliessen möchte, der Zeitungsbericht wäre einer der Entwürfe, die für die Ausarbeitung der Gedanken und Erinnerungen gemacht wurden. Das würde auch zu der obigen Annahme passen, dass die Abfassung des Memoirenberichtes nach 1892 erfolgt sein müsse. So ergeben sich doch in der scheinbar ganz unzusammenhängenden Ueberlieferung eine ganze Reihe von Beziehungen, und das fördert natürlich auch die Erkenntnis und die Kritik dessen, was Bismarck sagen will.

Ist nun der 22. so verlaufen, wie Bismarck es erzählt? Ist nicht etwa die Entscheidung erst am 23. gefallen, da doch am 23. auch noch eine Audienz stattfand, und die erste Veröffentlichung der Ernennung erst am 24. abends in der Sternzeitung geschah? Oder ist doch die Verständigung bereits am 22. in allen Punkten erfolgt, da doch auch die Berichte stillschweigend nur von dieser einen Audienz sprechen? Um diese Fragen zu entscheiden, werden noch bisher unerörterte Momente zu diskutieren sein.

Ganz allgemein kann man sagen, das Thema der Audienz am 22. war durch die Situation gegeben und durch das eigentümliche Verhältnis Bismarcks zu Wilhelm im besonderen nuanziert. Es ist selbstverständlich, dass allen näheren Besprechungen die Verständigung über die Lage vorausgehen musste; wenn diese nicht erfolgte, war alles andere überflüssig. Wollen wir nun zu Bismarcks Berichten kritisch Stellung nehmen, so werden wir entweder zu bestätigen oder zu streichen oder hinzuzufügen haben. Welcher Vorgang erscheint nun aber natürlicher, was anderes hätte zunächst geschehen sollen, als in den Hauptberichten im ersten Teil ausgeführt, bei Busch und Blum kurz zusammengefasst ist? Es wird sich zeigen, dass hier alles das gesagt ist, was man von dem Anfang der Unterredung erwartet.

Digitized by Google

Den Beginn des Gesprächs haben wir jedenfalls im Schloss, die Fortsetzung im Park, den Schluss, die Unterzeichnung der Ernennung, wieder im Schloss anzunehmen. In den Gedanken und Erinnerungen wird der Anfang der Audienz nicht gegeben: die Worte: „Die Situation wurde mir erst klar, als Se. Majestät sie ungefähr mit den Worten präzisierte: „Ich will nicht regieren usw." versetzen uns in das schon begonnene Gespräch, wie dies auch in der Allgemeinen Zeitung der Fall ist, wo die ersten Bemerkungen Bismarck in den Mund gelegt werden. Keudells Mitteilung tritt mit dem ausdrücklichen Anspruch auf, die einleitenden Worte der Audienz zu erzählen, und sie rechtfertigt ihn auch. Denken wir an die Aeusserung des Königs vom 21., seine persönlichen Beziehungen zu Bismarck, und denken wir an die Lage, in die er gerade durch die Opposition einzelner Minister versetzt war, so verstehen wir völlig, dass die ersten Worte des Königs an den Gesandten nach dessen Eintritt sich darauf bezogen, welche Bedingungen er bei der Uebernahme des Ministeriums stellen werde. Aber Bismarck erwiderte in der Situation, in der er den König sah: „Gar keine. Ich fühle wie ein churbrandenburgischer Vasall, der seinen Lehnsherrn in Gefahr sieht. Was ich vermag, steht Eurer Majestät zur Verfügung." Er musste tief erschüttert sein, als er sogar die Abdankungsurkunde schon ausgestellt sah, und er hätte keine bessere Antwort geben können. Durch seine Worte beschwichtigte er das Misstrauen, das der König noch vom Mai her gegen seine selbständige Haltung hegte, und er leitete das Gespräch auf ein Gebiet über, auf dem es ihm möglich werden musste, den König von seinen Abdankungsabsichten abzubringen und ihn wiederaufzurichten.

Freilich hatte ihn der König nicht berufen, um seine Ernennung zu vollziehen. Wilhelm wollte nur mit Bismarck pflichtgemäss[49] die Stiuation besprechen, um beruhigt zu

Digitized by Google

sein, alle notwendigen Schritte getan zu haben. Allerdings mag nun die bereitwillige Hingabe des Gesandten auf die Seele des Königs, der in den letzten Tagen fast nur Widerstand gefunden hatte, schon einen starken Eindruck gemacht haben. Sein Argwohn, dass der Gesandte sich wegen seines Besuches beim Kronprinzen — hier ist der Allgemeinen Zeitung zu folgen[50] — schon der Opposition angeschlossen habe, wurde zur Zufriedenheit beseitigt, und man verständigte sich nun rasch über die Situation, da Bismarck keine Schwierigkeiten machte. Der König entwickelte seine Lage, ähnlich wie in der Unterredung mit seinem Sohne: die Reorganisation dürfe nicht angetastet werden, die Majorität verlange aber Konzessionen, die er nicht bewilligen könne; die Minister verliessen ihn darüber zum Teil, andere finde er nicht, und so müsse er abdanken[51] und seinem Sohne das Weitere überlassen, wenn Bismarck auch ablehne. Doch dieser bat den König, alle auf Abdankung gerichteten Pläne aufzugeben und erklärte sich zur Uebernahme des Ministeriums bereit. Nun konnte der König die durch die augenblickliche Situation gegebenen, entscheidenden Fragen stellen, und als auch sie bejahend beantwortet wurden, waren damit die Bedingungen, die der König einem neu zu ernennenden Minister zu stellen hatte, erfüllt. Wilhelm hat

---

49. Durch die Veröffentlichungen der Philippson, Gerlach, Bernstorff sind die Meinungen Berners, Bailleus, Thimmes, welche dem Könige bei diesem Schritt die Initiative zusprechen wollen, hinfällig geworden. Es ist ja auch der leitende Gedanke der vorliegenden Arbeit, dass der König nicht aus eigenem Willen, sondern durch die Not gedrängt zur Berufung Bismarcks bewogen wurde.

50. In den G. u. E. wollen die nachträglich eingeschobenen Sätze nicht in den Zusammenhang passen. Sie gehen auf die Rede des Königs nicht direkt ein (denn das geschieht noch hinterher), und eigentümlicherweise erklärt sich Bismarck zum Eintritt bereit, ehe er noch die Bedingungen gehört hat; auf die speziellen Fragen erklärt er sich dann noch einmal bereit. So ist der Zusammenhang gestört.

51. S. 81.

Digitized by Google

wohl vor der Audienz trotz der Versicherungen, die ihm Roon am 21. über Bismarcks Bereitwilligkeit gemacht haben wird, dem Ausgang skeptisch gegenübergestanden; aber nun war es seine Pflicht, nicht abzudanken, sondern mit dem neuen Minister den Kampf wiederaufzunehmen. Ueber die Konfliktsfrage waren sie sich einig: der König hielt sich im Recht, und Bismarck durfte jetzt an den § 99 nicht denken; er bejahte die speziellen Fragen des Königs. Parisius[51] beurteilt daher die Verhältnisse ganz schief, wenn er gegen Bismarcks Berichte deshalb Zweifel geltend macht, weil hier die Verfassung und der Verfassungseid nicht erwähnt werden. Diese Fragen waren für beide Teile entschieden.

Der König würde nun einen neuen Minister gewonnen haben, aber er konnte über Bismarcks Politik noch nicht beruhigt sein. Bestanden nicht noch die Differenzen in der inneren und auswärtigen Politik? Waren sie nicht in der letzten Zeit in den auswärtigen Fragen wieder verstärkt hervorgetreten? Hatte er nicht deshalb Roon bis zuletzt die Berufung Bismarcks abgeschlagen, sodass er sogar lieber abdanken wollte als Bismarck ernennen? Jetzt war die Verständigung über die Lage geglückt; Wilhelm hätte in Bismarck einen Minister erhalten, der mit ihm den Konflikt durchhielt; aber über die Regierungspolitik hatten sie sich noch nicht geeinigt. Nach dem aussichtsvollen Beginn der Audienz, die so ganz anders verlief, als die Konferenzen, die der König in den letzten Tagen durchzumachen gehabt hatte, musste Wilhelm es für seine weitere Pflicht halten, auch diese zu besprechen, und mit keinem war das nötiger, aber auch schwieriger, als mit Bismarck. Es erscheint uns daher nichts glaubhafter, als dass der König nun Bismarck ein eng beschriebenes, acht Folioseiten langes, politisches, speziell gehaltenes Programm vorlegte. Die Frage ist nur, was es enthalten hat, und wie dann die Audienz weiter verlief. Die Erzählung Bismarcks erwies sich an diesem Punkte als durchaus einheitlich. Nach ihm hat das Programm die innere

Digitized by Google

Politik behandelt, und unter anderem befand sich(von Gerlach bestens bestätigt) die Kreisordnungsreform unter den Forderungen des Königs. Die Ausdrucksweise der Gedanken und Erinnerungen ergab schliesslich kein anderes Resultat. Sehen wir weiter zu, so berichtet Bismarck, dass er den König von den speziellen Fragen hinweg auf das Problem des Augenblicks, den Kampf zwischen Königtum und Parlament hinwies, und mit der Versicherung der Treue bis zum Ende schloss. Gerade diese Pointe der Erzählung wird in dem Briefe vom Jahre 1863 glänzend bestätigt; aber wir hören nichts von einer Replik des Königs, der im ersten Teil des Gesprächs das Wort führt. Sollte Wilhelm gerade da geschwiegen und nicht vielmehr Bedingungen gestellt haben, wo seine Bedenken gegen Bismarck zur Sprache standen, wegen deren er sich bisher aufs äusserste gegen diesen gesträubt hatte? Es gibt nun eine Nachricht, welche anscheinend zu beiden Punkten, zur Frage des Programms und zur Frage der Diskussion Angaben liefert, welche Bismarcks Erzählung zu erweitern imstande wären, und es gibt eine zweite schon bekannte Notiz, die man noch für den letzteren Punkt verwerten könnte.

Am 2. Oktober schrieb Bernstorff[52] an Reuss, nachdem er sich des näheren über den eben erfolgten Wechsel im Ministerium ausgelassen hatte: „Der König hat übrigens die Fortführung meiner Politik namentlich in der deutschen und in der Handelsvertragsfrage ausdrücklich von Herrn von Bismarck verlangt.“ Diese nur zehn Tage nach dem ersten Babelsberger Gespräch liegende Nachricht aus bester und anscheinend von Bismarck unabhängiger Quelle — denn diese Mitteilungen wird Bernstorff nicht von Bismarck, sondern vom Könige selbst erhalten haben — bezieht sich zwar nicht selbst auf die Babelsberger Unterredungen, aber bei näherem Zusehen kommen wir zu dem Schlusse, dass dies Verlangen in Sachen der auswärtigen

52. S. 546.

Digitized by Google

Politik in jenen Tagen gestellt worden sein muss. Denn Bernstorff schreibt am 2. Oktober; die Ernennung Bismarcks zum auswärtigen Minister erfolgte erst sechs Tage später, am 8.; bis zum 2. Oktober hat also die Lage keine andere Gestalt angenommen, als sie am 24. schon hatte, wo die Sternzeitung nur die Ernennung zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden brachte, Bismarck selbst aber seiner Gemahlin schrieb:[53] „Ich bin zum Minister mit interimistischem Vorsitz ernannt,[54] bis Fürst Hohenzollern seinen Abschied in Händen hat, dann werde ich definitiv Minister-Präsident und übernehme später auch das Auswärtige." Also bis zum 24. ist es schon entschieden, dass Bismarck auch das Auswärtige übernimmt, und da wir nun von Bernstorff hören, dass ihm der König in diesem Punkte ausdrücklich Bedingungen gestellt hat, so muss dies am 22. oder 23., in einer der beiden Audienzen geschehen sein.

Diese Feststellung, die gestützt auf die neuen Quellen über allem Zweifel erhaben ist, während es vordem nur möglich gewesen wäre, aus der Tatsache der Ernennung zum auswärtigen Minister im Hinblick auf die vorhergegangenen Differenzen auf eine Aussprache zu schliessen, ist für die Erforschung der Babelsberger Audienzen von ganz hervorragender Bedeutung. Die Vorgänge an diesen Tagen rücken in ein ganz neues Licht, wenn wir erfahren, dass nicht nur auch die auswärtige Politik zur Sprache gekommen ist, sondern Bismarck ausdrücklich Bedingungen gestellt worden sind. Nun erhebt sich aber die schwierige Frage, ob das am 22. oder 23. geschehen ist? Wenn am 22., wie wären die neuen Feststellungen mit Bismarcks Berichten zu vereinigen, und was wäre dann am 23. geschehen? Wenn aber am 23., wäre damit nicht erwiesen,

---

53. S. 513.
54. Ebenso in den G. u. E.

Digitized by Google

dass die Entscheidung am 22. noch nicht gefallen ist, dass also auch dann Bismarcks Berichte der Aenderung bedürfen? Die eigentümliche, falsche Datumsangabe in den Gedanken und Erinnerungen fällt dabei wieder ein.

Die Frage, wann die auswärtige Politik erörtert worden ist, lässt sich allein schon quellenmässig durch eingehende Interpretation einer weiteren, ebenfalls von Bismarck unabhängigen Nachricht entscheiden. Wir besitzen einen Brief Bernstorffs an Bismarck vom 6. Januar 1863,[55] in dem sich folgende Stelle findet: „Alles das zusammen (Bernstorff kritisierte gewisse Stellenveränderungen im diplomatischen Dienst) kann nicht wohl verfehlen, äusserlich den Eindruck zu machen, als wenn der reaktionäre Umschwung in Berlin auch einen wesentlichen Umschwung in unserer äusseren Politik hervorgebracht hätte, und als wenn wir, wie dies allerdings nach dem mir von Ihnen im Garten No. 76 gezeigten Bleistift-Programm der Fall zu sein schien, jetzt bedauerten, Italien anerkannt zu haben, und dies möglichst deutlich kundgeben wollten." Hier ist von einem Bleistift-Programm die Rede, welches Fragen der auswärtigen Politik besprach und von Bismarck im Herbst 1862 bei seinen Konferenzen mit Bernstorff diesem im Ministerium des Auswärtigen (Garten No. 76) gezeigt wurde. Da Bernstorff am 13. Oktober nach London abreiste, so ist das in der Zeit zwischen dem 20. September und 12. Oktober geschehen. Wer war aber der Verfasser? Es dürfte sicher bedenklich sein, bei einem Manne wie Bismarck anzunehmen, dass er sich für die Besprechung der Lage mit dem scheidenden Minister vorher ein Programm aufsetzte. Die Worte „nach dem mir von Ihnen gezeigten Programm" deuten auch mit Sicherheit darauf hin, dass Bismarck nicht der Autor war, sonst hätte Bernstorff von „Ihrem Programm" gesprochen. So kann wohl nur noch der König in Frage kommen, und für diese

55. B-J. VI, S. 169.

Digitized by Google

Konjektur spricht auch Bernstorffs Ausdrucksweise. Wenn Bernstorff schreibt, die neueste Politik müsse den Eindruck machen, als wenn wir jetzt bedauerten, Italien anerkannt zu haben, so ist unter dem „wir" offenbar der König gemeint, wie auch Roon vom Könige unter der Formel „wir" spricht: das scheint Stil in dem Kreise gewesen zu sein. Nun heisst es in dem Zwischensatze weiter, „als wenn wir, wie dies allerdings nach dem mir von Ihnen . . . . gezeigten Bleistift-Programm der Fall zu sein schien, jetzt bedauerten. . ."; hier fällt sofort die eigentümliche unpersönliche Satzbildung auf: das deutet wohl gerade darauf hin, dass dieser Satz dem Subjekt „wir" ebenfalls untergeordnet sein soll, und damit stimmt sowohl der Inhalt überein, denn auch in dem Programm scheint Bernstorff das Bedauern, Italien anerkannt zu haben, ausgedrückt gewesen zu sein, als auch die Tatsache, dass das Programm nicht von Bismarck ist. Ein Schriftstück, das den neuesten Kurs der auswärtigen Politik bestimmt und nicht vom Minister ist, kann ja, wie schon angenommen, auch nur vom Könige sein. Und dieses Programm, mit Bleistift geschrieben, kann nur von seiner Hand, nicht etwa von einem Kanzlisten aufgesetzt sein, und ist Bismarck gelegentlich mitgegeben worden. Gerade der Umstand, dass es sich um ein Bleistift-Programm, das nicht von Bismarck ist, handelt, ist ein Beweis dafür, dass das Aktenstück vom Könige persönlich abgefasst und nicht etwa, was auch möglich wäre, erst auf Grund vorhergegangener Vereinbarungen zwischen König und Bismarck aufgesetzt worden ist. Denn in diesem Fall würde es nicht mehr der König geschrieben und dann erst Bismarck mitgegeben haben. Dieser Punkt ist für unsere weiteren Deduktionen von grosser Bedeutung.

Denn nun erinnern wir uns des Bernstorffschen Briefes vom 2. Oktober an Reuss und der aus ihm gezogenen Ergebnisse, dass am 22. oder 23. September in den Audienzen von Babelsberg die auswärtige Politik besprochen worden

Digitized by Google

ist. Wenn der König das Bleistift-Programm vor den Besprechungen mit Bismarck aufgesetzt hat, wenn er in einem der Gespräche mit ihm über die auswärtige Politik verhandelt und dabei Bedingungen gestellt hat, wird er dann nicht das Bleistift-Programm, welches Fragen der auswärtigen Politik berührte, Bismarck dabei vorgelegt haben? Wenn wir dem zustimmen, dann ergeben sich sofort neue Kombinationen. Wie verhält sich dann das Bleistiftprogramm zu dem Programm, das Bismarck anführt? Und wie stimmt der Inhalt zusammen? Wir können hier nur durch eine Notiz äusserer Art eine ganz sichere Entscheidung treffen. Ein Moment, das Bismarck ganz besonders lebhaft, und das ist auch psychologisch sehr verständlich, in der Erinnerung blieb, von dem er immer wieder erzählte, ist der Vorgang am Schluss der von ihm geschilderten Audienz, wo der König nach erfolgter Verständigung das Programm in Stücke riss. Gerade diesen sehr eindrucksvollen Punkt werden wir Bismarck unbedingt glauben können; damit ist nun aber die Programmfrage entschieden. Es gibt zwei Programme: denn das Bleistiftprogramm hat der König nicht zerrissen, sondern Bismarck mitgegeben, der es Bernstorff zeigte. Zweitens, das Programm der Bismarck'schen Berichte enthielt sicher nur Fragen der inneren Politik. Denn hätte es auch die äussere Politik behandelt, so würde der König es nicht zerrissen haben, um dann noch einmal ein Programm über äussere Politik aufzusetzen! Und damit ist endlich auch erwiesen, dass das Programm der Berichte tatsächlich am 22. zur Verwendung gekommen ist, das Bleistiftprogramm aber am 23., d. h. die auswärtige Politik wurde am 23. erörtert.

Es hat nun zwar dieser hochwichtige Punkt in den Erzählungen Bismarcks seine Bestätigung gefunden, aber scheint nicht mit der Feststellung, dass die auswärtige Politik am 23. erörtert wurde, die Pointe umgestossen? Ist nicht bei der Bedeutung dieses Zweiges der Politik gerade für

Digitized by Google

das Verhältnis zwischen König und Bismarck die Entscheidung also erst am 23. gefallen? Es gibt drei Momente, aus denen man diesen Schluss ziehen könnte. Das erste ist die Tatsache, dass Bismarck erst am 24. seiner Frau von der Ernennung Mitteilung macht. Denn ist etwa anzunehmen, dass er dieser gegenüber mit einer so hochwichtigen Nachricht 48 Stunden gewartet hat? Das zweite ist die Veröffentlichung der Ernennung erst am 24. abends, und das dritte ist ein Brief des Königs vom 23. September 1887.[56] An diesem Tage richtete Wilhelm aus Anlass der 25. Wiederkehr des Tages der Ernennung Bismarcks an diesen ein Dankschreiben, in dem er beginnt: „Sie feiern, mein lieber Fürst, am 23. September d. J. den Tag, an welchem ich Sie vor 25 Jahren in mein Staatsministerium berief und nach kurzer Zeit Ihnen das Präsidium desselben übertrug." Diese drei Nachrichten, verbunden mit den Resultaten, die wir schon gewonnen haben, scheinen zu einer Annahme der Art zu nötigen, dass die Besprechungen am 22. mit der Hauptfrage, der inneren Politik, begannen, am 23. mit der auswärtigen Politik beendet wurden und darauf die Ernennung erfolgte. Aber dagegen müssen wir fragen, wenn am 22. die prinzipielle Erörterung über die Probleme des Augenblicks erfolgte, und das geschah doch offenbar, kann denn dann diese Audienz ohne Resultat geschlossen haben, ist denn die zweite Audienz überhaupt denkbar, wenn nicht schon in der ersten die Verständigung erreicht wurde? So lesen wir denn auch bei Bismarck, dass die Entscheidung am 22. fiel, dass die Unterredung mit der Einigung schloss, der König sein Programm zerriss und noch an demselben Tage die Ernennung zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden vollzog. Ja, Bismarck nimmt sogar, wenn auch fälschlich, an, dass sie schon am 23. veröffentlicht wurde. Das Zerreissen des Programms ist das Entscheidende; es

56. G. u. E, V-A., Bd. 2, S. 328.

Digitized by Google

ist der beste Ausdruck dafür, dass die prinzipielle Verständigung schon am Montag erreicht wurde.

Aber freilich besteht, abgesehen von den oben zitierten Nachrichten noch eine Hauptschwierigkeit in der Tatsache, dass am 23. noch die auswärtige Politik erörtert und hier Bedingungen gestellt wurden. Selbstverständlich ist nicht etwa anzunehmen, dass der König am Schluss der ersten Audienz die Besprechung dieser Politik gleichsam vertagte. Das wäre keine Verständigung gewesen, und dagegen spricht der ganze Charakter des Ausgangs, die Pointe der Berichte, die in dem Briefe vom Jahre 1863 so gut bestätigt ist. Nein, die Lösung des Rätsels liegt vielmehr in der Ernennung selbst. Hier stimmen die Berichte, der Brief, die Sternzeitungsmeldung durchaus überein: wir lesen nur von der Beförderung zum Staatsminister und zum interimistischen Vorsitzenden des Ministeriums. Diesen Ausgang soll die Audienz vom 22. genommen haben, so schreibt Bismarck noch am 24., und so meldet am 24. abends die Sternzeitung. Worin besteht nun die Wirkung der Audienz vom 23.? Bismarck fügt am 24. hinzu: „Und übernehme später auch das Auswärtige." Aus dem allen schliessen wir mit Sicherheit: der unerwartete Verlauf der Audienz am 22. hatte auf den König die Wirkung, dass er mit Bismarck nun doch einen Versuch machen wollte: einen Versuch, denn er übertrug ihm nur den interimistischen Vorsitz. Er führte den alten, immer wieder einmal erwogenen Gedanken, Bismarck im Innern zu verwenden, jetzt aus; der Konflikt erforderte es, und so übertrug er ihm den Vorsitz.

Wilhelm dachte gar nicht an das Auswärtige. Wir erinnern uns noch einmal, wie gerade in der letzten Zeit hier die Bedenken fraglos stärker als je hervorgetreten waren, und denken dabei an den Brief Bernstorffs vom Juli, den Kleists vom 12. September, die Angaben Samwers über den 19. oder 20. September. Wir kennen auch ihre Wirkungen

Digitized by Google

bis zu dieser Audienz, sodass die Ansicht von Wilhelm Busch, dass zuletzt das Ministerium des Auswärtigen für Bismarck in Frage stand, durch das alles mehr als einmal widerlegt ist.[57] Es kommt hinzu, dass der König neue grosse Aufgaben in der auswärtigen Politik nicht vor sich sah, wie er im Sommer zu Bernstorff gesagt hatte. Er hatte also, das ist der springende Punkt, jetzt bei der Berufung Bismarcks gar nicht an das Auswärtige gedacht, sondern nur an den Konflikt. So verstehen wir nun auch aus diesem neuen Grunde, warum das erste Programm keine Fragen der auswärtigen Politik berührte.

Wilhelm hatte die Audienz ohne Hoffnungen begonnen; wir haben ihn uns ganz zurückhaltend zu denken. Die ersten Fragen bringen nur seine Zweifel zum Ausdruck; er argwöhnt, Bismarck habe sich schon mit der Minorität verständigt und erwartet nach seinen bisherigen Erfahrungen resigniert, dass auch dieser ihm nicht folgen werde. Da trifft ihn die so ganz unerwartete, unbedingte Zustimmung Bismarcks, und nun legt er ihm das ausführliche Programm über die innere Politik, die Frage, um die es sich handelte, vor. Bismarck macht in seinem Bericht an dieser Stelle den Einwurf, er wisse nicht, ob es schon zu Verhandlungen mit anderen Persönlichkeiten gedient habe. Wir denken dabei unwillkürlich an die Konjekturen, die weiter oben an die Audienzen vom 19. geknüpft wurden. Jedenfalls spricht schon die Länge des Programms dafür, dass es sich hier um ein schon längere Zeit vor der Audienz sorgfältig vorbereitetes Schriftstück für derartige Zwecke, das nicht für Bismarck speziell aufgesetzt sein wird, handelt. Bismarck weiss nun den König auch darüber zu beruhigen

57. Busch widerlegt sich zum Schluss seines oben zitierten Aufsatzes (B-J II. 1895) auch selbst, indem er schreibt: „Wenn der alte Gegensatz somit völlig zurückgetreten war, so ist doch zu bemerken, dass er das Jahr darauf noch einmal sich meldete bei dem Frankfurter Fürstenkongress".

Digitized by Google

— das bleibt noch zu erörtern — und damit hat die Audienz ihr Ziel erreicht. Die Verständigung war zustande gekommen. Wilhelm hat nun einen Minister für den Konflikt, er kann wenigstens mit Bismarck einen Versuch machen, und so überträgt er ihm den interimistischen Vorsitz.

Die Audienz war am frühen Nachmittag zu Ende. Wir müssen wir uns vorstellen, dass die eben erlebte Szene auf den König den denkbar besten Eindruck hinterliess. In diesen schweren Tagen, wo ihn fast alle im Stich liessen, hatte er gerade von dem Mann, den er so argwöhnisch von sich ferngehalten hatte, ein ganz aussergewöhnliches Treugelöbnis empfangen. Er hatte von Bismarck gehört, er werde die Befehle S. M. ausführen, nicht als konstitutioneller Minister im gewöhnlichen Sinne, sondern als treuer Lehnsmann, der zwar remonstriere, wenn seine Ansicht eine andere sei, aber dann gehorche. Damit war gerade der empfindlichste Punkt in seinem Verhältnis zu Bismarck von diesem berührt, und man darf wohl sagen, zur Ruhe gebracht worden. Denn nicht sowohl in der politischen Theorie, wie wir wissen, differierten beide zuletzt als in den Ansichten über die Ausführung. Wilhelm hatte Extravaganzen befürchtet, und nun sagte ihm Bismarck gerade über diesen Punkt die stärksten Worte der Beruhigung. „Für Wilhelm eröffnete sich dadurch", wie Lenz[58] so scharfsinnig schliesst, „die Aussicht, seinen Willen eventuell auch gegen den Minister zu behaupten; er mochte meinen, Herr seiner Entschlüsse zu bleiben." Wenn er aber diese Ueberzeugung hatte, konnte er da nicht auch weiter gehen? Wenn Bismarck ihm unbedingt gehorchte, konnte er dann nicht dessen vielseitige Talente in vollem Umfange ausnützen? Nicht bloss für Hohenlohe war Ersatz zu schaffen, auch Bernstorff war nicht mehr zu halten. Wenn Wilhelm sich nun Garantien dafür geben liess, dass er selbst das Heft

58. S. 146.

Digitized by Google

in der Hand behielt, warum sollte er nach dem ergreifenden Vorgang vom 22. nicht auch versuchen, die zweifellos hervorragende Begabung Bismarcks für die auswärtigen Geschäfte zu benützen? Wenn er ihn hier auf Bedingungen verpflichtete, dann durfte er es wohl wagen. Und so wird es denn wohl gekommen sein, dass der König rasch mit Bleistift ein Programm über die auswärtige Politik entwarf, und Bismarck noch einmal bestellte. Nachdem der Nachmittag des 22. und der Vormittag des 23. vergangen waren, fuhr Bismarck am 23. nachmittags um 5 Uhr zum zweiten Mal nach Babelsberg hinaus.

Jetzt ist es uns noch von einer ganz anderen Seite her deutlich, wie es am 23. noch zur Erörterung der auswärtigen Politik kam, und wir verstehen nun auch, wie schon am 22. die Entscheidung fallen konnte, aber doch noch am 23. die zweite Besprechung erfolgte. In einem höheren Sinne ist der 23. erst der Abschluss, und dessen gedenkt der König am 23. September 1887. Vor allem war es aber erst für Bismarck der eigentliche Abschluss, der mit der Mitteilung an seine Gemahlin noch wartete, nachdem er am 22. erst den interimistischen Vorsitz erhalten hatte. In der Sternzeitung aber geschah die Veröffentlichung erst am 24. abends vielleicht aus dem Grunde, weil man noch die Schlussabstimmung im Abgeordnetenhause am 23. abwarten wollte. Schliesslich ist auch der 24. noch früh genug, dieser Punkt auch nebensächlich.

Nun sind wir erst in der Lage, die Erörterung der Audienzen zu beenden. Es blieb noch die zweite Frage zu erledigen, ob das vorgelegte Programm, d. h. die innere Politik, diskutiert, und ob Abmachungen getroffen worden sind. Die Pointe in Bismarcks Erzählung scheint dagegen zu sprechen, und Lenz schliesst sich ihr unbedingt an, aber gewichtiger ist doch wohl die Tatsache, dass am nächsten Tage die auswärtige Politik nicht nur diskutiert worden ist, sondern sogar Bedingungen gestellt wurden,

Digitized by Google

und entscheidend dürfte die oben schon angedeutete und jetzt heranzuziehende Nachricht von Gerlach vom 11. November 1862[59] sein, dass der König Bismarck die Kreisordnungsfrage als Bedingung seiner Berufung gestellt habe. Das ist eine Nachricht aus bester Quelle, Bismarck selbst erzählte es Gerlach an jenem Tage, der es hinterher aufschrieb, und zeitlich fast unmittelbar hinter der Audienz. Wir hören hier ebenso von Bedingungen wie bei Bernstorff in seinem Briefe an Reuss. Und nun kommt noch hinzu, dass sich, wie in den Erinnerungen, auch bei Gerlach dann hinterher das Wort vom Lehnsmann findet.

Bismarcks Bericht lässt sich sehr wohl mit diesen neuen Feststellungen vereinigen. Nachdem er das Programm erhalten und gelesen hatte, brauchte er sich nicht ablehnend zu verhalten. Er wird den König über die Richtung seiner Politik beruhigt, und er kann auch dem einzelnen, wie der Kreisordnungsreform, seine Zustimmung gegeben haben. Ebenso dürfen wir uns den Verlauf der Audienz am nächsten Tage denken. Wenn man von ihm verlangte, er solle in der deutschen und Handelsvertrags-Frage im Sinne Bernstorffs verfahren, so brauchte er sich dessen nicht zu weigern. Denn Bernstorff hatte eine Politik getrieben, die er billigen konnte. Aber von dem einzelnen zum allgemeinen sich wendend wird er am 22. dem Gespräch die Wendung gegeben haben, die wir in seinen Berichten lesen; er wies den König auf die Frage des Augenblicks und führte dadurch die Audienz zu erfolgreichem Ausgang. Es war ihm gelungen, die Abdankung zu hintertreiben; seine eigene Ernennung war nicht Gegenstand seiner Sorge gewesen, und wenn er auch Bedingungen angenommen hat[60] — denn dahin ist nun die bisherige Kenntnis der Gespräche ebenfalls zu erweitern[61] — so brauchte er sich

59. S. 249.

60. Vgl. Vilborls: „Ich acceptiere".

61. Vgl. Lenz S. 146|47.

Digitized by Google

dadurch nicht beengt zu fühlen. Wenn nur der König wieder Mut zum Weiterregieren gefasst hatte: die Einzelfragen der Politik waren curae posteriores! Wilhelm seinerseits war weiter gegangen, als er wollte; das Gebiet der auswärtigen Politik war nicht ausgeschaltet[62] geblieben; aber er mochte, wie gesagt, glauben, Bismarck hinreichend gebunden zu haben, um selbst Herr der Lage zu bleiben.

Noch am 22. vollzog er die Ernennung. Wir haben darüber von Krieg[63] eine nähere Angabe. Gustav von Alvensleben der Generaladjutant, habe „wiederholt" „von dem Tage erzählt, da er in Babelsberg den König zur Unterschrift bewog und Anstalten traf, eilends die Gegenzeichnung in Berlin herbeizuführen; er befürchtete, der Monarch möchte durch Illaire, den zum Vortrag bestellten Vertrauten der Königin, wieder schwankend gemacht werden. Im allgemeinen, schliesst Krieg, schwieg er sich über seine Lebenserinnerungen aus; jenen Aeusserungen ist daher um so mehr Bedeutung beizulegen." Wir können dieser Notiz im allgemeinen folgen; nur lesen wir in den Zeitungen, dass Illaire schon vor der Audienz seinen Vortrag gehalten habe. Das schliesst aber nicht aus, dass er während dieser in Babelsberg geblieben ist. Darauf gab am 24. abends die Sternzeitung die Ernennung kurz bekannt, und am 25. morgens erfolgte die bekannte amtliche Mitteilung: „Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: den Prinzen Adolf zu Hohenlohe-Ingelfingen auf sein Ansuchen von dem Vorsitz im Staats-Ministerium zu entbinden und den Wirklichen Geheimen Rat von Bismarck-Schönhausen unter gleichzeitiger Ernennung zum Staats-Minister mit dem interimistischen Vorsitz im Staats-Ministerium zu beauftragen."

62. Vgl. Lenz S. 147 (für die Ausschaltung).
63. Konstantin v. Alvensleben, S. 32.

Digitized by Google

So hatte Roon den Erfolg seiner Bemühungen erreicht; zwischen Bismarck und dem König war endlich das ersehnte Band geknüpft worden, das sich von jetzt an nur immer fester um beide schlingen sollte. Die Zeitgenossen freilich sahen skeptisch auf die Dauer der neuesten politischen Wendung und mit sehr gemischten Gefühlen auf den Mann, dem der König das Steuer anvertraut hatte. Den Konservativen war, wie ein italienischer Bismarckbiograph kurz und treffend zusammenfasst,[64] Bismarcks Ernennung eine Garantie nicht bloss für Festigkeit, sondern auch für Reaktion, den Liberalen und Fortschrittlern ein öffentliches Unglück, der diplomatischen Welt ein Gegenstand des Misstrauens und der Verwunderung. Gerlach[65] begleitet zwar in seinen Aufzeichnungen die Nachricht der Ernennung nur mit der indirekten Verwunderung, dass es überhaupt soweit gekommen sei;[66] aber das schreibt er in den siebziger Jahren. Damals war niemand froher als die Reaktionäre, dass auf diese Weise die Liberalen alle Aussichten auf einen Erfolg ihrer Politik verloren. In deren Kreisen hegte man die schlimmsten Befürchtungen; ein Mann wie Samwer glaubte schon das Ministerium der Kreuzzeitung gekommen und fügte in dem Schreiben vom 23. September[67] an Duncker, wo er sich in dieser Art äussert, allerdings nicht sehr prophetisch hinzu: „Was am Ende dieser Entwicklung steht, lässt sich wenigstens in der Alternative einer Abdikation oder eines erzwungenen Nachgebens feststellen.“ Duncker urteilte ruhiger:[68] „Bis-

64. Negri, Bismarck, Saggio storico 84; nach Gebhardt, Nord u. Süd 1902, S. 200. Die Freude der Konservativen und Feudalen übersieht Philippson völlig, wenn er urteilt (S. 101), dass Bismarcks Ernennung allerseits grösste Erregung und Verstimmung hervorrief.

65. S. 248.

66. „Noch am 12. Sept. hatte mein T-B. geschrieben: „Hans Kleist berichtet, der König habe gegen Bismarck als Minister-Präsidenten sich ausgesprochen . . .““

67. Mskr.

68. 26. Sept. an Samwer; Phil. Beilage 3, S. 424.

Digitized by Google

marck und Roon sind noch kein reines Ministerium der Kreuzzeitung, sie können es aber werden." In den diplomatischen Kreisen war man skeptisch und abwägend. Bernstorff, der aber hier vielleicht auch etwas befangen ist, meinte in seinem Schreiben an Reuss vom 2. Oktober: „Herr v. Bismarck werde, wie er, unter uns gesagt, anzunehmen Grund habe, den letzteren Posten (Paris) gern noch ein wenig offen lassen." Mit weit grösserem Interesse lesen wir das Urteil des französischen Ministers des Auswärtigen Thouvenel, des letzten Ministers, mit dem Bismarck als Gesandter konferiert hat, dessen Ruhe und Treffsicherheit hervorzuheben sind. „Sein Eintritt in die Geschäfte", schrieb Thouvenel am 25. September[69] an den Herzog von Gramont in Wien, „wird überall in Deutschland einen starken Eindruck machen. Wenn er die Kunst, sich zu mässigen, erwirbt, wird er eine bedeutende Rolle spielen. Die innere Lage Preussens muss übrigens augenblicklich seiner Tatkraft genügen."

In der Presse war schon am Montag Abend[70] die noch unverbürgte Nachricht aufgetaucht, dass angeblich mit Herrn v. Bismarck wegen der Uebernahme des Vorsitzes im Ministerrat und des auswärtigen Ministeriums verhandelt worden sei. Am Morgen des 23. war der Nationalzeitung, die diese Meldung gebracht hatte, Näheres über den Stand der Verhandlungen noch nicht bekannt geworden. Aber schon am Abend des 23.[71] schrieb sie: „Die Ernennung des Herrn v. Bismarck zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen wird in ziemlich sichere Aussicht gestellt." Am 24. löste dann die Sternzeitung die Spannung.[72] Die

69. Le secret de l'Empereur, S. 411/12 (bei Poschinger, Unruh S. 215, ebenfalls angeführt).

70. NZ. 441 Mo. 22. ab. Dtschld., Berl. 22.

71. NZ. 443 Di. 23. ab.

72. Darauf wurden bald die Entlassungsgesuche Heydts und Bernstorffs bekannt. In der Elberfelder Zeitung, dem Organ Heydts, und

Digitized by Google

liberalen Blätter, wie die Nationalzeitung, taten im allgemeinen so, als ob sie sich nicht einschüchtern liessen. Sie griffen Bismarck bald an. Die Kölnische Zeitung[73] aber sah sehr schwarz; ihr war das Ministerium Bismarcks schon das Kreuzzeitungsministerium. Bismarck besitze zwar, was unter den östlichen Junkern selten sei, Geist, Bildung, Liebenswürdigkeit, aber er sei gegen alle freiheitlichen Regungen. Seit Petersburg schreibe man ihm zu, dass er die deutsche Frage mit Hülfe Russlands und Frankreichs lösen wolle, wenn nötig, mit Gebietsabtretungen. Seine Richtung sei klar: Rücksichtslosigkeit und Neigung zu grossartigen Plänen. Er werde ohne Budget regieren, und ein Krieg wohl bald die Notwendigkeit der Reorganisation beweisen. Aber das Land sei einmütig gegen Bismarck. Dem gegenüber schwamm die Kreuzzeitung obenauf. Ihr Thema: Wehrlosmachung Preussens durch die Demokratie, Kampf zwischen Königtum und Parlamentsherrschaft erörterte sie in diesen Tagen noch einmal nach allen Seiten. Zum dritten Mal in dieser Session ergriff Ludwig von Gerlach in ihren Spalten das Wort[74] und stellte gleichsam für Bismarck und die Regierung noch einmal das staatsrechtliche Rüstzeug zusammen, das sie angeblich zur budgetlosen Verwaltung berechtigte und zur Verteidigung ihres Standpunkts dienen konnte. Tatsächlich schritten nun der König und Roon mit Bismarck zum Verfassungsbruch vor; aber die budgetlose Regierung war ihnen nur ein notwendiges Uebel, das wieder beseitigt wurde, als die Zeit gekommen war.

---

in einer Korrespondenz der Augsburger Allgemeinen Zeitung (270 Sd., 27. † Berl., 25.) folgten dann offenbar inspirierte Artikel über die (bekannten) Gründe ihrer Entlassnng. Sollte also der † Korrespondent im Kreise Heydts oder Bernstorffs zu suchen sein?

73. KölnZ. 267, EB. Fr. 26. Köln, 25. Sept.

74. NPZ. 224 Do. 25. Sept.: „Die Frage des Moments."

Digitized by Google

Berichtigungen.

S. 39 Z. 14 lies einer. — S. 40 sind die drittletzte und vorletzte Zeile umzustellen. — S. 65 Z. 27 lies vom statt am. — S. 135 letzte Zeile: von st. an. — S. 181, vorl. Z., lies: dann nach Paris? — S. 222 Z. 21: aufzuhellen st. aufzuhalten. — S. 235 Z. 10: fehlende st. vorhandene. — S. 251 Z. 7 muss „wir" wegfallen.

Druck von Emil Ebering, Berlin NW., Mittelstrasse 29.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google